



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

2



Herbert B. Smith

1888

DD

402

S3

A3



Schlitz genannt im Hirtz, Johann Brestsch

Historische und politische

Denkwürdigkeiten

des 62324

königlich preussischen Staatsministers

Johann Gustav Grafen von Södr,

a u s

dessen hinterlassenen Papieren

entworfen.

Erster Theil.

Stuttgart und Tübingen,
in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung
1827.



V o r w o r t.

Durch eine Reihe von dreißig Jahren wurde der ausgezeichnete Staatsmann, dessen Denkwürdigkeiten dem Publikum mitgetheilt werden, in den wichtigsten Angelegenheiten des preussischen Hofes in und außer Deutschland verwendet.

Als Erzieher der Prinzen von Sachsen-Weimar, von Friedrich dem Großen obgleich nur vorübergehend gekannt, hatte Graf Götz doch des Königs Beifall erhalten, und ihm Vertrauen eingeflößt. Eine eben so ehrenvolle als schwierige Sendung im Jahr 1778 wegen der bayerischen Erbfolge war dann das erste

Merkmal. Der Graf entwickelte bei dieser Gelegenheit so viele Talente, einen so richtigen Blick, und so große Gewandtheit, daß er das Vertrauen, welches Friedrich in ihn gesetzt, nicht nur vollkommen rechtfertigte, sondern dasselbe auch für alle Zukunft dauerhaft begründete.

Nach erreichtem Endzweck seiner ersten Sendung wurde Graf von Görz nach Berlin berufen und zum Grandmaitre de la Garderobe und Staatsminister ernannt. Aber nur kurze Zeit durfte er in der Hauptstadt verweilen, denn der König übertrug ihm den wichtigen Gesandtschaftsposten am russischen Hofe; den er im Herbst 1779 antrat und durch volle sechs Jahre bekleidete.

Wenige Monate nach seiner Rückkehr von Petersburg erhielt der Graf im September 1786 den Beweis, daß Friedrichs II. Zutrauen auf dessen Nachfolger übergegangen sey; denn er wurde als außerordentlicher Gesandter nach Holland geschickt, um die Bewegungen und Unruhen, welche die antioranische Partei gegen

den Erbstatthalter erregt hatte, beizulegen. Von dieser mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mancherlei Art verbundenen Sendung im Jahr 1787 zurückgekehrt, ernannte ihn der König im folgenden Jahre zum Furbrandenburgischen Gesandten am deutschen Reichstage, welche Stelle er bis zu der im Jahr 1806 erfolgten Auflösung des deutschen Reichs beibehielt.

In der Zwischenzeit war der Graf auf beiden Kaiservahlen, in den Jahren 1790 und 1792 zweiter Furbrandenburgischer Wahlbotschafter und als solcher Stimmführer bei den Berathungen über die Wahlkapitulationen; vom Ende des Jahres 1797 bis Ende Aprils 1799 erster preussischer Gesandter bei dem Kongresse zu Rastadt; in den Jahren 1802 und 1803 Furbrandenburgischer Bevollmächtigter bei der Reichs-Deputation zum Vollzuge des Entschädigungs-Geschäftes.

Nach den für Preußen so unglücklichen Ereignissen in den Jahren 1806 und 1807

legte der Graf von Sürs mit freiwilliger Benachthigung auf alle Pension seine Dienste nieder. Auf eine höchst ehrenvolle Art wurden durch ein königliches Handschreiben seine während einer dreißigjährigen Dienstzeit erworbenen vielen und ausgezeichneten Verdienste um den preussischen Staat anerkannt.

Von nun an lebte der Graf von allen öffentlichen Geschäften zurückgezogen in Regensburg, verehrt und geliebt von allen, die ihn kannten, und im vertrauten Umgange mit seinen Freunden. Auch im hohen Alter noch thätig, widmete er seine Zeit der Lectüre, der Redaction und Herausgabe interessanter politischer und historischer Schriften, und der Theilnahme an dem Schicksal der Bürger von Regensburg, die ihm allgemeine Achtung und Dankbarkeit zollten.

„Und so“ schrieb er noch im Jahr 1818 — „erwarte ich nun hier in meinem 81sten Jahre, vertrauend auf die göttliche Barmherzigkeit mit einem ruhigen Gemüth und Ergebung in den göttlichen Willen meine Auflösung.“

Diese erfolgte am 7ten August 1831 im 84ten Jahre seines Alters und nun ruhen in dem Familien-Begräbniß auf dem protestantischen Kirchhofe in Regensburg die Gebeine des Mannes, dessen Andenken dem Staate, welchem er die ausgezeichnetsten Dienste leistete, der Stadt, die ihn durch eine Reihe Jahre unter ihre hervorragendsten und menschenfreundlichsten Bewohner zählte, und seinen Angehörigen und Freunden, deren Liebe und Anhänglichkeit er zu erwerben und zu erhalten mußte, stets theuer und unvergeßlich seyn wird.

Drei Jahre nach seinem Hinscheiden wurde ihm und seinen Tugenden von seinen Freunden und Verehrern (so lautet die Inschrift) zwischen dem Jakobs- und Weich St. Peter-Thor zu Regensburg ein einfaches und geschmackvolles Denkmal errichtet. Vaterlandsliebe, Frömmigkeit, Bürgersinn, Geselligkeit und Wohlthätigkeit werden durch dasselbe als die schönen Eigenschaften des ausgezeichneten Staatsmannes und Bürgers den Vorübergehenden kund gegeben.

Es bedarf nur eines Blickes auf den Zeitraum, in welchem der Graf von Strog sich den öffentlichen Geschäften widmete, und auf die verschiedenen Stellen und Aufträge, die ihm während desselben anvertraut waren, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß eine genaute Kenntnis des Strebens und Wirkens dieses in den wichtigsten Angelegenheiten seiner Zeit verwickelten Staatsmannes mannichfaltiges Interesse darbietet.

Ein eben so ausgezeichnetes Wohlwollen als schmeichelhaftes Zutrauen hat dem Verfasser die Einsicht und Benutzung der vielen von dem Verewigten hinterlassenen Papiere verschafft. Reichhaltige Materialien zur Geschichte der Zeit, in welcher der Graf lebte, und insbesondere der wichtigen und folgereichen Unterhandlungen, die ihm übertragen waren oder woran er Theil genommen hat, sowie zur genaueren Kenntniß der Politik und Pläne großer Mächte, der Diplomatie und Statistik sind in jenen Papieren enthalten. Denn nicht etwa nur auf die ihm eigentlich übertragenen Ge-

schärfte und Aufmerksame, nicht auf bloße Entfaltung amtlicher Berichte und polichenmäßiger Anträge beschränkte sich seine Thätigkeit; sein lebhafter Geist, seine Wissbegierde, seine stete Aufmerksamkeitsamkeit umfasste alles, was auch außer seiner eigentlichen Geschäftssphäre des Mannes aus Talenten und Bildung anspricht. Daher eine zahllose Menge von gesammelten Notizen und niedergeschriebenen Bemerkungen, die, ohne sich auf die Dienstverhältnisse des Grafen zu beziehen, großes Interesse haben, und für Leser von Bildung bleibend haben werden.

Diese zu sammeln, und in einer zweckmäßigen Ordnung zusammengestellt dem Publikum mitzutheilen, ist die Absicht des Verfassers.

Nicht eine politische Geschichte des Zeitraums, in dem des Grafen Wirken so erfolgreich hervorleuchtet, sondern nur Beiträge dazu, will der Verfasser liefern. Wenn dann diese Schrift auch, ohne daß ihr nächstes Ziel eine Biographie des Verewigten ist, doch zu

gleich die Hauptmomente seines Lebenslaufes angibt, so geschieht es nicht nur aus des Verfassers reiner Verehrung für denselben, sondern auch in der Ueberzeugung, die Leser werden an den persönlichen und Familienverhältnissen eines Mannes Theil nehmen, den wir mit Stolz unter unsere Zeitgenossen zählen.

I n h a l t.

	Seite
Erster Abschnitt. Graf Görz in Sachsen-Weimarischen Diensten 1764—1777.	1
Zweiter Abschnitt. Unterhandlungen wegen der bayerischen Erbfolge, bis zum Anfang des Kriegs zwischen Oesterreich und Preußen, 1778, Jänner, Hornung, März.	31
Dritter Abschnitt. Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen. 1778. April bis Sept.	58
Vierter Abschnitt. Unterhandlungen und Friedensschluß zu Teschen, am 13. Mai 1779.	91
Fünfter Abschnitt. Sendung des Grafen von Görz nach St. Petersburg. Kurze Uebersicht der vorzüglichsten Verhandlungen und Geschäfte des Grafen von Görz während seiner Mission in Petersburg.	106
Sechster Abschnitt. Projekt einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. — Rußlands System rücksichtlich des deutschen Reichs.	135

	Seite
Siebenter Abschnitt. Die bewaffnete See-Neutralität. — Kaiser Josephs Zusammenkunft mit der Kaiserin. — Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg. — Reise des Großfürsten und seiner Gemahlin.	152
Achter Abschnitt. Rußland und die Pforte	185
Neunter Abschnitt. Rußland. Preußen. Oesterreich. Projekt eines bayerischen Ländertausches. Deutscher Fürstenbund.	233
Zehnter Abschnitt. Rußland und Großbritannien. — Unterhandlungen zu Abschließung eines Tripel-Allianz zwischen Rußland, Großbritannien und Preußen. — Rußland, Dänemark und Schweden.	290
Elfter Abschnitt. Friedens-Vermittlung zwischen den bourbonischen Höfen und England, und zwischen dieser Macht und Holland. — Oesterreich, Holland und Frankreich.	315
Sechster Abschnitt. Reise der Kaiserin Katharine im Innern ihres Reichs. — Urlaub und Abberufung des Grafen von Gorch von Petersburg. — Bemerkungen über die Finanzen und die Kriegsmacht Rußlands in der Periode von 1774 bis 1780.	346





Erster Abschnitt.

Graf Görz in Sachsen-Weimarischen Diensten 1761—1777.

Eustach (Johann), Graf von Görz, geboren am 5. April 1737 auf der Familien-Herrschaft Schlig, war der jüngste Sohn seiner Eltern, des Grafen Johann, und dessen Gemahlin, Marie Friederike Dorothee Sophie, gebornen Sittig von Schlig, genannt Görz.

Seine erste Erziehung erhielt Görz zugleich mit seinem um drei Jahre ältern Bruder, dem nachherigen königlichen preussischen General der Kavallerie, Karl Friedrich Wram, im väterlichen Hause.

Schon im Jahr 1747 starb der Grafen Vater, und im August des folgenden Jahres wurden sie, in Begleitung eines Hofmeisters, auf das Carolinum in Braunschweig geschickt; ein Institut, welches damals, unter des würdigen Abtes Jerusalem Aufsicht und Leitung, im größten Glor stand.

Der Aufenthalt der beiden Brüder in dieser Erziehungs-Anstalt dauerte zwei Jahre; nach der Rück-

Es bedarf nur eines Blickes auf den Lebenslauf, in welchem der Graf von Orbis sich den öffentlichen Geschäften widmete, und auf die verschiedenen Stellen und Aufträge, die ihm während desselben anvertraut waren, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß eine genaute Kenntniß des Strebens und Wirkens dieses in den wichtigsten Angelegenheiten seiner Zeit verweilenden Staatsmannes mannichfaltiges Interesse darbiete.

Ein eben so ausgezeichnetes Wohlwollen als schmeichelhaftes Zutrauen hat dem Verfasser die Einsicht und Benützung der vielen von dem Verstorbenen hinterlassenen Papiere verschafft. Reichhaltige Materialien zur Geschichte der Zeit, in welcher der Graf lebte, und insbesondere der wichtigen und folgerichtigen Unterhandlungen, die ihm übertragen waren oder woran er Theil genommen hat, sowie zur genaueren Kenntniß der Politik und Pläne großer Mächte, der Diplomatie und Statistik sind in jenen Papieren enthalten. Denn nicht etwa nur auf die ihm eigentlich übertragenen Ge-

schärfte und kühnste, nicht auf bloße Entzifferung amtlicher Berichte und polizeilicher Urakten beschränkte sich seine Thätigkeit; sein lebhafter Geist, seine Wissbegierde, seine stete Aufmerksamkeit umfaßte alles, was auch außer seiner eigentlichen Geschäftssphäre des Mannes aus Talenten und Bildung entsprang. Daher eine zahllose Menge von gesammelten Notizen und niedergeschriebenen Bemerkungen, die, ohne sich auf die Dienstverhältnisse des Grafen zu beziehen, großes Interesse haben, und für Leser von Bildung bleibend haben werden.

Diese zu sammeln, und in einer zweckmäßigen Ordnung zusammengestellt dem Publikum mitzutheilen, ist die Absicht des Verfassers.

Nicht eine politische Geschichte des Zeitraums, in dem des Grafen Wirken so erfolgreich hervorleuchtet, sondern nur Beiträge dazu, will der Verfasser liefern. Wenn dann diese Schrift auch, ohne daß ihr nächstes Ziel eine Biographie des Verewigten ist, doch zu

gleich die Hauptmomente seines Lebenslaufes angibt, so geschieht es nicht nur aus des Verfassers reiner Verehrung für denselben, sondern auch in der Ueberzeugung, die Leser werden an den persönlichen und Familienverhältnissen eines Mannes Theil nehmen, den wir mit Stolz unter unsere Zeitgenossen zählen.

I n h a l t.

	Seite
Erster Abschnitt. Graf Odrz in Sachsen-Weimarischen Diensten 1761—1777.	1
Zweiter Abschnitt. Unterhandlungen wegen der bayerischen Erbfolge, bis zum Anfang des Kriegs zwischen Oesterreich und Preußen, 1778, Jänner, Hornung, März.	31
Dritter Abschnitt. Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen. 1778. April bis Sept.	58
Vierter Abschnitt. Unterhandlungen und Friedensschluß zu Teschen, am 13. Mai 1779.	91
Fünfter Abschnitt. Sendung des Grafen von Odrz nach St. Petersburg. Kurze Uebersicht der vorzüglichsten Verhandlungen und Geschäfte des Grafen von Odrz während seiner Mission in Petersburg.	106
Sechster Abschnitt. Projekt einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. — Rußlands System rücksichtlich des deutschen Reichs.	155

Siebenter Abschnitt. Die bewaffnete Ge-Gen- tralität. — Kaiser Josephs Zusammenkunft mit der Kaiserin. — Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg. — Reise des Großfürsten und seiner Gemahlin.	152
Achter Abschnitt. Rußland und die Pforte	185
Neunter Abschnitt. Rußland. Preußen. Oester- reich. Projekt eines bayerischen Ländertausches. Deutscher Fürstenbund.	233
Zehnter Abschnitt. Rußland und Großbritan- nien. — Unterhandlungen zu Abschließung eines Kripel-Allianz zwischen Rußland, Großbritannien und Preußen. — Rußland, Dänemark und Schweden.	290
Elfter Abschnitt. Friedens-Vermittlung zwischen den bourbonischen Höfen und England, und zwischen dieser Macht und Holland. — Oesterreich, Holland und Frankreich.	315
Zwölfter Abschnitt. Reise der Kaiserin Katha- rine im Innern ihres Reichs. — Urlaub und Ab- berufung des Grafen von Görz von Petersburg. — Bemerkungen über die Finanzen und die Kriegs- macht Rußlands in der Periode von 1774 bis 1786.	346





Erster Abschnitt.

Graf Görz in Sachsen-Weimarischen Diensten 1761 — 1777.

Eustach (Johann), Graf von Görz, geboren am 5. April 1737 auf der Familien-Herrschaft Schlig, war der jüngste Sohn seiner Eltern, des Grafen Johann, und dessen Gemahlin, Maria-Friederike Dorothee Sophie, gebornen Sittig von Schlig, genannt Görz.

Seine erste Erziehung erhielt Görz zugleich mit seinem um drei Jahre ältern Bruder, dem nachherigen königlichen preussischen General der Kavallerie, Karl Friedrich Adam, im väterlichen Hause.

Schon im Jahr 1747 starb der Grafen Vater, und im August des folgenden Jahres wurden sie, in Begleitung eines Hofmeisters, auf das Karolinum in Braunschweig geschickt; ein Institut, welches damals, unter des würdigen Abtes Jerusalem Aufsicht und Leitung, im größten Glor stand.

Der Aufenthalt der beiden Brüder in dieser Erziehungs-Anstalt dauerte zwei Jahre; nach der Rück-

Lehr. aus derselben trat Graf Karl Friedrich in Hessen-Kassel'sche Kriegsdienste, Graf Eustach aber blieb ungefähr anderthalb Jahre, sich selbst überlassen, im mütterlichen Hause, von wo er sich im Frühjahr 1752 auf die Universität Leyden begab. Viel verdankte er dort dem Professor des deutschen Staatsrechts, Weiß aus Basel, und einem sehr gelehrten und fleißigen Repetitor, Museus. Die häufigen auf den holländischen Universitäten in jener Zeit üblichen Ferien benutzte der Graf, um sich in dem nahe gelegenen Haag aufzuhalten, wo er, unerachtet seiner Jugend, Zutritt in die besten Häuser und bei den vorzüglichsten Gelehrten fand. Hier war es, wo er den ersten Grund seiner Bildung und seiner Welt- und Menschenkenntniß legte; auch scheint er hier den ersten Impuls zur diplomatischen Laufbahn erhalten zu haben.

Nach der Zurückkunft von Leyden, im Frühjahr 1754, brachte der Graf den Sommer bei seiner Mutter zu, und ging im September, zu Vollendung seiner Studien, nach Straßburg, wo er dem berühmten Professor Schöpflin besonders empfohlen war. Dort besuchte er dessen Vorlesungen über die Friedensschlüsse und Staatsverträge, die Staatsgeschichte, das Staats- und Völkerrecht.

Während seines Aufenthalts in Straßburg entstand in dem Grafen der Gedanke, in französische Kriegsdienste zu treten, und er war auf dem Punkte,

solchen auszuführen, als er im Jahr 1755 seine erste Anstellung in herzoglich Sachsen-Weimarschen Diensten erhielt. Seine Mutter hatte solche vorzüglich durch den Oberhofmeister der jungen Prinzen von Gotha, Herrn von Rotberg, eingeleitet.

So war denn Graf Görtz in seinem zwei und zwanzigsten Jahre Reglerungs-Assessor, mit dem Titel eines Legationsraths, in Weimar, wo, mit dem unbeschränkten Vertrauen des jungen Herzogs, Ernst August Konstantin, beehrt, Graf von Blandau als Statthalter und erster Minister die Angelegenheiten des herzoglichen Hauses und die Verwaltung des Landes leitete. Schon während der Minderjährigkeit des Herzogs war dieser Minister an der Spitze der Verwaltung gestanden; die von ihm durch eine lange Reihe von Jahren um das herzogliche Haus erworbenen Verdienste hatten seinen Einfluß begründet und gesichert. Er zeichnete den Grafen Görtz gleich bei dessen Dienstesantritt dadurch aus, daß er ihn in sein Haus nahm, and ihm die Führung seiner Korrespondenz anvertraute. Aber zu jener Zeit war Weimar noch nicht, was es in der Folge geworden ist, und dem lebhaften und talentvollen jungen Manne gefiel weder der Aufenthalt daselbst, noch seine Stellung zu dem ersten Minister; er fand diesen zwar sehr gelehrt und erfahren, aber auch sehr stolz, alt und mährisch, und den Hof nicht so zukunftsgekehrt, daß ihm solcher zusagte. Daher fähre

er sich so unglücklich in Weimar, daß er, von den ersten Tagen seiner dortigen Anstellung an, sich alle Mühe gab, bald weg — und nach Gotha zu kommen, für welchen Ort er eine besondere Vorliebe gefaßt hatte.

Die Einleitung geschah wieder durch Herrn von Rotberg, und zwar mit gewünschtem Erfolg. Denn schon im September 1756 benutzte die Herzogin von Gotha, Luise Dorothee, einen Besuch in Weimar, um den Grafen von Bünau zu ersuchen, den Grafen von Gdrß in die Gothaischen Dienste zu überlassen, was auch bewilligt wurde.

Mit Ende Novembers war, Graf Gdrß Kammerjunker und Regierungsrath in Gotha; später wurde er zum Hofrath befördert. — Aber eben so wenig, als vorher in Weimar, genoß er auch in seinem neuen Dienste einigen Gehalt, und, außer der freien Tafel bei Hofe, keinen Vortheil; er war daher auf seine Appanage beschränkt, die er, nach den Familien-Verträgen, von der Zeit einer Dienstanstellung an, zu beziehen hatte.

Dem Aufenthalte in Gotha verdankte Graf Gdrß vorzüglich die Vollendung seiner Bildung. Dort hatte die sehr geistreiche Herzogin einen Kreis von würdigen und talentvollen Männern und Frauen um sich her gebildet; unter diesen zeichnete sich vor allem die Oberhofmeisterin, Frau von Buchwald, geborne

von Neuenstein, durch Geist, Bildung und Liebenswürdigkeit, unter jenen Herr von Einsiedel, der geheime Rath und Kanzler von Oppeln, und der geheime Rath von Lichtenstein durch Talente, Kenntnisse und vortrefflichen Charakter aus. Noch im hohen Alter erinnerte sich Graf Gbrg mit Dank und Vergnügen an den nützlichen und frohen Aufenthalt in Gotha, und stets unterhielt er die freundschaftlichen Verbindungen mit seinen dortigen Bekannten.

Nach drei Jahren, und noch vor Ende des Jahres 1759, wurde der Graf nach Weimar zurückgerufen. Dort war im Mai 1758, nach einer Regierung von nicht viel über zwei Jahre, und erst 21 Jahre alt, der Herzog Ernst August Konstantin, mit Hinterlassung einer jungen Wittve in gesegneten Umständen und eines noch kein volles Jahr alten Erbprinzen, gestorben. Die Herzogin Amalia (Anna), selbst noch minderjährig, konnte die ihr nach dem letzten Willen ihres verstorbenen Gemahls zukommende Vormundschaft und Landes-Administration nicht übernehmen, sondern solche wurde von ihrem Vater, dem Herzog Karl von Braunschweig, unter Assistenz des Grafen von Bünau, geführt, bis die Herzogin im folgenden Jahre die Volljährigkeits-Erklärung erlangte.

Indem die junge Regentin, nach Uebnahme der vormundschaftlichen Regierung, den Grafen von Gbrg in ihre Dienste zurückrief, erklärte sie zugleich die Ab-

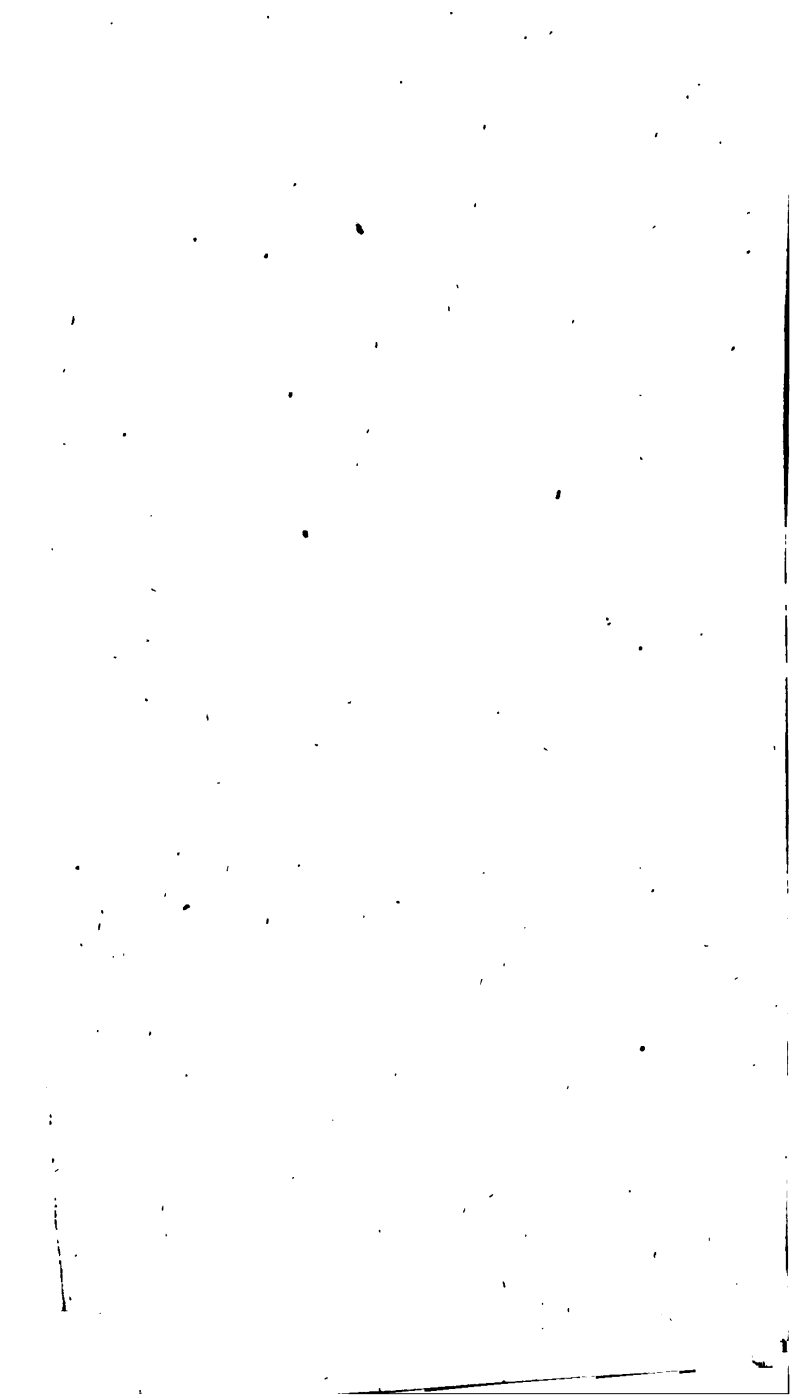
gleich die Hauptmomente seines Lebenslaufes
angibt, so geschieht es nicht nur aus des Ver-
fassers reiner Verehrung für denselben, sondern
auch in der Ueberzeugung, die Leser werden
an den persönlichen und Familienverhältnissen
dieses Mannes Theil nehmen, den wir mit
Stolz unter unsere Zeitgenossen zählen.

I n h a l t.

	Seite
Erster Abschnitt. Graf Odrz in Sachsen-Weimarischen Diensten 1761—1777.	1
Zweiter Abschnitt. Unterhandlungen wegen der bayerischen Erbfolge, bis zum Anfang des Kriegs zwischen Oesterreich und Preußen, 1778, Jänner, Hornung, März.	31
Dritter Abschnitt. Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen. 1778. April bis Sept.	58
Vierter Abschnitt. Unterhandlungen und Friedensschluß zu Teschen, am 13. Mai 1779.	91
Fünfter Abschnitt. Sendung des Grafen von Odrz nach St. Petersburg. Kurze Uebersicht der vorzüglichsten Verhandlungen und Geschäfte des Grafen von Odrz während seiner Mission in Petersburg.	106
Sechster Abschnitt. Projekt einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. — Rußlands System rücksichtlich des deutschen Reichs.	135

Siebenter Abschnitt. Die bewaffnete Cor- trahität. — Kaiser Josephs Zusammenkunft mit der Kaiserin. — Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg. — Reise des Großfürsten und seiner Gemahlin.	153
Achter Abschnitt. Rußland und die Pforte	185
Neunter Abschnitt. Rußland. Preußen. Oester- reich. Projekt eines bayerischen Ländertausches. Deutscher Fürstenbund.	253
Zehnter Abschnitt. Rußland und Großbritan- nien. — Unterhandlungen zu Abschließung eines Kripel-Allianz zwischen Rußland, Großbritannien und Preußen. — Rußland, Dänemark und Schweden.	290
Elfter Abschnitt. Friedend-Vermittlung zwischen den bourbonischen Höfen und England, und zwischen dieser Macht und Holland. — Oesterreich, Holland und Frankreich.	315
Zwölfter Abschnitt. Reise der Kaiserin Katha- rine im Innern ihres Reichs. — Urlaub und Ab- berufung des Grafen von Görtz von Petersburg. — Bemerkungen über die Finanzen und die Kriegs- macht Rußlands in der Periode von 1774 bis 1786.	346





Erster Abschnitt.

Graf Gdrz in Sachsen-Weimarischen Dien-
sten 1761—1777.

Eustach (Johann), Graf von Gdrz, geboren am 5. April 1737 auf der Familien-Herrschaft Schütz, war der jüngste Sohn seiner Eltern, des Grafen Johann, und dessen Gemahlin, Maria Friederike Dorothee Sophie, gebornen Sittig von Schütz, genannt Gdrz.

Seine erste Erziehung erhielt Gdrz zugleich mit seinem um drei Jahre ältern Bruder, dem nachherigen königlichen preussischen General der Kavallerie, Karl Friedrich Wram, im väterlichen Hause.

Schon im Jahr 1747 starb der Grafen Vater, und im August des folgenden Jahres wurden sie, in Begleitung eines Hofmeisters, auf das Carolinum in Braunschweig geschickt; ein Institut, welches damals, unter des würdigen Abtes Jerusalem Aufsicht und Leitung, im größten Flor stand.

Der Aufenthalt der beiden Brüder in dieser Erziehungs-Anstalt dauerte zwei Jahre; nach der Rück-



Erster Abschnitt.

Graf Görz in Sachsen-Weimarischen Dien-
sten 1761 — 1777.

Eustach (Johann), Graf von Görz, geboren am 5. April 1737 auf der Familien-Herrschaft Schlig, war der jüngste Sohn seiner Eltern, des Grafen Johann, und dessen Gemahlin, Maria Friederike Dorothee Sophie, gebornen Sittig von Schlig, genannt Görz.

Seine erste Erziehung erhielt Görz zugleich mit seinem um drei Jahre ältern Bruder, dem nachherigen königlichen preussischen General der Kavallerie, Karl Friedrich Adam, im väterlichen Hause.

Schon im Jahr 1747 starb der Grafen Vater, und im August des folgenden Jahres wurden sie, in Begleitung eines Hofmeisters, auf das Karolinum in Braunschweig geschickt; ein Institut, welches damals, unter des würdigen Abtes Jerusalem Aufsicht und Leitung, im größten Floré stand.

Der Aufenthalt der beiden Brüder in dieser Erziehungs-Anstalt dauerte zwei Jahre; nach der Rück-

Lehr. aus derselben trat Graf Karl Friedrich in Hessen-Kassel'sche Kriegsdienste, Graf Eustach aber blieb ungefähr anderthalb Jahre, sich selbst überlassen, im mütterlichen Hause, von wo er sich im Frühjahr 1752 auf die Universität Leyden begab. Viel verdankte er dort dem Professor des deutschen Staatsrechts, Weiß aus Basel, und einem sehr gelehrten und fleißigen Repetitor, Museus. Die häufigen auf den holländischen Universitäten in jener Zeit üblichen Ferien benutzte der Graf, um sich in dem nahe gelegenen Haag aufzuhalten, wo er, unerachtet seiner Jugend, Zutritt in die besten Häuser und bei den vorzüglichsten Gesandten fand. Hier war es, wo er den ersten Grund seiner Bildung und seiner Welt- und Menschenkenntniß legte; auch scheint er hier den ersten Impuls zur diplomatischen Laufbahn erhalten zu haben.

Nach der Juridiktunft von Leyden, im Frühjahr 1754, brachte der Graf den Sommer bei seiner Mutter zu, und ging im September, zu Vollendung seiner Studien, nach Straßburg, wo er dem berühmten Professor Schöpflin besonders empfohlen war. Dort besuchte er dessen Vorlesungen über die Friedensschlüsse und Staatsverträge, die Staatsgeschichte, das Staats- und Völkerrecht.

Während seines Aufenthalts in Straßburg entstand in dem Grafen der Gedanke, in französische Kriegsdienste zu treten, und er war auf dem Punkte,

solchen auszuführen, als er im Jahr 1755 seine erste Anstellung in herzoglich Sachsen-Weimarschen Diensten erhielt. Seine Mutter hatte solche Vorzüglichkeit durch den Oberhofmeister der jungen Prinzen von Gotha, Herrn von Rotberg, eingeleitet.

So war denn Graf Götz in seinem zwölften und zwanzigsten Jahre Regierungs-Ressessor, mit dem Titel eines Legationsraths, in Weimar, wo, mit dem unbeschränkten Vertrauen des jungen Herzogs, Ernst August Konstantin, beehrt, Graf von Büna als Statthalter und erster Minister die Angelegenheiten des herzoglichen Hauses und die Verwaltung des Landes leitete. Schon während der Minderjährigkeit des Herzogs war dieser Minister an der Spitze der Verwaltung gestanden; die von ihm durch eine lange Reihe von Jahren um das herzogliche Haus erworbenen Verdienste hatten seinen Einfluß begründet und gesichert. Et zeichnete den Grafen Götz gleich bei dessen Dienstesantritt dadurch aus, daß er ihn in sein Haus nahm, und ihm die Führung seiner Korrespondenz anvertraute. Aber zu jener Zeit war Weimar noch nicht, was es in der Folge geworden ist, und dem lebhaften und talentvollen jungen Manne gefiel weder der Aufenthalt daselbst, noch seine Stellung zu dem ersten Minister; er fand diesen zwar sehr gelehrt und erfahren, aber auch sehr stolz, alt und männlich, und den Hof nicht so zusammenge setzt, daß ihm solcher zusagte. Daher führe

er sich so unglücklich in Weimar, daß er, von den ersten Tagen seiner dortigen Anstellung an, sich alle Mühe gab, bald weg — und nach Gotha zu kommen, für welchen Ort er eine besondere Vorliebe gefaßt hatte.

Die Einleitung geschah wieder durch Herrn von Rotberg, und zwar mit gewünschtem Erfolg. Denn schon im September 1756 benutzte die Herzogin von Gotha, Luise Dorothee, einen Besuch in Weimar, um den Grafen von Bünau zu besuchen, den Grafen von Gdrz in die Gotha'schen Dienste zu überlassen, was auch bewilligt wurde.

Mit Ende Novembers war, Graf Gdrz Kammerjunker und Regierungsrath in Gotha; später wurde er zum Hofrath befördert. — Über eben so wenig, als vorher in Weimar, genoß er auch in seinem neuen Dienste einigen Gehalt, und, außer der freien Tafel bei Hofe, keinen Vortheil; er war daher auf seine Appanage beschränkt, die er, nach den Familien-Verträgen, von der Zeit einer Dienstanstellung an, zu beziehen hatte.

Dem Aufenthalte in Gotha verdankte Graf Gdrz vorzüglich die Vollendung seiner Bildung. Dort hatte die sehr geistreiche Herzogin einen Kreis von würdigen und talentvollen Männern und Frauen um sich her gebildet; unter diesen zeichnete sich vor allem die Oberhofmeisterin, Frau von Buchwald, geborne

von Neuenstein, durch Geist, Bildung und Liebenswürdigkeit, unter jenen Herr von Einsiedel, der geheime Rath und Kanzler von Oppeln, und der geheime Rath von Lichtenstein durch Talente, Kenntnisse und vortrefflichen Charakter aus. Noch im hohen Alter erinnerte sich Graf Gbrg mit Dank und Vergnügen an den nützlichen und frohen Aufenthalt in Göttha, und stets unterhielt er die freundschaftlichen Verbindungen mit seinen dortigen Bekannten.

Nach drei Jahren, und noch vor Ende des Jahres 1759, wurde der Graf nach Weimar zurückgerufen. Dort war im Mai 1758, nach einer Regierung von nicht viel über zwei Jahre, und erst 21 Jahre alt, der Herzog Ernst August Konstantin, mit Hinterlassung einer jungen Wittve in gesegneten Umständen und eines noch kein volles Jahr alten Erbprinzen, gestorben. Die Herzogin Amalia (Anna), selbst noch minderjährig, konnte die ihr nach dem letzten Willen ihres verstorbenen Gemahls zukommende Vormundschaft und Landes-Administration nicht übernehmen, sondern solche wurde von ihrem Vater, dem Herzog Karl von Braunschweig, unter Assistenz des Grafen von Bülow, geführt, bis die Herzogin im folgenden Jahre die Volljährigkeits-Erklärung erlangte.

Indem die junge Regentin, nach Uebernahme der vormundschaftlichen Regierung, den Grafen von Gbrg in ihre Dienste zurückrief, erklärte sie zugleich die Ab-

sicht, demselben die Erziehung des Erbprinzen, Karl August, und seines jüngern, nach dem Tode des Vaters gebornen, Bruders, des Prinzen Konstantin (Ernst August), zu übertragen.

Der Graf mißkannte keineswegs das Mühsame und die große Verantwortlichkeit der ihm zugedachten Stelle; er fühlte, daß er derselben, wollte er seine Pflichten streng erfüllen, das Opfer seiner Freiheit, der Vergnügungen seines Alters, des Umganges mit seinen Verwandten, Freunden und Bekannten, bringen mußte.

Ohne große Glücksgüter, hatte der Graf doch Einkommen genug, um frei und unabhängig leben, und so viele Kenntnisse und Bildung, um eine andere, einem jungen Manne von seinem Alter mehr zusagende, Stelle erwarten zu können. „Der Vorsatz“ — äußert er sich in einem Schreiben aus der damaligen Periode — „mich der Welt und meinem Nebenmenschen nützlich zu machen, hat allein mich zu der Entschließung bringen können, ein Amt anzunehmen, welches die schwerste Verantwortung mit sich führt, und in welchem der größte Theil derjenigen, welche ein eben solches in allen Ländern vor mir bekleidet, den größten Kummer, und einen unglücklichen Ausgang erlebt haben.“

Mit dem Charakter eines obervormundschaftlichen Hof- und Legationsrathes, übernahm der Graf im Anfange des Monats März 1762 die ihm anvertraute

Erziehung des vier Jahr und acht Monate alten Erbprinzen, und sogar auch jenes seines jüngern Bruders.

Bisher schon aufgefordert, die Hauptpunkte seiner Instruktion selbst zu anzuweisen, hatte der Graf solche dem geheimen Rathe vorgelegt. Sie dienen zum schätzbaren Beweise, wie sehr er die Wichtigkeit seines Amtes erkannte, und sich selbst an die strenge Erfüllung der mit ihm übernommenen Verpflichtungen binden wollte. Mit der größten Uneigennützigkeit war er bei dessen Annahme über alle Bedingungen hinweggegangen, die man sich gewöhnlich bei solchen Aufstellungen zu machen pflegt; „einunglücklicher Ausgang“ — äußerte er sich in einem an den geheimen Rath am 4. November 1761 erlassenen Schreiben — „würde auch die mildesten Miththeile, die ich gewissermaßen hätte, berauben machen, und kein erwünschter Erfolg auf allein meine schärfste Belohnung.“ — Das Einzige, was er sich anhebungen hatte, war, „daß die seine Stelle niederlegen könne, wenn er das so nöthige Vertrauen der Herzogin, oder des geheimen Rathes, oder des Königs, vermissen sollte.“

Aber diesen Vertrauen ward dem Grafen im vollen Maße zu Theil, und er rechtfertigte es durch den Eifer und die Hingebung, womit er sich seiner Stelle widmete. Ein vollständiges und mit großer Umsicht geführtes Tageloch; aber das Betragen, die Fortschritte, und die Entwicklung des Geistes und Charakters

raßers seinen Jüglinge; halbjährige, ausführliche Berichte über deren moralischen und physischen Zustand an die Frau Herzogin, und zum Theil an den geheimen Rath; eine Menge eigenhändiger Schreiben der erstern, und viele Erlässe des letztern, Anerkennisse und Geschenke der Landstände u. s. w., bezeugen das rastlose Bestreben des Grafen, seine Pflichten in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen, und die allgemeine Zufriedenheit mit dem Erfolge. Mit herzlichster Liebe und Gutwille waren ihm — dieß beweisen so manche schriftliche und mündliche Äußerungen — seine fürstlichen Jüglinge ergeben. Besonders früh entwickelten sich in dem Erbprinzen, demmaligen Großherzog, große Vorzüge des Verstandes und Herzens, und erweckten die schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Schon im Jahr 1763, wo ihn König Friedrich II. sein Großheim, zum ersten Male in Weimar sah, erkannte er die glücklichen Anlagen des Erbprinzen; er sprach sich darüber laut mit großem Beifall aus, und äußerte gegen den Grafen von Götting, als Erzieher, ein besonderes Wohlwollen. Eben dieses geschah im Jahr 1771, als der nun vierzehnjährige Prinz dem König in Braunschweig aufwartete. Damals sagte Friedrich, nach einer langen Unterredung mit ihm, dem Herzog Karl von Braunschweig: „Ich habe noch nie einen jungen Menschen von diesem Alter gesehen, der zu so großen Hoffnungen berechtigt.“

Es war daher als Erzieher fürstlicher Kinder, daß sich Graf Oberg zuerst den Beifall und das Zutrauen des Monarchen erwarb, welches ihm in der Folge als Staatsminister, in den wichtigsten und schwierigsten Geschäften, in so vollem Maaße zu Theil geworden ist.

Was der Graf den Prinzen von Weimar, der abgenommenen Verpflichtung gemäß, war, das ward er auch aus brüderlicher Liebe den beiden Edhnen seines ältesten Bruders, deren Erziehung und Bildung er im Jahr 1765 übernahm, und die er bis in's Jahr 1773, anfänglich in Weimar, und in der Folge in Jena, bei sich behielt.

Ein Anfall von Gütern in der Wetterau an die Göttsche Familie verbesserte im Jahr 1767 deren Vermögens-Verhältnisse; Graf Eustach erhielt dadurch eine ansehnliche Vermehrung seines Einkommens. Im folgenden Jahre vermählte er sich mit der Tochter des herzoglich sachsen-gothaischen geheimen Rathes von Uechtriz. Es läßt sich mit wenigen Worten nicht mehr Rühmliches von dieser würdigen Frau sagen, als was der Graf, viele Jahre nachdem er sie verloren hatte, und als 81-jähriger Greis, von ihr äußerte. „Ihren Tugendethr“ schrieb er ~~an~~ „ihrem ausgebildeten Verstande, und der reinen Güte ihres Herzens danke ich das größte Glück meines Lebens, und die Ausbildung mehrerer vorerwähnter Kinder; sie

war mehr, als sich mit Worten ausdrücken läßt. Im September des Jahres 1800 ging diese Heilige in die Ewigkeit über.“

Unter des Grafen Aufsicht und Leitung wuchsen die Prinzen heran, mit jedem Jahr zunehmend an physischer und moralischer Ausbildung.

Der Erbprinz hatte kaum sein fiebzehntes Jahr zurückgelegt, als die Herzogin Mutter daran dachte, ihn bald zu vermählen; die Prinzessin Luise von Hessen-Darmstadt war diejenige deutsche Fürstentochter, auf welche sie die Wahl ihres Sohnes zu setzen wünschte. Dieser zeigte sich zwar geneigt, den mütterlichen Wunsch zu erfüllen, zugleich aber auch die Absicht, noch einige Jahre mit der Vermählung zu warten. Dessen unerachtet traf die Herzogin die ihrem Wunsche angemessene Einleitung in Darmstadt, in deren Folge eine Reise der beiden Prinzen nach Karlsruhe, wo der Erbprinz die ihm bestimmte Braut sehen sollte, beschlossen wurde.

Die Reise ward in der ersten Hälfte Decembers 1774 angetreten, und so stark war der Eindruck, den die Prinzessin auf den jungen Prinzen machte, daß er sich nach wenigen Tagen ihrer Bekanntschaft, den Wünschen seiner Mutter gemäß erklärte. Diese war darüber entzückt. „Sie kennen!“ — schrieb sie am 24. December dem Grafen von Görtz — „mein mütter-

„liche Zärtlichkeit für meine Kinder. Sie werden daher die Freude begreifen, die ich über den Entschluß meines Sohnes, die Prinzessin Luise zur Frau zu nehmen, empfinde. — Es ist mir nur leid, daß ich nicht Augenzeuge des neuen Zustandes seyn kann, in welchem sich mein Sohn jetzt befindet. Sieht er als Verliebter gut aus? Ist er sehr ergriffen u. s. w.“

Eine Sorge hatte die Herzogin noch, nämlich: der Prinz möchte, seiner früher gedauerten Absicht gemäß, die Vermählung einige Jahre verschieben wollen; allein auch diese Sorge war bald gehoben; denn noch im Dezember fand die Verlobung in Karlsruhe statt, und im folgenden Jahre die Vermählung.

Von Karlsruhe aus unternahmen die Prinzen, mit Bewilligung ihrer Mutter, eine Reise nach Paris, und kamen im Monat Junius 1775 nach Weimar zurück. Allenthalben hatten sie den vortheilhaftesten Eindruck gemacht, und den größten Beifall erhalten; trefflich wurde diese Reise zur Erweiterung ihrer Kenntnisse und zur Vervollkommenung ihrer Bildung benützt; auch ihrer Gesundheit war solche sehr zuträglich.

Während der Dauer der Abwesenheit vom Hause, wurde ein ununterbrochener lebhafter Briefwechsel zwischen der Herzogin Mutter und dem Grafen Spork unterhalten; alle Schreiben der erstern sind voll von Zufriedenheits-Bezeugungen, von Beweisen des Ver-

trauens und Wohlwollens für den Grafen, von Anerkennung seiner großen Verdienste um die beiden Prinzen.

Aber nur wenige Tage nach der Zurückkunft von der Reise, und kaum drei Monate vor dem Regierungsantritt des Erbprinzen, ertheilte die Herzogin dem Grafen die Entlassung von seiner Stelle. Höchst unerwartet und schmerzlich fiel dieses dem Manne, der bisher nur Beweise von Beifall und Zutrauen erhalten hatte, und es sich bewußt war, daß er solche verdient habe. Doch war seine Entlassung sehr ehrenvoll; er erhielt, zur Bezeugung der Zufriedenheit mit seinen geleisteten treuen und ersprießlichen Diensten, nicht nur den Charakter eines wirklichen geheimen Raths, mit dem Prädikate: Excellenz, sondern auch eine lebenslängliche Pension von 1500 Reichsthalern jährlich, die er bis zu seinem Tode genossen hat. Die Landstände bewiesen ihre Anerkennung der Verdienste desselben mit dem Geschenke eines Kapitals von 20,000 Reichsthalern.

Nun war die Laufbahn des Grafen als Erzieher fürstlicher Kinder vollendet, und ohne fernere Verpflichtungen gegen Weimar, konnte er sich entweder eine neue Laufbahn eröffnen, oder in Zurückgezogenheit von Aemtern und Geschäften ein ruhiges und sorgenfreies Leben führen. Ohne darüber noch einen Entschluß zu fassen, fand er sich, durch den bestimmt ge-

äußerten Wunsch des nun für volljährig erklärten Herzogs, bewogen, vorerst in Weimar zu bleiben. Von dort begleitete er den jungen Regenten, als die Zeit zu dessen Vermählung gekommen war, nach Karlsruhe, und kehrte dann mit den Neuvermählten nach Weimar zurück.

Nicht lange blieb der Graf in der glücklichen Unabhängigkeit, die er seit seiner Entlassung genossen hatte. Der Herzog wollte seinen ehemaligen Erzieher als Gesellschafter, Freund und Rathgeber durch eine andere ehrenvolle Stelle an seinen Hof und seine Person aufs Neue binden; daher übertrug er ihm jene eines Oberhofmeisters seiner Gemahlin. Aus Anhänglichkeit an den Herzog, und aus hoher Verehrung für die junge Fürstin, nahm Graf Gbrg diese neue Bestimmung an. „Die Hoffnung“ — schrieb Graf Gbrg bei diesem Anlasse an den Herzog — „Sie glücklich in „Ausübung der Tugenden, die ich Ihnen stets einzu- „flößen beflissen war, und im Besitz einer Fürstin zu „sehen, welche der Himmel für Sie geschaffen zu haben „scheint, das Vergnügen, mit Freunden zu leben, die „ich liebe und schätze, das Glück, mich dem Dienste „der Frau Fürstin zu widmen, und die Zuversicht, „daß Euer Durchlaucht mir Ihre Achtung nicht ver- „sagen können, veranlaßt mich, mit Freuden, selbst „mit Dankbarkeit, die Stelle anzunehmen, die Sie „mir übertragen, und die mir doppelt werth wird, in-

„dem ich Ihnen dadurch meine Uneigentlichkeit be-
weisen kann.“

Wie es nun kam, daß der Graf seine Stelle schon im folgenden Jahre wieder niederlegte, ist aus dessen Papieren nicht zu entnehmen; er blieb jedoch vor der Hand noch in Weimar. Nun war Obrg auf's Neue über seinen künftigen Lebensplan mit sich nicht einig und zweifelhaft, ob er sich auf's Land, oder nach Frankfurt, oder nach Friedberg, wo er Burgmann war, begeben sollte. In die preussischen Dienste, in welchen ihm die Vorsehung eine so ruhmliche Rolle bestimmt hatte, dachte er gar nicht, vielmehr fühlte er gegen solche mehr Abneigung als Zuneigung.

Inzwischen kam ihm von verschiedenen Orten her die Versicherung zu, König Friedrich II. erinnere sich seiner fortwährend mit Wohlwollen. Ja, sein Bruder, der täglich um den König war, schrieb ihm sogar aus dessen Aufträge im Anfange des Jahres 1776, der König wünsche, ihn wieder einmal zu sehen. Dieser Aufforderung folgend, reiste der Graf im Frühjahr nach Potsdam. Dort hatte er, während eines dreiwöchentlichen Aufenthalts, zweimal Audienz bei dem Monarchen, der sich mit ihm auf eine ausgezeichnet huldvolle Art unterhielt, und ihn beim Abschied mit den Worten: „Wir sehen uns wieder“, entließ. Dessen unerachtet, und gegen das Anrathen seines Bru-

ders und seiner Freunde, that Erbg keinen Schritt, um in preussische Dienste zu kommen; sondern kehrte, nach einem kurzen Aufenthalte in Berlin, im Monat Junius wieder nach Weimar zurück.

Von dort unternahm er in einige Gegenden Deutschlands, besonders an den Rhein, eine Reise; dann Endymed nicht nur eine temporäre Entfernung von Weimar, sondern vorzüglich die Bemerkung um die Stimmführung protestantischer Pfaffen am Reichstage gewesen zu seyn scheint; ein Erfolg wurde jedoch nicht erzielt, und im Oktober war Erbg wieder in Weimar. Noch gegen Ende des Jahres 1777 war über dessen künftige Bestimmung nichts entschieden.

Inzwischen war des Grafen älterer Bruder und sein Freund Catt in Berlin nicht unthätig geblieben; denn unterm 22. November schrieb ihm jener, er solle ihm und Catt die Leitung seines Schicksals überlassen, und ihm mit umgehender Post einen offensichtlich Brief, mit dem Wunsche, in preussische Dienste zu treten, zu senden. Der Graf entwarf zwar einen solchen am 6. Dezember, und äußerte sich offen über seine Lage und Wünsche; allein er konnte sich nicht entschließen, denselben abgehen zu lassen.

Da kam am 8. Jänner 1778 sein Bruder aus Potsdam in Weimar an, ein Schreiben des Königs mit den wichtigsten Aufträgen in der bayerischen Erb-

folge = Angelegenheit überbringend. Der Graf glaubte, dem ehrenvollen Rufe folgen zu müssen, und so schloß er seine Laufbahn in Weimarischen Diensten, um eine neue, glänzendere zu betreten.

Damit der Faden der Erzählung nicht unterbrochen werde, wurde hier kurz über die Personen hinweggegangen, welche zu jener Zeit in Weimar und dessen Umgebungen lebten, so wie über die damaligen Verhältnisse des dortigen Hofes. Die einen, wie die andern, bieten mannigfaltiges Interesse, und die hinterlassenen Papiere des Grafen Materialien im Ueberflusse dar, um auch jetzt noch eine anziehende, und manchmal selbst belehrende, Schilderung von Personen und Begebenheiten der damaligen Zeit am Hofe zu Weimar und an andern deutschen Höfen zu entwerfen.

Allein eine solche kann, bei allem Reiz, den eine Lektüre der Art haben dürfte, nicht in diese Denkwürdigkeiten aufgenommen werden, weil sie diesem Werke eine zu große Ausdehnung geben würde. Daher muß in demselben der größtentheils interessante Inhalt einer Menge von Briefen der geistreichen Frau von Buchwald in Gotha, und der durch Jahre ununterbrochen fortgesetzten Korrespondenz der witzigen, nicht selten scottischen Gräfin von Gianini, Oberhofmeisterin der Herzogin Luise von Weimar, mit Stillschweigen übergangen werden. Eben deshalb kann auch darin
nichts

nichts von den zahlreichen Briefen des hiesigen gothaischen Residenten Grimm in Paris, mancherlei Charakterzeichnungen und Anekdoten seiner Zeit enthaltend, und ferner des hessens-darmstädtischen Präfidenten, Friedrich Karl, Freiherrn von Moser, der selbst über ernsthafte Gegenstände sich mit Witz und Scherz zu äußern pflegte, mitgetheilt werden.

Mehrere Schreiben des kurmainzischen Ministers von der Grobshlag, des Grafen von Werthern, des von frühem Jahren her dem Grafen mit inniger Freundschaft ergebener Freiherrn Karl Theodor von Dalberg, des allgemein verehrten Herders, des Freiherrn von Lichtenstein in Gotha, und vieler ausgezeichneten Männer jener Zeit sind nicht nur wegen ihrer persönlichen Verhältnisse zu dem Grafen, sondern auch ihres übrigen Inhaltes wegen von Interesse. Eine Menge Briefe fürstlicher Personen, als: des Herzogs und der Herzogin von Gotha, des Herzogs von Braunschweig, des Wittgen Philipp von Hessen, des Fürsten Hohenlohe Kirchberg, der vermißten Markgräfin von Baireuth und Erlangen, und anderer mehr, liefern die sprechendsten Beweise von jener großen Achtung, Theilnahme und dem theuren Vertrauen, welches sie dem Grafen schenkten. Nicht nur für dessen Biographie, sondern auch für jene mancher seiner Zeitgenossen, enthalten die meisten dieser Briefe sehr willkommene Beiträge,

deren Bekanntmachung einer andern Zeit vorbehalten bleibt.

Indessen darf doch die erste Periode von des Grafen Geschicklichen nicht geschlossen werden, ohne über einige in derselben hervortretende, interessante Personen den Lesern Einiges mitzutheilen.

Am ersten erwähne ich billig der Herzogin Augusta (Anna), die, durch seltene Gaben des Verstandes und Herzens, einen ausgezeichneten Rang unter den deutschen Fürstinnen behauptet, und von den Wieland sagt: „Sie ist eine Fürstin, deren Mutter, thut man wird, sobald man sie sieht und hört.“

Wittme in ihrem neunzehnten Jahre, war sie vor allem Mutter. Als solche erfüllte sie die Pflichten gegen ihre beiden Söhne mit einer Liebe und Treue, mit einer Sorgfalt und Barmherzigkeit, die den Müttern aus allen Ständen zum Muster dienen kann. Frühe wollte sie ihren Erstgebornen, auf dem ihre und des Landes Hoffnung baute, der Kinderstube und den weiblichen Umgebungen entziehen, und ihn dem Manne übergeben, der ihn von Kindesbeinen an zu seinem hohen Beruf erziehen und bilden sollte. Nicht zufrieden sich täglich, selbst stündlich, von dem Fortschreiten, den körperlichen und geistigen Eigenschaften ihrer Kinder, ihren Fortschritten im Unterricht und in der Ansbildung zu überzeugen, trug sie, deren Erstgeb. auf, als halbes Jahr darüber anfänglich schriftlichen

Berichtigungen erstatten, nach: darin: sind Verbesserungen
 oben: Verbesserungen in der bisher befolgten Erziehungs-
 art; Dinst: Unterricht u. s. w. vorzuschlagen; welche
 er: nach: dem: gelindesten Erfordernisse: oder: Noth-
 andungen: für: dienlich: erachtet: würde. Daß: die: Her-
 zögin: dem: Inhalt: dieser: Briefe: sorgfältig: zerleg-
 und: zu: jeder: vorge schlagenen: Verbesserung: schnell: und
 gerit: ihre: Bestimmung: gab; bezeugen: die: vielen: schrift-
 lich: ertheilten: Entschlüsse: die: beinahe: eben: so
 viele: Zufriedenheits: Bezeugungen: für: den: Ersten: ent-
 halten: „Euch: Ulrich: — heißt: es: in: einem: den:
 selbst: am: 26: November: 1774: erlassenen: Ent-
 schließung; und: dergleichen: liegen: ganz: wie: vor:
 und: dem: wir: uns: von: dem: Herrn: Grafen: nach: 18½
 Jahren: des: Gemüthlichen: halben: Jahres: abet: den: zeit-
 lichen: weiteren: Fortgang; welchen: das: Erziehungs-
 „Geschäft: Unserer: beiden: freundlich: geliebten: Prinzen
 „Liebden: gehabt; unter: 12: Jahren: des: nächst: vorigen
 „Quartals: statteten: Berichte: her: Bedeutsame: antwort-
 „liche: Bericht: gethan: worden. So: herzlich: sich:
 „Unser: mütterliches: Herz: her: Schande: ist; daß: wir
 „Uns: schmeicheln: können; daß: die: göttliche: Güte: (un-
 „serer: Sorgen: für: die: zukünftige: Behandlung: er-
 „neueren: wichtigen: Geschäft; und: dieses: solchen
 „Ende: angeordnet: Demuthen:; gethan: nicht: zu:
 „gesegnet: gelassen; so: vollständig: ist: die: Gerechtigkeit;
 „welche: wir: dem: Herrn: Grafen: wegen: seiner: merkwür-

„samtlich nach des nie erlassenen Eifers; womit derselbe, schon hierbei obgelegenen Pflichten Gemäße zu vollenden bis hieher bemüht gewesen, undersuchen lassen; und es kann sich daselbe Unserer gnädigsten Zufriedenheit hiendurch ebenso gewiß versichert haben, als zuversichtlich das Vertrauen ist; so Wir zu ihm hegen, daß uns derselbe das seiner Endenschaft immer näher kommende Ergiehungswort mit gleichem rühmlichen Eifer vollendet unter göttlichem Beistande glücklich vollbringen helfen werde.“

War die Herzogin von ihren Kindern entfernt, entweder in Eisenach, wo sie sich öfters aufhielt, oder in einem Kurorte, oder an einem benachbarten Hof, so war ihr Briefwechsel mit Ober- und Unterbrachen; sie wollte die kleinften Details von ihren Thätigkeiten wissen, alles, was sie betraf, war ihr interessant, auf alles richtete sie ihre Aufmerksamkeit. Diese zärtliche Sorgfalt, dieses rege Interesse an allem, was auf ihre Kinder Bezug hatte, offenbarte sich noch mit gleicher Begeisterung, als diese, zu Jünglingen herangewachsen, auf Reisen gingen. „Schreiben Sie mir!“, trägt sie dem Grafen bei Ausretung der Reise mit den Prinzen, am Ende des Jahres 1774; auf: „so ist es nur immer möglich ist; alles, was meine Kinder betrifft, selbst das Unbedeutendste, interessiert mich unendlich.“

Im Jahr 1775 die Herzogin, als Regentin, dem Lande

war, wie sie, von einsichtsvollen und treuen Räten unterstützt, die Regentschaft in den schwierigen Zeiten des siebenjährigen Kriegs zum Wohl und zur Erleichterung der Unterthanen zu führen, und nach dessen Beendigung die Wunden des Landes zu heilen mußte; wie sie durch kluge Sparsamkeit den Finanzen des Herzogthums, ohne Bedrückung der Unterthanen, aufhelfte, und von diesen die Schrecknisse der Hungersnoth, wovon im Jahr 1778 Sachsen heimgesucht wurde, abwendete; wie sie die bestehenden Anstalten für die geistige Bildung des Volkes erweiterte, vervollkommnete und neu begründete. — wird stets im dankbaren Andenken von Tausenden bleiben.

Was endlich die Herzogin, als großmüthige Beschützerin der Wissenschaften und Künste, gethan hat, wie es ihr gelang, Männer von den glänzenden Talenten, von dem größten litterarischen Rufe, nach Weimar zu ziehen und dort festzuhalten; wie sie diesem Orte die Benennung des deutschen Athens zu erwerben; wie sie sich, nach niedergelegter Regierung, ganz den Musen widmend, durch die Vorzüge ihres Geistes und ihrer hohen Bildung, auch dann noch ausgezeichnete Gelehrte und Reisende von anerkanntem Verdienste um sich zu versammeln wußte, als sie ganz in das Privatleben zurückgetreten war: — dieß haben Männer, auf welche Deutschland stets stolz seyn wird, wie Goethe, Wieland, und andere berühmte Schrift-

steller, in verschiedenen Werken der Nachwelt aufbewahrt.

Wenn daher, bei solchen Eigenschaften des Verstandes und des Herzens, diese ausgezeichnete Fürstin, nach einem durch Jahre fortgesetzten Wohlwollen und Vertrauen zu dem Grafen, ihre Gesinnungen für ihn änderte, und ihn von ihrem Sohne in einem Zeitpunkte entfernte, wo sie von dem glänzenden Erfolge seiner Erziehung sich selbst überzeugt hatte, so vermag dieses eben so wenig einen Schatten auf sie, als auf den Grafen zu werfen. Ein kleiner Umstand kann oft zwischen Menschen, welche gemacht sind, sich gegenseitig zu achten und zu vertrauen, Mißverhältnisse herbeiführen, und es gibt allenthalben, am meisten an Höfen, Leute, die sich ein Geschäft daraus machen, solche, statt beizulegen, auf einen Grad zu treiben, der von einer, wie von der andern Seite einen Rücktritt, läge er auch selbst in den stillen Wünschen der Befangenen, unmöglich macht. So geschah es dann, daß, unerachtet der Mißverhältnisse, welche zwischen der Herzogin und dem Grafen eintraten, doch beide nicht aufhörten, sich gegenseitig hochzuachten: es ist hierbei eben so bemerkenswerth, daß die Herzogin, nur wenige Monate nach der Entlassung des Grafen, dessen Anstellung als Oberhofmeister bei ihrer fürstlichen Schwiegetochter sich nicht entgegensezte, als daß man in den Papieren des Grafen auch nicht Eine bittere Aeußerung

über die Herzogin, und selbst nicht einmal die Veranlassung zu deren Sinnesänderung findet.

Der Herzogin zarte Sorgfalt für die Erziehung ihrer Ebhne, lohnte der Erfolg. Carl August, jetzt regierender Großherzog, wurde der Stolz und Trost seiner Mutter, der Vater seines Volkes, ein Gegenstand allgemeiner Verehrung und Liebe. Alle die schönen Erwartungen, die er schon von Kindheit an erregt hatte, gingen in Erfüllung. Mit wenigen Worten, aber sehr treffend, entwirft Dalberg in einem Schreiben an Gdrk, vom 18. September 1775, das Bild des jugendlichen Prinzen, indem er sagt: „Verstand, Charakter, Offenheit, und die seinem Alter angemessene Treuherzigkeit; eine Fürstenseele, so wie ich sie nie sah.“

Stets hat sich des Herzogs Wohlwollen und seine Dankbarkeit gegen seinen Erzieher unter allen Verhältnissen bewährt, und wie sehr er diesem auch dann noch volles Vertrauen schenkte, als er nicht mehr unter seiner Leitung stand, beweist die Freimüthigkeit, mit welcher der Graf dem Herzog unterm 2. September 1775, als am Vorabend seines Regierungs-Antritts, die Wichtigkeit seines hohen Berufes in folgenden Worten zu Gemüthe führen durfte: „Morgen also, lieber Prinz, werden Sie das erhabene Amt, wozu Sie die Vorsehung bestimmt hat, antreten, und anfangen, der Vater von vielen Tausenden Ihres-

„gleichem, und das Bild jenes Gottes zu seyn, der einst über dieselben und über Sie richten wird.“ —

„Wegen Sie sich stets dieser ersten und wichtigsten Lehre erinnern!“

„Lassen Sie keinen Tag vorüber gehen, ohne von der Glückseligkeit, der Sie Ihr Beruf empfänglich macht, durchdrungen zu seyn! Die meisten Fürsten machen sich unglücklich, weil sie die hohe Stufe, auf der sie stehen, für eine Last ansehen; sie suchen sich deshalb durch frivole Lustbarkeiten Zerstreuung zu verschaffen, und vergessen auf der Jagd oder im Schauspielhause ihre Pflichten. Vergeblich suchen sie dort Befriedigung für ihr Herz, diesen empfindsamen Theil ihres Wesens, und unglücklich sind sie, wenn sie dessen Regungen ersticken. Gewöhnen Sie sich, Prinz, Ihren hohen Beruf aus einem andern Gesichtspunkte zu betrachten, und freuen Sie sich, daß Sie die Vorsehung in den Stand gesetzt hat, zu jeder Stunde Ihresgleichen glücklich zu machen. Wenn Sie ein gutes Beispiel geben, wenn Sie das Laster unterdrücken, wenn Sie die Tugend belohnen, so werden Sie sich am leichtesten das höchste Glück verschaffen können; mit jeder Morgenröthe nehmen Sie sich vor, Gutes zu thun, und am Abend mag Ihnen Ihr Herz sagen, ob Sie diesen Vorsatz erfüllt haben.“

Dieses Vertrauen, dieses Wohlwollen, welches

der gegenwärtige Großherzog seinem Erzieher bis an dessen Lebensende schenkte, erwiderte dieser durch aufrichtige, herzliche Ergebenheit, die er unter allen Verhältnissen durch Rath und That bewährte. Selbst in die höhere Sphäre des preussischen Staatsdienstes versetzt, war es noch sein Stolz, der Erzieher eines Regenten gewesen zu seyn, der die Erwartungen des großen Friedrichs, und die Hoffnungen seines Landes nicht nur erfüllt, sondern selbst übertroffen hat. Wenige Monate vor des Grafen Tode, besuchte ihn noch der Großherzog in Regensburg, und verweilte einige Tage bei seinem Freunde und Erzieher. Beglückende Momente für zwei schöne Seelen, die mit gleicher Ruhe, mit gleich heiterem Blick die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft überschauen konnten! Bei seiner Abreise machte der Großherzog dem Kammerdiener des Grafen noch ein Geschenk, und trug ihm auf, seinen alten Herrn ja recht sorgsam zu pflegen.

Prinz Konstantin, des Großherzogs jüngerer Bruder, starb im Jahr 1793 als kurfürstlicher Generalmajor und Chef eines Kavallerie-Regiments.

Unter den Bekannten und Freunden, die sich Graf Görtz während seines Aufenthalts in Weimar erwarb, verdient Wieland als einer der ersten erwähnt zu werden. Mit diesem stand er lange Zeit in besonders freundschaftlichen und vertraulichen Verhältnissen, und, was bisher nicht bekannt geworden

zu seyn scheint, er war es, der Wielands Ruf zum Lehrer der Prinzen nach Weimar bewirkte, und alle Hindernisse, die sich der Ausführung entgegensetzten, zu beseitigen wußte.

Obgleich schon im Jahre 1769 als Professor auf der benachbarten Universität Erfurt angestellt, besuchte Wieland doch erst gegen Ende des Jahres 1771, oder im Anfange des Jahres 1772, öfters den Hof zu Weimar. Dort fand der geistreiche Mann die verdiente, ausgezeichnete Aufnahme und Behandlung, fühlte sich aber bei seinen, von seinen frühern Verhältnissen mitgebrachten, kleinstädtischen Manieren anfänglich nicht ganz behaglich; doch bildete sich bald zwischen ihm und dem Grafen ein näheres Verhältniß, was aber erst im März 1772 freundschaftlich zu werden anfang, und nach und nach in eine wahre, aufrichtige Freundschaft überging. Der Graf war es, der, Wielands Werth fühlend, zuerst den Wunsch, ihn als Lehrer bei den Prinzen angestellt zu sehen, hegte, und ihm solchen eröffnete. Er theilte ihm aber auch zugleich in vertraulichen Schreiben seine eigenen Sorgen, die mit der von ihm bekleideten Stelle unzertrennlichen Unannehmlichkeiten und Reibungen offen mit, fragte ihn um Rath, und befolgte diesen meistens. Der Graf war es, der die Herzogin, welche die enge Verbindung zwischen ihm und Wieland nicht kannte, veranlaßte, diesen zu ersuchen, ihr seine Ansichten

über einige, die Ausbildung der Prinzen betreffende, Punkte mitzutheilen, was Wieland auch mit eben so vieler Einsicht als Freimüthigkeit that.

Dessen unerachtet verzögerte sich Wielands Anstellung in Weimarischen Diensten, und solche würde, ohne des Grafen eifrige Verwendung für seinen sehr ängstlichen und etwas mißtrauischen Freund, wahrscheinlich nie stattgefunden haben. Es scheint überhaupt, es habe sich damals am Hofe eine Partei gebildet, die sich auf die Frau Herzogin einen dem Grafen, und damals auch Wieland, unwillkommenen Einfluß zu verschaffen wußte, und solchen selbst auf den Erbprinzen, wiewohl vergeblich, zu gewinnen suchte.

Als endlich Wieland als Instruktor der Prinzen seine Dienste in Weimar antrat, wurde seine Besoldung auf 1000 Reichsthaler, und seine Pension nach Vollendung des Unterrichts auf 600 Reichsthaler jährlich festgesetzt, mit der Erlaubniß, solche, wo immer, verzehren zu dürfen.

Daß sich das enge, freundschaftliche Verhältniß zwischen dem Grafen und Wieland auch nach des letztern Eintritt in Weimarische Dienste erhalten habe, darüber findet sich in den hinterlassenen Papieren des erstern keine Spur; es scheint vielmehr aus der Korrespondenz zwischen Götz und Dalberg hervorzugehen, daß ersterer mit Wieland, bald nach seinem Dienstes-

antritte unzufrieden war, weil er sich zweideutig, nicht nur gegen Gdrz, sondern auch gegen die Herzogin und deren Sohn benommen haben soll. Selbst Dalberg überzeugete sich davon, und gab ihm deshalb sein Mißfallen zu erkennen. „Wenn Wieland etwas entschuldigt“ — schreibt Dalberg an Gdrz am 18. September 1775 — „so ist es seine Eigenschaft eines Dichters.“ — Daraus läßt sich folgern, daß die frühere freundschaftliche Verbindung zwischen Gdrz und Wieland von jenem Zeitpunkte an aufgehört habe.

Aber daß ein anderer berühmter, und zu einer gewissen Epoche in Deutschland hochgefeierter, Mann dem Grafen innige Achtung und Freundschaft widmete, davon liegen Beweise in Menge vor.

Dieser ist Karl Theodor von Dalberg. Als kurmainzischer Statthalter in Erfurt, konnte einem Manne von seinem Geiste der Hof zu Weimar nicht fremd bleiben, und er wurde an demselben bald sogar einheimisch. Dalberg genoß das Wohlwollen und Vertrauen der Herzogin Mutter, die Liebe und Zuneigung ihrer Edhne, und zwar vorzugsweise des Erbprinzen, die Verehrung aller ausgezeichneten Männer in Weimar, und neben solcher noch die besondere Freundschaft des Grafen Gdrz; er war Vertrauter, Freund, Rathgeber denjenigen, die ihm Vertrauen und Freundschaft schenkten, und übte auf alle, auch wenn sie in Ansichten und Absichten nicht einig waren, jenen ent-

schwebenden Einfluß aus, welcher die Fäden des wahren, allgemein anerkannten Verdienstes 1775. . . .
 Besonders lag Dalberg die Art von Sorgen, wie der Herzog bei erlangter Volljährigkeit die Regierung beginnen würde, und unges. erfuhr es dessen Absicht, gleich im Anfange derselben große Veränderungen vorzunehmen. Noch mehr beruhigte es ihn, als sogar verlauten wollte, das frühere schiedliche Verhältniß zwischen Mutter und Sohn sey etwas getrübt; freimüthig äußerte er sich darüber gegen den Grafen in einem Schreiben vom 9. Juli 1775: „Ich beschwöre Sie, lieber Graf, verhüten Sie, daß Karl August zu rasch beginne. Wozu soll es nützen, wenn er schnell Veränderungen vornimmt? Schon verbreitet sich allgemein das Gerücht, Karl August stehe nicht mehr gut mit seiner Mutter, und mehr als einmal hörte ich mit Bedauern beifügen: er hat unrecht, denn seine Mutter hat die Verwaltung gut geführt. Was kann es am Ende schaden, wenn Karl August in den ersten Monaten keine Veränderungen vornimmt? Es schien mir nie, ich gestehe es offen, daß der Geheimerath der Herzogin so ungeschickt oder tadelnswerth gehandelt habe, daß eine plötzliche Veränderung nöthig wäre, was auch eine wahre Beleidigung für die Mutter seyn würde.“

Der Mutter und dem Sohne mit gleicher aufrichtiger Freundschaft zugethan, beider volles Ver-

trauen genießend, und von dem Wunsche für das Bestes besetzt, mußte Dahlberg auf beide gleich wohlthätig einwirken, und beider Nöthigung, Zustimmung und Dank in gleichen Grade sich zu erwerben von Außen Dahlberg und Wieland, letzte Ehre noch mit Herder und seiner Familie in der innigsten Freundschaft, und solche bestand noch fort, als der Graf schon viele Jahre Weimar verlassen hatte.

Zweiter Abschnitt.

Unterhandlungen wegen der bayerischen Erbfolge, bis zum Anfang des Aufstands zwischen Oesterreich und Preussen, 1770, Bener, Forderung, Adol.

Ohne Hinterlassung ehelicher Nachkommen, segnete Kurfürst Maximilian Joseph von Bayern am 30. Dezember 1777 das Zeitliche, und mit ihm erlosch die Ludwig'sche Linie *), und ihr Land fiel auf die Rudolphinische, wodurch, kraft der bestehenden Haus-Verträge, - nach einem Umflusse von beinahe fünfhundert Jahren die Trennung eines Theils von Niederbayern (das nach der Theilung von 1349 auch Landshut und Burghausen begriff, und 1353 unterabgetheilt wurde) aufhören, und ganz Bayern und die Rheinpfalz wieder unter einem Regenten vereinigt werden sollten. Nur wenige Jahre vor dem

*) Die Wilhelminische Linie, die in den Streitsschriften über die bayerische Erbfolge meistens genannt ist, war mit der bereits erloschenen Fortwährenden die Unterabtheilung.

82

Hinscheiden Maximilian Josephs waren jene Hausverträge erneuert und bestätigt, und somit die Grundsätze der Erbfolge in den beiderseitigen Staaten auf eine ganz bestimmte Art festgesetzt worden.

Deffen unerachtet begte Friedrich der Große Besorgnisse, Oesterreich dürfte das Erbschen der bayerischen Karlthe bedürfen, um mit Ansprüchen an diese reiche Erbschaft, oder einen Theil derselben, hervortreten. Und wirklich, diese Besorgnisse waren nicht ungegründet. Die Trennung Niederbayerns von Oberbayern im Jahr 1353 durch Herzog Albrecht, den Stifter der Straubing'schen Linie, und die nach dem Absterben desselben von Kaiser Sigmund im Jahr 1426 seinem Eidam Albrecht von Oesterreich ertheilte Belehnung über das als heimgefallenes Lehen behandelte Niederbayern, wurden den Ansprüchen Oesterreichs zu Grunde gelegt. Zwar hatte Albrecht das Lehen nicht erhalten, sondern die Besitzungen der ausgestorbenen Linie wurden von dem Kaiser unter die Herzoge Ludwig in Ingolstadt, Heinrich in Landshut, Ernst und Wilhelm in München, nach Köpfen vertheilt; aber dadurch — behauptete Oesterreich — seyen alte Ansprüche nicht aufgehoben worden, und jetzt, nach Erbschen der Ludwig'schen Linie, trete es in seine Rechte auf Niederbayern wieder ein. Die vom deutschen Reiche, oder von der Krone Böhmen, zu denen rührenden

rührenden Herrschaften wurden ohnehin von Oesterreich als heimgefallen angesehen.

Diese Ansprüche kannte Friedrich II. von Preußen bei dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph nicht, und der nur vier Tage später (3. Jänner 1778) geschlossene Vertrag, wodurch der Kurfürst Karl Theodor solche anerkannte, war ihm noch ein Geheimniß, als seine sorgsame Aufmerksamkeit auf die Politik des Wiener Hofes schon seine ganze Thätigkeit in Anspruch nahm.

Allein, wenn gleich fest entschlossen, Oesterreichs Vergrößerung im deutschen Reiche durch Erwerbung eines Theils der bayerisch-pfälzischen Staaten zu verhindern, fehlte es ihm doch an zuverlässigen Nachrichten, sowohl über die Gesinnungen der dabei theiligten Höfe, als selbst über Oesterreichs Plane. Man wird sich im Verfolge dieser Denkwürdigkeiten überzeugen, daß der große Friedrich entweder von seinen Ministern im Auslande nicht gut bedient war, oder daß der österreichische Hof das Geheimniß seiner Absichten mit einem seltenen Erfolg zu bewahren verstand.

Um sich, ohne zur Unzeit Aufsehen zu erregen, die zum Handeln nöthige Gewißheit zu verschaffen, erachtete der König für dienlich, sich eines zuverlässigen, aber nicht in seinen Diensten stehenden Mannes

zu bedienen, dessen geheime Sendung selbst den preussischen Gesandten und Agenten an fremden Höfen unbekannt bleiben sollte; seine Wahl fiel auf den Grafen v. G. s.

Als daher die Nachricht von des Kurfürsten Tod am 3. Jänner 1778 dem König zukam, berief er sogleich des Grafen Bruder zu sich, und eröffnete ihm seine Absicht. Dieser ahnend, daß G. s. gegen Uebernahme so eines Auftrages Bedenken tragen könnte, erbat sich und erhielt die Erlaubniß, solchen ihm selbst nach Weimar überbringen zu dürfen.

Dort kam er am 8. Jänner Abends an, und überraschte den Grafen nicht wenig mit der Eröffnung, wozu ihn der König ausersehen habe. Seine Worte unterstützte der General mit Ueberreichung von Notaten, die zwar durchaus von des Königs Hand geschrieben, aber weder mit Datum, noch Unterschrift und Ueberschrift, versehen waren.

G. s. wußte das Schwierige und Gefährliche des ihm zugedachten Auftrages nicht, und die Art selbst, wie ihm solcher ertheilt wurde, war nicht sehr ermunternd, sich demselben zu unterziehen; denn sie verrieth entweder Mißtrauen, oder deutete auf ein gefährliches Unternehmen hin. Ohne preussischer Unterthan zu seyn, oder in preussischen Diensten zu stehen, selbst ohne bestimmte Aussicht, in diese aufgenommen

zu werden, ohne irgend eine Art von Beglaubigung und Vollmacht, sogar ohne förmliche Instruktion, sollte er ein Geschäft übernehmen, wo er von dem Souverän, der es ihm übertrug, und dem er unter keinem Titel angehörte, geopfert, und dem ganzen Unwillen des Wiener Hofes ausgesetzt werden konnte! Aber dieser wohlgegründeten Bedenklichkeiten unerachtet, bewogen das Zureden eines Bruders, auf dessen Schicksal sein Entschluß Einfluß haben konnte, und, wie es scheint, auch Herders Rath, den Grafen, sein ihm stets so theures Familienleben, und die ruhige und sorgenlose Lage, in der er sich zu Weimar befand, zu verlassen, und eine Aufgabe zu übernehmen, die selbst für einen geübten Diplomaten abschreckend seyn mochte.

Damit beginnt denn die zweite Periode des Geschäftslebens des Grafen, von der er in den für seine Kinder im 81sten Jahre eigenhändig niedergeschriebenen biographischen Notizen sagt: „Wenn auch, geliebte Kinder, bei wenigstens den meisten Ereignissen meines Lebens, wie es wohl bei allen Sterblichen, dasselbe seyn wird, sich eine höhere Leitung gezeigt hat, so war diese höhere Leitung der Vorsehung, der ich auch nach dem Rathe meines verklärten Freundes Herder mich überlassen habe, besonders sichtbar und unverkennlich in dieser zweiten Periode meines Lebens, und bei dem Eintritte in die königlich preussischen Dienste.“

Ueber seine so folgenreiche Unterhandlung wegen der bayerischen Erbfolge, hat Graf Gbrg im Jahr 1812 eine historische Denkschrift herausgegeben *), in welcher nicht nur das Geschichtliche, sondern auch die wichtigsten Urkunden, theils ganz, theils auszugsweise, enthalten sind. Daher ist von dieser Unterhandlung das Interessanteste schon lange bekannt, und eine große Menge zu jener Zeit erschienenener, zu einer händereichen Sammlung angewachsener, Druckschriften **) geben über das, was die bei der bayerischen Erbfolge mittelbar oder unmittelbar betheiligten Höfe vom April 1778 an, bis zu dem am 13. Mai 1779 zu Teschen unterzeichneten Friedensschlusse versuchten, unternahmen und verhandelten, jene Aufschlüsse, die zur richtigen Beurtheilung der Sache nöthig sind. Außerdem haben Herz-

*) Mémoire historique de la négociation en 1778 pour la succession de la Bavière, confiée par le roi de Prusse Frédéric le Grand au Comte Gustave de Goertz. Francfort sur le Main chez Frédéric Esslinger 1812. in 8. 156 Seiten.

**) Wer jetzt noch Zeit und Interesse hat, die zahlreichen, durch die bayerische Erbfolge veranlaßten, Schriften kennen zu lernen, mag deren Verzeichniß und Beurtheilung in der allgemeinen deutschen Bibliothek Band 36, 37, 39 und 45 nachsehen, wo deren nicht weniger als zweihundert acht und achtzig ihrem Inhalte nach kurz angeführt und recensirt werden.

berg *), Dohm **), Schöll ***), Glessau †), Friedrich der Große selbst ††), einen Gegenstand vielseitig bearbeitet und beleuchtet, welcher seiner Zeit nicht nur Deutschland, sondern sogar Europa interessirte, weil man die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der deutschen Staaten, und folglich auch das europäische Gleichgewicht, dabei gefährdet erachtete.

Eben dieser Reichthum von vorhandenen Materialien, in Beziehung auf eine schon so oft besprochene Sache, macht besondere Sorgfalt rücksichtlich des hier noch Mitzutheilenden nothwendig. Einige Bemerkungen über das Schwierige in des Grafen Auftrag, über die Stellung der Parteien in Bayern selbst, und über die dem Teschener Frieden vorangegangenen Unterhandlungen, werden das Ganze erschöpfen.

Wenn man den Auftrag, den der Graf Gbrg übernahm, aufmerksam erwägt, so ist man zweifelhaft,

*) Recueil de deductions, manifestes etc., par le Ministre d'état Comte de Herzberg. Berlin 1789.

**) Denkwürdigkeiten meiner Zeit u., von Ch. W. v. Dohm. Lemgo und Hannover 1814.

***)) Histoire abrégée des traités. Paris 1817 u. f.

†) Histoire générale et raisonnée de la diplomatie française. Seconde edit. Paris 1811.

††) Oeuvres posthumes de Frédéric II, roi de Prusse. Berlin 1788.

ob man mehr über seinen Muth, seine Klugheit und Gewandtheit, oder über sein Glück erstaunen soll.

Die einzige Instruktion, welche er vom König erhielt, waren die vorerwähnten, von dessen eigener Hand geschriebenen, Notaten *). Man sieht daraus, in welcher Ungewißheit Friedrich II über die Gesinnungen der Prinzen des pfälzischen Hauses, und in welchem Irrthum er über die Grundsätze des französischen Hofes, und dessen Verhältnisse zu Oesterreich, war; daß er zwar das Bedenkliche der Zeitumstände fühlte, aber keinen Entschluß zu fassen mußte, ehe er nicht zuverlässige Aufschlüsse erhalten hatte. Diese ihm zu verschaffen, war vorerst die einzige Aufgabe, welche er dem Grafen Görz ertheilte; von einer Unterhandlung war jetzt noch keine Rede. Der Graf sollte nur beobachten, ausspähen, nicht handeln.

Unter dem Vorwande einer durch den persönlichen Betrieb seines Bruders, wegen eines Prozesses, veranlaßten Geschäftsreise nach Wezlar, verließ Görz Weimar am 10. Jänner, um seine neue Laufbahn anzutreten.

Schon von Würzburg aus hatte er, das Zweideutige und Gefährliche der Rolle eines Auspähers fühlend, dem König den Vorschlag gethan, ihn mit

*) Görz liefert solche vollständig in seinem *mémoire historique*.

einem Kreditiv zu versehen, um unter dem Schutze des Völkerrrechts erscheinen, und, wenn die Umstände es rathlich machen sollten, mit dem Kurfürsten und den Ministern sprechen zu können. Er sah ein, daß es ihm unmöglich seyn würde, die nöthigen Erkundigungen einzuziehen, und richtige und interessante Nachrichten zu erhalten, wenn er nicht Leute, die ihm solche ertheilen oder erleichtern könnten, in's Vertrauen ziehen, und sie mit seinem Auftrage einigermaßen bekannt machen würde. Bei der größten Vorsicht in der Wahl konnte er doch kompromittirt, und, bei dem Mangel irgend einer Beglaubigung oder Legitimation, den größten Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden, denn nicht einmal die preussischen Gesandten im Auslande hatten von seiner geheimen Mission Kenntniß. Zudem war ja auch der Fall möglich, daß sich eine günstige Gelegenheit ergebe, zu handeln; und wenn er auch wagen wollte, es ohne förmliche Instruktion zu thun, so mußte doch solches ohne Beglaubigung voraussichtlich wo nicht unausführbar, doch ohne Nachdruck und Erfolg bleiben.

Ehe noch das erbetene Kreditiv eintreffen konnte, wurde die Uebereinkunft vom 3. Jänner zwischen Oesterreich und dem Kurfürsten Karl Theodor *) bekannt gemacht, und durch den österreichischen Gesandten am

*) Martens recueil Tom. 2. p. 582.

Reichstage die Erklärung abgegeben, die bayerische Erbfolge-Angelegenheit sey zwischen den betheiligten Höfen freundschaftlich berichtigt. Dadurch hatte sich die Lage der Sache ganz geändert; von dem Kurfürsten war nun nichts mehr zu erwarten, und eine Bevollmächtigung an denselben voraussichtlich ohne Nutzen. Doch wagte der Graf den Versuch auf denselben durch einen Dritten einzuwirken; allein vergeblich. Die einzige Hoffnung beruhte nur noch auf dem Herzog von Zweibrücken, und mit diesem setzte sich der Graf zuerst durch den geheimen Rath von Hofensfelds, dann aber persönlich in's Benehmen.

Jetzt also hatte Gdrz, aus eigenem Antrieb und auf eigene Gefahr, die ihm ursprünglich übertragene Rolle gewechselt, und sich von einem bloßen Beobachter zum Unterhändler emporgehoben, unerachtet ihm nicht nur die Legitimation, sondern auch die Instruktion abging; ja, als er solche in der Folge erhielt, ließ er sie unbenützt und unbefolgt, weil sich die Umstände inzwischen geändert hatten.

Man kann das Bedenkliche der Lage des Grafen nicht besser, als aus einem zu jener Zeit erlassenen Schreiben beurtheilen, welches, wenn gleich von einem Gegner Preußens, manche richtige Bemerkung enthält. Darin heißt es: „Wenn nun der Anwärter, der Herzog von Zweibrücken, mit eingewilliget hätte, wer könnte dann dessen Vollgültigkeit anfechten?

„Niemand! Dieß haben die brandenburgischen Wortführer selbst gestanden. Ich wiederhole meine Frage: „Wenn der Herzog von Zweibrücken in den errichteten Vertrag mit eingewilligt hat, kam es Jemand zu, sich in diese Angelegenheit zu mengen? Ganz nicht! So ist also die Frage, wer der Angreifer noch vor dem Einbruche in Böhmen gewesen, abermals unterschieden; der ist es ungezweifelt, der, ohne einigen Zusammenhang, ohne Recht, sich in diese Angelegenheit, die den ruhigsten Schritt vor sich ging, einmengte, eindrang; der diesen ruhigen Gang zu unterbrechen, der der einfachsten Sache eine verwirrte Gestalt zu geben, nichts unversucht ließ; der, um einen schon zu Stande gekommenen Vertrag zu vereiteln, einen eigenen — lassen Sie mir das Wort Emissär hingehen, weil jedes andere für die Absendung des G (drz) zu gelinde ist — der also seinen eigenen Emissär von Berlin aussendet, um einen Prinzen durch Vorspiegelung eingebildeter Gefahren über das, was er dem Ruhme seines Hauses und seinem eigenen, dem Reiche und sich selbst schuldig ist, zu betäuben u. s. w.“

So richtig also auch die Ansichten des Grafen, und so klug bemessen seine Schritte waren, so gewagt erscheint sein Benehmen. Denn er war, wie schon bemerkt wurde, weder ein Unterthan, noch ein Diener des Königs von Preußen; diesen kannte er nicht an

ders, als weil er sich ihm ein Paar mal zu nähern Gelegenheit hatte, und durch den allgemeinen Ruf. Er hatte keinen Vorschuß, keine Anweisungen erhalten, und unternahm alle Reisen aus eigenen Mitteln, aus eigenem Antriebe, auf eigene Gefahr. Dem König lag lediglich keine Verpflichtung gegen ihn ob, er hatte ihm nicht einmal eine Zusicherung gegeben, und der Graf konnte von einem Tage zum andern seines Auftrags enthoben werden. Dem ganzen preussischen Ministerium unbekannt, stand er isolirt, ohne Rath, ohne Unterstützung da. In dieser Lage entfernte er sich nicht nur von der Bahn, die ihm der König, wenn gleich sehr unbestimmt, angedeutet hatte, er übernahm nicht nur eine Rolle, die ihm ursprünglich nicht bestimmt schien, sondern er wagte es selbst, die Instruktionen unbefolgt zu lassen, die ihm in der Folge ertheilt wurden. Den preussischen Gesandten und Geschäftsleuten, mit denen er zusammen traf, fremd, vielleicht sogar von denselben aus einem unvortheilhaften Gesichtspunkte betrachtet, durfte er von ihnen keine Mitwirkung erwarten, und befand sich daher in der Nothwendigkeit, sich Männern anzuvertrauen, die ihm bisher fremd waren, und über deren Gesinnungen und Charakter ihn wohl seine Welt- und Menschenkenntniß beruhigen mochte, ihm aber dafür keine Gewährschaft geben konnte.

Erst mit der Akkreditirung bei dem Herzog von

Zweibrücken hörte das Unangenehme und Zweifelhafte in der Stellung des Grafen auf; denn war er gleich auch damals noch nicht in preussischen Diensten, so konnte er doch öffentlich als preussischer Bevollmächtigter und im Namen des preussischen Hofes handeln.

In Bayern war nach des Kurfürsten Maximilian Josephs Tode, wegen der Ungewißheit über des Landes künftiges Loos, die Rathlosigkeit auf einen sehr hohen Grad gestiegen.

Oesterreichs Truppen hatten Niederbayern und die Oberpfalz besetzt, und die nicht lange hernach bekannt gewordene Uebereinkunft vom 3. Jänner bezeichnete nun die großen und gesegneten Provinzen Bayerns, deren Besiz der Wiener Hof sich zuzueignen, und, wenn es nöthig seyn sollte, mit Gewalt der Waffen zu behaupten, entschlossen schien. Tausende lebten daher in der Besorgniß, sich von dem angestammten Herrscherhause getrennt, vielleicht selbst ihr Eigenthum den Verderbnissen eines Kriegsschauplatzes preisgegeben zu sehen.

Nicht ohne Eifersucht gewährten die Bayern ihren neuen Landesfürsten, von den nach München verpflanzten Pfälzern umgeben; denn diesen maß man einen entscheidenden Einfluß auf ihn zu, aber auch große Vorliebe für die Rheinpfalz, und geringe Theilnahme an Bayerns Schicksal. Der bereits alternde Karl Theodor hatte keine ehelichen Leibeserben, und

es war damals schon wenig Aussicht mehr vorhanden, daß er deren etwa in Zukunft erhalten könnte; überdies Abste seine große Neigung und Sorgfalt für seine unehelichen Sprößlinge jedem Bayern große Besorgnisse ein, daß ihm deren Zukunft näher am Herzen liegen dürfte, als jene eines Landes, welches nicht an seine Kinder übergehen könne. Auch mißfiel des kaiserlichen Ministers Lehrbach mächtiges Walten am neuen Hofe; denn nicht unbemerkt blieb der an solchem täglich zunehmende Einfluß dieses thätigen und durchgreifenden Diplomaten.

Dabei erachteten des Kurfürsten nächste und vertrauteste Umgebungen: ein Theil der reichen Erbschaft möge wohl hingegeben werden, um das Uebrige zu erhalten und ruhig zu genießen; — der Seitenverwandten Loos sey immer noch beneidenswerth, und vielfach übertreffe das ihnen seiner Zeit werdende Erbe ihre gegenwärtigen Besitzungen; — Bayern sey zu schwach, um Oesterreichs Anforderungen durch Gewalt zurückweisen zu können, und es wäre höchst verantwortlich, das ganze Land den Drangsalen und Leiden eines Krieges auszusetzen, um einen Theil desselben nicht abtreten zu dürfen; von keiner Seite könne man auf Hülfe in dem Bedrängnisse rechnen; — von den deutschen Mitständen behaupteten manche der Mächtigen, wie Kur-Sachsen, Mecklenburg, Salzburg, Hochstift Augsburg, gerechte Ansprüche an

die bayerische Verlassenschaft zu haben, ihnen dürfe man daher wohl die Absicht zutrauen, ihr gegründetes oder vermeintes Recht geltend zu machen, keineswegs aber erwarten, daß sie Bayerns Integrität zu erhalten sich bestreben würden; — Preußen, wenn gleich eifersüchtig auf jede Vergrößerung Oesterreichs, solche möge was immer für einen Grund, oder was immer für eine Veranlassung haben, könnte wohl den Kampf aufnehmen, es fange aber erst an, sich langsam von dem Aufwande an Geld und Menschen in dem letzten Kriege zu erholen, und dürfte wohl nicht ernstlich gemeint seyn, sich um einer fremden Sache willen neuen Opfern auszusetzen, wenn es nicht im Voraus versichert sey, solche durch größere Vortheile seiner Zeit aufgewogen zu sehen; besser sey es, Oesterreich für seine mit mancherlei Gründen unterstützten Anforderungen zu befriedigen, als sich durch Anrufen fremder Hülfe der Gefahr auszusetzen, solche theuer bezahlen zu müssen; denn die Geschichte bewahre davon viele Beispiele auf. Polens, vor wenigen Jahren vorgenommene, Theilung beweise, wie leicht sich die Mächtigen über das Land eines Dritten vereinigen können, und wer möge verbürgen, daß eine Vereinigung der Art nicht auch in Ansehung der bayerischen Erbfolge möglich sey? — Rußland, Preußens Verbündeter, werde sich wahrscheinlich nicht entschlagen, dessen Widerspruch gegen Oesterreichs Präensionen zu unters

stügen; aber die Zwistigkeiten mit den Türken beschä-
 tigen es so sehr, daß von dem russischen Hofe eine ent-
 scheidende Hülfe nicht erwartet werden könne. —
 Frankreich sey mit Oesterreich durch enge Bande ver-
 bunden, und habe wegen Nordamerika mit England,
 und dieses mit Frankreich so viel zu thun, daß man
 als gewiß annehmen könne, keine dieser Mächte werde
 sich in einen, ihren nächsten Interessen fremden, Streit
 zu mischen gesonnen seyn.

Ganz anders betrachteten den Gegenstand die Alt-
 bayer, die Anhänger an das System des verstorbenen
 Kurfürsten, die Eiferer für die Integrität der von
 ihm hinterlassenen Länder. — Es bestehen, so sagten,
 sie, Familien-Verträge, die Untheilbarkeit der pfalz-
 bayerischen Staaten, und deren Vereinigung unter
 einem Herrscher aussprechend, und Landes-Freiheits-
 Briefe, die alle Veräußerungen verbieten, nichts könne
 von diesen Ländern, um fremder Ansprüche wegen,
 gutwillig abgetreten werden; — glaube Jemand, der-
 lei Ansprüche stehen ihm zu, so habe er solche im
 reichsgesetzlichen Wege auszuführen und entscheiden zu
 lassen; — Selbsthülfe sey unerlaubt, und Nachgiebig-
 keit Schwäche; — dem gesammten deutschen
 Reiche und den Garanten dessen Verfassung könne
 nicht gleichgültig seyn, daß einem der ersten Reichs-
 stände ein großer Theil seines Gebiets entzogen, und
 damit die Staaten des ohnehin schon übermächtigen

Erzhauses Oesterreich vergrößert werden, denn dadurch hieße das bisherige Gleichgewicht ganz auf; und habe Oesterreich nur erst Fuß in Bayern gefaßt, so werde es nicht säumen, weiter vorzurücken, und seine Herrschaft bis an die Donau, vielleicht wohl gar bis an den Lech, auszudehnen; — nie könne Preußen, nie Frankreich dieses zugeben, weil dadurch Oesterreich sich seinen Gränzen immer mehr nähern, und sich selbst durch die vorliegenden, deutschen Gebiete gegen Frankreich auf bedrohliche Art verstärken würde.

Als daher Friedrich des Großen Entschluß, sich der Vergrößerung Oesterreichs, durch die Erwerbung eines Theils von Bayern zu widersetzen, kund ward; da fand er dort der eifrigen Anhänger und Beförderer eine übergroße Anzahl.

An deren Spitze stand die Wittwe des Herzogs Clemens von Bayern, Marie Anne, geborne Pfalzgräfin von Sulzbach, des Kurfürsten Karl Theodors Geschwisterkind und Schwägerin; eine Frau von hohem Geiste, glühender Vaterlandsliebe und männlicher, wenn gleich nicht immer mit kluger Mäßigung gepaarter, Entschlossenheit. Sie hatte des verstorbenen Kurfürsten Vertrauen in einem so hohen Grade besessen, daß sie nicht minder als er besorgt für ihres theuern Vaterlandes Zukunft, zur Errichtung

der Haus-Verträge von 1771 und 1774 *) thätigst mitwirkte, und außer dem vertrautesten Minister, allein vollkommen Kenntniß davon hatte. Wäre der Tod des Kurfürsten um einige Monate später erfolgt, so würde sie, dem Wunsche desselben gemäß, sich nach Berlin begeben haben, um deren Anerkennung und Garantie bei dem Könige von Preußen persönlich zu unterhandeln; denn dem Kurfürsten war wohl bewußt, wie sehr die Herzogin den großen Friedrich bewunderte und ihm anhing, und er hegte die Zuversicht, so ein Auftrag würde ihr eben so angenehm als von gehofftem Erfolg seyn.

Bekannt mit dem Inhalt und Zweck jener Hausverträge, hatte sie gleich nach dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph ihr lebhaftes Interesse an deren Aufrechthaltung, und ihre Theilnahme an Bayerns Schicksal dadurch bewiesen, daß dem neuen Regenten, noch vor seiner Ankunft in Bayern, und ohne daß er es verlangt hatte, gehuldigt wurde. Jetzt, wo Oesterreichs Absichten und die Nachgiebigkeit des Kurfürsten Karl Theodor sich zu offenbaren anfangen, sammelte sie die treuen Anhänger ihres Hauses und des gemeinschaftlichen Vaterlandes um sich her, und pflegte mit ihnen Rath, wie dessen Zerstücklung zu verhüten wäre. Sie fand deren mehrere, darunter die Geheimen-

*) Martens recueil Tom. I. p. 638.

heimische Obermann und Lary, den Freiherrn von Leyden, kurbayerischen Gesandten am Reichstage, und selbst den Kanzler von Rietmayr, in so weit es sich mit seiner natürlichen Schlichterheit vertrug.

So war also Bayern in zwei ganz entgegengesetzte Parteien getheilt. Jede derselben, sich Berechnungen und Betathungen hingebend, richtete vor Allem ihre Blicke auf den Herzog Karl von Zweibrücken, Karl Theobors präsumtiven Nachfolger. Jede konnte sich in ihm die Hauptstütze ihres Systems finden, und daher mußte jede ihn für sich zu gewinnen suchen; denn ihm allein kam es zu, gegen die Uebereinkunft vom 3. Jänner rechtlichen Einspruch zu thun. Unterließ er dieses, so fiel ein Hauptgrund hinweg, sich einem Vertrage zu widersetzen, der mit Einverständnis der interessirten Theile geschlossen war; und immer strebt die Politik, die Beschuldigung zu beseitigen, als lasse sie sich durch andere, als rechtliche Gründe leiten!

Daher war vor Allem nöthig, daß der Herzog den Austritt zur Uebereinkunft vom 3. Jänner förmlich bestätige, und sich gegen deren Stipulationen öffentlich und feierlich verwahre. Dieß geschah; an den König von Preußen aber ward nun ein Schreiben erlassen, worin der Herzog denselben um das ersuchte, was

him zuerst "ogar angeboren war", nämlich mit "Weis-
 kund mit Muth und Thar *).

Jetzt erst konnte Friedrich öffentlich in der bayerischen Erbfolge auftreten, und die schöne Rolle des Beschützers eines in seinen theuersten Interessen verletzten Reichsstandes, so wie jene eines sorgsam Wächters für Aufrechterhaltung der deutschen Reichsverfassung übernehmen. Den Herzog in seinen Gesinnungen zu bestärken, ihn der Zukunft halber zu beruhigen, dem Andrängen seines nächsten Agnaten und den Lockungen und Drohungen des Wiener Hofes gleich unzugänglich zu erhalten, seine Räte und Umgebungen zu beobachten, und jedem, den Absichten Preussens hinderlichen, Einflüsse zu begegnen, dieß war es, womit Graf Görtz bei seiner Sendung an den Hof von Zweibrücken beauftragt ward.

Friedrichs Politik erbeischte, in dem Ernst über die bayerische Erbfolge sich des Beifalls und der Unterstützung anderer Höfe zu versichern, und unter diesen war vor allen andern seine Aufmerksamkeit auf Frankreich gerichtet. Wenn auf einer Seite zu erwarten war, diese Macht würde als Garant des westphälischen Friedens bei einem Event nicht gleichgültig bleiben, dessen Ausgang die deutsche Reichsverfassung

*) Dieses Schreiben findet sich in dem *mémoire historique*
 Seite 23.

erschüttern konnte, und sie würde dem bisher dem
Herzog von Baiern durch bewiesenen Interesse, gemäß
dessen Ansprache unterstützen, so stand auf der andern
Seite zu besorgen, sie dürfte bei dem Ausbruch eines
Krieges von Oesterreich zur Erfüllung der im Reichs-
Vertrag von 1756 zugesicherten Hilfe aufgefordert
werden. Daher war das Erste, was den König dem
Grafen von Sturz empfahl, nichts ob das Franz-
reichs Einverständnis zu thun.

Dieser Auftrag veranlaßte den Grafen schon bei
seiner ersten Unterhandlung in München, sich mit dem
dort befindlichen französischen Gesandten Chevalier
de La Luzerne in's Benehmen zu setzen, doch
ohne Erfolg; denn dieser befand sich über die Bestim-
mungen und Absichten seines Hofes hinsichtlich der
bayerischen Erbfolge in einer gänzlichen Unwissenheit,
da ihm seit dem Tode des Kurfürsten weder Aufträge,
noch Instruktionen zugekommen waren. Daher wurde
es nothwendig, sich unmittelbar an den Hof von
Versailles zu wenden, und dieses geschah gegen die
Mitte des Monats Februar. Der Herzog setzte näm-
lich den König als Garant des westphälischen Frie-
dens, und als den mächtigen Alliierten und Beschützer
seines Hofes von den Schritten in Aussicht, welche
er wegen der bayerischen Erbfolge theils (schon) unter-
nommen, theils noch zu unternehmen gedächte,
und bat um Vermittelung und Beistand.

bestehende Allianz zu bekräftigen, damit eine Ausgleichung der Sache bewirkt, und alle Pflichten eines Garanten des westphälischen Friedens pünktlich erfüllt werden mögen. Das vertrauliche Benehmen des Grafen von Oberg gegen die französischen Gesandten erhielt noch den besondern Beifall des französischen Hofes, und dessen Gesandter in Zweibrücken den Auftrag, solches gegen den Grafen zu erwiedern.

Ungefähr zur nämlichen Zeit gab jedoch das Cabinet von Versailles dem Herzog den Wunsch zu erkennen: daß er sich an den Wiener Hof unmittelbar wende, denselben mit Offenheit und Wahrheit vorstelle, daß weder der kaiserliche, noch der kurpfälzische Minister, ihm die Auftritte, welche den Uebertritt zu Grunde liegen, mitgetheilt haben, daß er folglich nicht im Stande gewesen sey, derselben beizutreten, und er solches auch, ehe er die Grundlage kenne, nicht zu thun vermöge; daß der Herzog um deren Bekanntmachung bitten, und die Versicherung beifügen solle, er trage das größte Verlangen, das Wohlwollen und die Freundschaft des kaiserlichen Hofes zu erwerben, und sey bereit, davon jeden Beweis zu geben, welcher sich mit der Gerechtigkeit der Sache, der Ehre seines Hauses und den Pflichten für seine Nachkommenschaft vertrage *).

*) Mémoire historique p. 125.

Diesem Wunsch gemäß, erließ der Herzog Schreiben sowohl an die Kaiserin = Königin, als an den Kaiser, und schickte solche an Hofenfels nach München, mit dem Auftrag, sie dem Freiherrn von Lehrbach zur Weiterbeförderung zu übergeben. Allein dieser, obgleich auch bei dem Herzoge akkreditirt, erklärte Hofenfels: er werde die Schreiben nicht annehmen, ehe der Herzog nicht der Uebereinkunft beigetreten sey, und so lange Graf Görtz sich als preussischer Gesandter in Zweibrücken aufhalte.

Dem Herzog fiel diese Weigerung Lehrbachs äußerst empfindlich, und entrüstete ihn höchlich gegen den französischen Hof, der ihn zu jenem Schritte veranlaßt hatte. Er fand sich deshalb bewogen, am 10. März die förmliche Garantie der in den Jahren 1766, 1771 und 1774 erneuerten pfalz = bayerischen Erbvereine bei diesem Hofe bestimmt nachzusuchen, und zugleich durch den geheimen Rath von Eisebeck dem Grafen von Görtz ein sehr dringendes Pro memoria zustellen zu lassen, um solche auch von Preußen, der bereits ertheilten mündlichen Zusicherung zu Folge, in gehöriger Form schriftlich zu erhalten.

Allein der französische Hof wollte zur Zeit die von dem Herzoge verlangte Garantie nicht ertheilen, weil er hoffte, durch Verwendung und Vorstellungen bei dem Wiener = Hof die Sache beizulegen. Daher erklärte auch der in Zweibrücken akkreditirte französische Ge-

sonder: Frankreich gedente an dieser Sache seinen unmittelbaren Antheil zu nehmen, sondern die Entscheidung derselben abzuwarten, um sich über die nachgesuchte Garantie zu erklären; doch werde dem Herzoge gerathen, Standhaft zu bleiben, und sich die Rechte nicht nehmen zu lassen, welche er zu haben glaube. Die Garantie des westphälischen Friedens wurde ganz mit Stillschweigen abgegangen.

So wie sich der Herzog zur Aufrechthaltung seiner Rechte und Ansprüche an Frankreich, als Garanten des westphälischen Friedens, gewendet hatte, so wendete er sich auch an den König von Schweden, wohl mehr um der Konsequenz willen, als in der Hoffnung eines entscheidenden Erfolges.

Dem Könige von Preußen lag nun insbesondere noch am Herzen, Rußland, als eine mit ihm eng verbündete Macht, in des Herzogs Interesse zu ziehen. Daher wies er den Grafen an, zu bewirken, daß der Herzog sich mit einem Schreiben an die Kaiserin wende, und sie um Unterstützung und Vertheidigung seiner Rechte bitte; dieß geschah auch.

Jetzt hatte der Herzog alles gethan, was den König von Preußen über seine Gefinnungen und seine Günstigkeit beruhigen konnte; daher war es nun billig, auch ihm die möglichste Beruhigung zu verschaffen; und diese, erklärte der Herzog, konnte nur durch die bei

dem Könige wiederholt nachgesuchte Garantie gewährt werden.

Unterm 25. März endlich ward eine Akte ausgearbeitet, wodurch der König die Verpflichtung übernahm, in den obwaltenden Umständen den Herzog Karl von Zweibrücken nicht zu verlassen; alle Kräfte anzuwenden, um dessen Interesse zu befördern, und hauptsächlich um die bayerische Verlassenschaft in den Stand herzustellen, welcher dem westphälischen Frieden und den Rechten des Hauses Pfalz angemessen sey, so wie aber dieser Zweck erreicht sey, deren Erbfolge und eventuellen Besiz dem Hause Zweibrücken und dessen rechtmäßigen Erben zu garantiren.

Dankbar wurde diese Akte von dem Herzog angenommen, und mit der von dem König verlangten Verpflichtung erwiedert: wie die Zerstücklung Bayerns, wie solche von den Höfen von Wien und Mannheim verabredet worden, zuzugeben, auf der dagegen eingelegten Verwahrung zu bestehen — durchaus in Uebereinstimmung mit Preußen zu handeln, und bis zur glücklichen Beendigung dieser Sache ohne dessen Einwilligung nichts zu beschließen, noch zu unterhandeln.

Jetzt wurde des Grafen längerer Aufenthalt in Zweibrücken ferner nicht mehr nothwendig erachtet, und er erhielt die Weisung, nach Berlin zu kommen, wo ihm der König, zur Belohnung für die geleisteten

Dienste, die Stelle eines Grandmaitre de la Garderobe und Staatsministers, womit vor ihm der Graf Werthern bekleidet war, übertrug.

Graf Gbrg, diesem ehrenvollen Rufe folgend, verließ Zweibrücken am 14. April, und begab sich über Frankfurt und Braunschweig nach Berlin, wo er am 27. ankam, aber den König nicht mehr antraf.

Dritter Abschnitt.

Unterhandlungen zwischen Oesterreich und
Preußen. 1778. April bis September.

Der lebhafteste Schriftenwechsel, der seit dem 1. April zwischen den Höfen von Wien und Berlin stattgefunden, hatte mit Oesterreichs Erklärung geendigt: es sey entschlossen, die durch Vertrag erworbenen Besitzungen nicht zurück zu geben. Der Krieg wurde nun als unvermeidlich angesehen, und beide Monarchen begaben sich zu ihren an den Gränzen von Böhmen, Mähren und Schlesien gesammelten Heeren; Friedrich II in der erklärten Absicht, die gekränkten Gerechtsamen des Mindermächtigen zu vertheidigen; Joseph II, um die Ansprüche seines Hauses durch die Waffen zu behaupten; jener in der Zuversicht, den errungenen Lorbeeren neue hinzuzufügen; dieser in der Hoffnung, den lang ersehnten Waffenruhm zu erkämpfen.

Da begann zwischen beiden Monarchen unmittelbar ein Briefwechsel, der zur Erwartung berechtigte, der Streit könnte noch friedlich beigelegt werden, denn

er wurde mit Beseitigung gewöhnlicher diplomatischer
 Förmlichkeiten und Wendungen von beiden Seiten mit
 einer Offenheit und Geradheit geführt, die gegensei-
 tiges Vertrauen und gleiche Aufrichtigkeit zu verbürgen
 schien. Kaiser Joseph, indem er zuerst an den König
 schrieb, versicherte, er habe damit absichtlich bis zu
 seiner Entfernung aus der Hauptstadt, und folglich
 von allem, was das Ansehen von Feindschaft und Politik
 haben könnte, zugewartet, um dem König seine Ideen
 mitzutheilen, wie auf eine den beiderseitigen Interessen
 angemessene Art aller Zwist unter ihnen vermieden wer-
 den könnte, — und Friedrich II, in seiner Antwort
 auf diese freundschaftliche Eröffnung, bat den Kaiser,
 mit der Aeußerung eines alten Soldaten vorlieb zu neh-
 men, denn er habe keine Schreiber und keine
 Minister bei sich, und ihn zu entschuldigen, wenn
 er gegen das Ceremoniel gefehlt haben sollte, weil er
 auf Ehre auf 40 Meilen im Umkreis Niemand wisse,
 der ihn davon unterrichten könnte.

Gleich seinem ersten Schreiben (Amstg 13. April),
 fügte der Kaiser den Entwurf einer Uebereinkunft bei,
 zu deren Unterschrift er zwar den Grafen von Cobenzel
 bevollmächtigte, jedoch den König zugleich ersuchte, im
 Falle er darin einige Abänderung oder Erläuterung der
 Nebenpunkte wünschte, ihm solche unmittelbar mitzu-
 theilen, und versichert zu seyn, daß er, sey es mög-
 lich, gerne darauf eingehen werde. Die Bedingungen

dieses ersten Entwurfes waren: Preußen solle die Uebereinkunft vom 3. Jänner, — die Rechtmäßigkeit der in Folge derselben stattgefundenen österreichischen Besitzergreifung in Bayern, und jene Austauschungen anerkennen, welche Oesterreich über die heimgesunkenen Distrikte, das ganze Land, oder nur einige Theile desselben, eingehen könnte, vorbehaltlich jedoch, daß die hierdurch zu erwerbenden Besitzungen nicht unmittelbar an die preussischen Staaten gränzen. Dagegen wolle Oesterreich im Voraus die Gültigkeit der Vereinigung der Fürstenthümer Ansbach und Baireuth mit der Primogenitur der Kur-Brandenburg, und jeden Tausch anerkennen, welchen der König mit diesen Ländern treffen könnte, jedoch ebenfalls vorbehaltlich, daß die durch solchen zu erwerbenden Besitzungen nicht unmittelbar an die österreichischen Staaten gränzen.

Diese Bedingnisse fand der König nicht annehmbar, äußerte sich aber in seiner Antwort (Schönwalde 14. April): ob sich denn nicht ein Mittel fände, den Herzog von Zweibrücken durch ein Aequivalent zu befriedigen, und den Kurfürsten von Sachsen für seine auf 37 Millionen Gulden berechneten Allodial-Ansprüche abzufinden? Auch Mecklenburg wäre nicht zu vergessen; derlei Vorschlägen würde er mit Vergnügen beitreten; die Erbfolge in die französischen Fürstenthümer gehöre aber gar nicht hie-

bei, und die Rechte seines Hauses darauf setzen so gegründet, daß solche Niemand bestreiten konnte.

Sowohl auch die beiden Monarchen in ihren Ansichten von einander entfernt waren, so führte doch die offene Mittheilung derselben, und ihr Briefwechsel, worin sie sich in Aeußerungen gegenseitiger Höher Achtung, und in gewählten, zierlichen und schmeichelfhaften Ausdrücken zu überbleten schienen ^{*)}, zu einer Unterhandlung zwischen Bevollmächtigten in Berlin. Solche wurde am 1. Mai eröffnet; von Seite Oesterreichs durch den Grafen von Cobenzel, von Seite Preussens durch die Minister Finkenstein und Herzberg.

Sogleich gab Görtz dem Zweibrücker Hof davon Nachricht, und trug darauf an, es möge unverzüglich ein Bevollmächtigter des Herzogs nach Berlin geschickt werden. Zwar äußerte der Graf: er habe von dem Erfolg der Unterhandlungen keine große Erwartung, jedoch verlange der König, der Herzog möge wenigstens vorläufig die Erklärung abgeben, ob er sich in die Unterhandlung einlassen wolle, und allenfalls, was er für Bedingungen wünsche.

Die Hoffnung, Bayerns Integrität zu erhalten, war damals schon von Preußen selbst aufgegeben, und unumwunden äußerte dieses der Graf in einem Schreiben an Herrn von Esbeck vom 9. Mai, worin er wort-

dieses ersten Entwurfes waren: Preußen solle die Ueber-
 einkunft vom 3. Jänner, — die Rechtmäßigkeit der in
 Folge derselben stattgefundenen österreichischen Besitz-
 ergreifung in Bayern, und jene Austauschungen,
 anerkennen, welche Oesterreich über die heimgesunkenen
 Distrikte, das ganze Land, oder nur einige
 Theile desselben, eingehen könnte, vorbehaltlich
 jedoch, daß die hierdurch zu erwerbenden Besitzungen
 nicht unmittelbar an die preußischen Staaten gränzen.
 Dagegen wolle Oesterreich im Voraus die Gültigkeit
 der Vereinigung der Fürstenthümer Ansbach und
 Bayreuth mit der Primogenitur der Kur-Branden-
 burg, und jeden Tausch anerkennen, welchen
 der König mit diesen Ländern treffen
 könnte, jedoch ebenfalls vorbehaltlich, daß die durch
 solchen zu erwerbenden Besitzungen nicht unmittelbar
 an die österreichischen Staaten gränzen.

Diese Bedingungen fand der König nicht annehm-
 bar, äußerte sich aber in seiner Antwort (Schdu-
 walde 14. April): ob sich denn nicht ein Mittel fände,
 den Herzog von Zweibrücken durch ein Aequiva-
 lent zu befriedigen, und den Kurfürsten von Sach-
 sen für seine auf 37 Millionen Gulden berechneten
 Allodial-Ansprüche abzufinden? Auch Mecklenburg
 wäre nicht zu vergessen; derlei Vorschlägen würde er
 mit Vergnügen beitreten; die Erbfolge in die frän-
 kischen Fürstenthümer gehöre aber gar nicht hie-

sch, und die Rechte seines Hauses darauf setzen so ge-
gründet, daß solche Niemand bestreiten kann.

So weit auch die beiden Monarchen in ihren An-
sichten von einander entfernt waren, so führte doch
die offene Mittheilung derselben, und ihr Briefwechsel,
worin sie sich in Ausdrücken gegenseitiger hoher Ach-
tung, und in gewählten, zierlichen und schmeichelhaf-
ten Ausdrücken zu überbieten schienen *), zu einer
Unterhandlung zwischen Bevollmächtigten in Berlin.

Solche wurde am 1. Mai eröffnet; von Seite Oester-
reichs durch den Grafen von Cobenzel, von Seite Preus-
sens durch die Minister Finkenstein und Herzberg.

Sogleich gab Gorch dem Zweibrücker Hof davon
Nachricht, und trug darauf an, es möge unverzüglich
ein Bevollmächtigter des Herzogs nach Berlin ge-
schickt werden. Zwar äußerte der Graf: er habe
von dem Erfolg der Unterhandlungen keine
große Erwartung, jedoch verlange der König, der
Herzog möge wenigstens vorläufig die Erklärung ab-
geben, ob er sich in die Unterhandlung einlassen wolle,
und allenfalls, was er für Bedingungen wünsche.

Die Hoffnung, Bayerns Integrität zu erhalten,
war damals schon von Preußen selbst aufgegeben, und
unumwunden äußerte dieses der Graf in einem Schrei-
ben an Herrn von Eschsch vom 9. Mai, worin er wort-

Ich sagt: Der König ist geneigt, persönlich schon
 „dermalen dem Herzoge Vorteile zu verschaffen. Se.
 „Majestät verlangen nichts für sich, sondern die Be-
 „friedigung ihrer Allierten und die Erhaltung des
 „Gleichgewichts. Es ist freilich nach den von Anfang
 „gethanen Schritten von kaiserlicher Seite nicht zu
 „hoffen, daß ganz Bayern wieder zurückgekehrt
 „werde; allein mit Erhaltung des Friedens ist vielleicht
 „möglich, dieses dem pfälzischen Hofe, dem Herzoge
 „und dem Reiche weniger nachtheilig zu machen. Die
 „böhmischen Lehen in der Oberpfalz“ — ver-
 „sichert Graf Ghrz in einem Schreiben vom 12. Mai —
 „die kaiserlichen Besitzungen in Schwaben,
 „vielleicht auch ein Theil der Niederlande, könn-
 „ten wohl zur Entschädigung, und letztere für
 „den Herzog gleich erhalten werden; auch würde
 „von Niederbayern noch viel gerettet werden; aber die
 „Mitwirkung des Herzogs sey nöthig.“

Auch die von Herzog Klemens von Bayern be-
 sessenen und nun an Zweibrücken gefallenem Güter in
 Böhmen, glaubte der König als ein Kompensations-
 objekt ansehen zu dürfen; solche möchten an Oester-
 reich unter der Bedingung überlassen werden, daß es
 dafür entweder Sachsen für seine Allodial-An-
 sprüche zufrieden stelle, oder den Herzog von Zwei-
 brücken durch anderweite Besitzungen entschädige.

Gleich in der letzten Konferenz wiederholte der

Oesterreichische Bevollmächtigte den Antrag, den bereits der Kaiser dem König unmiittelbar gemacht hatte, auszuschießen entweder, daß solcher angenommen, oder durch einen Gegenvorschlag ersetzt werde. Aber auf das eine, noch auf das andere gingen die preussischen Bevollmächtigten ein; sie erklärten vielmehr: die gemachten Vorschläge betreffen zum Theil nicht hieser gehörige Gegenstände, und, da Oesterreich sich in den Besitz der streitigen Objecte gesetzt habe, so sey es auch am besten ihm Gründe, Vergleichsvorschläge zu machen, welchen man daher entgegen sey.

Graf Cobenzl machte hierauf in der Konferenz vom 7. Mai den Antrag: Oesterreich wolle seinen Ansprüchen auf die bayerische Allodial-Verlassenschaft einfügen, nach dem Hause Pfalz die obhinfassen Lehen in der Oberpfalz eben so verleißen, wie solche der verstorbene Kurfürst von Bayern besessen habe, wozu auch Thum sowohl der Kurfürst von Sachsen, als der Herzog von Zweibrücken befristigt werden. — Durch diesen Vorschlag erklärten die preussischen Bevollmächtigten für nicht annehmbar; sie glaubten jedoch, die Sache sey ausgleichend, wenn man dem Hause Pfalz von Bayern den gegen Regensburg zu gehörenden Theil zugab, um Oesterreichs Gränze von dem Ort des Reichstags zu entfernen, und Pfalz also dem Oesterreich verbleibenden Theil Bayerns durch ein billiges Ansehungenterschiede.

Erst am 29. Mai theilten die preussischen Bevollmächtigten dem österreichischen ihre Vergleichsvorschläge mit. Nach denselben sollten zwei Distrikte Böhmens, welche näher bezeichnet wurden, Oesterreich verbleiben; der eine dieser Distrikte war: das zwischen dem Fürstenthum Passau, dem Königreich Böhmen und den Flüssen Donau, Regen und Cham gelegene Land, mit Ausnahme einer kleinen Strecke bei Regensburg, um die österreichische Gränze dem Sitz des Reichstags nicht zu sehr zu nähern; der andere: von der passauischen Gränze längs dem Inn, bis an den Einfluß von Salzach, und von dort längs dieses Stroms bis an die Gränze des Erzstifts Salzburg bei Milsewitz. Für diesen Verlust solle das Haus Pfalz von Oesterreich eine billige Entschädigung, nämlich; die Grafschaften Rimpurg und Geldern, und die in Bayern erlöseten Reichslehen, erhalten; des Kurfürsten von Sachsen Ansprüche an die bayerische Allodial-Verlassenschaft könnten von Pfalz durch Abtretung eines an das Fürstenthum Mairerth gränzenden Theils der Oberpfalz, und durch Ueberlassung der bayerischen Verlassenschaft in natura, oder durch eine Abfindungssumme befriedigt werden; außerdem möchten Sachsen die ihr Schwaben erlöseten Reichslehen, sammt den Gemischten Mittheilheim und Wiefenkeig, erhalten; und zur Beförderung des Vergleichungsgeschäfts von Oesterreich auf die kaiserlichen und andern

andern Rechte, welche der Krone Böhmen auf einige Bezirke, in der Oberpfalz, in Sachsen, und im Bai-reuthischen zustehen, verzichtet werden; endlich solle Oesterreich sich der Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur des Kur-Brandenburg nicht widersetzen, und im Falle darüber ein Austausch mit dem Kurfürsten von Sachsen gegen die Lausitz und einige andere Bezirke zu Stande kommen sollte, nicht nur dagegen keine Einwendungen machen, sondern vielmehr auf seine lebensherrlichen und andern Rechte verzichten.

Diese Vorschläge fand der Wiener Hof nicht annehmbar, und Graf Cobenzel erhielt am 31. Mai den Auftrag, dem preussischen Hof einen andern Ausgleichungsplan vorzulegen. Solcher bezog die Aufhebung des gegenseitigen Widerspruchs, Oesterreichs gegen die Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur des Hauses Brandenburg, Preussens gegen die österreichische Besignahme bayerischen Gebiets, beiderseitiges Gutheissen und Mitwirkung zu dem einen oder dem andern Theil wünschenswerthen Austauschen, und gemeinschaftliche Bemühung zu Ausgleichung der sächsischen Allodial-Ansprüche.

Die preussischen Bevollmächtigten fanden die Vorschläge des Wiener Hofes nicht klar und deutlich genug. „Die Ausdrücke“ — heisst es in der Note vom 13. Ju-

„was — „deren man sich über diese Sache in einem Artikel des oben angeführten Briefs, der von dem Plan selbst unterschieden ist, bedient, sind so unbestimmt und dunkel, daß Se. Majestät glauben, von dem Wiener Hofe verlangen zu können, daß er sich deutlich erkläre, und auf eine nicht zweideutige Weise antworte.“

„1) Welches die bayerischen und oberpfälzischen Distrikte seien, die er behalten, und welche er wieder herausgeben wolle?“

„2) Was er austauschen, und was er dem pfälzischen Hause zu seiner Schadloshaltung geben wolle?“

„3) Wasin eigentlich die Vortheile beständen, die er dem Kurfürsten von der Pfalz zusichere, um ihn in den Stand zu setzen, den Kurfürsten von Sachsen zu befähigen?“

„4) Ob sich der Wiener Hof werde gefallen lassen, die gültige bayerische Succession in Ansehung der Rechte des Kurfürsten von der Pfalz, des Kurfürsten von Sachsen, des Herzogs von Zweibrücken und der Herzoge von Mecklenburg mit dem Könige zu arrangiren, der als Freund und Bundesgenosse dieser Fürsten, als Kurfürst und Fürst des Reichs, und noch aus mehreren Rechtsquellen so sehr berechtigt und befugt sey, an der richtigen Auseinandersetzung dieser Erbschaft Theil zu nehmen.“

Ueber diese Punkte wurde die bestimmte Erklärung
des österreichischen Bevollmächtigten verlangt.

Gelbe erfolgte am 24. Junius. Aber auch sie
entsprach den Wünschen und Erwartungen des preussischen
Hofes nicht, obgleich demselben wiederholt nicht
nur die Vereinigung zu der Vereinigung der sächsischen
Fürstenthümer, sondern auch zu dem Austausch derselben
gegen die Lausitz, und in diesem Falle der Verzicht
auf der Krone Böhmen lehensherrliche Rechte auf
dieses Land und auf dessen Rückfall zugesichert wurde.
Der österreichische Bevollmächtigte erklärte nämlich:
daß die Kaiserin, im Fall eines beiden Theilen anstän-
digen Tausches mit dem Hause Pfalz, zu Gunsten des
Königs von Preußen, die nöthigen Verzichtleistungen
bewilligen würde, wodurch der Tausch wegen der Lausitz
möglich gemacht werde, und daß zu Gunsten des Kur-
fürsten von der Pfalz dem sächsischen Hause verschiedene
Vortheile werden sollen, um diesem Fürsten die Last
eines Vergleichs mit den Allodial-Fürsten zu erleichtern;
würde man aber mit dem pfälzischen Hause nicht über-
einkommen, so verspreche die Kaiserin-Königin nur
allein ihre Zustimmung zur Vereinigung von Markgraf-
thümer Mähren und Böhmen mit der Hauptstadt des
brandenburgischen Kurhauses gegen die gleichmäßige
Zustimmung des Königs von Preußen zu dem Rest der
Dispositio, die ihr in Bayern vermagte ihrer Rechte und
des Vergleichs zugefallen seyen.

Da in dieser Note bedeutet wurde, wenn die gemachten Vorschläge nicht angenommen werden, sey eine freundschaftliche Ausgleichung unmöglich, und alle weitere Erklärung überflüssig, so erklärten die preussischen Bevollmächtigten am 3. Juli: sie könnten jene Aeußerung für nichts anderes als für eine Abbrechung dieser Unterhandlung von Seiten Oesterreichs ansehen, und hätten sich daher genöthiget, solche auch ihrerseits abzusprechen.

Während dieser Unterhandlungen ließ der Herzog von Zweibrücken seine Erklärung über die von Oesterreich verlangten Erwerbungen an den Berliner Hof gelangen; er war zuerst bereit, seine Einwilligung zur Abtretung der bayerischen Herrschaften und Befestigungen in Schwaben, und dann auch des Distrikts von Schwarzing, zu ertheilen. Als aber der zweibrückische Bevollmächtigte, geheime Rath von Hofensels, in Berlin ankam, übergab er sogleich den preussischen Ministern eine Denkschrift, um die Nachtheile aus einander zu setzen, welche die Abtretung des von Preußen Oesterreich angebotenen Distrikts von Bayern für das ganze Land haben müßte, und behauptete, es sey zur Erhaltung des Ganzen unumgänglich nöthig, keinen Theil abzugeben zu lassen.

Bald nach Hofensels Anzuge von Schlip als Bevollmächtigter des Münchener Hofes in Berlin an, wo man lieber den Freiherrn von Leyden gesehen hätte.

Mit Schlip's Ankunft erhielt man in Berlin im voraus-
 ten Wege sowohl über seine Person, als seine Instruk-
 tion Aufschlüsse, die voraussehen ließen, daß er auf
 den Gang der Unterhandlungen keinen bedeutenden Ein-
 fluß haben könne. Dieß hatte dann die für ihn unan-
 genehme Folge, daß er sehr kalt empfangen wurde,
 außer dem Minister von Zinckenstein, von keinem andern
 preussischen Minister vorgelassen wurde.

Nach Abbrechung der Unterhandlungen ging Schlip
 nach München zurück, gab jedoch die Versicherung ab,
 der Kurfürst werde die strengste Neutralität beobachten.
 In Bayern herrschte inzwischen große Unruhe und Be-
 wegung, nicht nur bei Hofe und unter den höhern
 Klassen, sondern selbst unter dem Volk, und es hätte
 nur eines kleinen Impulses bedurft, um die ehemaligen
 Vorgänge bei Sendlingen zu erneuern. Bauern aus
 den von den Oesterreichern besetzten Gegenden kamen so-
 gar nach Regensburg zu dem preussischen Gesandten,
 um sich zu erkundigen, ob es nicht am Besten wäre,
 wenn sie die Oesterreicher erschlugen; mit Mißbilligung
 wurden sie da zurückgewiesen.

Von Allem, was in Bayern vorging, hatte man
 in Berlin ganz genaue Kenntniß; denn im ununter-
 brochenen und vertrauten Briefwechsel standen mit dem
 Grafen von Oels die Herzogin Maria Anna sowohl, als
 Leopold; und dieser von Allem, was in München be-
 schlossen wurde, durch Oebenrath und Lenz genau.

unterstützt, theilte es zugleich auch dem furbrandenburgischen Gesandten von Schwarzenau in Regensburg mit, um solches an seinen Hof zu berichten.

In dem Briefwechsel zwischen der Herzogin und dem Kaiser sind vielfältig die Hauptpersonen durch Benennungen aus der Götterlehre oder der alten Geschichte bezeichnet. Jupiter wird der König von Preußen, Neptun der Kaiser von Oesterreich genannt; Lyrier heißen die Bayern, und Pygmalion Karl Theodor; Zephyr ist der Name, welcher dem Herzog von Zweibrücken, und Ribas, der dem Minister Biazog beigelegt wird. Die Herzogin nennt sich bald die große Göttin, bald die Baronin, auch einmal die alternde Pallas u. s. w.

Diese muthige und entschlossene Frau war die Seele und der Leitstern der ganzen Partei gegen Oesterreich. So groß war der Anhang, den sie sich zu verschaffen wußte, daß sie, unerachtet der Zurückweisung, welche die Mithridate der Straubinger Deputirten erhalten hatten, auf 20,000 Mann (20,000 junge Bären werden sie in einem Schreiben der Herzogin genannt) rechnen zu können glaubte, so wie der günstige Augenblick zu deren Verwendung eintreten würde.

„Es wäre in der That schön“ — schrieb sie am 30. April an den Kaiser von Oest. — „eine alternde Pallas an der Spitze der Lyrier zu sehen! Ich möchte die Geister meiner Ahnen herbeirufen, um das

„Vaterland zu retten, so empört fühle ich mich; es
 „gibt selbst Augenblicke, wo ich ehrgeizig genug bin,
 „um Wünsche zu hegen, und zu bedauern, daß ich nicht
 „Fürst bin.“

Der bloße Gedanke einer möglichen Aussöhnung
 zwischen Oesterreich und Preußen, erregte bei der Herz-
 zugin große Beunruhigung. „Man spricht vom Frie-
 „den“ — drückt sie sich in einem Schreiben vom 19. Mai
 aus — „dieß heißt uns unsere Zukunft voraussagen,
 „welche uns Neptun (Oesterreich) zum Herrscher be-
 „stimmt. Ich vermag es nicht zu glauben, denn Ju-
 „piter (der König von Preußen) ist zu groß, um sich
 „zu verlängern und uns zu verlassen.“ Dem Herrn
 von Hofensels prägte sie bei seiner Abreise nach Berlin
 sehr ein, nicht den geringsten Theil von
 Bayern an Oesterreich abzutreten. „Ich
 „schmeichle mir“ — sagt sie in einem Schreiben an
 Ebrg. vom 31. Mai — „der König werde in seiner
 „Protektion nicht so weit nachlassen, daß man ange-
 „rechten Ansprüchen nachgeben muß. Welche Macht
 „wird ihre Staaten erhalten können, wenn die Invas-
 „sion ein Recht wäre; man brauchte dann, um sich
 „daran zu bemächtigen, nur Soldaten, und die ganze
 „Welt müßte Soldat werden. Mit einem Worte, für
 „Bayern wäre es ein Unglück, getheilt zu werden,
 „aber die Folgen davon wären vielleicht für andere noch
 „unglücklicher.“

Bergekenus suchte der Graf die Herzogin zu beruhigen; alle Bayern mit gleicher Liebe umfaßend, trankte sie die Aussicht, einige derselben von dem Mutterlande abgerissen zu sehen. „Ich sehe vor, daß einige „Tyrier (Bayern) unter die Herrschaft Neptuns (Oesterreich), fallen werden, und diese Trennung schmerzt mich“ — sagt sie in dem Schreiben an den Grafen von 12. Junius.

Karl Theodor schien noch immer zu hoffen, mit Ausnahme eines Theils der Oberpfalz und der Festung Schärding, nebst etwa einem Theile dieses Landes, alles Uebrige von den Oesterreichern besetztes Gebiet zurück zu erhalten, und dieses Opfer dünkte ihm nicht zu schwer. Aber die Aussicht einer jeden, auch der kleinsten, Abtretung von Bayern war der Herzogin und ihrem Anhang ein wahrer Gräuel. Im hohen Grade beunruhigt und mißvergnügt war sie daher, als von Berlin her verlautete, es dürfte durch die Unterhandlungen ein Theil von Bayern an Oesterreich überlassen werden.

Mit vieler Freude vernahm man also in Bayern die Nachricht, die Unterhandlungen dürften abgebrochen werden, und es werde zum Kriege kommen. Die Herzogin und Leyden fanden solche höchst tröstlich; und erwarteten davon Bayerns und selbst des ganzen deutschen Reichs Heil und Rettung.

Insbefondere aber ward die Herzogin dadurch auf's

Neue begeistert, und sie schrieb an Gbrg, sie gedachte General der Bayern zu werden, von deren Gehorsam sie sicher sey; daraus werde er von selbst schließen, daß, unerachtet der Neutralität des Kurfürsten, die Zuneigung für den König, und die Liebe für das Vaterland und für sie. (die Herzogin) alle Bayern veranlassen werden, sich mit den Preußen zu vereinigen.

Eine genaue Kenntniß des männlichen und unternehmenden Charakters der Herzogin, vielleicht auch ihre Aeußerung über die 20,000 junge Bären, in Verbindung mit der Deputation der Unterländer-Bauern, scheint nach Abbrechung der Unterhandlungen in Berlin bei Preußen den Plan zur Erregung eines allgemeinen Aufstandes in Bayern veranlaßt zu haben. Um denselben auszuführen, war Vieles mit Zuverlässigkeit zu wissen nöthig; als: welchen Eindruck die Nachricht von dem bevorstehenden Kriege auf Bayerns Adel, Volk und Militär hervorgebracht habe; was man erwarten dürfe, wenn ein preussisches Truppencorps sich Bayerns Gränze nähern sollte; ob die Truppen gehorchen würden, wenn der Kurfürst gezwungen wäre, sie dem Kaiser zu überlassen, wie viel Regimenter vorhanden, und wie stark die Zahl der Mannschaft sey u. s. w. Darüber wendete sich Graf Gbrg sowohl an die Herzogin Marianna, als an Leyden.

Die darauf ertheilten Antworten waren eben so ausführlich als befriedigend. Der Krieg heißt es

in jener von Bayern — wurde von dem größten Theil des Adels und vom ganzen Volk gewünscht, als das einzige Mittel, der Abreißung von Niederbayern zu begegnen; die Klugheit erheische, daß bei dem Einrücken eines preussischen Truppenkorps in die Oberpfalz oder in Bayern der König in einem Manifest seine Absicht, das Erbrecht des Hauses Wittelsbach zu unterstützen, erkläre, und die Bayern an ihre Pflichten gegen ihr angebornes Herrscherhaus erinnere; zugleich mahnen auch den geistlichen sowohl, als den weltlichen Ständen, und überhaupt allen Unterthanen, ihre Rechte und Privilegien bestätigt werden; gerathen sey es ferner, die Versicherung zu ertheilen, daß der König die Ausübung der katholischen Religion nicht im mindesten beeinträchtigen, sondern solche vielmehr unterstützen werde; daher müsse man sowohl die Weltgeistlichen, als die Mönche schonen, und dem Militair befehlen, ihnen Achtung zu beweisen; überhaupt werden die Mönche und die Klosterschleier die besten Spione seyn; geschehe dieses, und es werde ein Sieg errungen, so dürfe man überzeugt seyn, daß ein sehr großer Theil der Einwohner von Niederbayern, deren Zahl wenigstens eine Million betrage, sich an ihre Befehlshaber anschließen werde; sie seyen zum Theil alle bewaffnet, und gute Schützen; an Lebensmitteln zum Unterhalt der Truppen fehle es nicht; der verstorbene Kurfürst habe acht Regimenter Infanterie und vier Kavallerie-Regimenter.

hinterlassen, die man im Gange auf achttausend Mann ansehe; es sey aber seithe die Armee nicht ergänzt, und die Zahlung vermindert worden, weswegen auch eine starke Desertion stattfinde; die Truppen liegen in München, Donauwörth, Ingolstadt, Landsbut, Burg-
hausen, Braunnau, Rothenberg; sollten dierfalls Ver-
änderungen vorgehen, so werde sogleich Nachricht fol-
gen; es sey nicht wahrscheinlich, daß der Kurfürst seine
Truppen dem Wiener Hofe überlassen dürfe; die Ge-
verallieutenants Franz von Karsee, Harold
und Piosasque verdienen, wegen der Dienste, die
sie zu leisten im Stande seyen, die größte Aufmerk-
samkeit; es möchte von großem Nutzen und Erfolge
seyn, wenn der Abt dem Freiherrn von Ebben die
Anführung einer leichten Truppe anvertraute, und ihm
den jungen Brentano beigäbe, mit der Ermächti-
gung, ein Korps Bayern zu errichten.

Damit im Wesentlichen übereinstimmend, aber
umfändlicher noch und größere Hoffnungen begründend,
war der Herzogin Antwort. Eine allgemeine Freude,
verföhrt sie, erzeuge die Nachricht von dem Ausbruche
des Kriegs bei dem Militär und dem Volke. Von dem
Adel könne sie die Prensing, Sandizell, Her-
genberg, Karsee, Daun, Weranditzky, Lanan-
tenbach herzhöhen; die Landstände, die Diakonen,
die Bürger freuen sich dessen; man müsse auf den Bei-
stand des Volkes bei Ermählung und in allen von den

Oesterreichern besetzten Orten rechnen, sollte sich Preußen nähern; in München werde die Herzogin das Möglichste thun; da sich der Kurfürst für neutral erklärt habe, dürfte es schwer halten, die bayerischen Regimenter zu den Preußen stoßen zu machen; im Ganzen betrugen erstere nur 6,704 Mann. Den von Lanters als gutgefunnt bezeichneten Offizieren vom höhern Grade fügte die Herzogin noch einige bei, als: Sandizell, Bubna, Herbst, Rys, Zobel, Anfillon u. a. m.

Nur wegen der Bestätigung der Rechte und Privilegien war die Herzogin einer von jener des Freiherrn von Leyden verschiedenen Meinung. Das Wort Privilegium, bemerkte sie, schmeichle zwar den Ländständen, als dem wenigern Theil; der eben so freigeborne Landmann stoße sich aber daran, weil viele ihr ständisches Ansehen zu seiner Bedrückung gebraucht haben; es sey genug, wenn man den Untertanen von Bayern die allgemeine Landesverfassung und die Erbfolge der Wittelsbacher zusichere; dadurch werde Alles gesagt, was die Stände, die Untertanen und den Regenten angehe; ein bloßer Auftrag an die Befehlshaber, die Religion nicht zu beeinträchtigen, genüge, um den Fanatismus zu beruhigen, der ohnehin nicht mehr so stark sey.

Man sieht hieraus, daß die Herzogin abt das Verhältniß der Privilegirten und der Untertanen auf:

eine für die damalige Zeit sehr liberale. Man dachte, und den Bayern mehr Aufklärung und Toleranz zuwachte, als Lophen.

In Ingolstadt, als des Landes beste Festung, vor-
 stand: bei dem bevorstehenden Kriege eine vorzügliche
 Aufmerksamkeit; nicht nur von den in Niederbayern
 gelegenen österreichischen Truppen war dieser Platz be-
 achtet, sondern auch von jenen, die aus den Nieder-
 landen gezogen wurden; und den Befehl hatten, sich
 durch Bayern an die Gränze von Böhmen zu ziehen.
 Daher war es von großer Wichtigkeit, Ingolstadt vor
 einem Ueberfalle oder einer Besetzung durch österrei-
 chische Truppen zu sichern.

Der Kurfürst hatte bei seiner Abreise hierüber keine
 Befehle hinterlassen, und dem General Larosee auf
 die Bemerkung: Ingolstadt könnte leicht von den Oester-
 reichern überrumpelt werden, erwiedert: dann ist es
 die Schuld des Commandanten. Dies erleich-
 terte den Herzogin und ihren getreuen Anhängern die
 Maßregeln, diesen Platz vor dem Ueberfalle der Oester-
 reicher zu sichern, und die Herzogin konnte mit Zuver-
 lässigkeit auf Gehorsam und Beistand ihren Landstleute
 rechnen. Sie erreichte auch ihren Zweck vollkommen,
 und schon am 1. Julius gab sie dem Grafen von Gbry
 davon ganz beruhigende Nachricht.

III. Sehr wahrscheinlich die Herzogin unter den damaligen
 Umständen, des Königs von Preussen wegen einen Ver-

tauten schiffen, um den zu Bayerns Befreiung entworfenen Plan ausführen zu helfen. Freiherr von Linden aber machte den Grafen Gbry darauf aufmerksam, daß es nothwendig sey, einen preussischen Minister bei dem Kurfürsten zu beglaubigen, damit den Einflüsterungen Oesterreichs begegnet, und den Kurfürst, von dem er noch immer hoffte, er werde seinen Sinn ändern, über sein wahres Interesse aufgeklärt werde; auch einen russischen Gesandten entsandte, um in München zu sehen.

Diesen Wunsch wiederholte er öfters, aber solcher fand keinen Eingang; denn Preußen glaubte an keine Sinnesänderung des Kurfürsten, und sah nicht ein, was ihn in diesem Falle hindern sollte, einen Gesandten nach Berlin zu schicken.

Nicht lange währte die Freude der Herzogin und der mit ihr gleichgesinnten Bayern über den Ausbruch des Kriegs; denn nach einigen Hin- und Herbewegungen und dem Tödteten der preussischen Armes in Böhmen, langte am 17. Julius in dem Hauptquartier des kaiserlichen Heeres ein Freund an, der sich für einen Vertreter der russischen Gesandtschaft in Wien angab, und als solcher durch seinen Paß auswich.

Es war der Freiherr von Thugnot, von der Kaiserin Maria Theresia mit Vollmacht und einem Schreiben an den König in Wien, und ohne Mitwissen ihres Sohnes, abgeschickt.

Ihr Brief enthielt mehr die Sprache des Herzens, als jene der Politik; mehr die Empfindungen der Mutter, als die Aeußerungen der Regentin. Unausgesprochen erklärte die Kaiserin: sie wünsche die abgebrochenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen und zum Ende zu führen; in ihrem Alter sehne sie sich nach Ruhe, und ihr mütterliches Herz fühlte große Bekümmerniß über das Schicksal zweier ihrer Söhne und eines geliebten Schwiegersohnes, die sich bei der Armes befanden.

In gewählten und schmeicheľhaften Ausdrücken erwiederte der König dieses Schreiben, indem er seine freudige Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Unterhandlungen erklärte, und die Versicherung ertheilte, er werde einstweilen solche Maassregeln ergreifen, daß die Kaiserin über das Schicksal ihrer theuern Angehörigen unbesorgt seyn könne.

Ehugutts, im Namen der Kaiserin gemachten, Vorschläge waren: Zurückgabe dessen, was Oesterreich in Bayern in Besiz genommen habe, bis auf einen Distrikt vom jährlichen Einkommen eines Millon, vorbehaltlich eines Tausches dieses Distrikts mit dem Kurfürsten gegen irgend einen andern Theil Bayerns von gleichem Ertrage; gemeinschaftliche Berieselung mit Preussen, zur Ausgleichung der schädlichen Alluvial-Ansprüche.

Ohne sich über diesen Vorschlag zu äussern, fügte der König demselben einige Fragen bei, die man als

den Ausdruck seiner Wünsche und als Gegenverschlge ansehen kann. Diese Fragen waren: ob die Kaiserin nicht die lehensherrlichen Rechte, welche ihr als Königin von Böhmen über einige sächsische Lehen zustehen, aufgeben könne? Ob sie nicht den Herzog von Mecklenburg mit einem kleinen Reichslehen zufrieden stellen mchte? Ob man sich über die Nachfolge in Ansbach und Bayreuth vereinigen, und beifügen wlte, daß der Kurfürst von Sachsen sich in den beiden Fürstenthümern, sowie der König von Preußen in der Lausitz halbdigen lassen möge? Ob man die Blokade von Regensburg, wo der Reichstag versammelt sey, aufzugeben gedenke? — Man entnimmt aus diesen Punkten die vorzügliche Aufmerksamkeit auf das Interesse Sachsens, auf die Ansprüche des Herzogs von Mecklenburg, und auf die Erwerbung der Lausitz durch Tausch.

„Mit solchen Vorschlägen reiste Thugut nach Wien zurück, und Friedrich, erwartend, daß er, mit der obstehigen Instruktion versehen, in einigen Tagen zurück seyn werde, berief die Minister Zinckenstein und Herzberg zu sich, um dann die Unterhandlungen in gehöriger Form fortzusetzen.

Vom der Kaiserin durch Schreiben vom 22. Julius verstandiget, daß sie ihrem Sohn von Thuguts Sendung Nachricht gegeben habe, theilte ihr der König am 28. seine Vorschläge mit, die er für geeignet erachtete, um die bestehenden Irrungen schnell beizulegen. Denselben gem,

gemäß, sollte Oesterreich dem Kurfürsten von der Pfalz Alles zurückgeben, was es bisher in Bayern und der Oberpfalz in Besitz genommen hatte; dagegen aber den Distrikt von Burghausen, von Passau an, längs des Innstroms, bis zu dessen Zusammenfluß mit der Salzach, und längs dieser bis an die salzburgische Gränze bei Wildshut erhalten. Würde der Wiener Hof nicht geneigt seyn, das pfälzische Haus durch eine Territorial-Abtretung zu entschädigen, so könne solches auch Ent-sagung auf seine oberlehnsherrlichen Rechte, in der Oberpfalz und in Sachsen, und durch Bezahlung einer Million Thaler an den Kurfürsten von Sachsen geschehen, welchem noch das Fürstenthum Windelheim und die Herrschaft Rothenberg in Franken zugetheilt werden möchte. Dadurch sollte Sachsen für seine Allodial-Ansprüche, und Bayern in gewisser Art für die Abtre-tung des Distrikts Burghausen entschädigt werden. Alles dieses solle gleich unter Mitwirkung des Königs von Preußen, als Freunde und Allirten der Häuser Pfalz und Sachsen, geschehen; wäre auf diese Art die bayerische Erbfolge geordnet, so hätten sowohl die Kaiserin, als der Kurfürst von Sachsen, allen weiteren Ansprüchen an Bayern und die Oberpfalz zu entsagen, die Erb-folge in den bayerischen und pfälzischen Ländern, nach Erlöschung der pfalz-sulzbachischen Linie, dem Hause Pfalz-Zweibrücken zuzusichern, und alle durch den Tod des letzten Kurfürsten von Bayern erledigten Reichslehen

dem pfälzischen Hause wieder zu verlehnen; die Herzoge von Mecklenburg könnten entweder durch eines dieser kleinen Lehen, oder durch die von ihnen gewünschte Befreiung von der Gerichtsbarkeit der Reichsgerichte befriedigt werden; Oesterreich solle auf die böhmischen Lehen und anderen Ansprüche, auf Ansbach und Baiern verzichten, der Vereinigung dieser Länder mit der Kurlinie kein Hinderniß erregen, und im Falle zwischen Preußen und Sachsen ein freiwilliger Tausch derselben gegen die Lausitz, oder einen Theil derselben, zu Stande kömme, dagegen keine Schwierigkeiten erheben, sondern vielmehr allen Rechten und Ansprüchen darauf entsagen.

Die Kaiserin erwiederte diese Vorschläge im Anfange Augusts kurz dahin: sie sey bereit und entschlossen, Alles, was sie durch ihre Truppen in Bayern und in der Oberpfalz habe in Besitz nehmen lassen, zurückzugeben, und den Kurfürsten, der durch die Uebereinkunft vom 3. Jänner eingegangenen Verpflichtungen zu entbinden, wenn Preußen auf die Bereinigung der Fürstenthümer Ansbach und Baiern mit der Primogenitur seines Hauses in so lange entsage, als in denselben nachgeborene Prinzen vorhanden seyn würden.

Diese Gegenvorschläge erklärte der König als nicht annehmbar, weil die innern Verhältnisse seines Hauses einen Dritten nicht angehen, und er nicht zugeben könne, daß solche mit den Ansprüchen Oesterreichs

gleich behandelt werden. Thugut äußerte sich jedoch: es gebe vielleicht noch andere Mittel, um die Ruhe Deutschlands zu erhalten, und er sey beauftragt; solche mitzutheilen. Dieß bewog den König, die Unterhandlungen von Welsdorf nach dem nicht weit davon entfernten Kloster Braunau zu verlegen.

Hier wiederholte Thugut zuerst die nun erwähnten, von dem König bereits verworfenen, Vorschläge, und als sich die preussischen Bevollmächtigten darauf nicht einließen, so übergab er andere. Denselben zufolge sollte Oesterreich, nach dem schon früher mitgetheilten Plane, für seine Ansprüche einen Distrikt von Bayern erhalten, der eine Million jährlicher Einkünfte ertrage, und wovon die Linie von den Gränzen Tyrols bis nach jenen Böhmens bezeichnet wurde; nämlich: von Ruffstein an nach dem Laufe des Inns bis Wasserburg, von dort gegen Landshut über Grobting, Donaustauf, Mittenau, Neuburg, Reg bis Waldmünchen, längs der Landstraße nach Böhmen; der Anschlag der Einkünfte solle nach der gegenwärtigen Berechnung derselben durch Kommissäre von Oesterreich, vom Kurfürsten von der Pfalz und vom Herzoge von Zweibrücken geschehen; was der innerhalb dieser Linie gelegene Distrikt über eine Million ertrage, solle durch Abtretungen Oesterreichs in Schwaben, oder in den Niederlanden, oder durch Uebernahme eines verhältnismäßigen Antheils der bayerischen Landes Schulden, oder auf irgend

eine andere Art, worüber die vorerwähnten drei Kommissarien übereinkommen würden, ausgeglichen werden; die Befriedigung des Kurfürsten von Sachsen solle unter gemeinschaftlicher Mitwirkung der Kaiserin-Königin und des Königs geschehen, und jene sey bereit, ihren lehensherrlichen Rechten zu entsagen; Mecklenburg solle für seine Ansprüche eines der bayerischen Reichslehen erhalten; endlich wolle Oesterreich allen Widerspruch gegen die Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der brandenburgischen Kurlinie aufgeben, und deren Austausch gegen die Lausitz nicht nur kein Hinderniß in den Weg legen, sondern solchen vielmehr soviel als möglich, und namentlich durch Entsagung auf ihre Lehens-, Rückfalls- und andere Ansprüche auf dieselbe befördern.

In der am 15. August auf diese Vorschläge ertheilten Antwort setzten die preussischen Minister zuerst wiederholt die Gründe aus einander, warum sie den früher von Oesterreich angetragenen Verzicht auf den in Besitz genommenen Theil Bayerns und auf die Uebereinkunft vom 3. Jänner, gegen Preussens Verzicht auf die Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur des Hauses Brandenburg, nicht annehmen könnten. Dann gingen sie auf die neuerlichen Propositionen über, und behaupteten, daß die Abtretung des von Oesterreich verlangten Theils Bayerns unverhältnißmäßig groß, für das ganze deutsche Reich gefährlich, für das Haus Pfalz aber nachtheilig, und dessen poli-

tische Existenz zerstörend seyn würde; man habe dem
 Wiener-Hofe, die Abtretung bestimmter Landstriche, an-
 geboten, und den Ersatz dafür in bestimmten Land-
 strichen gefordert, die aber von geringerem Werthe als
 die erstern seyen, um dadurch dem Wiener-Hofe den
 gewünschten Revenuen-Zuwachs zu verschaffen; der
 Anschlag der Einkünfte des an Oesterreich abzutretenden
 Theils von Bayern lasse sich nicht nach dem gegenwär-
 tigen Ertrage derselben berechnen, weil bekanntermaa-
 ßen Bayern unter allen deutschen Staaten bisher am
 schlechtesten administriert worden sey, und sich durch
 Oesterreichs Verwaltung die Einkünfte auf das Dop-
 pelte, ja Dreifache bringen lassen; durch die Ver-
 weisung der vorzunehmenden Schätzung und Austau-
 schung an die von Oesterreich in Antrag gebrachte
 Kommission würde das Schicksal des pfälzischen Hauses,
 und vorzüglich des Herzogs von Zweibrücken, entfernten
 und ungewissen Ergebnissen ausgesetzt werden, und der
 König auf diese Art den ganzen Zweck seiner Dazwischen-
 kunft verfehlen; ebenso würde dadurch die Befriedigung
 Sachsens bei der gegenwärtigen Unterhandlung nicht
 ausführbar gemacht, und überhaupt das Haus Pfalz
 ganz außer Stande seyn, etwas zu Sachsens Befriedi-
 gung beizutragen. Die Bevollmächtigten schlossen mit
 der Aeußerung: der König glaube sprechende Beweise
 der größten Mäßigung und seines aufrichtigen Verlan-
 gens, dem Wiener-Hofe gefällig zu seyn, gegeben zu

haben; da aber seine Vorschläge nicht angenommen worden seyen, so könne der König nicht umhin, sich davon loszusagen, und zu erwarten, daß eine Besserung in den Grundfagen eine glücklichere und wisssamere Unterhandlung herbeiführe.

Noch am nämlichen Tage, wo Ludwig diese Note erhielt, erklärte er in einer Gegennote: die Kaiserin wolle sich mit einem ungleich kleinern Distrikte von Bayern begnügen, da sie keine Vergrößerung, sondern nur eine angemessene Verbindung ihrer Staaten beabsichtige. Die Gränze dieses kleinern Distrikts wurde auf einer beigelegten Karte bezeichnet, und zog sich von Ruffstein, längs dem Inn, durch Wasserburg, Mühldorf, Markl, Pfarrkirchen, Osterhofen, Deggenndorf, Viechtach und Baldmünchen, an die böhmische Gränze; finde man daher die Ueberlassung und bezüglich Austausch dieses Distrikts von Bayern annehmbar, so werde er mit Vergnügen die Unterhandlungen nach der vorgeschlagenen Berechnungsart fortsetzen; wenn aber auch diese nicht als zulässig erachtet werde, sich neue Instruktion vom kaiserlichen Hofe ausbitten.

Unachtet der in dieser letzten Note bezeugten Bereitwilligkeit Bayerns ungleich kleiner, als der früher verlangte war, so erfolgte doch die Erklärung der preussischen Bevollmächtigten, daß solcher nicht abgetreten

worben wurde, weil er einen Theil der Dänen, den
 Engländer, die Galgach, und selbst die Bayern in-
 nöthigen, Können von Reichthum, in sich fassen, was
 durch Oesterreich nicht etwa eine bloße Kommunikations-
 Linie zwischen seinen Staaten, welche unabhängig von
 der gewünschten neuen Erwerbung ohnehin bestehen,
 sondern vielmehr eine zu beträchtliche Vergrößerung
 ohne rechtliche Ansprüche erhalten würde. Daher er-
 klärten die preussischen Bevollmächtigten wiederholt: es
 bleibe nichts anders übrig, als günstigere Umstände für
 den Erfolg der Unterhandlungen abzuwarten.

Damit endigten sich solche am dritten Tage nach
 ihrer Eröffnung, und die Bevollmächtigten gingen aus-
 einander.

Gleich beim ersten Anfange der Unterhandlung in
 Walsdorf theilte Graf Gdrz der Herzogin Marianne
 und dem Freiherrn von Leyden die Nachricht von den
 abermals eröffneten Unterhandlungen mit, und deren
 Ursache und Besorgnisse kennend, suchte er sie über die
 Folgen davon zu beruhigen. Aber die Herzogin konnte
 der Unruhe, die sie fühlte, nicht gebieten: sie erschrock
 von dem Gedanken, daß ein Theil Bayerns abgetreten
 werden könnte, und ging so weit, den Herzog von Zwei-
 brücken aufzufodern, sich mit ihr in das Hauptquartier
 des Königs zu begeben. Hierin erbat sie sich in einem
 durch Courier an den König übersandten Schreiben

vom 19. Julius die Erlaubniß, angebend, solche Vorste-
 nist so zweckmäßiger, und für die Bayern um so tröst-
 licher seyn, als der Herzog und sie dem Könige abzu-
 läge, und wirklich entscheidende, Aufschlüsse mitthei-
 len müßten.

Der Courier kam zwar glücklich, aber in einem
 Augenblicke an, wo die abermalige Abbrechung der
 angefangenen Unterhandlungen schon entschieden war.
 Dadurch hörten die Besorgnisse der Herzogin und die
 Veranlassung zur vorgehabten Reise auf; der zurück-
 kehrende Courier aber überbrachte derselben wiederholt
 die beruhigendsten Versicherungen der fortwährenden
 Theilnahme des Königs an den Interessen Bayerns und
 des Herzogs von Zweibrücken.

Wehr als diese Versicherungen erfreute die Her-
 zogin und ihre Anhänger der wirklich ausgedehnten
 Krieg, aber sie beunruhigten die mancherlei, über die
 Unterhandlungen selbst in Umlauf gebrachten Gerüchte,
 und ihr Glauben an die Aufrichtigkeit und Uneigen-
 nützigkeit des Königs von Preußen fing an durch den
 Umstand geschwächt zu werden, daß es nur bei
 ihm gestanden hätte, Bayern ganz zu ver-
 theilen, wenn es Oesterreichs angebotenen Ver-
 zicht, unter der verlangten Bedingung, an-
 genommen hätte. Die Herzogin theilte am 14.
 Oktober jene Gerüchte im Wesentlichen Oest. mit,

wenn gleich eben nicht, als gänzlich. Nachdem aber
 beiderseits der Art, daß zwischen der Königin, Georgen,
 deren Wittvater, zugestanden. In diesem Zusammenhang

Diese blieb auch nicht aus. Der König — sagt
 der Graf — habe die Waffen ergriffen, um die Sache
 seiner Mitstände zu verfechten, und man könne doch
 nicht erwarten, daß er außer den ungeheuern Kriegs-
 kosten auch noch andere Opfer bringen solle; man
 werde am Ende selbst fühlen, wie wenig aufrichtig die
 österreichische Proposition gemeint gewesen sey, und
 daß selbst gegen Oesterreichs Verzicht auf
 ganz Bayern, der König nicht einer recht-
 mäßigen Erbfolge entsagen, und eine Ueber-
 einkunft aufheben könnte, welche, mit Zu-
 stimmung seines ganzen Hauses, schon vor
 26 Jahren geschlossen worden sey, ohne sei-
 ner Ehre nahe zu treten; jeder einsichtsvolle und gut-
 gesinnte Reichsstand müsse den Widerspruch des Wie-
 ner-Hofs gegen Familien-Verträge als einen neuen
 Eingriff in die Gerechtsame der Fürsten ansehen, und
 wünschen, daß die Vereinigung der Fürstenthümer in
 Franken mit der preussischen Monarchie so viel als
 möglich das Gleichgewicht erhalte.

Der Herzogin unruhiger Geist und ihr Feuerelifer
 für die Sache, deren Vertheidigung sie übernommen
 hatte, erlaubten ihr nicht in den gewöhnlichen Schran-

ten zu bleiben, er wollte Alles selbst das Ansehen wegen. Dabei geht auch die Absicht, eine Legion patriotischer Bayern für den König zu errichten. Graf Finkenstein, dem Obrg den Brief der Herzogin mitgetheilt hatte, fand dieses zu gewagt, und die Herzogin zu eifrig für die ihr so sehr am Herzen liegende Sache.

Vierter Abschnitt

Unterhandlungen und Friedensschluß zu Teschen, am 13. Mai 1779.

Indessen man in München zwischen Furcht und Hoffnung schwelte, waren von Frankreich und Rußland bereits die entscheidenden Schritte geschehen, um dem fernern Blutergiessen vorzubeugen, und die kämpfenden Parteien mit einander zu versöhnen.

Frankreich hatte dem Könige von Preußen, gleich nach Abschreckung der Unterhandlungen, von Braunsfels seine Ansicht darüber mitgetheilt und sich geäußert, die von Oesterreich gemachten großmüthigen und uneigennütigen Anträge haben die angeblichen Ursachen und die Beweggründe des Krieges gehoben und Deutschlands Besorgnisse beruhigt; daher könne der Kampf, der bei seinem Beginnen als ein der Gerechtigkeit halber unternommener Krieg angegeben worden sey, nur mehr als ein Rivalitätskrieg angesehen werden.

Rußland hingegen erklärte Oesterreich: es könne bei seinen Verbindungen mit den meisten deutschen Fürstenthümern und der engen Allianz mit Preußen in

seiner bisherigen schonenden Stellung nicht länger verbleiben, noch sich ferner einer Prüfung der Ansprüche an die bayerische Verlassenschaft entziehen; es finde sich daher veranlaßt, die Kaiserin einzuladen, den gegenwärtigen Mißhelligkeiten ein Ende zu machen und mit dem Könige von Preußen sowohl, als mit den andern Betheiligten, über eine gesegnete und gütliche Ausgleichung derselben übereinzukommen *).

Diese Erklärung veranlaßte Frankreich, den österreichischen Hof zu vermahnen, solche zu beachten. Daher ersuchte Maria Theresia die russische Kaiserin um Vermittlung oder Vermöndung; gleichzeitig aber, der Unbefangenheit des russischen Kabinetts nicht vertrauend, erbat sie sich auch die Mitwirkung des französischen Hofes. Dieser, dazu bereit, ließ seinem Gesandten, dem Baron Breteuil, in Wien die nöthige Instruction zugehen, und verständigte zugleich die Höfe von Petersburg und Berlin von seiner Theilnahme an der Vermittlung.

Um nun seine Vermittlung zu beginnen, theilte der französische Hof Oesterreich sowohl, als Preußen einen Ausgleichungsplan mit, dessen Hauptbedingungen waren: Oesterreich solle den zwischen der Donau, dem Inn und der Salzach gelegenen Theil des Rentamts Burghausen behalten, Preußen aber ermächtigt

*) Klaffen a. a. O. S. 223.

seyen, die fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur seines Hauses zu vereinigen; aber die Fälsch-Bergische Erbfolge solle zwischen Preußen und Pfalz eine Uebereinkunft geschlossen werden.

Mit diesem Plane war der Wiener Hof sogleich einverstanden, und nahm solchen am 21. Jänner an; der preussische Hof aber setzte sich darüber mit jenem zu St. Petersburg in's Benehmen, und gab in den ersten Tagen des Februars sein Ultimatum im Wesentlichen dahin ab: die Abtretung des erwähnten Theils des Montants Burghausen werde zugegeben, jedoch gegen Verzicht Oesterreichs auf irgend einen Theil der bayerischen Verlassenschaft, und Garantie derselben stünde das ganze pfälzische Haus und namentlich die weibliche Linie; es solle auf geeignete Art dahin gewirkt werden, daß dem Hause Pfalz die in Bayern und Schwaben gelegenen Reichthümern wieder verliehen werden; der Wiener Hof solle zwar von dem früher verlangten Betrage einer Million Thaler zur Befriedigung der schlesischen Allodial-Ansprüche entheben bleiben, der Kaiser aber erwarte, daß der kaiserliche Hof sowohl, als die vermittelnden Mächte andere Mittel, den Kurfürsten von Sachsen auf billige Art zu befriedigen, in Antrag bringen werden, wozu vielleicht auch die Abtretung der Herrschaft Windelheim beitragen könnte; Oesterreich solle auf die Lehenrechte über die Grafschaft Schumburg und andere Lehen in Sachsen mit Ans-

Annahme des Kaiserlichen Verzeichnisses; dem Hause Wittenburg
 solle die Befreiung von dem Gerichtsstande der Reichs-
 gerichte ertheilt; und Preußen keine Schwierigkeit
 erregt werden, die sächsischen Fürstenthümer mit seiner
 Primogenitur zu vereinigen; die sächs. Bergische Erb-
 folge, hinsichtlich welcher der König mit Kurpfalz die
 Uebereinkunft vom Jahre 1741 zu erneuern seinen An-
 stand nehme, gehöre nicht zu den gegenwärtigen Unter-
 handlungen.

Auch dieses Ultimatum nahm der Wiener Hof an.
 Diese vorläufigen Unterhandlungen fanden in Weisla-
 uß statt, wohin der König seine Kabinettsminister Herzberg
 und Göttenstein berufen hatte.

Nachdem sowohl die kriegsführenden als die ver-
 mittelnden Mächte in der Hauptsache einverstanden
 waren, ward die Stadt Breschen zum Orte der eigent-
 lichen Friedensnegotiation bestimmt, wo schon am 13.
 März eröffnet wurde. Die Bevollmächtigten waren:
 von Seite Rußlands der Fürst Repnin, von Seite
 Frankreichs der Baron von Breteuil, beide als Mi-
 nister der vermittelnden Mächte; von Seite Oesterreichs
 der Graf von Cobenzel; von Seite Preussens der Frei-
 herr von Kieddesel. Der Kurfürst von Pfalzbayern
 hatte den Grafen von Lbring-Seefeld, und
 von Sachsen den Grafen von Finckenburg, der
 Herzog von Sachsen aber den Herrn von Hofen-
 feld Bevollmächtiget.

Sowie die Nachricht, daß neue Unterhandlungen unter russischer und französischer Vermittlung beginnen sollten, in München ankamte, wurden dort alle Besorgnisse der antiosterreichischen Partei wieder rege. Gegen Rußlands Vermittlung fand man nichts zu erinnern, aber gegen jene von Frankreich; auch glaubte man dort, daß gar keine entsprechende Unterhandlung statt finden könne, würde nicht vor allem die Zurückgabe Bayerns festgesetzt.

Die überhaupt damals in München vorgeherrschende Stimmung ist aus der Thatsache abzuhelmnen, daß dort von einem Nachdruck der zwei letzten Königlich preussischen Schriften in wenig Stunden 400 Exemplaren verkauft, und viele andere, nachdem der Verkauf verboten war, mit Gewalt erkrungen wurden.

Graf Berg, wenn gleich an den Unterhandlungen keinen Theil nehmend, verwendete sich mit Wärme für den Herzog von Zweibrücken, dessen Intereße er den Staatsministern Fürstenstein und Herzberg aufs Angelegteste empfahl. Der Herzog verdiente nach des Grafen Ansicht, daß man ihm sogleich bei Abschluß des Friedens persönliche Vortheile zuwenbe, z. B. eine jährliche Pension von 150,000 bis 200,000 fl., mit deren Bezahlung man den Aufwärtigen schon aus dem Grunde belasten könnte, weil dieser beim Herzoge ohnehin die Herrung des zuwidererhaltenen Theils von Bayern schuldig sey.

Dies wurde nicht für unbillig erachtet; insbesondere sicherte der Minister von Herzberg seine kräftige Wirkwirkung in dem Falle zu, als er einen unmittelbaren Einfluß auf die Unterhandlungen erhalten würde. Daß dies aber geschehe, daran zweifelte er, wenn nicht die bisherige Art, über den Frieden zu unterhandeln, abgeändert werde. Bis dahin wurde nämlich schriftlich unterhandelt, womit er gar nicht einverstanden war.

Als man durch die eingeleitete diplomatische Correspondenz sich im Wesentlichen, nämlich darüber, verstanden hatte, daß zwar die bekannte Uebereinkunft vom 3. Jänner zurückgenommen, aber ein District von Bapern an Oesterreich abgetreten werden solle, erfüllte Götz die für ihn sehr schwere Obliegenheit, die Herzogin davon in Kenntniß zu setzen. Er that dieses in Ausdrücken, welche sein eigenes schmerzliches Gefühl darüber unumwunden zu erkennen gaben.

Dieses Gefühl theilte auch Herzberg, der, anstatt selbst zu dem Kongresse bevollmächtigt zu werden, nur den dahin vom Könige bestimmten Freiherrn von Miedel nach Grundsätzen instruiren mußte, die nicht die seinigen waren.

Auch für den Herzog von Zweibrücken konnte so nach die Werpendung des Ministers von keiner entscheidenden Wirkung seyn, und überhaupt war derselbe mit den vermittelnden Ministern nicht zufrieden; denn von diesen

diesen beschuldigt er den französischen, nach den Ansichten und im Interesse des Wiener Hofes zu handeln, und den russischen, immer nur für die Würde der Kaiserin zu sprechen. Wenn Herzberg denn auch die Würde seines Königs geltend machen wollte, so fragten ihn beide: ob er sich für die Abbrechung der Unterhandlungen verantwortlich zu machen gedenke.

Kein Wunder daher, wenn Herzberg über das wahrscheinliche Resultat der Unterhandlungen beunruhigt war! „Man glaube viel zu thun“ — sagt er in einem Schreiben an Görz vom 10. März — „wenn man die Ansprüche von Sachsen auf vier Millionen herabsetze, und dem Herzoge von Zweibrücken den Bevollmächtigten zur Unterstützung seiner besondern Vortheile und Sicherstellung der bayerischen Erbfolge empfehle. Der König habe zwar den Fürsten Repnin, bei dessen Abreise von Breslau nach Teschen, versichert, er wolle nicht weiter nachgeben, er glaube aber voraussehen, daß es doch geschehen werde, was der Fall nicht seyn würde, wenn er (Herzberg) zu dem Kongresse wäre bevollmächtigt worden.“

Gleich im Anfange der Unterhandlungen verursachte die Abfindung Kur-Sachsens große Schwierigkeit; Preußen hatte solche auf vier Millionen Thaler beantragt, und der französische sowohl als der österreichische Bevollmächtigte machten dagegen keine Einwendungen, während von Seite Kurpfalz, sowohl in

Leichen, als in München gesagt wurde, Greiberr von Lehrbach habe ihnen gerathen, nicht mehr als eine Million Gulden anzubieten; dieses widersprechende Benehmen stößte dem Könige Zweifel ein, und er ließ erklären: man müsse entweder die von ihm verlangten vier Millionen geben, oder auf den Frieden verzichten. Darauf aber äußerten die Minister der vermittelnden Mächte sowohl, als jene Oesterreichs: sie vermögen nicht genug über den Kurfürsten von Pfalz-Lothringen, um ihn dazu zu bewegen, und erwarten vom Könige von Preußen kräftige, doch keine gewaltsamen Mittel, um solches zu erreichen. Herzberg, darüber befragt, gab den Rath: man solle dem Kurfürsten erklären, wenn er nicht darauf eingehe, werde man den Verzicht auf Jülich und Berg zurücknehmen, und einen verhältnißmäßigen Theil von dem Distrikt Stranbing an den Herzog von Zweibrücken unter der Bedingung abtreten, daß er die Befriedigung von Sachsen übernehme. Dieser Vorschlag erhielt den Beifall des Königs, der lieber über andere, als über diesen Punkt nachgeben wollte.

Als sich dessen unerachtet keine bestimmte Aussicht zeigte, die verlangten vier Millionen für Sachsen zu erhalten, und der Kurfürst von der Pfalz nur die Hälfte dieser Summe bezahlen wollte, wurde der König dadurch so sehr entrüstet, daß er entschlossen schien, eine Verlängerung des Waffenstillstandes nicht zuzulassen.

geben, ehe sich nicht die Hofe von Wien und München über die verlangten vier Millionen bestimmt erklärt haben würden. Wirklich war er auch nur mit Mühe zu bewegen, die zur Fortsetzung der Unterhandlungen nöthige Waffenstillstands-Verlängerung bis 28. April zu bewilligen. — Dem Münchner-Hofe wurde jedoch zugleich eröffnet, würde derselbe in Ansehung der vier Millionen nicht nachgeben, so könnte wohl dem Kurfürsten von Sachsen ein verhältnißmäßiger Distrikt von Niederbayern abgetreten werden.

Nun erfolgte zwar die mit Ungeduld erwartete Erklärung des Münchner-Hofes, aber nur auf die Bezahlung der für Sachsen verlangten vier Millionen in Gulden, statt in Thalern. Dieses verursachte einen weitem sehr mißbeliebigen Aufenthalt, der jedoch bald durch die Einwilligung Bayerns, zu Bezahlung von sechs Millionen Gulden in unverzinslichen Jahresfristen zu 500,000 fl., gehoben wurde.

Einen andern Anstand erregte die Erwähnung der Uebereinkunft vom 3. Jänner in dem Eingange der abzuschließenden Verträge. Die Minister der vermittelnden Mächte, vorzüglich jener von Rußland, nahmen solche als Grundlage an. Dagegen behauptete Herzberg, Preußen könne dieses, ohne sich zu compromittiren, nicht thun, und veranlaßte dadurch Einwendungen, welche dem Wiener-Hofe mitgetheilt wurden. Aber ohne von daher eine Antwort abzuwarten,

gab man dem russischen Vermittler zu verstehen, man könnte am Ende darüber nachgeben, weil sich das Haus Pfalz, und nicht der König, auf jene Uebereinkunft beziehe.

Fürst von Kaunitz ließ jedoch dem Uebergewichte der von Herzberg vorgelegten Gründe Gerechtigkeit widerfahren, und so wurde dann der Uebereinkunft vom 3. Jänner keine Erwähnung gemacht.

Für den Herzog von Zweibrücken verlangte dessen Bevollmächtigter verschiedene Vortheile, namentlich: die Abtretung der Grafschaft Falkenstein und die Steuerfreiheit seiner böhmischen Herrschaften von Oesterreich, von dem Kurfürsten von Pfalzbayern aber eine Appanage von 300,000 Thalern. Die Sache fand gleich Anfangs die Hauptschwierigkeit darin, daß Preußen gegen Herzbergs Rath die Berücksichtigung der Interessen des Herzogs nicht zur Bedingung der frühern Zugeständnisse gemacht hatte, und daher sich nicht getraute, darauf zurückzukommen. Im Laufe der Unterhandlungen schlug zwar Herzberg vor: die Bewilligung einer Appanage von 200,000 Thalern von dem Münchener Hofe eben so kategorisch zu verlangen, als die vier Millionen für Sachsen; allein man fand Anstand, es zu thun, und veranlaßte den zweibrückischen Bevollmächtigten, sich deshalb bittlich an den Kurfürsten von Pfalz selbst zu wenden, dessen Antwort die Minister der vermittelnden Mächte abwarten wollten, um

einzuschreiten. Inzwischen aber schrieb der Herzog an den König von Preußen, Hofenfeld habe den Auftrag, Alles zu unterschreiben, was Sr. Majestät für gut fänden; eine Aeußerung, die des Herzogs Mäßigung und Klugheit um so mehr zur Ehre gereicht, als die Herzogin Marianne Alles anwendete, um ihn davon abzuhalten.

Noch eine andere Schwierigkeit ergab sich wegen Garantie der pfalz-bayerischen Familien-Verträge von 1766 und 1774. Der österreichische Bevollmächtigte wollte solche nicht zugeben, aber Freiherr von Nideseß bestand mit so vielem Nachdruck darauf, daß der österreichische Bevollmächtigte endlich nachgab.

Ueberhaupt war bei diesen Friedensunterhandlungen, neben der Schwierigkeit, mancherlei, zum Theil entgegengesetzte, Interessen zu schlichten, auch ein gewisser Geist von Mißtrauen und Bitterkeit zu besiegen, welcher sich der streitenden Theile bemächtigt hatte, und den die verbreiteten zahllosen offiziellen und nicht-offiziellen Schriften hervorgerufen hatten. Man stritt sich oft um Worte und Ausdrücke, die im Grunde einerlei sagen wollten und ganz unverfänglich waren. So z. B. erregte einen großen Anstand, ob, wie der Wiener-Hof verlangte, gesagt werden solle: er trete Mindelheim an Kurpfalz ab, oder ob es nach dem preussischen Projekt heißen solle: er entsage seiner Rechte auf Mindelheim. Auch an Rang-

streitigkeiten fehlte es nicht. Sachsen verlangte mit Pfalz zu alterniren, was letzteres nicht zugeben wollte, und wobei es von Preußen gegen Sachsen unterstützt wurde. Um diesen Streit zu heben, wählte man den Ausweg, die zwischen beiden Kurhäusern geschlossene Konvention nur von einem Bevollmächtigten derselben unterschreiben zu lassen. Der verstorbene König von Preußen hatte die Alternation mit Frankreich behauptet; Friedrich II. konnte dieses bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht durchsetzen, und gab nach.

Endlich gelang es, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und am 13. Mai wurden die verschiedenen Konventionen und Urkunden, aus welchen der Teschner Friedensschluß zusammengesetzt ist, unterzeichnet.

Es scheint, daß man aus einer besondern Aufmerksamkeit einen Frieden, den die Kaiserin Marie Theresie so sehr gewünscht hatte, an ihrem 62sten Geburtstage unterzeichnen wollte. Denn Herzbergs Vorstellungen über einige Förmlichkeiten wurden nicht mehr beachtet, und die Ausfertigung der Urkunden mit ungewöhnlichem Eifer betrieben.

Durch die verschiedenen Traktate und Konventionen, aus welchen der Teschner Friedensschluß besteht *)

*) Diese sind: 1) Der Friedens-Traktat zwischen der Kaiserin-Königin und dem Könige von Preußen, mit beigefügter Garantie der vermittelnden Mächte und einem

wurde der Friede zwischen Oesterreich und Preussen wieder hergestellt. Der Kurfürst von der Pfalz, der Verpflichtungen entbunden, die er durch die Uebereinkunft vom 3. Jänner, 1778, eingegangen hatte, und die Erbfolge in seinem Hause gesichert. Oesterreich erwarb von den bayerischen Landen den schönen Distrikt zwischen den Flüssen Danau, Inn und Salzach; das Kurhaus Pfalz erhielt dagegen alle in Bayern und der Oberpfalz von Oesterreich besetzten Distrikte zurück, dessen Entlassung auf die Ansprüche an die Herrschaft Mindelheim, die lehensherrlichen Rechte der Krone Böhmen auf die gräflich schuburgischen Herr-

Separat-Artikel, durch welchen der Kurfürst von Sachsen diesem Traktate beitrifft. — 2) Konvention zwischen der Kaiserin-Königin und dem Kurfürsten von der Pfalz, mit des Beitritts-Alte des Herzogs von Zweibrücken. — 3) Konvention zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen, mit einem Separat-Artikel, die Titulatur betreffend, und der Beitritts-Alte des Herzogs von Zweibrücken. — 4) Separat-Artikel zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Herzoge von Zweibrücken über die Nachfolge der Familien-Verträge vom 1771 und 1774 betreffend. — 5) Beitritts-Alte des Kaisers Joseph, in der Eigenschaft als Mitregent und Erbe der österreichischen Staaten, zu dem zwischen seiner Mutter und dem Könige von Preussen geschlossenen Traktate, mit der Akzeptions-Alte des Königs von Preussen. — 6) Garantie-Alte der vermittelnden, und Akzeptions-Alte der kontrahirenden Mächte.

schaften Glaucha, Waldeburg und Lichten-
 stein, die Belehnung mit den Lehen, welche der Krone
 Böhmen nach Erlöschen des bayerischen Stammes in
 der Oberpfalz heimgefallen waren, und Oesterreichs
 und Preußens Zusicherung gemeinschaftlicher Verwen-
 dung für die Belehnung mit den durch den Tod des lez-
 ten Kurfürsten von Bayern eröffneten Reichslehen.
 Sachsen entschädigte für seine Allodial-Ansprüche
 der Kurfürst von der Pfalz durch Ueberlassung der von
 Oesterreich abgetretenen lehensherrlichen Rechte über
 die schönburgischen Herrschaften, und durch die zuge-
 sicherte fristenweise Bezahlung einer Summe von sechs
 Millionen Gulden; und dem Herzoge von Mecklen-
 burg sollte durch Oesterreichs und Preußens Vermitt-
 lung das *jus de non appellando* ertheilt werden.

Der König von Preußen aber fand für seine
 große Anstrengung in dem bald geendigten Kampfe den
 Lohn nicht in der Anerkennung des Rechts, die fränki-
 schen Fürstenthümer mit der Primogenitur seines Hauses
 vereinigen zu können, noch in der Erwerbung wenig be-
 deutender Gerechtsame, welche die Krone Böhmen in
 denselben ausgeübt oder behauptet hatte, sondern in
 dem Vertrauen, welches er sich durch die Unterstützung
 der Ansprüche eines minder mächtigen Reichsstandes
 erworben hatte, und in der Beruhigung, Kaiser Jo-
 sephs Vergößersungsplänen in Deutschland Schranken
 gesetzt zu haben. Denn Friedrichs Scharfblick blieb nicht

verborgen, welche Aussicht das durch seine Handlungsweise im deutschen Reiche begründete Vertrauen ihm und seinen Nachfolgern eröffne *).

Auf den Teschener Frieden gründete Rußland in der Folge seine Theilnahme an den deutschen Angelegenheiten, und Preussens Interesse war es, wie wir bald sehen werden, dieses System anzuerkennen und zu unterstützen.

*) Der Teschensche Friedensschluß vom Jahre 1779, mit Anmerkungen von J. J. Moser. Frankfurt a. M. 1779. 1 Band in 4.

Fünfter Abschnitt.

Sendung des Grafen von Görtz nach St. Petersburg. Kurze Uebersicht der vorzüglichsten Verhandlungen und Geschäfte des Grafen von Görtz während seiner Mission in Petersburg.

Während des Königs Abwesenheit bei der Armee wurde Graf Gbrg in seine neue Stelle in Berlin eingewiesen; dorthin war ihm seine Familie gefolgt. Aber nur von kurzer Dauer war sein Aufenthalt daselbst; denn bald nach Beendigung des bayerischen Erbfolge-Krieges ernannte ihn der König zum Gesandten am Petersburger-Hofe. Mit großer Auszeichnung hatte diese Stelle der Graf von Solms durch siebenzehn Jahre bekleidet, nun aber nöthigten ihn seine Gesundheits-Umstände, um die Entlassung von derselben nachzusuchen, die ihm auch, wenn gleich nicht gerne, ertheilt wurde.

Ehrenvoll war die Ernennung des Grafen von Gdrz, und bei dem hohen Werthe, den der König auf seine enge Verbindung mit dem russischen Hofe legte,

ein prägelohnendes Merkmal, von Vertrauen auf das
 Fremden, ihn sich erst seit letzter Zeit in russischen
 Diensten befand. Aber dem Grafen konnte seine neue
 Bestimmung nicht willkommen sein, weil er weder
 hinkünftig bezahlt, noch reich genug war, um das Ge-
 sandtschafts-Posten in Petersburg, ohne Nachtheil für
 sein Vermögen anzunehmen zu können. Nur achtzehntausend
 Thaler Gehalt waren ihm bisher bewilligt und nicht
 viel höher, als auf die Hälfte dieser Summe berech-
 netet, sichendes, Grafen, seine Einkünfte aus seinen
 50. Diese Mittel reichten schon damals zur Bestattung
 eines so hohen, Besatzendes, für einen Grafen mit
 Familie in Petersburg bei weitem nicht hin; Auch für
 die erste Einrichtung wurden nicht mehr als anderthalb
 Tausend angewiesen; ein Summe, welche auch nur
 einen kleinen Theil der nothwendigsten Ausgaben deckte
 Um unter solchen Umständen die Pflichten gegen seinen
 Monarchen mit ihm gegen seine Familie anzuverfolgen,
 und ihnen auf den wichtigsten Posten des Reichthums her-
 rufen zu müssen, diese zu können, ohne das Vermögen
 der letzteren vollständig zu erschöpfen, sah sich der Graf
 in die Nothwendigkeit versetzt, die Gehaltsliste für
 Petersburg mit Zurücklassung seiner Familie in Berlin
 abzutreten; eines der schwersten Opfer, wie er sich selbst
 ausdrückt, welches er dem Diensta-bringergelohnte opfert
 und dem Kaiserlichen Monarchen, nicht sich den Grafen nach drei
 Wochen zur Vertheidigung auf, 50 Thaler, sondern auf drei

der sehr genau mit den Verhältnissen des russischen Hofes bekannt, den Grafen von solchen selbst zu unterstützen für gut fand, und dazu alle Tage, gewöhnlich nach Lichte, drei bis vier Stunden verwendete.

Alles, was von den Ereignissen jener und der kurz vorhergegangenen Zeit, von dem frühern und gegenwärtigen Systeme des russischen Rabinets, von der Größe und den Schwächen Katharinen's, von den Grundsätzen und der Handlungsweise ihrer Günstlinge und Minister dem Grafen zu wissen nöthig war; Alles, was ihm über seine Stellung am Petersburger Hofe, über sein oberliges Benehmen, über die besten Mittel, den Zweck seiner Sendung zu erreichen, Aufklärung geben konnte, erfuhr er hier aus seines Königs eigenem Munde. Auch seine Aufträge ertheilte Friedrich dem Grafen gütlichtheils unmittelbar; doch ließ er ihm auch eine Instruktion vom Ministerium ausfertigen.

Vor Allem lag dem Könige daran, daß seine mit Rußland bestehende Verbindung und Freundschaft nicht nur erhalten, sondern auch noch enger geschlossen werde. Solche gründete sich auf den im Jahre 1768 für die Zeit von acht Jahren geschlossenen; und 1772 für die nämliche Zeit erneuerten Vertrag, dessen Vortheile für Preußen sich bei dem Kriege wegen der bayerischen Erbfolge bewährt hatten.

Kaiser Josephs, durch Thatfachen erwiesene, Ruhmbegierde, und die weitansiehenden Plane, welche seine

ersten Regentenhandlungen anzudeuten schienen, stellten dem Könige Besorgnisse ein, und machten ihm das Bedürfniß fühlen, sich von Rußland Freundschaft und Beistand auch für die Zukunft zu versichern. Daher war die Fortsetzung und Befestigung des bisherigen Bündnisses ein Hauptgegenstand seiner Aufmerksamkeit und seines Bestrebens.

Nach Friedrichs Ueberzeugung konnte Katharine keinen Anstand finden, ja, sie mußte selbst den Wunsch hegen, ein Bündniß zu erhalten, dessen Vortheile auch sie bereits erprobt hatte, und welches ihr die Aussicht auf noch mehrere eröffnete. Denn seit dessen Errichtung war der König durch eine Reihe von Jahren der Kaiserin getreuester Verbündeter, und hatte vielfach seine Thätigkeit, seinen Eifer in Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bewiesen, und nicht weniger als sein eigenes, Rußlands Interesse befördert. Solches geschah in den Angelegenheiten von Polen, in den Zwistigkeiten der Pforte, in den Irrungen wegen der bayerischen Erbfolge, wo Katharine eine glorreiche Rolle spielte, welche sie der Verbindung mit dem Könige verdankte. Durch die geographische Lage seines Landes, beinahe im Mittelpunkte von Europa, an zwei Meere sich anlehnend und Meister von vier großen Strömen, durch die Kräfte seines Staates, durch den Charakter seiner Völker, durch die Energie seiner Verwaltung erschien der König von Preußen als ein wich-

iger Verbündeter, im Stande, das Gleichgewicht im Norden und in Deutschland zu erhalten, und, unterstützt von Rußland, jeder andern Macht die Spitze zu bieten, welche den Plan haben könnte, solches zu stören. Mit Preußen im Bunde konnte Rußland auf die polnischen, und selbst auf die deutschen Angelegenheiten einen entscheidenden Einfluß behaupten, und solchen dadurch auch auf andere europäische Staaten ausdehnen.

Es schien sich denn kein Hinderniß dem Verlangen des Königs entgegen zu setzen, dessen Erreichung das sicherste Mittel zu seyn schien, um eine Verbindung Rußlands mit Oesterreich zu verhindern. Eine solche trachtete Friedrichs gegen den Wiener-Hof mißtrauische Politik dem preussischen Interesse ganz entgegenge setzt, aus Besorgniß, sie könnte wohl in dem bisherigen Systeme eine nachtheilige Veränderung hervorbringen.

Aber noch weiter ging des Königs Absicht! Er wollte selbst den Versuch machen, ob nicht Frankreich zu einer Verbindung mit Rußland und Preußen zu vermögen sey. Nicht nur wünschte er durch diesen Beitritt seine eigene Verbindung mit Rußland zu verstärken, sondern er hoffte auch auf diesem Wege Oesterreich die seit dem Versailler-Vertrag bestehende Allianz mit Frankreich zu entziehen. Des Königs Staatsklugheit verkannte jedoch die großen Schwierig-

ihren Macht, welche bei nur erwägte Vertrag mit der
 Familien-Verbindung der Huse von Wien und des
 Kaiser dem Gelingen eines solchen Versuches entgegen-
 setzten. Daher erhielt der Graf von Götz den Auftrag,
 höchst nur die Annäherung des russischen Hofes an
 den französischen auf kluge Art zu bewirken, und da-
 durch eine Verbindung derselben unter sich und mit
 Preußen auf den Fall hin vorzubereiten, wenn Erig-
 nisse und Zeitumstände die Hindernisse heben würden.
 Unter diese zählte der König auch noch eine Allianz
 zwischen Rußland und England, weil er voraus-
 setzen glaubte, eine solche würde der der Stellung
 Englands zu Frankreich das gewünschte Bündniß dieser
 Macht mit Rußland nicht nur erschweren, sondern selbst
 unerschütterlich machen. Götz erhielt daher den Auftrag,
 durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu verhalten,
 daß in den bisherigen Verhältnissen Rußlands zu Eng-
 land eine Veränderung stattfinden.

Als Graf Götz in Petersburg ankam (September
 1779), hatte Katharine II den höchsten Gipfel ihres
 Ruhmes und ihrer Größe erreicht. Alle Mächte Eu-
 ropas bewunderten sich an ihre Freundschaft und ihren
 Beistand, alle Gelehrten und Schriftsteller streuten ihr
 Lob, alle Monarchen und deren Hofleute
 überboten sich in Werken der Bewunderung und der
 Verehrung, die ihnen Katharines großer Geist ein-
 floß, und um der seltenen Eigenschaften willen, die

ſie als Regentin an den Tag legte, vergaß man die Fehler und Schwachheiten ihres Privatlebens.

„Sie iſt eine Frau von ausgezeichnetem Verſtande und Charakter“ — äußert ſich Görtz kurze Zeit nach ſeiner Ankunft in Petersburg — „aber bei der hohen Stufe, auf der ſie ſteht, muß es bloß der Nachkommenschaft vorbehalten bleiben, dann ein unparteiſches Urtheil über ſie zu fällen, wenn ſie nicht mehr iſt; Katharine beſitzt einen außerordentlichen Grad von Eitelkeit, hervorgebracht und genährt durch die an ſie verſchwendeten Schmeicheleien; ſie iſt Meifterin in der Verſtellungskunſt, und man möchte beinahe ſagen, Alles an ihr ſey Verſtellung; ſelbſt ihre Freunde müſſen ihrem großen Verſtande Gerechtigkeit widerfahren laſſen; ſie leitet und entſcheidet ſelbſt alle wichtigen Angelegenheiten; ihr Wille iſt das Rechtsgesetz für ihre Miniſter, die nie demſelben entgegen zu handeln wagen, und deſſen treue Vollſtrecker ſie ſtets ſind.“

Graf Görtz, der Nachwelt das Urtheil über dieſe als Regentin ſo große Frau überlaſſend, enthielt ſich, ein vollſtändiges und zuſammenhängendes Bild von ihr zu entwerfen. Aber die in ſeinen hinterlaſſenen Schriften enthaltenen Nachrichten und Beobachtungen ſind reich an höchſt ſchätzbaren Materialien, um Katharinens große Eigenſchaften und noch größere Pläne, ihre politiſchen Anſichten, ihre Handlungsweiſe, und

und die leitenden Grundsätze ihres Benehmens in den innern und äußern Angelegenheiten ihres unermesslichen Reichs kennen und beurtheilen zu lernen.

Gewöhnlich handelte die Kaiserin nach ihren eignen Ansichten, und nur höchst selten zog sie Jemand über das, was sie zu thun vorhatte, zu Rathe. Selbst ihren Ministern sagte sie nur, was sie für gut fand. Sie erließ Befehle, sie ertheilte ihren Gesandten an fremden Höfen Instruktionen — und erhielt von ihnen Depeschen, sie korrespondirte mit andern Monarchen und deren Staatsmännern; sie hatte mit denselben Zusammenkünfte, und von allem dem erhielten die Minister weder vorher noch nachher eine vollständige Kenntniß. Sie ließ, wie wir in der Folge sehen werden, bei einem gewissen Anlaß die Flotte in Kronstadt durch ein Kabinettschreiben, und ohne das Kriegs- und Marine-Departement davon zu unterrichten, ausrüsten, und hatte mit dem englischen Gesandten, Ritter Harris (in der Folge Lord Malmesbury), an einem dritten Orte heimliche Zusammenkünfte, wovon Niemand etwas mußte, um eine, dem Systeme ihres Ministeriums ganz entgegengesetzte, Allianz mit Großbritannien anzuknüpfen. Nicht nur Selbstherrscherin, sondern auch selbstständig wollte Katharine seyn, und dafür im In- und Auslande gelten; denn dieses beischte ihre unbezähmbare Ruhmbegierde. Aber eben diese Eucht nach Selbstständigkeit gab ihr Blößen, die Panin mehr

als ~~man~~ mit großer Schamhaftigkeit zu denken wußte; dies war der Fall, als er sie zur mehrmals erwähnten Erklärung gegen Desterreich benutzte; dies war ferner der Fall, als er ihr, wie wir an seinem Orte sehen werden, glauben machte, die ihr vorgelegten Grundsätze über Schifffahrt und Seehandel der Neutralen seyen den Wünschen des Londoner Hofes ganz entsprechend, obgleich sie ganz das Gegentheil waren.

Immer aber blieb eine schwere, beinahe gar nicht zu lösende, Aufgabe, von einem Tage zum andern voranzusehen, was geschehen werde; dieses setzte alle fremden Diplomaten in Petersburg, und darunter vorzüglich den Grafen von Gorch, nur zu oft in die größte Verlegenheit.

Selbst Potemkin erfuhr, unerachtet der Kaiserin Gunst und Vertrauen, nicht immer Alles, was sie beschloß, und es kam darüber einst (März 1782) zwischen beiden zu einem lebhaften Austritte. Katharine hatte einen Ukas an das Kriegsinisterium erlassen, und solchen zu vollziehen befohlen, ohne dem Fürsten vorher davon Kenntniß zu geben. Auf Potemkins beschwerende Vorstellung darüber erwiderte die Kaiserin: sie wolle selbst regieren und Europa soll es wissen. Mit Bitterkeit erlaubte sich Potemkin, zu entgegnen; die Kaiserin sey sehr weit vom Meer, und Niemand werde, im Inlande noch im Auslande, glauben, was sie wünsche, daß geglaubt werde; man

Schönwiesner: ~~der Minister: (Schönwiesner):~~ ~~der~~ ~~Emporkömmling~~ (damit: ~~Wahrheits~~ ~~bezeichnet~~) ~~als~~ ~~hinreichend~~ ~~war~~, ~~melchisinger~~: ~~über~~ ~~diese~~ ~~unpöbelige~~ ~~Außerung~~ ~~entrüstet~~, ~~bedeutete~~ ~~Katharine~~ ~~dem~~ ~~Fürsten~~: ~~er~~ ~~möge~~ ~~sich~~ ~~erinnern~~, ~~was~~ ~~er~~ ~~selbst~~ ~~sey~~, ~~nämlich~~ ~~nicht~~ ~~weniger~~ ~~Emporkömmling~~, ~~als~~ ~~der~~ ~~andere~~. ~~Potemkin~~, ~~fühlend~~, ~~daß~~ ~~er~~ ~~sich~~ ~~im~~ ~~Eifer~~ ~~des~~ ~~Gesprächs~~ ~~gegen~~ ~~seine~~ ~~Monarchin~~ ~~vergessen~~ ~~habe~~, ~~betheuerte~~ ~~derselben~~: ~~er~~ ~~wisse~~, ~~daß~~ ~~er~~ ~~ihr~~ ~~Alles~~ ~~verdanke~~, ~~er~~ ~~sey~~ ~~sich~~ ~~aber~~ ~~auch~~ ~~nichts~~ ~~bewußt~~, ~~wodurch~~ ~~er~~ ~~sich~~ ~~ihrer~~ ~~Gnade~~ ~~unwürdig~~ ~~gemacht~~ ~~haben~~ ~~konnte~~ ~~u. s. w.~~ ~~Katharine~~ ~~warf~~ ~~hierauf~~ ~~dem~~ ~~Fürsten~~ ~~vor~~: ~~er~~ ~~vernachlässige~~ ~~das~~ ~~ihm~~ ~~anvertraute~~ ~~Departement~~, ~~die~~ ~~Armee~~ ~~befinde~~ ~~sich~~ ~~in~~ ~~schlechtem~~ ~~Zustande~~, ~~und~~ ~~sie~~ ~~sey~~ ~~versichert~~, ~~es~~ ~~gebe~~ ~~Regimenter~~, ~~von~~ ~~denen~~ ~~er~~ ~~nicht~~ ~~einmal~~ ~~sagen~~ ~~könne~~, ~~wo~~ ~~sie~~ ~~liegen~~. ~~Diese~~ ~~Unterredung~~ ~~hatte~~ ~~keine~~ ~~andern~~ ~~Folgen~~, ~~als~~ ~~daß~~ ~~Potemkin~~ ~~auf~~ ~~der~~ ~~Kanzlei~~ ~~den~~ ~~Stand~~ ~~der~~ ~~Armee~~ ~~entwerfen~~ ~~ließ~~, ~~und~~ ~~solchen~~ ~~nach~~ ~~ein~~ ~~paar~~ ~~Tagen~~ ~~der~~ ~~Kaiserin~~ ~~vorlegte~~.

Was Katharine ihren Ministern und Umgebungen an Vertrauen entzog, ersetzte sie denjenigen, die sie ~~individuell~~ ~~zu~~ ~~Wache~~ ~~gegen~~ ~~gehabten~~ ~~gegen~~ ~~ihre~~ ~~Handlung~~ ~~ihre~~ ~~Wille~~ ~~Kontrolle~~, ~~selbst~~ ~~eine~~ ~~an~~ ~~Handlung~~ ~~besondere~~ ~~Gelegenheit~~, ~~und~~ ~~sie~~ ~~mußte~~ ~~in~~ ~~solchen~~ ~~Fällen~~ ~~sie~~ ~~nach~~ ~~Reichthum~~ ~~und~~ ~~Ehrenstellen~~ ~~vor~~ ~~ihren~~ ~~Augen~~ ~~des~~ ~~Verhältnisses~~ ~~zu~~ ~~bezeugen~~. ~~Was~~ ~~ab~~ ~~hien~~ ~~individuell~~ ~~gehört~~, ~~stark~~ ~~untergeordnet~~ ~~hinsichtlich~~

was geschehen sollte, konnte nicht mehr zu geschehen,
 so konnte wenigstens der Gedanke, was dem erhalten, was
 geschehen war, aber keinen Einfluß auf das geschehen,
 was geschehen sollte.

Ohne das Beispiel des Fürsten Potemkin anzufüh-
 ren, der sich in der doppelten Eigenschaft als der Kai-
 serin Günstling und vertrautester Staatsmann unge-
 heure Schätze erwarb, darf man sich nur auf den
 Grafen Bessorodko beziehen, der, ohne Günstling
 Katharinens zu seyn, und früher wenig ausgezeichnet,
 nachdem er sich derselben Vertrauen erworben hatte, im
 Laufe von fünf Jahren zu hohen Würden befördert,
 mit mehreren Orden geziert, von Joseph II in den
 Grafenstand erhoben, und von seiner Monarchin so
 mit Geschenken überhäuft wurde, daß er außer seiner
 Besoldung von 25,000 Rubeln, noch an eigenen Ein-
 künften 60,000 Rubel jährlich zu genießen hatte, und
 im Stande war, sich einen der schönsten Paläste in
 Petersburg mit einem Aufwande von mehr als 300,000
 Rubeln zu erbauen.

Die große, eine Verbindung, nicht so lein, geringe,
 zwischen der Befestigung des Reichthums, und der Beförderung
 der Ehre, so es sich um Erreichung höherer Ehrens-
 tufen, handelt, war es einem Jahr von Katharinens
 nach der Weise unterhandelt, so leicht, so leicht
 zu erreichen, nach dem sie so leicht, so leicht

„Zunächst der Kaiserin, zunächst der Mutter, sollte der Thronfolger, der Sohn, stehen; dieses war, wie wir in der Folge sehen werden, keineswegs der Fall bei Katharinen mit ihrem Sohne und Thronfolger, dem Großfürsten, nachherigem Kaiser Paul. Und doch wie vortheilhaft ist nicht die Schilderung, die Görtz einige Zeit nach seiner Ankunft in Petersburg von diesem Fürsten entwirft! „Untermüthig und ehrerbietig „als Sohn“ — sagt er von ihm — „zärtlich, treu, „gefällig als Gatte, aufrichtig, beständig und bescheiden als Freund, vereinigt Paul alle Eigenschaften, „die Liebe und Vertrauen einflößen können. Mit einem „regem Gefühle für Wahrheit und Gerechtigkeit verbunden er Verstand, richtiges Urtheil, Bescheidenheit, „Kenntnisse, und das größte Verlangen, sein Volk „einst glücklich zu machen. Er fängt an, seine frühere „Heftigkeit und manche jugendliche Unbesonnenheit abzulegen, und seine Strenge, weit entfernt bei einem „Prinzen von so vortreflichem Charakter ein Fehler zu seyn, erscheint als nothwendig, um nicht schwach „zu seyn.“ *)

*) Auch ein neuerer Schriftsteller, der im Fall war, den Großfürsten sehr genau und in mancherlei Verhältnissen zu beobachten, der Graf von Segür (*Mémoires ou souvenirs et anecdotes*. T. 2. p. 226. u. f.) läßt dem Geiste und Charakter des Prinzen volle Gerechtigkeit widerfahren; aber diese um einige Jahre später, als jene des Grafen

Diesem Aufstand von der Vorsehung bestimmten Herrscher stand zur Seite ein Engel an Geist und Gestalt, seine Gemahlin, die nachherige Kaiserin Maria. „Sie besitzt“ — dies sind des Grafen von Gdrz eigene Worte — „alles, was glücklich machen kann, Schönheit und Verstand, einen sehr gebildeten Geist und ein vortreffliches Herz; sie ist ihres Gemahls erste Freundin und Vertraute, eine zärtliche und gesällige Gattin, eine sorgsame, liebevolle Mutter, ein erhabenes Bild von Tugend und Reinheit an dem verdorbenen Hofe ihrer Schwiegermutter.“

So schilderte Gdrz, nicht lange nach dem Antritt seines Postens, dieses erhabene Fürstenpaar, dessen Hof man, im Gegensatz von jenem der Kaiserin, den jungen Hof nannte, der aber mehr eine Vereinigung von einer ausgezeichneten und gewählten Gesellschaft bildete, in welcher der größte Anstand und der feinste Ton herrschten, und die durch die Liebenswürdigkeit des Großfürsten und seiner Gemahlin gegen jene Personen, welche in derselben Zutritt hatten, den höchsten Reiz erhielt.

Mit voller Zuversicht konnte Friedrich II bei des Grafen von Gdrz Abordnung nach Rußland auf die

von Gdrz entworfene Schilderung, enthält schon Züge von einer Missstimmung, welche durch das Betragen seiner Mutter gegen ihn hervorgebracht wurde, und welche manche seiner spätern Handlungen erklärt und entschuldigt.

perbrüderlicher Aufmerksamkeiten des Großfürsten, nach seiner Gemahlin zögen; beide waren ihm aufrichtig ergeben, und der erste, wegen der Vortheile, die durch seinen allmächtigen Einfluss, den Grafen Panin, begründeten Einkünfte so sehr überwand, daß er diesem auch dem noch anhang, als die Kaiserin bereits ein entgegengelegtes angenommen hatte. Aber in dem Benehmen gegen dieses Kaiserthum und ihre nächsten Umgebungen war alle Rücksicht des Grafen von Ohr nichtig, um es nicht bei der Kaiserin und bei Potemkin zu verwerthen; denn zuerst gestattete dem Thronfolger nicht den geringsten Einfluss auf die Geschäfte, und wollte selbst, daß man ihnen sich überlasse; und dieser, des Großfürsten Abneigung gegen ihn kennend, sah eben als seinen Gegner an, welcher mit der Kunst aber dem Wirtanen des Prinzen kecher wurde.

Bei der Ankunft des Grafen in Petersburg stand hart, der Feind noch, an der Spitze der politischen Geschäfte Graf Panin. Er hatte im Jahr 1747 als Gesandter in Kopenhagen seine Geschäftslaufbahn angetreten, und wurde schon im folgenden Jahre bei dem schwedischen Hofe bevollmächtigt, weil dort die vorherrschende Stimmung gegen Rußland die Gegenwart eines Mannes von seinem Geiste und seiner Gemüthsart nöthig machte, um die Gemüther zu beruhigen und einen neuen Krieg mit Rußland abzuwenden. Weidlich gelang ihm, und er wurde sich selbst ein

Aufstufendes von beinahe 12 Jahren in Schweden das
 volle Vertrauen des Hofes sowohl, als der Nation,
 und die höchste Zufriedenheit seines Monarchen. Nach
 seiner Zurückkunft aus Stockholm im Jahr 1759 erhielt
 Graf Pault die Stelle eines Erziehers des Großfürsten
 Paul, welche er bis zur Vermählung seines erhabenen
 Jünglings beibehielt. Im Jahre 1763 wurde dem Gra-
 fen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten über-
 tragen, an deren Spitze er durch zwanzig Jahre stand.
 Das russisch-preussische System, welches beiden Chaa-
 ren seiner Zeit so unverkennbar große Vortheile brachte,
 war seine Schöpfung, und er blieb nicht nur demselben
 stets getreu, sondern wußte auch dem Großfürsten den-
 selben ergeben zu machen und zu erhalten. Pault ge-
 noß das unbeschränkte Vertrauen Friedrich II., und
 Gbrg erhielt den besondern Auftrag, sich in allen Vor-
 fallsheiten an diesen Minister zu wenden, dessen Ab-
 nahme an Kräften und Einfluß der Abzug damals noch
 nicht kannte.

Von den wichtigen Ereignissen im Laufe von Pa-
 nins langjährigem Ministerium, während dessen es
 ihm gelang, dem russischen Hofe in Europa die vorher
 nie gehabte Achtung zu verschaffen, fällt nur noch die
 bewaffnete Neutralität in den Zeitraum, wo Gbrg am
 russischen Hofe beglaubigt war. Geschwächt durch Alter
 und Arbeit, daher jetzt ohne Energie und Thätigkeit,
 ohne Gefälligkeit und Nachgiebigkeit gegen die Kaiserin,

als er eben so wenig liebte, und schätzte, als er noch
 geliebt und geschätzt wurde; und deshalb, die gegen
 ihn angelegten Intriguen zu vereiteln, erhielt er, sich
 schon bei des Grafen von Gdtrg Ankunft in Petersburg
 durch den früher erworbenen Ruhm und durch
 den stolischen Eigensinn, womit er den vielen Unge-
 rechtlichkeiten seiner Lage Trost bot. Er hatte sie vor-
 züglich dem vereinten Bestreben Potemkins und des rus-
 sischen Gesandten, Ritter Harris, zuschreiben. Die-
 ser, ein Mann von ausgezeichneter Gutmüthigkeit, und
 wie über die Mittel verlegen, wenn es sich um Errei-
 chung eines Endzweckes handelte, kannte Panins Ab-
 neigung gegen eine Allianz zwischen Rußland und Eng-
 land, die so sehr in dem Interesse und in den Wünschen
 des Londoner Hofes lag, und glaubte durch Panins
 Entfernung das Haupthinderniß zu beseitigen. Daher
 schilderten Harris, Potemkin und die andern Gegner
 des Grafen Panin, diesen als den eifrigsten Anhänger
 des Großfürsten und des Königs von Preußen, als
 einen Mann, dessen Unbigsamkeit und Vorliebe für
 das von ihm geschaffene System ihn stets jenem abge-
 weicht machen werde, welches Katharinens Weisheit
 den jetzigen Verhältnissen angemessen finde, und als
 das vorzüglichste Hinderniß eines neuen Aufschwunges
 der russischen Politik und ihres entscheidenden Einflusses
 auf die andern europäischen Kabinete.

Bis zu seinem, im Frühjahr 1783 erfolgten, Tode

genoss Graf Pallas das ausgezeichnete Wohlwollen und Vertrauen des Großfürsten, der seine tiefe Erkenntniß über dessen Verlaß selbst im öffentlichen Leben nicht verheimlichen konnte oder wollte.

Im steten Dienst war Pallas geblieben, aber Schicksal ließ er nicht gesammlet zu haben.

Durch seine Stelle als Vice-Angehör des Reichs nach Pallas' Entfremdung von den Geschäften, an die Spitze des auswärtigen Ministeriums gestellt, mit Graf Ostermann, ohne durch Gesandten oder Kenntniß besonders ausgezeichnet zu seyn, ein Mann von großer Wichtigkeit; nicht, weil er selbst, sondern weil er genau so handelte, wie die Kaiserin wollte, weil er mit der größten Pünktlichkeit seiner Monarchin Alles, was von Geschäften an ihn gebracht wurde, unterlegte, und mit eben so großer Pünktlichkeit die Entschlüsse darüber bekannt machte und vollzog. Die fremden Minister konnten sich mit voller Zuversicht darauf verlassen, daß das, was er ihnen mündlich äußerte, die Gesinnung der Kaiserin sey. Dieser mußte er aber Alles, was ihm die Gesandten, in den Zusammenkünften mit ihm, sagen, schriftlich Bericht erstatten, und so erhielt er auch über wichtige Gegenstände der Kaiserin Befehle, ohne daß ihm die Gelegenheit gegeben ward, ihr persönlich einen Rath vorzutragen und gründlich zu erörtern; daher konnte er auch auf solche nicht stehen. Ostermann nahm

zuweilen gegen fremde Gesandte einen jättrantigen und
 gutmüthigen Ton an, sagte ihnen manchmal, er spreche
 nicht als Bittsteller, sondern nur als Graf Ostermann,
 er lud sie ein, sich auch nicht nach den Ansichten ihres
 Hofes, sondern nach ihren persönlichen Ansichten ver-
 traulich zu äußern; er versicherte dann auf Ehre, er
 habe keinen Auftrag, dieses oder jenes zu sagen oder
 zu fragen; er verlangte darüber das strengste Stills-
 schweigen, und erklärte im Voraus, er werde den Lü-
 gen strafen, der davon Gebrauch machen wollte. Aber
 alles dieses waren Kunstgriffe, und man durfte über-
 zeugt seyn, daß er selbst in solchen Augenblicken nichts
 anderes sprach, als wozu er von der Kaiserin Auftrag
 hatte, und daß er derselben Alles, was man gegen ihn
 vertraulich äußerte, pünktlich hinterbrachte. Graf
 Gorch hatte Gelegenheit, sich selbst davon zu überzeu-
 gen, und er mußte sich darnach zu benehmen und Gorch
 des mit Gleichem zu vergelten.

Noch ragte vor allen, die Katharinen's Thron er-
 gaben, der Fürst Potemkin hervor. Bei des Gra-
 fen von Gorch Ankomst in Petersburg stand derselbe auf
 der höchsten Stufe seines Glücks, und Alles beugte sich
 vor diesem Günstlinge; denn er hatte sich eine unbes-
 chränkte Gewalt verschafft, und man durfte erwarten,
 er werde solche zu behaupten wissen. Gorch beurtheilte
 ihn günstiger, als dieses von mehreren Schriftstellern
 (namentlich Dohn und den von ihm in den Denkwür-

dieſen 2. Theil S. 406 angeführten Autoren) geſchrieben iſt. Folgendes iſt die Schilderung, die Gbrg einige Zeit nach ſeiner Abkunſt in Petersburg von Potemkin entworfen, und die er nie zurückgenommen hat. „Vor allen andern zeichnet ſich am Hofe der Kaiſer Potemkin aus, nicht nur, weil er ſich die ſicherſte Einwirkung auf die Kaiſerin zu verſchaffen wußte, ſondern auch, weil er derjenige iſt, der am meiſten Talente, Geſchicklichkeit und Gewandtheit beſitzt, um ſolche beizubehalten. Es iſt bekannt, daß er ſich den Weg zuerſt durch die Liebe erwarb, aber ſowohl durch ſeinen Geiſt, als durch ſeine Gewandtheit über alle ſeine Umgebungen erhaben, hat er ſich der Kaiſerin ſo zu bemächtigen gewußt, daß ſich Alles vor ihm beugt. Weit entfernt, ein gewöhnlicher Menſch zu ſeyn, iſt er unſtreitig in ſeinem Vaterlande ein ausgezeichnete Mann, und dieß würde er auch in jedem andern Lande ſeyn, wenn ſeine natürlichen Anlagen durch eine gute Erziehung die richtige Leitung erhalten hätten.“

Wie ſchwer es ſelbſt für Geſandte befreundeter Höfe war, mit dieſem Günstlinge in nähere Berührung zu kommen, ergibt ſich aus dem, was Gbrg ungefähr zur nämlichen Zeit von ihm ſagt; „Man findet ihn beinahe niemals weder am Hofe, noch in Geſellſchaften; und zu Hauſe ſind ſeine Borgemäcker mit Hoflingen angefüllt, unter welche ſich zu miſchen, einem

[illegible]

gelegene Wohnung; er wolle, sagte er, ein milderes Klima bewohnen, und sich einen neuen Palast auf seinen neuakquirirten Gütern erbauen.

Man hat den Fürsten beschuldigt, selbst von fremden Mächten große Geldsummen angenommen zu haben, und es gab seiner Zeit Leute, welche den Verdacht setzten, er habe von einer derselben bei einer gewissen Gelegenheit 300,000 Dukaten erhalten. Aber diejenigen, die ihn genau kannten, und selbst unter solchen, die seine Getreue waren, und die ihn eines jeden Verbrechens fähig hielten, wenn er dadurch seine Lust oder seinen Ehrgeiz befriedigen konnte, behaupteten nicht, er sey zu stolz, um von einer fremden Macht Geld anzunehmen, und es können nur etwa des Fürsten Favorit: Eultratin und Umgebungen durch solche Geschenke gewonnen worden seyn.

Nie gelang dem Grafen von Görz, sowie Paris, Coblenz, Segur, in den engern und vertrauten Zirkel Potemkins aufgenommen zu werden; aber dessen Unterthätigkeit gab ihm der Kaiser stets nicht nur Beweise hoher Achtung, sondern selbst, wie wir in der Folge sehen werden, von Vertrauen und Theilnahme.

Potemkins Verhältnisse mit dem Kaiser Panin waren sehr seltsamer Art; und doch sollte Görz das letztere von Grundsätzen und Mienen her vortheilhaft verhalten, und jene des ersten sich erwerben. Es gehörte eine nicht gewöhnliche Veranlassung dazu, um diesen Zweck

bei zwei Männern zu erreichen, die beide auf so manchen wichtigen Unterhandlungen Einfluß behauptend, ihre gegenseitige Abneigung und Verschiedenheit in den Grundsätzen nicht verbergen. Zwar war damals schon Nardin in dem früher bei der Kaiserin genossenen Credit gesunken, dessen ungeachtet leitete er noch zum Theil die politischen Geschäfte, und sah jede Bemühung, um durch Potemkins Einwirkung etwas durchzusetzen, mit eifersüchtigen Augen an.

Diese wenigen Züge der Hauptpersonen, mit welchen der Obrt bei dem Antritte seiner Sendung in Petersburg in Berührung kommen mußte, werden zur Verständlichkeit des Nachfolgenden genügen; es sind dabei fast durchaus die eigenen Worte des Grafen von Oberg gebraucht worden. Wer eine vollständigers Kenntniß derjenigen erlangen will, welche ungefähr zur nämlichen Zeit eine mehr oder weniger wichtige Rolle in Ausland spielten, kann sich solche aus den bereits vorhandenen Werken verschaffen *), mit Manchem derselben werden wir in der Folge noch bekannter werden.

*) In Dohms Denkwürdigkeiten, zweiter Theil, findet sich unter den Zusätzen und Berichtigungen zum ersten Theil ein französisches Memoire abgedruckt, welches Graf Oberg dem Prinzen von Hessen bei seiner Reise nach Preussensgränzen mitgab. Auch über das Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Grafen von Segur gibt darüber ebenfalls in dem eben angeführten Werke interessante Aufschlüsse.

Graf Gbrg war über sechs Jahre (vom September 1779 bis Oktober 1785) Preußens Gesandter am russischen Hofe. Reich war diese Periode an großen und interessanten Ereignissen, reicher noch an wichtigen und folgereichen Verhandlungen, worüber Gbrg entweder Aufschlüsse und Nachrichten mittheilt, oder an denen er selbst Theil nahm. Um im Stande zu seyn, die einzelnen Gegenstände während jener Periode im Zusammenhange zu kennen und zu beurtheilen, scheint nothwendig, vorerst einen flüchtigen Blick auf dieselben im Allgemeinen zu werfen.

Die erhaltene Instruktion, alle gesammelten Notizen, die öffentliche Meinung berechtigten den Grafen von Gbrg bei seiner Ankunft in St. Petersburg, Rußland als den getreuen und zuverlässigsten Allirten Preußens anzusehen; als solchen hatte sich der russische Hof in der jüngst vergangenen Zeit noch in dem bayerischen Erbfolgekriege und während der Friedens-Unterhandlungen zu Teschen bewiesen.

Aber dessen unerachtet hatte Katharine schon damals für Preußen nicht mehr die nämlichen Gesinnungen, und — was freilich erst in der Folge kund ward — nur mit Mühe konnte sie bewogen werden, die bekannte Deklaration an den Wiener-Hof in dem bayerischen Erbfolgestreite zu unterzeichnen. Ganz andere Pläne beschäftigten schon vorzüglich seit dem Frieden von Rutschuk Rainardgi den Geist dieser großen Frau; nach

dem Orient waren ihre Blicke, war ihr ganzes Streben gerichtet; Alles, was ihr darin förderlich seyn mochte, hatte bei ihr den höchsten Werth; Alles, was ihre Absichten hemmen oder erschweren konnte, fand Abneigung. Seitdem bestand, wenn auch nicht im russischen Kabinet, doch bei Katharinen selbst, eine entschiedene Vorliebe für Oesterreich; und es scheint sogar, der Gesandte dieses Hofes habe von ihr unmittelbar vertrauliche Eröffnungen und Zusicherungen erhalten. Denn als sie, den überwiegenden Gründen des Grafen Panins nach langer Weigerung nachgebend, jene Erklärung an den Wiener Hof unterzeichnet hatte, fand sich dadurch Niemand mehr betroffen und überrascht, als der österreichische Gesandte, weil solche, seiner Aeußerung nach, im offenbaren Widerspruche mit den wenige Tage zuvor von der Kaiserin erhaltenen Zusicherungen stand. Auch war diese keineswegs gesonnen, zu den Waffen zu greifen; denn sie äußerte sich: Vergeblich werden ihre Minister sich bemühen, sie zu bewegen, thätig an dem Kriege in Deutschland Theil zu nehmen.

So war denn Katharinens Freundschaft für den König von Preußen schon zu einer Zeit erkaltet, wo noch beinahe ganz Europa den Wahn hatte, sie bestehe auf festem, unerschütterlichem Grunde; und während man glaubte, Friedrich behaupte auf das Ka-

Nicht von Er. Kaiserthum einen ernstlichen Einfluß, erhielt er einen solchen nur noch auf den Kaiser von Rußland, der aber bei der Ankunft des Kaisers von Oestreich das Vertrauen und die Gunst der Kaiserin schon beinahe ganz verloren hatte. Eigentlich bestanden damals in Petersburg zwei Systeme statt eines, nämlich das System des Ministeriums und jedes der Kaiserin. Das Ministerium, dessen Seele Graf Kaulbar war, hing der Allianz mit Preußen aus Grundsätzen und aus Gewohnheit an, und hielt eine enge Verbindung mit jenem Hofe auch mit Rußland für hinreichend, um Rußlands Einfluß in Deutschland und auf andere Höfe zu sichern; es erwartete jeden, ohne die mächtigsten Beweggründe anzunehmen, Krieg für Rußlands Wohlfahrt verwerflich, und entsagte daher dem von ihm selbst als möglich erklärten Plane einer Allianz mit England, weil es dadurch Rußland in einen Krieg verwickeln zu können befürchtete.

Die Kaiserin dagegen, wie dem Kaiserthum, so auch Rußland aus Europa zu vertreiben und eine große, östlich-orientalische Kaiserthum zu gründen, beschäftigte, strebte nach Verbindungen, wodurch sie bei dessen Ausführung Bestand erhalten konnte. Dazu war ihr die Allianz mit Oestreich und auch mit England notwendig, und von einer, wie von der andern Mache durfte sie eine ungleich größere und

höflicher Mitwirkung und Unterstützung erwarten, als von Preußen.

Der erste Auftrag, den Graf Görtz von seinem Hofe erhielt, war, eine Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte vorzuschlagen. Man denke sich, welchen Eindruck so ein Vorschlag auf Katharinen hervorbringen mußte! Auf eine nicht nur für das Interesse seines Hofes, sondern auch für ihn persönlich nachtheiligere Art hätte wohl Görtz seine Sendung nicht eröffnen können.

Bei Kaiser Joseph's persönlicher Zusammenkunft mit Katharinen wurde der erste Grund zu ihrer schon lange beabsichtigten Allianz gelegt. Auch jene mit England wäre wahrscheinlich zu Stande gekommen, hätte nicht des Grafen Panin bewandlungsmüde Gewandtheit derselben, durch die bewaffnete See-Neutralität, ein nicht zu beseitigendes Hinderniß in den Weg gelegt.

Des Prinzen von Preußen Besuch in Petersburg war nicht vermögend, den vortheilhaften Eindruck zu verwischen, den jener des Kaisers Joseph, und seine Bereitwilligkeit, in Katharinen's große Pläne einzugehen, hervorgebracht hatte. Vergebens waren alle Bemühungen, die Erzeugung der Allianz zwischen Rußland und Preußen zu erzielen; vergebens Friedrich's Versuche, eine Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen

und England zu Stande zu bringen; vergebens endlich alle Versuche, die nähere Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich zu verhinderen. Unerachtet ganz entgegengesetzte und von jedem Theile mit Beharrlichkeit vertheidigte Ansichten über den Rang des deutschen Kaisers vor dem russischen dem förmlichen Abschlusse eines Allianz-Traktates zwischen den Höfen zu Wien und Petersburg hinderlich waren, so kam doch dieselbe zu Stande. Bald äußerte sich ihr Nachtheil für Preußen in mehrfacher Art, besonders in den Verhältnissen zum deutschen Reiche und zu Polen. Im erstern hatte Rußland, auf Preußens Veranlassung, die Rolle eines Garanten der Verfassung übernommen; allein anstatt Preußens System zu befolgen, unterstützte es Oesterreichs Plan, die Niederlande gegen die pfalz-bayerischen Besitzungen zu vertauschen; in Polen aber erlag Preußens Einfluß jenem der vereinigten Höfe von Wien und Petersburg, und in den mancherlei Irrungen mit dem Hofe von Warschau, und sonderlich mit der Stadt Danzig, war Katharinens rücksichtsloses Benehmen gegen ihren alten Verbündeten sehr bemerkbar.

Bei solchen ungünstigen Verhältnissen mußten alle Bemühungen des Grafen von Gbrg scheitern, und unerachtet seiner Staatsklugheit und Gewandtheit ge-

lang es ihm nicht, die Pläne der wirklichen oder nur vermeintlichen Gegner seines Königs zu vereiteln, oder dessen eigene durchzusetzen. So sehr waren am Ende seiner Sendung die frühern Bande zwischen Rußland und Preußen erschlafft, daß sich beide über wichtige Gegenstände im offenbaren Widerspruche, und daher in einer unfreundlichen Stellung gegen einander befanden.

Glücklich pries sich daher Gbrg, als er die wiederholt, aber lange vergeblich nachgesuchte Entlassung von seiner Stelle endlich erhielt, in der sein eifrigstes Streben an der Gewalt der Umstände scheiterte.

Sechster Abschnitt.

Projekt einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. — Rußlands System rücksichtlich des deutschen Reichs.

Der erste, in der Instruktion nicht vorgesehene Auftrag, den Graf Gbrg von seinem Hofe erhielt, war von einer eben so sonderbaren als delikaten Natur, und man kann denselben als einen Grund der nachher erfolgten unangenehmen Lage des Grafen ansehen. Dieser Auftrag betraf die Unterhandlung einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. Den Plan dazu hatte der Reis-Efendi entworfen, und durch einen vertrauten Unterhändler dem preussischen Geschäftsträger Gaffron in Konstantinopel im größten Geheimniß und mit einer nur in despotischen Staaten gewöhnlichen Knechtlichkeit mitgetheilt.

Der Reis-Efendi nämlich, mit Unruhe auf des feurigen, thatenlustigen Kaisers Joseph nicht sorgsam genug verborgene Pläne hinblickend, dachte sich den Fall

möglich, derselbe konnte, um solche auszuführen, eine Verbindung mit Rußland eingehen, und das ohnehin schon mit diesem eng verbundene Preußen sich mit beiden Mächten vereinigen, um mit ihnen gleiche Vortheile zu erzielen. Dieser drohenden Gefahr glaubte er dadurch zuvorzukommen, daß er eine Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte zu Stande brachte. Deren Zweck sollte seyn: Gegenseitige Hülfsleistung, wenn eine der kontrahirenden Mächte in ihren europäischen Staaten von einer andern Macht, unter was immer für einem Vorwande, angegriffen würde; diese Hülfe konnte entweder durch ein Hülfskorps, dessen Stärke näher zu bestimmen wäre, oder durch eine mächtige, gegen den gemeinschaftlichen Feind zu unternehmende Diverſion, worüber sich die drei Hbse einverstehen würden, geleistet werden.

Aber der Reis = Efendi, unerachtet seiner Uezeugung von der Zweckmäßigkeit dieses Planes; getraute sich nicht, solchen weder dem russischen Hofe, noch dem Divan mitzutheilen; nicht dem erstern, weil er besorgte, Religions = Vorurtheile könnten dort eine Abneigung dagegen hervorbringen; nicht dem letztern, weil sein Kopf auf dem Spiele stand, im Fall die Ausführung dieses von ihm selbst entworfenen Planes nicht zu Stande kommen sollte. Diese beiden Gefahren hoffte er zu vermeiden, wenn der König von Preußen den Plan, als den seinigen, zugleich Rußland und der

Pforte mittheilte. Dann würden bei jenem die Religions-Vorurtheile nicht zu besorgen seyn, und bei dieser seine Verantwortlichkeit aufhören, sollte der von einer fremden Macht in Vorschlag gebrachte Plan nicht Beifall finden.

Gaffron weigerte sich, seinem Könige den Plan vorzutragen, ohne solchen vorher von dem Reis-Efendi selbst vernommen zu haben, und eben so wenig wollte er die Kosten eines Kuriers nach Wien oder Warschau übernehmen, weil er sich der Gefahr aussetze, solche könnten ihm persöulich zur Last bleiben. Der Reis-Efendi ließ sich aber mit der Unmöglichkeit entschuldigen, mit Gaffron zusammen zu kommen, ohne daß solches bekannt werde und man daraus Folgerungen ziehe, die nicht nur unangenehm seyen, sondern selbst gefährlich werden könnten. Dagegen aber erbot er sich, auf eigene Kosten die Depesche Gaffrons von Konstantinopel nach Ehotzyn abzuschicken, und den Pascha dasselbst zu beauftragen, solche durch einen seiner Tataren an den preussischen Residenten in Warschau zu besorgen. Auf diese Art gelangte auch wirklich die Depesche an den König.

Man siehet aus dieser Erzählung, wie sehr diejenigen irren, welche Friedrich II als den Urheber dieses Plans ansahen, und behaupten, dieser habe solchen zuerst Rußland und der Pforte mitgetheilt.

Zur nämlichen Zeit, als Gaffrons Depesche in Berlin ankam, befand sich dort auf der Durchreise nach Rußland ein von Paris kommender Franzose, Namens Dazotaur, der durch seine Aeußerungen die Vermuthung erregte, die Pforte sey durch Frankreich veranlaßt worden, diese Allianz vorzuschlagen. Da Friedrich II schon länger den Wunsch hegte, sich mit der lezten Macht zu verbinden, und sie von der Allianz mit Oesterreich abzuziehen, so fand er darin einen Beweggrund mehr, auf die projektirte Tripel-Allianz einzugehen. Denn nun glaubte er in derselben nicht nur ein Mittel zu finden, den wohl mit zu vieler Eingeklichkeit besorgten Vergrößerungsplanen des Kaisers Joseph den gewünschten Damm entgegen zu setzen und Europa's Ruhe zu sichern, sondern auch ein Bündniß zwischen Preußen und Frankreich zu erleichtern. Diese geheime Absicht war wohl der Hauptbeweggrund des dem Grafen von Oberg ertheilten Auftrags.

Panin sowohl als Oftermann nahmen den Plan sehr beifällig auf; sie sahen die vorgeschlagene Allianz für Rußland noch ungleich zuträglicher, als für Preußen an, und besorgten, wenn solche nicht zu Stande käme, möchte wohl die Pforte sich mit Oesterreich verbinden, und dadurch Rußland in eine nachtheilige Stellung versetzen; sie verlangten die Mittheilung der Depesche des Geschäftsträgers Gaffron, um solche der Kaiserin vorlegen und deren Entschloßung erhalten zu

Können. Hätte Graf Panin statt dessen die ihm wohl bekannten Absichten seiner Monarchie gegen die Pforte dem Grafen von Obetz zu erkennen, oder ihm doch zu versprechen gegeben, daß die Kaiserin gegen ein Projekt dieser Art einen unbezwinglichen Widerwillen hege, oder hätte er sich endlich geradezu geweigert, dasselbe zu ihrer Kenntniß zu bringen, so wäre die Sache auf sich liegen geblieben. Aber statt dessen übernahm er, der Kaiserin eine Proposition vorzulegen, von der er überzeugt war, daß sie nicht nur keinen Eingang finden, sondern selbst das höchste Mißfallen erregen mußte. Ja, was noch mehr ist, er setzte noch als eigene Idee bei: wenn sich auch jetzt der König von Preußen allein mit der Pforte in eine Allianz einlasse, so könnten sich vielleicht in der Folge Umstände ergeben, welche die Kaiserin veranlassen dürften, auch daran Theil zu nehmen. Sey es nun, daß der Minister, des Vertrauens seiner Monarchin beraubt, wirklich glaubte, sie habe den früher entworfenen Plan gegen die Pforte aufgegeben; sey es, daß er durch Uebernahme der Proposition einer Allianz mit derselben im Namen des Königs von Preußen die Gesinnungen Katharinsens erforschen wollte, oder daß er sich schmeichelte, durch eine Verbindung Preußens mit der Pforte die nach seiner Ueberzeugung dem Reiche gefährlichen Pläne der Kaiserin scheitern zu machen, so bleibt immer wahr, daß er bei dieser Gelegenheit nicht mit Geradsicht gegen Obetz handelte, und

dem Interesse des Königs, sowie dem Kredit des Grafen bei der Kaiserin großen Nachtheil brachte.

Wenige Tage nach der Mittheilung des Planes erklärte Panin dem Grafen im Namen seiner Monarchin: „Sie fühle Abneigung gegen die vorgeschlagene Allianz mit der Pforte, und ersuche den König, solche auf die bestmögliche Art abzulehnen; sie sey überzeugt, das Bündniß zwischen Rußland und Preußen werde hinreichen, um gefährlichen Vergrößerungsabsichten zu begegnen, und besorge sogar, eine Verbindung der Art, wie solche nun vorgeschlagen werde, könne nicht zu berechnende Folgen haben.“ Panin und Ostermann ertheilten dem Grafen den Rath, deshalb keine Schritte mehr zu thun.

Das Nähmliche rieth Potemkin, den Gortz für das Projekt zu gewinnen suchte. „Die Kaiserin“ — sagte er — „habe gegen die vorgeschlagene Allianz einen so entschiedenen Widerwillen gezeigt, daß er überzeugt sey, sie werde auf keine anderen Gesinnungen zu bringen seyn; dieser Widerwille gründe sich auf ihre persönlichen Gesinnungen, auf die öffentliche Meinung, und auf die Ueberzeugung, daß die Nation aus Religions-Vorurtheilen so eine Verbindung laut tadeln würde. Schweden habe einst eine ähnliche mit der Pforte gegen Rußland eingegangen, und sie erinnere sich sehr wohl, wie die Nation darüber geurtheilt habe; so einem Tadel wolle sie sich nicht aussetzen.“

Der Graf gab daher eine Unterhandlung auf, deren Zweck zu erreichen er als unmöglich ansah. Mit der Kaiserin geheimen Absichten unbekannt, schrieb er ihre Abneigung einer der beiden Ursachen zu: entweder Katharine hege die Besorgniß, sie könnte durch eine Allianz der Art das Ansehen einer unbefangenen Macht, und mit demselben die ihrer Eitelkeit schmeichelnde Rolle einer Vermittlerin in den europäischen Angelegenheiten verlieren; — oder die religiösen Vorurtheile hielten sie von einem Bündnisse mit einem ungläubigen Volke ab. Die Folge bewies dem Grafen, daß weder die eine, noch die andere dieser Ursachen bestand, und daß der Grund des Mißlingens in dem Plane lag, mit dem sich Katharine seit Jahren schon beschäftigte.

Bei Friedrichs II System, Oesterreichs Einfluß auf das deutsche Reich und dessen einzelne Stände den möglichsten Widerstand entgegen zu setzen, fühlte er die Nothwendigkeit der Mitwirkung einer andern großen Macht; denn ohne solche fand er sich nicht kräftig genug, um jenes System behaupten zu können. Auf Frankreich war, während des Fortbestandes des Versailler-Vertrags, nicht zu rechnen, und diese Macht — wenn gleich Garant des westphälischen Friedens. — auswärts, vorzüglich mit England, zu sehr beschäftigt, um den deutschen Angelegenheiten eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Schweden, ein anderer Garant jenes Friedens, hatte von seiner frühern

Macht zu viel verloren, als daß es die ihm zustehende Einwirkung auf Deutschland hätte behaupten können oder wollen. Von diesen beiden Mächten, den einzigen, denen, vermöge eines völkerrechtlichen Vertrags, das Recht zustand, sich in Deutschlands Angelegenheiten einzumischen, durfte daher Preußen keine Unterstützung erwarten, und von allen andern Staaten konnte nur Rußland, in Folge des Tschener Friedens, ein solches Recht der Einmischung in Anspruch nehmen, und daher bei Preußens Streben gegen Oesterreichs Uebergewicht im deutschen Reiche in Berechnung kommen. Es bestätiget aber der Friede von Westphalen den von Westphalen, der deutschen Verfassung Grundstein; feierlich war ihm das gesammte deutsche Reich beigetreten, und hatte ihn eben dadurch als ein für jetzt und für die Zukunft geltendes Grundgesetz erklärt. Indem Rußland seine Garantie übernahm, hatte es auch die des westphälischen Friedens übernommen.

Außer dem Vortheile, in seinem Systeme durch diese große Macht unterstützt zu werden, dürfte Görtz II davon noch den weitern erwarten, der Kaiserin persönlich ihre Verhältnisse zu Preußen angenehm zu machen. Dieser Monarchin hoher Sinn strebte nämlich nach dem Ruhme, auf die Angelegenheiten aller europäischen Mächte Einfluß zu gewinnen, und als Schlichterin eines Welttheils zu gelten, zu dem vor nicht viel aber einem halben Jahrhundert die Staaten ihrer

Vorfahren noch gar nicht gezählt wurden. Nicht selten es, dieser ruhmstüchtigen, auf das bisherige Gelingen ihrer Unternehmungen stützen Frau begreiflich zu machen, welche Glorie sie, welches Gewicht ihr Reich erlangen werde, wenn sie auf das in der Mitte von Europa gelegene Deutschland, dessen Verfassung alle großen Mächte interessire, weil von deren Erhaltung das europäische Gleichgewicht abhänge, und dessen Regenten-Familien mit beinahe allen Monarchen Europa's in Verbindungen der Verwandtschaft oder Freundschaft ständen, einen entscheidenden Einfluß erlangte. Dieses der Verbindung mit Preußen verdankend, mußte die Kaiserin deren Fortbestand höchst wünschenswerth finden. Friedrich aber beförderte seinen Hauptzweck, das Band der Freundschaft mit Rußland noch enger zu schließen.

Graf Obry wollte seinem Hofe das Nichtgelingen der ersten Unterhandlung in Petersburg dadurch weniger fühlbar machen, daß er die Aufmerksamkeit des russischen Ministeriums auf einen Gegenstand zu lenken suchte, bei dem Katharinens Eitelkeit Nahrung finden, und den von Obry gewünschten Erfolg erleichtern konnte; daher richtete er nun seine ganze Aufmerksamkeit auf Rußlands Verhältnisse zum deutschen Reich. Mehrere Unterredungen hierüber hatte Obry sowohl mit Panin, als mit Ostermann; aber zu seinem Bestenben bemerkte er sehr bald, daß diesen beiden Ministern

die deutschen Angelegenheiten beinahe ganz unbekannt und sie darin wahre Fremdlinge waren. Deswegen bemühte er sich, ihnen die nöthigste Kenntniß derselben beizubringen, und sie zu überzeugen, welche großen Vortheile sich für Rußland ergeben würden, wenn es auf das deutsche Reich Einfluß gewinne. Dieß geschah nicht nur in persönlichen Besprechungen, sondern auch in einer Denkschrift, worin der Graf jene Vortheile mit vieler Feinheit und großer Schonung der verschiedenen, bei diesem Gegenstande zu beachtenden Interessen auseinanderlegt.

„Frankreich und Schweden“ — heißt es in dieser Denkschrift — „seyen seit anderthalb Jahrhunderten die Garanten der deutschen, durch den westphälischen Frieden festgesetzten, Verfassung gewesen; dieser Eigenschaft verdanken beide Kronen den für eine große Macht so ruhmvollen Vortheil, die Beschützer und oft die Wohlthäter minder mächtiger Fürsten zu seyn; noch andern Gewinn habe Frankreich daraus gezogen, während Schweden durch die seit Anfang des Jahrhunderts erlittenen Revolutionen zu viel an Macht verloren habe, um seiner Garantie einiges Gewicht zu geben; seit fünfzig Jahren habe daher Deutschland im Grunde nur eine fremde Macht zum Garanten seiner Konstitution. Der Teschener Frieden, das Werk des Wohlwollens der russischen Monarchie für Deutschland, habe diesem einen neuen Garanten gegeben,

„geben, dessen Macht, Politik und Lage größeres Ver-
 „trauen einflöße, als die beiden ursprünglichen Ga-
 „ranten, wovon der eine wegen Entkräftung, der
 „andere wegen des Andenkens an die Regierung Lud-
 „wigs XIV, und an seine für Deutschland so nachthei-
 „ligen Projekte sowohl, als wegen der Nachbarschaft,
 „nie das unbegranzte Vertrauen genießen könne, wel-
 „ches Rußland erwarten dürfe, und wodurch diese
 „Macht, als Garant des westphälischen Friedens, Ge-
 „legenheit erhalte, seinen ganzen wohlthätigen Einfluß
 „auf das deutsche Reich zu entwickeln, was vielleicht
 „schon im Plane Peter des Großen gelegen, aber nun
 „Katharine II vorbehalten scheine. Um jedoch sich in
 „eine Stellung zu versetzen, in welcher man mit vollem
 „Grunde die Wünsche und Bitten zu beurtheilen ver-
 „mäge, welche die deutschen Fürsten ihrer Beschützerin
 „vortragen könnten, und um diese in ihrem Vertrauen
 „zu bestärken, sey es nothwendig, daß nicht, wie bis-
 „her, nur am Sitze des deutschen Reichstags, sondern
 „im Mittelpunkte von Deutschland ein russi-
 „scher Minister bei den Kurfürsten und Fürsten un-
 „mittelbar akkreditirt werde, damit dieser an Ort und
 „Stelle selbst von allen Verhältnissen urtheilen, und
 „seinem Hofe darüber Aufklärung geben könne; durch
 „so eine Ernennung werde Rußland den sprechendsten
 „Beweis seiner Theilnahme an Deutschlands Wohl ge-
 „ben, das Vertrauen der deutschen Fürsten erwerben,

„und zu ihrem Besten im Stande seyn, gleich beim
 „Entstehen manche Irrungen und Mißverständnisse,
 „welche in der Folge bedeutend werden könnten, be-
 „zulegen, sich selbst aber durch so ein Uebergewicht in
 „Deutschland einen noch größern Einfluß auf die er-
 „sten, mit den deutschen Fürsten in mannigfaltigen
 „freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Verhält-
 „nissen stehenden Höfen Europa's verschaffen. Frank-
 „reich habe beinahe an allen vorzüglichsten deutschen
 „Höfen, und selbst in bedeutenden Städten Gesandte
 „oder Residenten: nämlich zu Mainz, Rottelnz, Bonn,
 „München, Cassel, Lüttich, Nürnberg und Frankfurt;
 „Großbritannien, die Republik Holland, Dänemark
 „haben deren drei oder vier an verschiedenen Orten
 „Deutschlands; da aber Frankfurt oder Mainz als der
 „Mittelpunkt des deutschen Reichs zu betrachten sey,
 „so haben alle jene Mächte, sowie Oesterreich und
 „Preußen, gewöhnlich einen Gesandten an einem dieser
 „beiden Orte, der zugleich an mehreren Höfen bevoll-
 „mächtigt, und folglich im Stande sey, sich immer
 „an demjenigen zu begeben, wo seine Gegenwart am
 „nächstesten seyn könne.“

Die in dieser Denkschrift entwickelten Ansichten
 überzeugten die russischen Minister von den Vortheilen,
 und die Kaiserin von dem Nutzen, den die Uebernahme
 und Geltendmachung der Garantie von Deutschlands
 Verfassung bringen dürfte, und es wurde sogleich der

Entschluß gefaßt, die dazu dienlichen Einleitungen zu treffen. Aber bald nahmen wichtigere und dringendere Geschäfte die ganze Aufmerksamkeit des russischen Kabinetts in Anspruch, und die Sache kam erst im September 1781 in Ausführung, als der Graf Nikolaus Romanzow, Sohn des Feldmarschalls, zum russischen Gesandten in Deutschland ernannt wurde. Solcher erhielt die Weisung, seinen Aufenthalt in Frankfurt zu nehmen, und wurde an den Höfen der drei geistlichen Kurfürsten, bei den Direktoren des ober- und niederrheinischen, schwäbischen und fränkischen Kreises akkreditirt, und erhielt noch besondere Beglaubigungsschreiben an die Herzog von Württemberg und Zweibrücken, die Markgrafen von Baden und Ansbach, und die Landgrafen von Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt; er wurde zugleich beauftragt, dem kurpfälzischen Hofe zu erkennen zu geben, die Kaiserin sey geneigt, einen eigenen Gesandten an denselben zu bevollmächtigen, wenn der Kurfürst einen Gesandten in Petersburg ernennen würde. Denn die in Bezug auf das deutsche Reich von Preußen geleitete Politik des russischen Kabinetts machte es räthlich, am Hofe des mächtigsten deutschen Fürsten, von dem die persönliche Hingebung und Ergebenheit für Oesterreich bekannt war, einen besondern Gesandten zu bevollmächtigen, um die österreichische Einwirkung zu beobachten, und

da, wo es nöthig schien, solcher entgegen zu arbeiten.

Am niedersächsischen Kreise ernannte die Kaiserin Herrn von Groß zu ihrem Gesandten, wies solchem Hamburg zur Residenz an, und gab ihm noch besondere Beglaubigungsschreiben an die Herzoge von Braunschweig und Mecklenburg.

Die dem Grafen von Romanzow, unter Mitwirkung des Grafen von Gbrg, ertheilte Instruktion verbreitet sich zuerst über die durch den Teschener Frieden begründete Garantie der deutschen Verfassung, und die daraus hergeleitete Theilnahme der russischen Kaiserin an den Angelegenheiten des deutschen Reichs und seiner Stände; dann wird fortgefahren: „Die erste Pflicht „des Gesandten ist: den wahren Geist und Sinn jener „beiden Traktate sich eigen zu machen; eine gründ- „liche Kenntniß dieser Fundamental-Gesetze wird den „Gesandten in Stand setzen, Angelegenheiten von eini- „ger Wichtigkeit richtig zu beurtheilen, und durch seine „Berichte die gerechten Absichten seiner Monarchin und „ihres Ministeriums zu leiten. Zu diesem Ende wird „er auch nicht unterlassen, eine ganz genaue Kenntniß „der kaiserlichen Wahl-Kapitulation, eines andern „Grundgesetzes, wodurch die Gewalt und die Verpflich- „tungen des Reichs-Oberhauptes, und die Vorzüge „und Pflichten der Kurfürsten und anderer deutschen „Stände bestimmt werden, sich eigen zu machen.“

„Indem der Gesandte seine Mission bei den Fürsten, Kneissen und Ständen des deutschen Reichs damit beginnt, daß er ihnen die Absicht seiner Monarchin, die durch Uebnahme der Garantie der deutschen Verfassung eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, erklärt, wird er ihnen Vertrauen und Dankbarkeit gegen eine Macht einflößen, welche so großmüthig ihr Beschützer und Wohltäter wird.“

„Der Gesandte wird ein aufmerksames Auge auf alle bei den Höfen, an denen er akkreditirt ist, verhandelte wichtige Geschäfte richten, in so weit diese nur einigermaßen auf die so verwickelte deutsche Verfassung Bezug haben können, und darüber pünktlich und unbefangen berichten. Er wird sich mit den Grundsätzen und dem Systeme eines jeden Hofes, den wahren Gesinnungen der Fürsten sowohl, als ihrer Minister und derjenigen, welche auf die Geschäfte Einfluß haben, sowie mit den Verbindungen, worin sie mit einer oder der andern Macht stehen, bekannt zu machen suchen und darüber ausführlich berichten. Sein ganzes Bestreben soll dahin gerichtet seyn, das beste Einverständnis zwischen dem Oberhaupt und den verschiedenen Ständen des Reichs zu erhalten, und durch stets unparteiische Rathschläge jedes Mißverständnis unter denselben zu verhüten.“

„Er wird nichts unterlassen, um den Mächtigen Mäßigung und Rücksicht, den

„Kindenmächtigen Vertrauen und Beruhigung einzuflößen. Indem der Gesandte jederzeit auf's Unbefangenste die Gerechtigkeit einer Sache untersucht, wird er in seinen Aeußerungen und in seinem Benehmen die unveränderlichen Grundsätze dieses allgemeinen Gesetzes für alle Staaten zum Leitfaden nehmen.“

Am Schluß der Instruktion wird dem Gesandten die Weisung ertheilt, sich alle Jahre wenigstens einmal an diejenigen Höfe zu begeben, bei welchen er akkreditirt wurde, ihm aber die Bestimmung der Zeit, in der dieses zu geschehen, sowie die Dauer des Aufenthalts anheimgestellt.

Neu war zwar die Erscheinung russischer Gesandten in Süd- und Nord-Deutschland, und die Ansichten der deutschen Regenten und Staatsmänner über die von der russischen Kaiserin in Anspruch genommene Garantie des westphälischen Friedens sehr getheilt. Daß Rußland hiezu durch Friedrich II. veranlaßt worden sey, und als dessen Verbündeter nach seinen Grundsätzen und in seinem Interesse handeln würde, darüber konnte kein Zweifel obwalten; es war daher sehr natürlich, daß der Wiener-Hof und die ihm ergebenen deutschen Stände Rußlands offen angekündigte Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Reichs und seiner Stände nicht gern sahen. Inzwischen konnte weder die Instruktion der russischen Gesandten, noch ihr Benehmen

einen gegründeten Anlaß zu Besorgnissen geben, und bald gelang es Kaiser Josephs tief durchdachten Politik, die Waffe, die sich Friedrich II gegen Oesterreich zu verschaffen geglaubt hatte, gegen Preußen zu kehren. Nach der durch Katharinens große Plane und Kaiser Josephs erfolgreiches Bestreben bewirkten Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich, war es eben der russische Gesandte, der unter des Grafen von Görz Mitwirkung eine dem preussischen Systeme so angemessene Instruction erhalten hatte, der zuerst (1784) im Interesse Oesterreichs gegen das von Preußen öffentlich handelte, indem er den Herzog von Zweibrücken zur Einwilligung in die Vertauschung der pfalz-bayerischen Länder gegen die österreichischen Niederlande zu bewegen suchte.

Siebenter Abschnitt.

Die bewaffnete See-Neutralität. — Kaiser Josephs Zusammenkunft mit der Kaiserin. — Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg. — Reise des Großfürsten und seiner Gemahlin.

Ein an sich wenig bedeutendes Ereigniß würde im Anfange des Jahres 1780 durch die geschickte Art, in der es der englische Gesandte in Petersburg zu bewerkstelligen wußte, eine gänzliche Veränderung in Katharinens politischem Systeme herbeigeführt haben, hätte nicht Graf Panin mit einer seltenen Gewandtheit in den Bemühungen des Ritters Harris selbst die Mittel gefunden, um dessen Absichten scheitern zu machen:

Der Hof zu Madrid, in der Besorgniß, die neutralen, nach dem mittelländischen Meere bestimmten, Schiffe könnten Gibraltar mit Mund- und Kriegsvorräthen versehen, hatte den Befehl ertheilt, solche aufzubringen, nach Cadix zu führen, und dort ihre Ladungen ohne Einwilligung und Theilnahme der Eigenthümer und selbst der fremden Konsuln zu verkaufen.

Ehe noch die Kaiserin über eine für den Handel ihrer Unterthanen so nachtheilige Maaßregel bei der spanischen Regierung Klage erheben konnte, wurde das von dem Handlungshause Ruitgens und Kompagnie zu Archangel, in Gemeinschaft mit dem Handlungshause Hoppe in Amsterdam, mit Getreide nach dem mittelländischen Meere befrachtete Schiff Concordia von einer spanischen Schaluppe aufgebracht, und seine Ladung in Cadix um eine bedeutende Summe geringer verkauft, als in Barcellona erlöst worden wäre, wo es auf die erhaltene Nachricht von dem dort herrschenden Getreidemangel seine Ladung absetzen wollte. Ein anderes mit Getreide nach Malaga und Livorno bestimmtes russisches Rauffahrteischiff, der heilige Nikolas, hatte ein ähnliches Schicksal.

Sowie dieses zur Kunde der Kaiserin kam, ließ sie sogleich gegen Ende Jäners 1780 durch den Grafen von Panin dem spanischen Geschäftsträger, Herrn von Normandes, in Petersburg zwei sehr eindringende Noten zustellen und Genugthuung und Schadloshaltung verlangen.

Sehr geschickt mußte zugleich der englische Gesandte, Ritter Harris, den Unwillen der Kaiserin über das Benehmen des spanischen Hofes zu steigern, in der Hoffnung, dadurch den gewünschten Zweck einer Verbindung zwischen England und Rußland zu erreichen. Wirklich ward die Kaiserin über Spaniens Benehmen so

erbittert, daß sie sogleich selbst, und ohne ihre Minister vorher zu Rathe zu ziehen, den Befehl nach Kronstadt ergehen ließ, fünfzehn Linienfahrer und fünf Fregatten auszurüsten.

Graf Panin, über diese Maaßregel und deren Folgen sehr beunruhigt, faßte den Entschluß, Alles aufzubieten, um sein bisheriges System zu behaupten. Sicher wäre dieses dem durch Jahre und Krankheit geschwächten, in dem Kredit bei seiner Monarchin sehr gesunkenen Minister nicht gelungen, hätte er sich mit der Ansicht seiner Monarchin in Widerspruch gesetzt. Solches wohl einsehend, schien er also derselben ganz beizustimmen, ihren Unwillen gegen Spanien zu theilen, und den Entschluß, sich eine angemessene Genugthuung zu verschaffen, vollkommen zu billigen. Zugleich aber machte er bemerklieh, es dürfte ihrer Würde angemessen seyn, sich nicht darauf zu beschränken, sondern eine, über den Handel der Neutralen während eines Seekrieges im See-Völkerrecht befindliche Lücke auszufüllen; dadurch würde sie sich um ihre und um anderer europäischer Mächte Unterthanen ein unsterbliches Verdienst und den Ruhm erwerben, ihren weisen und gerechten Grundsätzen alle andern Mächte Europa's huldigen zu sehen.

Sehr gern ging Katharine auf einen Plan ein, dessen Ausführung für ihre Ruhmbegierde so reizend

erschien, sie auf die Stufe einer Gesetzgeberin in Sachen des See-Völkerrechts erheben mußte, und zugleich der russischen Flagge vor jeder Beleidigung Sicherheit gewährte. Nun entwickelte der Minister das mit klugem Vorbedacht entworfene System, und bewog seine Monarchin, demselben gemäß jene berühmte Erklärung vom 28. Februar 1780 an die kriegsführenden Mächte zu erlassen, wodurch während des Seekriegs die Grundsätze zur Sicherstellung des Handels der neutralen Staaten festgesetzt wurden.

Diese Grundsätze sind:

- 1) Daß jedes Schiff frei von einem Hafen zum andern und an den Küsten der kriegsführenden Nationen segeln könne.
- 2) Daß die den Unterthanen der kriegsführenden Mächte zugehörigen Waaren auf neutralen Schiffen frei seyn sollen, Contrebande-Waaren ausgenommen.
- 3) Als Contrebande-Waaren werden jene angesehen, welche in den Artikeln 10 und 11 des Handelsvertrags zwischen Rußland und Großbritannien *) als solche bezeichnet sind (eine Bestimmung, die auf alle kriegsführenden Mächte ausgedehnt ward).
- 4) Daß man unter einem blockirten Hafen nur einen solchen verstehe, welcher durch die Veranstellungen der Belagerer dergestalt eingeschlossen ist, daß man

*) Martens recueil T. 1. p. 395.

in selbigen nicht ohne augenscheinliche Gefahr einlaufen kann.

- 5) Diese Grundsätze sollen in dem Verfahren und den Erkenntnissen über die Rechtmäßigkeit der Prisen zur Richtschnur dienen.

Dieser Erklärung folgte die Kaiserin noch bei, daß sie zu Aufrechthaltung der darin ausgesprochenen Grundsätze, zur Ehre ihrer Flagge und zur Sicherheit des Handels ihrer Unterthanen, gegen wen immer, einen beträchtlichen Theil ihrer Flotte ausrüsten lasse, daß aber diese Maaßregel nicht den geringsten Einfluß auf die strengste Neutralität habe, welche von ihr bisher beobachtet worden sey, und welche sie in so lange zu beobachten gedenke, als sie nicht gezwungen werde, aus den Gränzen der Mäßigung und der vollkommensten Unparteilichkeit herauszutreten.

Es verdient hier als ein Beweis von Panins Feinheit sowohl, als seiner Dreistigkeit bemerkt zu werden, daß er die Kaiserin zu bewegen mußte, diese Erklärung allen in Petersburg anwesenden Gesandten der fremden Höfe zu verheimlichen, daß er ihr glauben machte, solche sey ganz den Wünschen des englischen Hofes angemessen, daß die Kaiserin davon so überzeugt war, daß sie ein Paar Tage vor Bekanntmachung jener Grundsätze sich gegen den englischen Gesandten äußerte,

sehr bald werde ein Kurier nach London ihre, den bourbonischen Höfen gemachte, den Wünschen und der Erwartung des englischen Kabinetts vollkommen entsprechende, Erklärung überbringen: daß sie selbst den Ritter Harris aufforderte, im Voraus diese seinem Hofe gewiß angenehme Nachricht zu berichten.

Dies geschah denn auch noch am nämlichen Tage; aber man urtheile, welche Empfindung es dort erregen mußte, als kurz nach jener erfreulichen Kunde die vorangeführte, unerwartete, gegen Englands Interesse laufende Erklärung erfolgte!

Wirklich ward durch dieselbe Frankreich offenbar begünstiget, weil es sowohl als Spanien unter dem Schutze der von Rußland aufgestellten Grundsätze während des gegenwärtigen und der künftigen Kriege alle zum Unterhalt der Marine nöthigen Erzeugnisse aus dem Norden beziehen konnte. Auch fühlte der Hof zu Versailles die Vortheile davon so sehr, daß er sich beeilte, den Madrider-Hof zu veranlassen, wegen der in Beschlag genommenen russischen Schiffe die gewünschte Genugthuung zu geben.

Sogleich, als Katharine jene Grundsätze angenommen und ausgesprochen hatte, wurden Kuriere an die russischen Gesandten in London, Paris und Madrid mit der Weisung abgeschickt, den dortigen Höfen

zu erkennen zu gehen, die Kaiserin so fest entschlossen, solche Standhaft zu behaupten. Andere Kuriere gingen nach Stockholm und Kopenhagen ab, um beide Höfe einzuladen, eine gleichlaufende Erklärung an die kriegführenden Mächte zu erlassen.

Ritter Harris hatte nicht so bald sich überzeugt, wie sehr er durch die angeführte Erklärung persönlich kompromittirt werde, als er darüber in Petersburg bittere Beschwerde führte; aber es war nun eine geschehene Sache, und Harris sah zu spät ein, daß dieser in den Geschäften ergraute Minister, wenn gleich die Zeit seines entscheidenden Wirkens vorüber war, sein System, selbst gegen die Absichten seiner Monarchin und ihres allgewaltigen Günstlings, zu behaupten und durchzuführen wußte.

So sehr aber auch Großbritanniens Interesse durch die von Rußland aufgestellten Grundsätze der bewaffneten Neutralität gefährdet wurde, so vermied dennoch der Londoner Hof, sie zu bekämpfen; und ohne irgend etwas zu thun oder zu äußern, woraus deren Anerkennung gefolgert werden konnte, beschränkte er sich auf die Versicherung, daß die bestimmtesten Versicherungen erteilt und wiederholt worden seyen, die russische Flagge und den Handel der russischen Unterthanen nach dem Völkerrechte und den bestehenden Verträgen mit der größten Gewissenhaftigkeit zu respektiren.

Dies ist der Ursprung der bewaffneten Neutralität, wovon die Ehre der ersten Idee von Schweden und Dänemark in Anspruch genommen wird, deren Ausführung aber unstreitig Rußland zu verdanken ist.

Mehrere Erklärungen der kriegführenden und deren andern beim Seehandel bethelligten Mächte, besonders Oskite, Ordonnanzen, Konventionen über den Handel der Neutralen während eines Seekriegs, waren die Folge des von Rußland aufgestellten Systems, und dadurch erhielt ein wichtiger, bisher zweifelhafter Punkt des See-Völkerrechts eine Bestimmung, deren Nothwendigkeit schon lange gefühlt wurde.

Aber um diese Vortheile bleibend zu machen, wäre erforderlich gewesen, daß man die Verbindlichkeit der aufgestellten Grundsätze nicht nur für den damaligen, sondern auch für die künftigen Kriege durch einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den dabei interessirten Mächten anerkannt hätte.

Kaiser Joseph schlug auch bei der, wenn gleich nur auf eine bloße Gütlichkeit zurückgeführten Vermittelung Oesterreichs und Rußlands zwischen England und den bourbonischen Höfen der Kaiserin vor, diesen Anlaß zu benutzen, um sich über ein allgemein verbindliches, völkerrechtliches Gesetz wegen der Schifffahrt der Neutralen zu vereinigen; er zweifelte nicht, folgte er bei, die Kaiserin, welcher die Ehre gebühre, ein solches zuerst entworfen zu haben; wurde geneigt

seyn, sich den Ruhm zu erwerben, auch dessen Anerkennung von den andern Mächten für jetzt und für die Zukunft zu bewirken. Sogleich ließ Katharine den bereits fertigen sehr umfassenden Entwurf jener Artikel, welche die Schifffahrt der Neutralen betrafen, eiligst an ihren Gesandten in Paris mit dem Auftrage abgehen, Unterhandlung zu deren Anerkennung anzuknüpfen; auch Oesterreich that das Nämliche seiner Seits. Aber England erklärte: es würden aus der von Rußland und Oesterreich in Antrag gebrachten Anerkennung der Grundsätze der bewaffneten Neutralität nur neue, den Abschluß des Friedens verzögernde Diskussionen entstehen, und man wünsche wohl, der Formalität halber, von den vermittelnden Mächten die Mitunterfertigung des Friedensschlusses, nicht aber Anlaß zu neuen Verzögerungen zu erhalten. So unterblieb dann die allgemeine Anerkennung jener Grundsätze. Aber indem Katharina II. der Ruhm, die Schöpferin eines neuen See-Völkerrechts zu seyn, nicht zu Theil werden konnte, kann Niemand dem Grafen von Panin die Ehre streitig machen, die Grundsätze desselben mit großer Klugheit entworfen zu haben, wenn gleich seine erste Idee der bewaffneten See-Neutralität und die Kühnheit, womit er solche ausführte, weniger ein Werk tiefer Politik, als des Unmuths über des Ritters Harris unkluges und rücksichtsloses Benehmen gegen ihn seyn mochte.

Preußen

Preußen trat der bewaffneten Neutralität durch eine am 8. Mai 1781 unterzeichnete förmliche Uebereinkunft mit Rußland bei. Eine bloße Accessions-Akte, wie solche von andern Mächten ausgestellt wurde, hätte im Grunde zum Zwecke hingereicht; allein Graf Görz sowohl, als der dem Interesse Preußens aufrichtig und eifrig ergebene Graf Panin erachteten für gerathen, daß eine förmliche Konvention abgeschlossen werde, um den andern Mächten zu beweisen, die durch so lange Jahre fortgesetzte Freundschaft und Verbindung zwischen Preußen und Rußland bestehe noch fort.

Ehe wir uns mit andern wichtigen Gegenständen beschäftigen, wird es nicht undienlich seyn, einiger Reisen zu erwähnen, welche zum Theil auf dieselben großen Einfluß hatten.

Im Anfange des Jahres 1780 war Kaiser Josephs Plan einer persönlichen Zusammenkunft mit der Kaiserin Katharine zur Reife gediehen. Manche Schriftsteller, und unter diesen Castera *), behaupten, Katharine sey es gewesen, welche zuerst dem Kaiser eine Zusammenkunft vorgeschlagen habe, um ihn für ihren Plan der Wiederherstellung des griechischen Kaiserthums zu gewinnen; andere dagegen, darunter Dohm **), schreiben die erste Einleitung Joseph II zu, in der Ab-

*) Histoire de Catharine II. T. 3. p. 91.

**) Denkwürdigkeiten 1. Bd. S. 314.

sicht, eine Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland zu erzielen, und die Kaiserin seinen Absichten in Deutschland geneigt zu machen. Daß eine wie das andere ist ziemlich gleich wahrscheinlich, weil sowohl der Kaiser als die Kaiserin jedes für sich Pläne entworfen hatten, zu deren Ausführung sie gegenseitiger Beistimmung und Unterstützung bedurften.

Panin war der erste, welcher den Grafen von Gbrg von der beschlossenen Zusammenkunft unterrichtete, und, wenn gleich dem Anscheine nach über die Folgen derselben für das bisherige System nicht sehr beunruhiget, dem Grafen zu verstehen gab, es dürfte gut seyn, wenn auch der Prinz von Preußen zu gelegener Zeit einen Besuch bei der Kaiserin abstatte.

„Man habe gegenwärtig den Plan“ — sagte Graf Panin — „einer Zusammenkunft des römischen Kaisers mit der Kaiserin in ihren neuen Besitzungen in Weiß-Rußland; dieß sey eine Folge der neuen Grundsätze, nach welchen die Monarchen sich persönlich kennen und eben so ihre Geschäfte erledigen sollen; er glaube nicht, daß daraus nachtheilige Folgen für das gegenwärtige System entstehen dürften; das beste Mittel, denselben entgegen zu wirken, möchte aber wohl seyn, wenn der König dem Prinzen von Preußen erlaubte, nach jener Zusammenkunft, gegen den Herbst zu, sich nach Petersburg zu begeben. Würde der König jetzt gleich, und ehe der Plan derselben bekannt werde,

„die Kaiserin auf eine für sie schmeichelhafte Art um die Erlaubniß zu einem Besuche des Prinzen bitten, so werde dadurch die Vermuthung, es geschehe blos in der Absicht, den Planen der Feinde des gegenwärtigen Systems entgegen zu arbeiten, entfernt, und eben dadurch der Kaiserin Eitelkeit um so mehr geschmeichelt werden; der kurze Aufenthalt des Prinzen von ein Paar Wochen in Petersburg werde gewiß in den gegenwärtigen Umständen von großem Nutzen seyn.“

Den nämlichen Rath ertheilte zur nämlichen Zeit auch Fürst Potemkin dem Grafen, jedoch scheinbar aus einer andern Veranlassung. „Es wäre mir wohl sehr lieb gewesen“ — sagte er, als zufällig von seinem Regimente die Rede war — „wenn ich dasselbe dem Könige hätte zeigen können, was geschehen seyn würde, hätte der Krieg fortgewährt; jetzt muß man darauf verzichten. Aber vor dem Prinzen von Preußen wünschte ich solches mandvriren zu lassen, und dieß wäre sehr möglich, wenn der König demselben erlaubte, eine Reise hieher zu unternehmen. Legen sie“ — fuhr er fort — „diesen Vorschlag dem Könige vor, und im Fall er denselben genehmiget, bitte ich, mir es zu sagen, um das Glück zu haben, die Kaiserin davon in Kenntniß setzen zu können. Es möchten selbst“ — schloß der Fürst — „Gründe vorhanden seyn, welche eine solche Reise rathsam, und sogar nothwendig machen könnten.“

Gbrg säumte nicht, dem Könige sowohl Panin als Potemkin in der Hauptsache übereinstimmende Aeußerungen zu berichten, und erhielt sehr bald die Weisung, der Kaiserin Bewilligung zur Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg durch den Fürsten Potemkin nachzusuchen. Eben dieser Auftrag war es, welcher dem Grafen die größte Verlegenheit verursachte. Er konnte nämlich nun nicht umhin, Panin davon, und folglich auch von der letzten Unterredung mit dem Fürsten, deren er bisher nicht erwähnt hatte, in Kenntniß zu setzen. Mit sichtbarer Bewegung und Empfindlichkeit erklärte ihm der alte Minister: „Da Sie nun mit Potemkin auf dem Fuße stehen, so habe ich Ihnen nichts weiter zu sagen; Sie können nun weder meine Rathschläge ferner befolgen, noch zurückgehen. Alles, um was ich Sie bitte, ist, Jedermann zu verschweigen, daß ich darum wisse; ich habe keine Verbindungen mit dem Fürsten, ich weiß nicht, was am Hofe vorgeht.“ — Vergeblich versicherte Gbrg dem Minister, die Sache wäre durch Potemkin selbst eingeleitet worden, er habe dessen unerachtet vom Könige den Befehl, sich über diesen, sowie über alle andern Gegenstände mit ihm als Preußens bewährtestem Freunde zu benehmen u. s. w. Panin beharrte darauf, daß, sowie die Sache jetzt stehe, Gbrg nichts anderes zu thun habe, als die Instruktion des Königs zu befolgen.



Die Lage, worin sich nun Görtz befand, war wirklich höchst unangenehm. Einer Seits verdiente Panin durch seine persönlichen Eigenschaften, durch seinen bisherigen Einfluß auf den Großfürsten, durch Alles, was er gethan hatte, um die Allianz mit Preußen zu Stande zu bringen und zu erhalten, besonderes Vertrauen und die größte Rücksicht; anderer Seits nöthigten sein Alter, seine Kränklichkeit, seine außerordentlich Unthätigkeit, eine Folge derselben, sich um Potemkins Unterstützung zu bewerben, und so wie Panin dieses bemerkte, zeigte er darüber die größte Empfindlichkeit.

Unter diesen Umständen entschloß sich Görtz, dem Fürsten die angemessene Eröffnung zu machen, und dieser ertheilte ihm nach ein Paar Tagen im Namen der Kaiserin die Versicherung: sie sey sehr erfreut, die Bekanntschaft des Prinzen zu machen, und wünsche den Grafen, dieses Recht Könige in ihrem Namen zu versichern.

Somit war die Einleitung zu des Prinzen von Preußen Reise nach Petersburg ungefähr zur nämlichen Zeit getroffen, als jener zu Kaiser Josephs Zusammenkunft mit Katharine.

Katharinens vielbesprochene Reise fand endlich statt, und die Monarchin traf am 30. Mai in Moskau ein, wo sich bereits Kaiser Joseph unter dem bescheidenen Namen eines Grafen von Falkenstein befand. Die Kaiserin hatte den Fürsten Potemkin, und

ein zahlreiches und glänzendes Gefolge, darunter mehrere Verwandte des Fürsten, bei sich; der Kaiser nur eine wenig zahlreiche und einfache Begleitung; Graf Cobenzl fand sich von Petersburg aus bei demselben ein.

Alles, was auf diese Zusammenkunft, auf die Reise des Kaisers nach Moskau, und auf dessen Aufenthalt in Petersburg Bezug hatte, beobachtete und beurtheilte Görtz mit steter Aufmerksamkeit und erprobtem, richtigem Blicke. Ueber Josephs Benehmen in Moskau, Moskau, Petersburg, über den Eindruck, den er gemacht hatte, über die Urtheile, welche über ihn gefällt worden, wußte sich der Graf zahlreiche Notizen aus den besten Quellen zu verschaffen.

Wiel sprach man von der Keuschheit des Monarchen; aber man fand zugleich, daß er mit Höflichkeit-Bezeugungen und Versicherungen von Freundschaft zu verschwenderisch sey, und diese dadurch an Werth verlieren. Der Kaiser wußte sich den vollen Beifall Katharinen zu erwerben; sein Abgang, sein Benehmen gefiel ihr; er verstand es, seine Würde zu behaupten, und benahm sich gegen Jedermann gleich höflich, gleich gefällig, ohne sich herabzulassen, die kleinen Günstlinge der Kaiserin besonders auszuzeichnen. Ja, er that sogar etwas, was dem Fürsten Potemkin mißfallen mußte; er bewies nämlich vor allen andern, und selbst vor dem Fürsten und dem Feldmarschall Romanow eine ganz ungewöhnliche Aufmerksamkeit und Achtung, und bot die



Kaiserin, demselben zu erlauben, für die Zeit seines Aufenthalts in Petersburg dahin zu kommen.

Es wurde als eine Sonderbarkeit bemerkt, daß der Kaiser, welcher infognito reiste und bei seinem Minister wohnte, doch nicht bei ihm, sondern im Wirthshause essen wollte. So hielt er es auch während der ganzen Reise. In der Ukraine speiste er nie, weder bei, noch mit dem Feldmarschall Romanzow; das Nämliche geschah in Moskau. Auch in Petersburg nahm er keine Tafel bei den Ministern oder Großen an, was diesen sehr mißfiel, weil ihnen dadurch die Gelegenheit entging, ihre Pracht und ihren Reichthum zur Schau zu stellen. Die Kaiserin besuchte er stets in Stiefeln und Spornen; auf der Reise war er allein in seiner Kalesche, und schlief auf einem Strohsacke.

Nur eine Stunde nach seiner Ankunft in Petersburg begab sich der Kaiser zu Fuß, von einem einzigen Bedienten begleitet, in einen Gasthof, dessen Besitzer ein Preuße war, und wo mehrere Personen wohnten, die Ebrg. von Allem, was dort vorging, unterrichteten. Hier suchte ihn der Hofmarschall Fürst Variatinsky auf, um ihm der Kaiserin freudige Theilnahme an der glücklichen Ankunft zu bezeigen. Als der Lohnlaquai den Fürsten eintreten ließ, sagte der Kaiser zum ersten so laut, daß es der letztere vernehmen konnte: „Warum führt Ihr Jedermann herein? Ich habe Euch schon gesagt, daß ich heute Niemand sehen will!“ —

Nur wenige Worte sprach er mit dem Fürsten und entließ ihn.

Cobenzels Haushofmeister hatte es übernommen, für die Tafel des Kaisers und seines Gefolges die nöthigen Mundvorräthe zu liefern. Als aber eines Tages die Ausgaben dafür auf 400 Rubel angesetzt wurden, entzog man ihm diese Lieferung, und der Kaiser ließ Alles durch seine eigenen Leute einkaufen.

Unerrachtet dieser Sparsamkeit war Joseph II doch, nachdem er von dem russischen Hofe nähere Kenntniß erlangt hatte, in seinen Geschenken zu Mohilew, Moskau und Petersburg sehr freigebig, und solche betrugen in Prätiosen und Rippen große Summen. Der Fürst Potemkin, die Feldmarschalle Romanzow und Czernitschew, Graf Panin, Graf Ostermann, der Oberstallmeister Narischkin u. s. w. erhielten reich mit Brillanten besetzte Tabatieren, Ringe von Brillanten u. dgl. Der Dienerschaft des Grafen Cobenzel wurden 2000 Rubel, jener des Großfürsten 1000 Dukaten, einem Stallknechte, welcher dem Kaiser bei dem Wandver in Moskau das Pferd hielt, 100 Dukaten, in die kaiserliche Küche und für die Hoflivree 2000 Dukaten gegeben; allemhalben, wo der Kaiser etwas befah, ließ er Geschenke von 40, 50 bis 100 Dukaten austheilen.

Bei Besichtigung der Merkwürdigkeiten, worauf die russische Nation sehr stolz ist, schenken er nicht nur



öfters unaufmerksam zu feyn, fondern er erlaubte fich auch manchmal Ironie und sonderbare Fragen. So z. B. fragte er auf der Bank: ob man wohl im Stande fey, all ihr Papiergeld gegen baares auszuwechfeln? Und auf der Münze, wo er einen großen Vorrath von Silber wahrnahm: ob davon immer fo viel vorhanden fey?

Für den König von Preußen zeigte Joseph II. bei jeder Gelegenheit die größte Achtung, und äußerte fich: derselbe fey durch fein großes Genie über alle Sterblichen erhaben.

Befonders bewarb fich der Kaifer um die Freundschaft des damaligen Großfürsten, nachherigen Kaisers Paul, und feiner Gemahlin, und es gelang ihm, beide für fich zu gewinnen, ohne jedoch in den Gefinnungen des Großfürsten für Preußen eine Aenderung hervorzubringen.

Mehr als diese Hof- und Salons-Anekdoten interessirten den Grafen von Gbrg die geheimen Unterhandlungen des Kaisers. Daß Cobenzel und Potemkin auf der Reise schon unaufhörlich mit einander Konferenzen hielten, erfuhr der Graf aus zuverlässiger Quelle, aber zugleich erhielt er auch aus eben jener Quelle die Versicherung, solche haben die Politik nicht betroffen. Dieß war nicht ganz richtig. Denn wenn gleich, wie man in der Folge erst erfahren hat, eigentlich die Vermählung

des Prinzen Franz von Toskana mit der Schwester der Großfürstin der Hauptgegenstand jener Unterhandlungen war, so wurde doch dadurch eine Abänderung in Rußlands politischem Systeme vorbereitet, welche dem Grafen Panin und Ostermann eben so wohl, als die projekirte Heirath selbst, damals unbekannt blieb. Beide glaubten also nach ihrer eigenen Ueberzeugung Gbrg beruhigen zu können, und behaupteten: alle Höflichkeits- und Freundschafts-Bezeigungen zwischen ihrer Monarchin und dem Kaiser werden auf die Verbindung zwischen Preußen und Rußland keinen Einfluß haben; eine Versicherung, welche Panin dem Grafen auch später noch während des Kaisers Anwesenheit mit der merkwürdigen Aeußerung wiederholte: es sey nicht einmal versucht worden, solche zu erschüttern.

Während seines Aufenthalts in Petersburg hatte der Kaiser mehrere Unterredungen mit dem Grafen Panin, theils allein, theils in Gegenwart der Kaiserin. Er überhäufte dabei diesen alten Minister mit Lobeserhebungen auf Kosten seines eigenen Ministers, des Fürsten Kouniz. Graf Panin benutzte eine dieser Unterredungen, um dem Kaiser die Bemerkung zu machen: nach seiner Ueberzeugung werde Europa der Allianz der Höfe von Wien und Petersburg mit Frankreich und Preußen seine Ruhe zu verdanken haben; daher sey es Pflicht der großen Mächte, diese Wohlthat der Mensch-

heit zu verschaffen. Weit entfernt, zu widersprechen, erkannte Joseph die Wichtigkeit dieser Bemerkung. Ja, bei einer nachfolgenden Unterredung kam er selbst auf diese Grundsätze zurück; Rußlands und Preußens Allianz, versicherte er, sey zur Aufrechterhaltung der Ruhe Europa's nothwendig, hinzufügend jedoch: sein einziger Zweck sey, sich Rußlands Freundschaft zu erwerben.

Auch des Fürsten Potemkins Versicherungen konnten den Grafen über des Kaisers Plane und deren Erfolg vollkommen beruhigen. Es sey sehr natürlich, sagte Potemkin, daß man sich durch so einen Besuch geschmeichelt finde; dieß aber ändere an dem bisherigen Systeme nichts.

Unerachtet dieser übereinstimmenden Versicherungen hatten doch zwischen Katharinen und dem Kaiser persönlich vertrauliche Unterhandlungen und selbst Verabredungen stattgefunden, worüber man aber erst später Aufschlüsse erhielt. Joseph II wollte die Allianz Rußlands mit Preußen trennen, und sich der erstern Macht gegen die letztere versichern; Katharine II suchte Oesterreichs Allianz, um ihren Plan gegen das osmanische Reich auszuführen. Der erstere machte der Kaiserin den Antrag, er wolle die Pforte in den gehörigen Schranken halten, und ihr die Mittel nehmen, den Frieden und die Ruhe ihrer Nachbarn zu stören;

dagegen hätte die Kaiserin die nämliche Verpflichtung gegen Preußen zu übernehmen. Auf diesen Antrag ging die Kaiserin nicht ein, weil solches ihrer Allianz mit Preußen zuwider sey, vielleicht auch, weil sie besorgte, sie könnte dadurch in einen Krieg in Europa verwickelt, und in ihrem Vorhaben gegen die Pforte gehindert werden. Aber Katharine, welche allein und ohne Jemand zu Rathe zu ziehen, die Politik leitete, beschäftigte sich von nun an mit dem Plane, zu gleicher Zeit mit beiden Höfen alliirt zu seyn.

Es kam zwar während des Kaisers Aufenthalt in Rußland kein Traktat zu Stande, wohl aber eröffnete die Kaiserin ihrem Gaste die Aussicht auf Italien, wenn ihr gestattet werde, ihren Plan gegen die Pforte auszuführen; jedoch darüber, sowie über Oesterreichs Wunsch, Bayern durch einen Tausch gegen die Niederlande zu erwerben, wurden nur im Allgemeinen gegenseitige Zusicherungen wörtlich ertheilt *).

Mit des Kaisers Abreise von Petersburg nahte sich der Zeitpunkt, wo nach der genommenen Abrede Friedrichs II. Neffe und Thronfolger, der Prinz, nachheriger König Friedrich Wilhelm, die Reise dahin antreten sollte.

Bei dieser Reise war der dabei nöthige Aufwand ein Gegenstand vorzüglicher Aufmerksamkeit für den Kö-

*) Dohms Denkwürdigkeiten. Erster Theil. S. 420.

nig, dessen Sparsamkeit zu jener Zeit den höchsten Grad erreicht hatte. Er ließ sich die Rechnungen über die früher vom Prinzen Heinrich nach Petersburg unternommene Reise vorlegen, und fand nun auf einmal, daß die Ausgaben auf derselben übertrieben hoch waren. Daher fing er damit an, alle Posten auf die Hälfte oder den vierten Theil herabzusetzen, und endigte damit, daß er für die ganze Reise dreißigtausend Thaler bestimmte.

Der Prinz, der schon dreißigtausend Franken nach Paris geschickt hatte, um für diese Sendung an einem prunkvollen Hofe seine Garderobe, und was dazu gehörte, in den seiner Würde angemessenen Stand zu setzen, sah das Unzulängliche der vom Könige bestimmten Summe ein, und entschloß sich, den unvermeidlichen größern Aufwand durch Anlehen auf eigene Rechnung zu decken. Mit einmalhunderttausend Thalern, erachtete der darüber befragte Graf Gbrg, ließe sich derselbe, aber ohne die nöthigen Geschenke, bestreiten, doch sey außer jener Summe noch ein guter Kreditbrief nöthig, um auf unvorgesehene Ausgaben gefaßt zu seyn. Die Geschenke aber sah der Graf als einen Gegenstand an, bei dem lediglich keine Sparsamkeit stattfinden könne; denn jetzt noch sage man, selbst ihm, jene, welche Prinz Heinrich gemacht habe, seyen kleinlich gewesen. Kaiser Joseph habe, nach seiner bekannten Sparsamkeit, anfänglich auch Geschenke von geringem

Werthe gegeben, z. B. dem General Coris, welcher ihm auf seinen Gütern glänzende Feste gab, einen Ring von 3000 Rubeln u. s. w.; er habe jedoch auf erhaltene Winke sich bald freigebiger gezeigt, und dadurch einen sehr guten Eindruck gemacht.

Diese Bemerkungen veranlaßten den Prinzen, dem Rathe des Grafen von Görz gemäß, ein Anlehen von einmahlunderttausend Thalern aufzunehmen, sich mit einem Kreditbriefe zu versehen, und außerdem mit dem Juwelier Baudisson der zu Präsenten nöthigen Prästiosen wegen eine billige Uebereinkunft zu treffen. Somit waren alle Vorbereitungen vollendet, um den Prinzen in den Stand zu setzen, die ihm zugedachte Sendung mit dem gehdrigen Anstande übernehmen zu können.

Alles dieses geschah von dem Prinzen auf die bloße, jedoch aus zuverlässiger Quelle erhaltene Nachricht, daß ihm der König jene Sendung übertragen werde; denn dieser sprach mit ihm erst gegen Ende Junius davon. Aber auch dann noch beobachtete er gegen seine Minister darüber ein gänzlichcs Stillschweigen, so zwar, daß Graf Finkenstein, mit welchem der Prinz deshalb sprechen wollte, sich mit der Versicherung entschuldigte, der König habe ihm lediglich noch nichts gesagt.

Zu des Prinzen Begleiter hatte der König den Herrn von Wittinghoff, und wahrscheinlich aus einer

zarten Aufmerksamkeit für den Grafen von Gbrg, dessen Bruder, den General, ernannt.

Die Ankunft des Prinzen in Petersburg sollte im September, alten Styls, erfolgen; allein durch Verwechselung des alten mit dem neuen Kalender geschah es, daß der König den Prinzen zu früh abreisen ließ.

Als die Kaiserin davon Nachricht erhielt, äußerte sie, ihn erst gegen den 25. August (6. September) zu erwarten. Die Ursache war, weil sie erst bis dahin vom Lande in die Residenz zurückkam, auch die dem Prinzen bestimmte Wohnung nicht früher zu seinem Empfange hergerichtet werden konnte. Daher mußte derselbe einige Zeit unterwegs verweilen, und Graf von Gbrg, der ihm bis Narva entgegenreiste, benützte die Zeit, um denselben theils mündlich, theils schriftlich von Allem zu unterrichten, was ihm bei seinem Aufenthalte in Petersburg zu wissen nöthig oder nützlich seyn konnte.

Nicht unvorbereitet, sondern ganz bekannt mit allen Verhältnissen des russischen Hofes, kam also der Prinz an denselben an. Bei seiner ausgezeichneten Gestalt, in der Kraft des männlichen Alters, begabt mit einem gebildeten Geiste und einem sehr angenehmen Umgange im gesellschaftlichen Leben, in seinem ganzen Benehmen berathen und geleitet durch Gbrg, war es dem Prinzen leicht, die Geneigtheit der Kaiserin und den Beifall ihrer Umgebungen zu erwerben. Alle Gro-

ßen überboten sich in Bezeigung ihrer Verehrung und Aufmerksamkeit für den erhabenen Gast. Dieser aber benahm sich gegen sie mit mehr Gefälligkeit, als Kaiser Joseph, indem er ihnen sogar Besuche in ihren Wohnungen abstattete, was der Kaiser, wenn gleich unter dem Inkognito eines Grafen von Falkenstein, nicht gethan hatte.

Die Kaiserin bezeigte dem Prinzen ein ausgezeichnetes Wohlwollen und großes Vertrauen; sie äußerte sich bei jeder Gelegenheit und laut über ihn auf die schmeichelhafteste Art, und gab durch persönliche Auszeichnungen und glänzende Feste zu erkennen, wie sehr sie sich seines Besuches freue.

Mit dem Großfürsten Paul, der von früher Jugend an durch den Grafen Panin in dem Interesse Preußens gebildet und bestärkt ward, und mit dessen Gemahlin, welche die Ergebenheit ihrer Familie für den König und sein Haus theilte, wurde eine sehr enge Freundschaft geschlossen, die auch in Zukunft Preußen die günstigsten Aussichten erdffnete.

Sehr schwierig war es, bei Potemkins und Panins persönlichen Verhältnissen diese beiden Männer gleich für sich zu gewinnen; bei des erstern und der Seinigen Anmaßung, und bei des letztern zu großen Reizbarkeit konnte man leicht unverschuldet sich dem einen oder dem andern abgeneigt machen, und dem Prinzen von Preußen mußte vorzüglich daran liegen, beide zugleich in
einer

einer guten Stimmung zu erhalten. Solches gelang auch durch kluges und würdevolles Benehmen; Potemkin bewies ihm nicht nur die größte Verehrung und Ergebenheit, sondern betheuerte ihm auch bei der Abreise, wie sehr er wünsche, seinen Beifall sich für die Zukunft zu erhalten; Panin aber versicherte, er betrachte die persönliche Bekanntschaft des Prinzen als eines der glücklichsten Ereignisse seines Lebens.

Unachtet der großen Auszeichnungen, welche dem Prinzen zu Theil wurden, und unachtet des allgemeinen Beifalls, den er sich zu erwerben wußte, konnte er doch den Hauptzweck seiner Reise nach Petersburg nicht erreichen; denn die Kaiserin hatte bereits in Geheim ein anderes, dem bisherigen entgegengesetztes System angenommen. Zwar beobachtete sie noch alle Formen des vorigen, und bezeigte die nämliche Freundschaft, wie früher, für den König von Preußen; aber des Prinzen Anwesenheit vermochte nicht, den Eindruck, den Kaiser Joseph gemacht hatte, zu schwächen, noch die Absichten der Kaiserin zu ändern. Sie war daher nicht zu bewegen, den im Jahre 1764 auf acht Jahre geschlossenen Allianz-Vertrag, wie solches im Jahre 1772 geschehen war, zu erneuern, unachtet eben der Zeitpunkt dazu wieder vorhanden war. Ja, sie gab sogar bald zu erkennen, daß ihr der Besuch des Prinzen lästig falle, indem sie ihm unerwartet sagte, alle Anstalten zu seiner Rückreise seyen bereits ge-

traffen, so daß derselbe nicht einmal, wie er gewünscht hatte, den nahen Geburtstag der Großfürstin noch am russischen Hofe zubringen durfte *).

So hatte denn der Prinz von Preußen, weniger glücklich als Kaiser Joseph, den Hauptzweck seiner mit großem Aufwand unternommenen Reise nicht erreicht. Nicht minder freigebig als der Kaiser zeigte sich der Prinz in Geschenken an Prätiosen und baarem Geld, und sie mußten sich schon deswegen um viel höher als jene des Kaisers belaufen, weil der Prinz nicht inkognito reiste, und ein zahlreiches Hofpersonal zu seiner Bedienung erhielt, **) wovon allen Individuen nach ihren verschiedenen Abstufungen Geldgeschenke im Betrag von 400 bis auf 20 Rabel gereicht wurden.

Bei des Prinzen Zurückkunft nach Potsdam zeigte sich der König mit dessen Reise äußerst zufrieden, mehr zuverlässig aus Politik als aus Gefühl. Ne-

*) Dohms Denkwürdigkeiten. 2ter Theil. Zusätze und Berichtigungen XIX. XX.

**) Einen Hoffourier, einen Handhofmeister, einen Rundschent, zwei Zuckerbäcker, einen Kellermeister, einen Küchenschreiber, einen Kaffeeschent, zwei Kammerlaquaten, zwölf Hoflaquaten, vier Heibuden, zwei Lauffer, einen Tafeldecker, fünf Köche, zwei und dreißig Bäcker und Küchengehülffen, ein und dreißig andere Gehülffen, ein Kastellan, zehn Wascherinnen, zehn Trotteurs u. s. w.

ber 2 Stunden unterhielt er sich mit demselben, befahl den Offizieren der Garnison, ihm die Aufwartung zu machen, um ihm zu seiner Rückkehr ihre Glückwünsche abzustatten, was für eine ungewöhnliche und sehr schmeichelhafte Auszeichnung galt, und entließ ihn erst am zweiten Tag.

Eine andere etwas später bekannt gewordene Reise des Großfürsten Paul von Rußland und seiner Gemahlin an verschiedene Höfe, und darunter insbesondere nach Wien, gab den Politikern neuen Stoff zu Konjekturen, und dem Grafen Ghrz zu Besorgnissen. Manchem der ersten fiel der Name eines Grafen von Norden auf, worunter der Großfürst das Inkognito auf dieser Reise beobachten sollte, und das Siegel, welches zu dem Ende gefertigt wurde, den Polarstern enthaltend; sie zogen daraus die Folge, daß derselbe wohl auch eine ähnliche Bedeutung haben könnte wie der Morgenstern auf der bei des Großfürsten Konstantin Geburt geschlagenen Medaille. Den Grafen von Ghrz aber beunruhigte die Entfernung des Großfürsten von dem Grafen von Panin, der noch dessen ganzes Vertrauen genoß, unerachtet er jenes der Kaiserin schon lange ganz verloren hatte; die Katharinen ganz ergebene Begleitung des Prinzen und seiner Gemahlin; derselben Aufenthalt in Wien, wo Kaiser Joseph voraussichtlich Alles anwenden würde, um sich des Geistes beider eben so gut zu bemächti-

gen, wie es ihm gelungen war, diese Absicht bei der Kaiserin zu erreichen; die vorherrschende Anhänglichkeit der andern Höfe, welche der Prinz zu besuchen gedachte, an den Wienerhof und deren Verbindungen mit demselben. Selbst die nachdrücklichsten Versicherungen, welche der Großfürst und dessen Gemahlin über die Unveränderlichkeit ihrer Gesinnungen für Friedrich II und ihre Anhänglichkeit an das bisherige System vor ihrer Abreise dem Grafen von Strz ertheilen ließen, konnten denselben nicht ganz beruhigen, und der freilich erst in der Folge bekannt gewordene Umstand, daß die Kaiserin dem Großfürsten untersagt habe, auf ihrer Reise den König von Preußen zu besuchen, bestätigte die Richtigkeit der deshalb gehegten Besorgnisse.

Noch während des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in Petersburg war der bei der Reise des Kaisers verabredete Plan einer Vermählung des Prinzen, nachherigen Kaisers Franz von Toskana, mit der Prinzessin Elisabeth von Württemberg, Schwester der Großfürstin von Rußland, bekannt geworden; auch von einer Vermählung des Herzogs von Württemberg mit einer Prinzessin aus dem österreichischen Haus war die Rede. Kaiser Joseph wollte nämlich auch durch Bande der Verschwägerung die mit der Kaiserin von Rußland in Geheim verabredete Verbindung verstärken und befestigen. Katharine, gleiche Gesinnungen

gehend, hatte die Absicht, dem Großfürsten und seiner Gemahlin durch die Entfernung von Petersburg, und durch einen längeren Aufenthalt in Wien und an den mit Oesterreich verwandten oder verbündeten Höfen jene Vorliebe für das neue System einzusößen, von welcher sie sich selbst durchdrungen fühlte. Nach einigen, wenn gleich nicht ganz zuverlässigen, Nachrichten wollte die Kaiserin überdies noch den Großfürsten aus dem Grunde auf einige Zeit aus Rußland entfernen, damit sie sich um so ungehinderter mit ihrem Plan gegen die Pforte beschäftigen könne, der, wie sie wohl wußte, den Beifall des Prinzen keineswegs hatte.

Eben deswegen erregte diese Reise in dem Grafen von Gbrg sehr gegründete Besorgnisse, und er sammelte daher sorgfältig alle über die hohen Reisenden nach Petersburg mitgetheilten Nachrichten. Was des Grafen Besorgnisse in etwas verminderte, war die noch im Jänner und Hornung 1782 von Panin wiederholt erhaltene Versicherung, der Großfürst bestche auf dem Entschlus, seine Rückreise über Berlin zu nehmen; denn Gbrg hielt sich überzeugt, seines Königs überwiegendes Genie werde dann alle für Preussen nachtheiligen Eindrücke, welche Paul auf seiner Reise erhalten haben könnte, zu verlöschen wissen.

Aber unerachtet der bei jeder Gelegenheit wiederholten Versicherungen des Grafen von Panin über die

Unabänderlichkeit der Gefinnungen des Großfürsten, wollte man doch in Berlin eine Erkaltung derselben bemerken, und schon im März schrieb Herzberg an Gbrg, Niemand glaube mehr an den Besuch des Großfürsten in Berlin. Später erhielt Friedrich II über die Gefinnungen der Kaiserin, und über deren genaue Kontrolle aller Schritte des Prinzen Aufschlüsse, welche ihn bewogen demselben zu erkennen zu geben: so sehr ihn sein Besuch freuen würde, so verzichte er doch auf dieses Vergnügen, weil er voraussehe, wie schwierig des Prinzen Stellung bei seiner Zurückkunft nach Petersburg seyn würde. Mit voller Ueberzeugung theilte der Prinz diese Ansicht und ließ dem König die oft wiederholte Versicherung erneuern: nie werde er von den angenommenen Grundsätzen abweichen.

So sehr und so laut sprach der Großfürst seine Gefinnungen noch auf seiner Rückreise nach Petersburg in Warschau aus; (November 1782) so bestimmt waren die Aufträge, die er noch dort dem preussischen Residenten Buchholz gab, daß dieser selbst fand, der Prinz habe sich zu weit herausgelassen, und er könnte sich deshalb sehr leicht mit seiner Mutter entzweien.

Wie aufmerksam die Kaiserin auf den Großfürsten während seiner Reise war, und wie genau sie von Allem unterrichtet seyn wollte, was ihm während derselben von Petersburg aus zukam, erhellt daraus, daß alle an ihn abgehenden Briefe eröffnet und ihr vorge-

legt werden mußten, und mit welcher großen Sorgsamkeit darüber gehalten wurde, mag folgende Anekdote beweisen:

Der Oberst Bibikof, Adjutant der Kaiserin, aber auch zugleich ein von dem Großfürsten durch Vertrauen und Wohlwollen besonders ausgezeichnetes Offizier, vertrauter Freund des Grafen Pavin, und ihm ganz ergeben, wohl wissend, wie alle an den Großfürsten abgehenden Briefe behandelt wurden, suchte es immer dahin einzuleiten, daß die an denselben abgeschickten Kouriere aus den Offizieren seines Regiments genommen wurden, wozu er jedesmal diejenigen auswählte, auf welche er sich ganz verlassen konnte. Dies war der einzige Ausweg, um mit dem Großfürsten und seinem Gefolge eine vertrauliche Korrespondenz zu unterhalten. Bibikofs Benehmen erregte endlich Verdacht und man wartete daher ab, bis ein dessen besonderes Vertrauen genießender Offizier von seinem Regiment an den Großfürsten abgeschickt wurde. Es wurde bemerkt, daß sich dieser Offizier vor der Abreise einige Stunden in dem Hause des Grafen von Pavin aufhielt, und man ließ ihn dann ohne allen Anstand seine Kourierreise antreten. Der Gouverneur von Riga hatte aber bereits den Befehl, ihn bei seiner Ankunft durchsuchen zu lassen, und ihm Bibikofs Briefe abzunehmen und nach Petersburg einzuschicken. Sowie diese der Kaiserin vorgelegt wurden, erging der Befehl den Oberst festzusetzen, und in die Festung

zu bringen. Bibikofs Verbrechen bestand vorzüglich in einem Schreiben an den Fürsten Kurakin, worin von zwei Parteien die Rede ist, welche sich das Gleichgewicht halten, und worüber man lachen könnte, wenn nicht das Vaterland darunter litte; ferner in dem Beisatz: man könne sich nur der Hoffnung einer bessern Zukunft überlassen, und endlich in der Bitte, dem Großfürsten und seiner Gemahlin zu versichern, er sey zu jeder Stunde bereit, sein Blut für sie zu vergießen.

Bibikof, hierüber befragt, versicherte, unter den beiden Parteien habe er Potemkin und Lanskoy, und unter der bessern Zukunft den Zeitpunkt verstanden, wo die Kaiserin den Fürsten Potemkin von sich entfernen werde. Dieser Erklärung ungeachtet verlor er seine Adjutantenstelle und sein Regiment, und wurde nach Astrachan unter dem Befehl eines Obersten geschickt; der als Courier abgeschickte Offizier aber, ein geborner Wäpplinggarber, und von der Großfürstin protegirt, gab unter der Anute seinen Geist auf, weil Bibikof in seinem Brief sich auf dessen mündliche Ausrichtungen bezogen hatte, und man sich vergeblich bemühte, ihn zu einem Geständnisse zu bringen.

Achter Abschnitt.

Rußland und die Pforte.

Unter allen Plänen, welche Katharinens großer Geist entwarf, war wohl keiner riesenhafter als jener der Vertreibung der Osmanen aus Europa und der Gründung eines griechisch-orientalischen Kaiserthums auf den Trümmern ihrer Besitzungen.

Ob dieser Plan ein Vermächtniß Peters des Großen war, ob er zuerst vom Feldmarschall von Münch entworfen und Katharinen vorgelegt wurde, oder ob er dieser Monarchin selbst sein Daseyn zu verdanken hatte, kann dahin gestellt bleiben; daß er aber wirklich bestand, daß er ein steter Gegenstand der Wünsche und des Strebens der Kaiserin war, daß sie dessen Gelingen durch alle ihrer Macht und Politik zu Gebote stehenden Mittel zu sichern suchte, daß sie den Werth der bestehenden und abzuschließenden Bündnisse vorzüglich nach dem Beistand abwog, der ihr dadurch in Ausführung desselben zu Theil werden konnte — unterliegt keinem Zweifel. Der Erfolg ihrer bisherigen Unternehmungen, die sichtbare und zunehmende

Schwäche der Pforte, der National- und Religionshaß der Russen gegen die Türken, die übereinstimmenden Gesinnungen und der öffentliche Beifall von Staatsmännern und Gelehrten ermunterten und bestärkten Katharinen in ihrem Vorhaben. Von jenen hatte Herzberg schon bei der ersten Theilung Polens den Vorschlag gemacht, das griechische Kaiserthum unter der Garantie der großen Mächte herzustellen; unter die Gelehrten, welche Katharinens Plan hoch anpriesen und ihr für dessen Ausführung im Voraus die Krone der Unsterblichkeit verhiessen, gehören vorzüglich: Voltaire und Choiseul Gouffier. Mehr jedoch als durch jede andere Betrachtung mochte sich die Kaiserin zur Ausführung jenes großen Plans durch ihre eigene Ruhmbegierde und durch die ihrer Eitelkeit schmeichelnde Aussicht, die Wiederherstellerin des orientalischen Kaiserthums zu werden, hingezogen fühlen. Sie wollte zwei ihrer Enkel als Kaiser auf den Thronen großer und mächtiger, von ihr begründeter und erweiterter Reiche zurücklassen; Alexander sollte das russische, Konstantin das griechische Kaiserthum erhalten, und die Verbindung beider Brüder Russlands Uebergewicht in Europa und Asien sichern und mehren.

Nach und nach wurde der Kaiserin anfänglich geheim gehaltener Plan bekannt, vorzüglich bei der

Geburt ihres Enkels Konstantins; und Katharine schien eben sowohl auf die Sorglosigkeit und Schwäche der Türken, als auf die aus Gefälligkeit, aus Interesse oder aus Achtung für Rußlands Macht zu erzielende Beistimmung der übrigen Monarchen Europa's zu zählen.

Außer den bekannten zum Theil in Dohms Denkwürdigkeiten angeführten Thatsachen, welche Katharinens Vorhaben kund gaben, dürften noch ein paar andere der Erwähnung werth seyn, da sie merkwürdig genug scheinen, um gekannt zu werden.

Im Jahre 1780 ließ Katharine eine Medaille schlagen, auf welcher ein Blitzstrahl die große Moschee zu Konstantinopel zerschmettert, und dem Titel der Kaiserin beigefügt ward: *propugnatrix fidei*. — Gleich bei der Geburt des Prinzen Konstantin wurde eine andere Medaille geschlagen, jedoch bald zurückgenommen, auf deren einen Seite sich die Wäpste der Kaiserin, und auf der andern ein kleiner aufgehender Stern, in der Mitte Rußland mit dem Kind, zwischen der Hoffnung, welche auf den Stern hindeutet, und der Religion, im Hintergrunde aber die Sophienkirche zu Konstantinopel abgebildet sind. Unten ist der Tag der Geburt des Prinzen, und oben in russischer Sprache ein Motto angebracht, welches so viel sagen will als: die Verbindung von Dreien. Der Kaiserin Absicht auf die europäischen Besitzungen der

Pfote ergibt sich insbesondere aus einer im Jahr 1783 verfaßten, wenn gleich nicht öffentlich erschienenen Karte, welche Katharine einem von ihr selbst für den Unterricht ihrer Enkel unter dem Titel: Fortsetzung der Grundsätze der Studien, verfaßten Werk in russischer Sprache beifügte. Unterhalb der Karte rechts siehet man ein Piedestal, welches mit dem russischen, von Lorbeeren umgebenen Wappen geziert ist, und auf dem die Worte: Griechenland und der Archipel zu lesen sind. Ein zur Seite des Piedestals aufrecht stehender Genius stützt mit der rechten Hand den russischen Wappenschild, und hält in seiner Linken einen Pfeil, Pferdeschweife, Fahnen mit dem Halbmond und andere Trophäen; in der Ferne ist ein russisches Schiff abgebildet, wie es ein türkisches in den Grund bohrt. Die Art, wie die auf der Karte dargestellten Länder durch Farben bezeichnet wurden, scheint anzuzeigen, welche derselben, das neugriechische Kaiserthum bilden sollten. Die Karte selbst fängt nordwestlich bei dem Gebiet von Ragusa an, und ist nördlich durch eine Linie vom venetianischen Meerbusen durch Scopia, Sophla, Philippopolis, Adrianopel bis an das schwarze Meer begränzt. Von dieser Linie bis an die südliche Spitze von Morea ist die Karte gelb illuminirt: die nämliche Farbe haben auch die ionischen Inseln, jene des Archipels, mit Einschluß von Mytilene und Samos, wenn gleich diese

letzten beiden von den Geographen zu Asien gerechnet werden. Gegen Abend sieht man einen kleinen Theil von Neapel und Sizilien grün bezeichnet; gegen Morgen einen Theil von Natolien, begränzt durch eine andere Linie, welche ein wenig nördlich von Pendarasthi (ehemals Heraklea) anfängt und in dem Meerbusen von Syrien endigt. Dieser Theil von Kleinasien und die an dessen Küste befindlichen Inseln sind roth illuminirt, desgleichen Candia, Lemnos und drei andere in dessen Nähe liegende kleine Inseln. „Die Karte“ — schrieb Herzberg an Gbrg, der solche dem Ministerium beschrieben hatte — „gilt uns so viel als die „Kenntniß des Theilungs-Vertrags.“

So weit aussehend waren Katharinens Pläne, daß sie mit Kaiser Josephs Hülfe in Europa zwei große Kaiserreiche, das orientalische und das occidentalische, errichten wollte. „Die Kaiserin“ — sagte dieser bei seinem Aufenthalte in Petersburg dem Großfürsten — „hat große Projekte; sie will mir Rom überlassen und „Konstantinopel für sich nehmen, um die alten Kaiserthümer des Orients und des Occidents wieder herzustellen; dieß wäre sehr gut, wenn wir allein Herr „auf dieser Welt wären.“

Seit dem Frieden von Rutschuk Rainardgi war Katharine mit den Mitteln zur Ausführung ihres großen Planes vorzüglich beschäftigt.

Rußland hatte zwar durch diesen Frieden der

Pforte ganz Bessarabien, die Städte Akierman, Kilia, Ismael und die Feste Bender nebst der Moldau und Wallachei und den in Besitz genommenen Inseln im Archipel zurückgegeben, allein die Festung Kinburn am Ausfluß des Dniepers, mit einem gut gelegenen Landstrich, die Stadt Asow mit dem dazu gehörigen Gebiete, die große und kleine Kabardei war Rußland geblieben. Was daher dieses Reich gegen Westen der Pforte zurück gab, ward durch die vortheilhafteste Ausdehnung seines Gebiets gegen Osten hin reichlich ersetzt. Meister der Ausflüsse des Dniepers in das schwarze und des Dons in das asowsche Meer, befugt innerhalb der neuen Gränze, wo es für gut erachtet ward, Festungen und Niederlassungen zu begründen, wurde dadurch Rußlands Schifffahrt und Handel auf dem schwarzen Meer noch besser als durch die ausdrücklichen Bedingungen des Traktats gesichert. Auch umzingelten diese neuen Erwerbungen Rußlands einen Theil der östlichen Gränze der türkischen Staaten und versetzten die russische Macht in die Nachbarschaft kriegerischer, die Oberherrschaft der Pforte nur mit Widerwillen ertragender Völker und Fürsten Asiens und des auf die Pforte stets eifersüchtigen persischen Reichs.

Sehr klug benutzte Katharine diese Vortheile. Kerson ward durch sie begründet, der Schiffsbau am schwarzen Meere mit großem Eifer und Aufwand be-

trieben, und bald bedeckten nicht nur russische Handelschiffe, sondern auch Kriegsschiffe jenes Meer. In Georgien knüpfte Katharine mit dem Fürsten Geraklius von Kartalinien und Kachet, und mit dem Sultan Salomon von Imirette Verbindungen an, wußte von ihnen die Aufnahme russischer Truppen zu erhalten, versicherte sich ihres Beistandes gegen die Türken, und endigte damit, daß sie beide bezog, sich freiwillig dem russischen Scepter zu unterwerfen. Dafür wurden sie durch russische Orden und Uniformen gelohnt, auch mit reichen Kronen von Gold und Edelsteinen für die von den Vorfahren ererbten Zeichen ihrer Würde und Unabhängigkeit, worauf sie verzichteten, beschenkt.

Persiens nördliche Gränzen waren von den Tataren des Kaukasus und Dagestan bewohnt, einer unruhigen und raublustigen Nation, die von jeher an der russischen Gränze, insbesondere gegen die Karavannen von Astracan Unordnungen begangen hat. Seit dem Tod des Kerim Chan, wo Persien allen Gräueln einer gänzlichen Anarchie Preis gegeben war, wagten jene Völker häufigere Einfälle in das russische Gebiet.

Nach der Meinung aller, der Lokalisirten künftigen Militär-Personen würde ein Corps von 2 bis 4000 Mann hinreichend haben, diese Räuber im Zaum zu halten; man fand aber für gut, eine ganze Ar-

mee gegen sie zu schicken, die nöthigen Falls im Stande gewesen wäre, ganz Persien zu erobern. Die Veranlassung dazu war folgende:

Die Professoren Gmelin und Pallas, vor einigen Jahren beauftragt, den physischen und politischen Zustand der am kaspischen Meer gelegenen Provinzen zu untersuchen, glaubten wichtige Bemerkungen über die Möglichkeit einer Verbesserung jenes Zustandes gemacht zu haben, und legten solche der Regierung vor. Pallas insbesondere, ein gewandter und geschickter Mann, entwarf aus diesen Bemerkungen einen Plan, worin er unter Anderm dardruth, daß, weil die erwähnten Tataren genöthigt seyen, mehrere Gegenstände des ersten Bedürfnisses wie z. B., Salz, aus Rußland zu beziehen, und solche bisher sich durch Einfälle mit bewaffneter Hand verschafften, es gut wäre, in jenen Gegenden Militärkolonien zu errichten, theils um sich gegen derlei Einfälle zu schützen, theils um die Naturprodukte jener Länder zu kultiviren oder zu benützen, und die Tataren durch ihre eigenen Bedürfnisse zu einem friedfertigen Benehmen zu zwingen; es sey jedoch nothwendig, die Ansiedlungen dieser Kolonie, ehe sie zu einem gewissen Bestand gelangt seyen, durch ein zahlreiches Truppenkorps zu decken, welches im Stande sey, den ganzen Lauf des Flusses Tersek, welcher von dieser Seite die Gränze ausmacht, zu vertheidigen. Nun glaubte man die

Ueber-

Ueberzeugung erlangt zu haben, daß die zur Sicherung der Gränze verwendeten Truppen für den angeführten Zweck nicht genügten, wenn gleich das Beispiel des Generals Medem, der während eines mehrjährigen Krieges mit weniger als 4000 Mann diese Tataren im Zaum gehalten hatte, das Gegentheil bewies. Aber nach den Behauptungen unterrichteter Personen fanden die russischen Kommandirenden, wohl wie jenem General nachfolgenden, ihrem Interesse angemessener, die Einfälle dieser Wildscharen zuzulassen und mit ihnen zu unterhandeln, als solche durch Gewalt zu verhindern.

Herr Potemkin, dem als General-Spenderneer von Astrachan Pallas sehr Project vorlegte, bewirkte, daß die Kaiserin die unnütze und kostspielige Maßregel genehmigte, in jener Gegend eine zahlreiche Armee zu unterhalten. Dieß geschah ohne alle Mitwirkung des Ministeriums, welches (dabei) nicht anders als durch öffentliche Nachrichten unterrichtet wurde.

Außer dieser Maßregel schlug Pallas auch noch vor, eine kleine Flottille an die westlichen Küsten des kaspischen Meeres abzuschießen, um einen Stapelplatz für den russischen Handel mit Persien aufzusuchen. Auch diese Maßregel erhielt die Genehmigung der Kaiserin. Bald zeigte der die Flottille kommandirende Offizier an, daß er zu Astrabath, südöstlich am kaspischen Meer, an's Land gegangen sey, und die

Demüthigung erhalten habe, dort ein Fort zu erröthen und eine Besatzung hinein zu legen.

Man wollte dem Fürsten Potemkin die Absicht heimessen, die von Pallas vorgeschlagene Massregel zu dem Zwecke begünstigt zu haben, um den Handel auf dem kaspiischen Meere für eigene Rechnung zu betreiben und sich das Monopol desselben zu verschaffen. Dem sey aber, wie ihm wolle, so erschien doch der Unterhalt einer grossen Armee in jenen Gegenden, wenn man nicht den Beweggrund davon in grössern Mäassen aufsuchte, um so unüberlegten, als dadurch jährlich ein beträchtlicher Aufwand, und wegen des ungesunden Klima's, ein grosser Verlust an Mannschaft verursacht wurde.

Katharina benutzte aber ihre dort aufgestellte Mannschaft nicht nur zur Beförderung des Handels nach Persien und nach dem übrigen Orient, sondern auch zur Begründung ihrer Oberherrschaft über das kaspiische Meer, an dessen westlichem Ufer sie sich während der, nach dem Tod des Persim Schahs, entstandenen inneren Unruhen festsetzte, um dem Abul-Fazl-Schan zu Erlangung des persischen Throns zu verhelfen.

Dankbar dafür machte der neue Schah bald darauf die schon lange obdauenden Gränzstrittigkeiten mit der Pforte wieder rege, und begünstigte Rußlands geheime Absichten gegen die Türken. So bedrohte Katharine die osmanischen Staaten von einer

Seite, wo man solche am meisten gesichert glauben konnte, und erregte der Pforte Feinde unter ihren Glaubensgenossen, von denen sie vielmehr Beistand erwarten durfte.

Auf einer andern Seite knüpfte Katharine geheime Verbindungen mit den Montenegrinern, den Albanesen und im ganzen Archipel an; in allen diesen Ländern verbreitete und unterhielt sie mit großem Aufwand Konsuln und Emissäre.

Unter den europäischen Mächten war zur Ausführung ihres großen Plans vorzüglich Oesterreichs Beihülfe nöthig; daher errichtete Katharine, wie wir an seinem Orte sehen werden, mit dem Kaiser Joseph ein enges Bündniß, und opferte demselben die frühere Verbindung mit Preußen auf. Wie nahe die Kaiserin daran war gegen den Rath ihrer Minister, um des nämlichen Endzweckes willen, eine Allianz mit England zu schließen und dadurch sich in einen Krieg mit Frankreich und Spanien verwickelt zu sehen, wird unten erzählt werden; zwar durfte sie unter den damaligen Umständen von England einen thätigen Beistand nicht erwarten, aber sie hatte doch von dieser Seite auch keine Hindernisse zu besorgen; denn England, schon länger nach einer Allianz mit Rußland trachtend, erblickte in dem Vorhaben Katharins und der durch dessen Ausführung bewirkten Umgestaltung des politischen Systems Europa's die Aussicht, auf die

seinem Interesse sehr zusagende Erwerbung der Inseln des Archipels.

Mit Dänemark seit Jahren enge verbündet, war der Kaiserin, um eine Flotte nach dem mittelländischen Meere auslaufen zu lassen, noch ein Einverständniß mit Schweden nöthig, und auch dieses zu Stande zu bringen, war ihr, wiewohl vergebliches, Bestreben; nicht glücklicher waren der Kaiserin Unterhandlungen an den Höfen von Versailles und Madrid, um deren Einwendungen gegen das Erscheinen einer russischen Flotte im mittelländischen Meere zu besichtigen. Die Möglichkeit, daß diese in den Fall kommen könnte, in den Hafen von Lissabon einlaufen zu müssen, bewog Katharine mit Portugal diplomatische Verhandlungen anzuknüpfen und einen Gesandten dort zu akkreditiren.

Weiter noch gingen der Kaiserin Absichten mit den türkischen Staaten, denn sie strebte nach dem Besitz eines Hafens im mittelländischen Meer. Zuerst wurde bei der Republik Genua wegen dem Hafen Gethia unterhandelt, der gewünschte Zweck aber durch Frankreich vereitelt. Venedig schon früher einmal (1681 und 1682) mit dem Papst, Oesterreich, Frankreich und Spanien zum großen Bündniß gegen die Türken berufen, war auch jetzt von Rußland und Oesterreich außersehen, an der Ausführung des gegen die Flotte entworfenen Plans Theil zu nehmen, zeigte

sich aber nicht sehr geneigt, dieser Aufforderung zu entsprechen; der Turiner Hof aber wies solche ganz von sich. Es beruhte daher Katharinens Hoffnung, einen Hafen im mittelländischen Meere zu erlangen, vorzüglich noch auf den Unterhandlungen mit dem Hofe von Neapel, dessen Minister dem Kaiser Joseph, als dem Bruder ihrer Königin, ganz ergeben waren.

Diese Unterhandlungen waren theils wirklich schon eingeleitet, theils beschlossen, als Ereignisse in der Krim Katharinen einen erwünschten, vielleicht durch sie selbst in Geheim herbeigeführten Anlaß gaben, den ersten ernstlichen Schritt zur Ausführung des großen Plans zu unternehmen.

Die durch den dritten Artikel des Friedens von Kutschuk Kainardgi festgesetzte Unabhängigkeit der Tataren der Krim, des Kubans und der Insel Tama entzog der Pforte weit ausgedehnte, am schwarzen Meer gelegene Landstriche und die Oberherrschaft über zahlreiche und kriegerische Völkerschaften, welche bisher einen Wall für die nördlichen Gränzen des osmanischen Reichs und in dessen Kriegen den rechten Flügel des Hauptheeres mit 100,000 Mann bildeten. Dieser Verlust wurde noch empfindlicher und folgenreicher dadurch, daß Rußland in der Krim die Festungen Kertsch und Jenikale erwarb, und von diesen zwei wichtigen Punkten aus durch Unterhandlungen oder durch Gewalt auf die Tataren einwirken

konnte. Die Nachtheile dieser Stipulationen waren für die Pforte so unverkennbar, daß diese sich derselben zu entziehen wünschte, und daher im Jahr 1778 verschiedene Anstände über die Auslegung einiger Friedens-Artikel erregte, um deren Vollzug wenigstens zum Theil zu vermeiden. Es gelang ihr selbst durch geheime Intriguen im genannten Jahre zu bewirken, daß der Tatar-Chan der Krimm, Sahim Gerai, ein Anhänger des russischen Hofes, verjagt und statt dessen ein anderer der Pforte ergebener Chan gewählt wurde. Mit der Gewalt der Waffen setzte Rußland den vertriebenen Chan wieder in seine Stelle ein, und sicherte sich dadurch dessen Dankbarkeit und Ergebenheit. Solches erheischte Katharinens Politik, um das Haupt jener Völkerschaften vorerst in ihr Interesse zu ziehen, und dann, so wie es möglich wurde, vom russischen Reich abhängig zu machen, denn durch jene Länder ging der nächste und leichteste Weg nach Konstantinopel.

Frankreichs Vermittlung verhütete den nahen Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und der Pforte und bewirkte die Konvention von 1779, welche die wenigen, dem Großsultan besonders als Kalifen über seine Glaubensgenossen in der Krimm und im Kuban früher belassenen Rechte genauer bestimmte und — noch mehr beschränkte. Im nämlichen Verhältniß wie der Einfluß der Pforte auf diese Völkerschaften ver-

mindert wurde, mußte nothwendig jener von Rußland vermehrt werden, welches in dem Lande festen Fuß gefaßt und den Chan zum Anhänger hatte.

Sahim Geraf hatte von Petersburg, wo er früher des Tatar-Chans Gesandter war, in seine Steppen Vorliebe zu verfeinerten Sitten so wie die Bedürfnisse und Genüsse des Luxus gebildeter Nationen zurück gebracht, er hatte aber auch während seines Aufenthalts in der Hauptstadt des russischen Reichs die Vortheile und Wohlthaten der Civilisation kennen gelernt. Als ein lebensfroher Mann von ruhiger und sanfter Gemüthsart wollte er jener Genüsse sich freuen und diese Vortheile seinen Völkern verschaffen.

Daher nahm er viele Europäer in seine Residenz und in sein Gefolge auf; seinen Palast ließ er nach europäischer Art einrichten und verzieren; seine Küche wurde durch einen russischen Koch besorgt und seine Speisen in Silber aufgetischt. Anstatt wie seine Vorfahren in Begleitung seiner Mursen sich zu Pferde zu zeigen, sah man ihn in einer prächtigen, mit sechs Pferden bespannten Berline fahren, und seine Bedienung in Livree.

Aus seinen ungerichteten Horden zog er hinlängliche Mannschaft, um vier reguläre Regimenter zu errichten, welche alle zu Pferde dienten, und auf europäische Art gerüstet, exercirt und gekleidet waren; diese bildeten seine Leibgarde, unter der Benennung Beschlis.

Eine Kompagnie Artilleristen, Topfchis, wurde in allen Kriegszübungen durch europäische Offiziere in russischer Sprache unterrichtet, und durch Erbauung einer großen Fregatte machte er den Anfang zum Schiffsbau. Er ordnete die Volkszählung an, und ließ von seinen Unterthanen Kopfgeld, jedoch mit Berücksichtigung ihrer Vermögensumstände, erheben; aus den alten tatarischen Münzen wurde in der neu angelegten Münzstätte Silber- und Kupfergeld nach russischem Gehalt geprägt; in den Schulen lehrte man europäische Sprachen, besonders die russische u. s. w.

Solche Neuerungen mißfielen den rohen, an der alten Sitte der Väter hängenden Tataren; mehr noch die dadurch kund gegebene Vorliebe für die Russen, welche sie seit Jahrhunderten als ihre Feinde betrachteten. Am meisten Mißvergnügen erregte es, als der Chan, seine Würde vergessend, um einen russischen Militärcharakter nachsuchte, und jenen eines Oberstlieutenants der Preobaschinskischen Leibgarde erhielt, in deren Uniform, mit dem St. Annen-Orden geziert, er sich seinem betroffenen Volk zeigte.

Im Mai 1782 brachen die ersten Unruhen aus, und der Chan sah sich genöthiget, mit dem bei ihm befindlichen russischen Minister nach Taganrog zu flüchten. Nicht nur die Tataren des Kubans, sondern beinahe die ganze Nation, wenigstens sechs oder

sieben ihrer stärksten Horden, waren im offenbaren Aufstand gegen ihren Beherrscher.

So wie die Nachricht hievon in Petersburg anlangte, wurden sogleich große Rüstungen veranstaltet; mehrere Regimenter auf den Marsch nach der Krimm beordert, und deren Anzahl bald vermehrt; die Kaiserin ernannte den Generallieutenant Grafen von Balmain zum Befehlshaber gegen die Kubanischen Tataren, und General Suwarow sollte als solcher gegen die Tataren der Krimm kommandiren.

Unerachtet man argwöhnte, die Pforte habe an den Unruhen in der Krimm geheimen Antheil, so wurde doch ein Kourier nach Konstantinopel abgefertigt, um sich mit dem Divan deshalb zu benehmen, und ihn aufzufordern, gemeinschaftlich mit Rußland zur Wiederherstellung der Ordnung und Unterstützung des Chans gegen seine rebellischen Unterthanen mitzuwirken.

Gleich in der ersten Konferenz des russischen Gesandten Bulgakof mit dem Reis-Effendi erklärte dieser: die Pforte nehme an den Vorfällen in der Krimm keinen Theil, sie schmeichle sich aber auch die Kaiserin werde sich mit solchen nicht befassen; denn die Beschwerden der Tataren gegen ihren Chan rühren daher, weil dieser ihre bürgerlichen und religiösen Gesetze verletzt habe, und die Kaiserin könne sich vermög des Friedensschlusses in nichts mischen, was

die innere Verfassung der Tataren und ihrer Religionsangelegenheiten betreffe; die Pforte werde es gleichfalls unterlassen.

Mit dieser Erklärung war die Kaiserin, welche den Chan als ihre Kreatur und als ein blindes Werkzeug ihrer weitaussehenden Pläne ansah, nicht zufrieden. Im Kabinet aber herrschten zweierlei Ansichten, einige riethen den Weg der Güte, andere gewaltsame Maßregeln an; Potemkin war dieser letztern Meinung, und sie blieb die überwiegende.

Inzwischen waren die Tataren zur Wahl eines neuen Chans geschritten, und man erhielt in Petersburg Nachricht, daß sie eine Deputation an die Kaiserin abzusenden im Begriffe ständen, um derselben die Eröffnung davon zu machen und sich ihre Beistimmung zu erbitten. Sogleich ging durch Kouriere die Erklärung ab, die Kaiserin werde die Deputation nicht annehmen, sondern es solle vielmehr solche an den Gränzen zurückgewiesen und ihr bedeutet werden, die Kaiserin verlange die Wiedereinsetzung des alten Chans, den sie mit ihrer ganzen Macht zu unterstützen entschlossen sey. Potemkin selbst äußerte sich: es würde gegen die Ehre der Kaiserin und des Reichs laufen, wenn Sahim Geraï seinem Schicksal überlassen werden sollte.

Daraus folgerte man, die Kaiserin sey nicht nur entschlossen, den Chan zu unterstützen, sondern auch die Ereignisse in der Krimm zu benützen, um die Ausfüh-

rung ihres Lieblingsplans zu beschleunigen, und zu dem Ende die Pforte dahin zu bringen, mit ihr zu brechen.

Es war daher natürlich, daß sich die Kaiserin über diese Vorfälle mit dem Kaiser Joseph in's Benehmen setzte, um zu erfahren, was er zu thun gedente, wenn es wirklich zum Bruch mit der Pforte kommen sollte.

Dieser versicherte in einem eigenhändigen Schreiben der Kaiserin seine unwandelbare Freundschaft, aufrichtige Ergebenheit und Bereitwilligkeit, in allen Gelegenheiten in Uebereinstimmung mit ihr zu handeln, und ihr in Ausführung ihrer Plane beizustehen, hinzufügend: sie möge ihn als einen ihrer Generale ansehen, der stets bereit sey, ihren Feinden entgegen zu rücken.

Gegen das, was sonst üblich war, erhielt Graf Cobenzl kein Schreiben vom Kaiser, sondern nur ein Billet vom Kabinettssekretär, in welchem als Ursache davon eine Unpäßlichkeit des Monarchen angeführt und zugleich bemerkt ward, es sey ein besonderes Schreiben um so weniger nöthig, als des Grafen Instruktion ihn ohnehin anweise, alle Anlässe zu benützen, um die zwischen beiden Höfen bestehende Freundschaft zu befestigen.

Aber durch den nämlichen Kourier erließ der Fürst Kaunitz eine sehr lange und sehr wichtige Depesche an den Grafen, welche ganz mit des Kaisers Schreiben im Widerspruch stand. Darin ward gesagt: „nachdem

„die Verbindung der beiden Kaiserthümer ruckbar gewor-
 „den sey und ganz Europa denselben ehrgeizige Plane
 „beimeffe, so sehe er sich bewogen, darüber eine umfas-
 „sende Erklärung abzugeben, und der Graf habe das,
 „was er nun sagen werde, als die wahren und unver-
 „änderlichen Grundsätze seines Hofes zu betrachten.
 „Oesterreichs Verbindung mit Frankreich sey als das
 „vortheilhafteste System anerkannt, man habe sich bei
 „demselben immer gut befunden, der Kaiser selbst habe
 „sich von dessen Nutzen überzeugt; wenn daher dieser
 „Rußlands Freundschaft und selbst die Allianz mit die-
 „ser Macht vielleicht aus Absichten wünsche, die ihm
 „(Kaunitz) unbekannt seyen, so werde er doch
 „nie das gegenwärtige System zum Opfer
 „bringen, welches geschehen müßte, wenn sich Oester-
 „reich in die weitaussehenden Projekte der Kaiserin
 „einlassen wollte; Projekte, die selbst dem Interesse
 „Rußlands entgegen seyen und Europa in eine ganz-
 „liche Verwirrung bringen würden, da es ohne solche
 „nicht möglich sey, das türkische Reich zu zerstören
 „und ein orientalisches Kaiserthum zu errichten; er
 „bemerke ihn (Cobenzl), daß der Kaiser das Interesse
 „seiner Staaten zu gut kenne, um sich in Projekte
 „einzulassen, welche eben so gefährlich für sie als
 „unverträglich mit dem gegenwärtigen System und
 „der Ruhe Europa's seyen; er zweifle zwar nicht, es
 „werde dem Kaiser gelingen, die Kaiserin davon abzu-

„halten, sollte es aber auch nicht seyn, so werde er
 „sich doch gewiß nie weiter einlassen, als das wahre
 „Interesse seines Reichs ihm gestatte; nach vierzig-
 „jährigen, dem Staat zu dessen Nutzen und zur Zu-
 „friedenheit des Kaisers selbst geleisteten Diensten,
 „glaube er erwarten zu dürfen, daß man ihm (Kau-
 „mitz) Gehör schenken und sich nicht von Grundsätzen
 „entfernen werde, die er als die einzigen betrachte,
 „welche dem Wohl der Monarchie angemessen seyen;
 „daher trage er, als Minister und als Freund dem
 „Grafen auf, in seinem Benehmen, in seinen Aeuße-
 „rungen, in Allem, was er mit den russischen Mi-
 „nistern über diesen Gegenstand zu verhandeln haben
 „dürfte, mit größter Umsicht zu Werke zu gehen,
 „und sich nichts zu erlauben, was dieselben
 „zu dem Glauben berechtigen könnte, Oester-
 „reich habe sich in die Pläne der Kaiserin
 „hineinziehen lassen.“

Man denke sich Cobenzls Verlegenheit über den
 Widerspruch in dem Schreiben seines Monarchen an die
 Kaiserin und in der Instruktion des Ministers! Ihm
 selbst, so wie den Wenigen, denen es gelang, diese wichti-
 gen, sich so ganz widersprechenden diplomatischen Akten-
 stücke zu lesen — und darunter waren Ritter Harris
 und Graf Görz — mußte sich nothwendig der Ge-
 danke aufdringen, entweder seyen der Kaiser und sein
 alter Minister mit einander im Widerspruch oder

beide einverstanden, um nach Umständen handeln zu können.

Bald erhielt jedoch die erstere Meinung durch die Ankunft eines andern Kouriers die Oberhand, welcher ganz bestimmte, den Wünschen der Kaiserin entsprechende Versicherungen mit sich brachte, und seit dessen Eintreffen der Fürst Potemkin und Graf Cobenzl beinahe unausgesetzt Konferenzen hielten.

Nun ordnete die Kaiserin so große Rüstungen an, daß es augenscheinlich war, sie fänden nicht um der Tataren willen statt, sondern es liegen denselben feindselige Absichten gegen die Pforte zu Grunde. Man sprach auch damals schon davon, es sey der Plan, die Tataren ganz auszurotten, oder sie in die entferntesten Gegenden Sibiriens zu versetzen, und die Krimm mit Rußland zu vereinigen.

Zur nämlichen Zeit reiste Fürst Potemkin nach Kerson ab, und da dieses in der ungünstigsten Jahreszeit, bei ganz grundlosen Straßen, und während der Todeskrankheit seiner Lieblings-Nichte geschah, da man wußte, daß die Kaiserin auf seiner schleunigen Abreise bestanden, und die letzte Tage vor derselben, ja nur ein paar Stunden vorher, geheime und lange andauernde Unterredungen mit ihm gehabt habe, so war es natürlich, daß man bei dieser Reise einen wichtigen und geheimen Endzweck vermuthete. Potemkin aber versicherte, er unternehme solche nur um sein Gouver-

nement zu besichtigen, und er werde in 29 Tagen zurück seyn; allerdings versammelten sich Truppen in der Ukraine, aber außer dem Tatar-Chan und den krimmischen Tataren werde sich Niemand dadurch beunruhigt finden. Man brachte indeffen in Erfahrung, daß Fürst Potemkin, kaum wenige Tage vor seiner Abreise, gegen einige Vertraute von der Belagerung Dschatows als einer möglichen Sache gesprochen, demjenigen aber, der darauf bemerkte, daß folglich ein Krieg mit den Türken beschlossen scheine, erwiedert habe: o nein! dieß folgt keineswegs daraus, denn Dschatow liegt im Gebiet der krimmischen Tataren, und die Türken können nichts dagegen haben, wenn wir uns dieses Places bemächtigen. Allgemein war aber die Meinung, man werde mit den Tataren anfangen, um mit den Türken endigen zu können.

Die Kaiserin selbst suchte jedoch dem heimliche allgemeyn verbreiteten Gerücht von einem bevorstehenden Krieg den Glauben zu benehmen, indem sie unter Andem an öffentlicher Tafel sagte: man glaube in der Stadt, der Krieg sey unvermeidlich, ihre Meinung sey aber, man müsse sich zum Kriege rüsten, um den Feinden beizubehalten.

Wirklich kam auch Fürst Potemkin am Ende Oktobers wieder nach Petersburg zurück, und sogleich wurde ein Courier nach Wien abgeschickt, um den Kaiser von der gegenwärtigen Lage der Angelegenheiten in

der Krimm in Kenntniß zu setzen, und zu erfahren, was derselbe nun für Rußland zu thun gedenke.

Inzwischen hatten die russischen Truppen die Linie von Perekop passirt und unter deren Schutz war der Chan Sahim Gerai wieder in seine Staaten zurückgekommen.

Von Konstantinopel erhielt man ungefähr zur nämlichen Zeit durch den Gesandten Bulgakof die Bestätigung der friedlichen Gesinnungen des Sultans und seines Divans, welche, so viel es von ihnen abhinge, den Frieden beizubehalten wünschten und sich geneigt erklärten, Rußland die Angelegenheiten der Krimm allein zu überlassen, daß jedoch die Uemas und der Pbel ganz andere Gesinnungen hegten, und es leicht geschehen könnte, daß durch sie der Großherr und der Divan zum Krieg gezwungen würden, sonderlich wenn in der Religion oder der Regierung jenes Landes irgend Veränderungen vorgenommen werden sollten. Uebrigens berichtete Bulgakof, daß nach Allem, was er habe in Erfahrung bringen können, der französische Gesandte die Pforte in ihren friedlichen Gesinnungen bestärke, und sie zu vermindern suche, sich mit den Angelegenheiten der Krimm nicht zu befassen.

Dieses bestätigten die einige Wochen später von Bulgakof eingelaufenen Nachrichten. Da die Depesche an den Vizekanzler adressirt war, und dieser solche offnete, erhielt er die erste Kenntniß von den Notizen, welche

welche Bulgakof aus Auftrag der Kaiserin und der österreichische Inter-Muntius im Namen seines Monarchen übergeben hatten, und wovon früher weder er, noch Jemand von seinem Ministerium Kenntniß hatte. Der Gesandte versicherte, die Pforte sey durch den hohen und drohenden Ton der Kaiserhöfse sehr betroffen und werde Alles, was nur immer möglich sey, thun, um einen Krieg mit denselben zu vermeiden. Die bald darauf erfolgte Absetzung des kriegertisch-gefinnten Großveziers bewies, wie sehr die Pforte den Frieden beizubehalten wünsche, und erregte in Petersburg sehr verschiedene Empfindungen; Fürst Potemkin verbarg gar nicht, wie unangenehm ihm die friedliche Stimmung des Divans sey.

Man glaubte dessen unerachtet so wenig an Beibehaltung des Friedens, oder stellte sich doch so, daß die Rüstungen mit verdoppeltem Eifer betrieben wurden. Sogar aus Liefand wurden unermessliche Vorräthe von Fourage und Lebensmitteln aufgekauft, und wegen deren schnellen Verführung nach den südlichen Gegenden Rußlands Anordnung getroffen; man unterhandelte mit Kaufleuten um die Mierthe von 50 Transportschiffen auf ein halbes Jahr, ohne sagen zu wollen, wohin solche bestimmt seyen; Artillerie, Fuhrwesen, Truppenabtheilungen, Offiziere vom Generalstabe, sogar die Kanzlei des Fürsten Potemkin erhielten den Befehl sich zur Armee zu begeben.

Jetzt hatten die Angelegenheiten der Krinn eine so ernste Wendung genommen, daß sie die Aufmerksamkeit der europäischen Kabinete, denen Katharinens Absicht nicht verborgen war, erregen mußten. Diese glaubten das Benehmen der Kaiserin als den Anfang zu der Ausführung ihres großen Plans betrachten zu können, weil unerachtet der Nachgiebigkeit des Divans und unerachtet der Wiedereinsetzung des Chans die Rüstungen und Truppenmärsche eifriger als vorhin fortgesetzt wurden.

Unter allen Mächten Europa's fand sich vorzüglich Frankreich durch seine Politik und durch das Interesse seines Handels aufgefordert, sich der Zertrümmerung des osmanischen Reichs zu widersetzen. Geschwächt durch den kaum beendigten Krieg, konnte aber das Cabinet von Versailles jene ernstlichen Maßregeln nicht nehmen, die es vielleicht unter günstigeren Verhältnissen ergriffen hätte, und es mußte daher durch kluge Nachgiebigkeit auf der einen und durch geschickte Unterhandlungen auf der andern Seite seinen Endzweck zu erreichen suchen.

Der erste Wunsch desselben war: die Staaten des osmanischen Reichs ungeschmälert zu erhalten und dahin richtete es zuerst sein Bestreben. In dieser Absicht wurden vor Allem Unterhandlungen mit Oesterreich und Preußen eröffnet; mit ersterem, um ihm friedliche Gefinnungen gegen die Pforte einzusößen, mit beiden,

um sie zu bewegen, gemeinschaftlich mit Frankreich die russische Kaiserin von einem feindseligen Unternehmen gegen die Pforte abzugelten. *)

Ganz anders als die französischen Diplomaten betrachtete der Kabinetminister Herzberg Rußlands und Oesterreichs Plan gegen die Pforte; freilich nahm er dabei vorzüglich das Interesse seines Hofes zum Augenmerk. In einem Schreiben an Görtz vom 28. Dezember 1782 äußert er sich in folgenden Ausdrücken: „Ich „gesehe, daß ich es als kein Unglück für uns ansehen „kann, wenn die beiden Kaiserhöfe ihr großes Projekt „gegen die Pforte ausführen, und zwar aus folgenden „Gründen. Wenn denselben ihr Unternehmen nicht „gelingt, und sie vielmehr von den Türken geschlagen „werden, wie ich von den Hülfsmitteln, der natürli- „chen Tapferkeit und dem Fanatismus dieser Nation „und von den Schwierigkeiten sie anzugreifen ermarte, „so werden beide Mächte geschwächt, ihre gegenseitige „Freundschaft wird erkalten, und Rußland um so fröh- „licher wieder zur Verbindung mit uns zurückkehren. „Gelingt es im Gegentheil dieser Macht, Griechenland „zu erobern und dort eine neue regierende Linie fest- „zusetzen, so ist zu erwarten, daß früh oder spät der

*) Flassan a. a. O. 7ter Bd. S. 376 u. f. gibt über die Unterhandlungen des französischen Hofes sehr interessante Aufschlüsse.

die innere Verfassung der Tataren und ihrer Religionsangelegenheiten betreffe; die Pforte werde es gleichfalls unterlassen.

Mit dieser Erklärung war die Kaiserin, welche den Chan als ihre Kreatur und als ein blindes Werkzeug ihrer weitaussehenden Plane ansah, nicht zufrieden. Im Kabinet aber herrschten zweierlei Ansichten, einige riethen den Weg der Güte, andere gewaltsame Maaßregeln an; Potemkin war dieser letztern Meinung, und sie blieb die überwiegende.

Inzwischen waren die Tataren zur Wahl eines neuen Chans geschritten, und man erhielt in Petersburg Nachricht, daß sie eine Deputation an die Kaiserin abzusenden im Begriffe ständen, um derselben die Eröffnung davon zu machen und sich ihre Beistimmung zu erbitten. Sogleich ging durch Kouriere die Erklärung ab, die Kaiserin werde die Deputation nicht annehmen, sondern es solle vielmehr solche an den Gränzen zurückgewiesen und ihr bedeutet werden, die Kaiserin verlange die Wiedereinsetzung des alten Chans, den sie mit ihrer ganzen Macht zu unterstützen entschlossen sey. Potemkin selbst äußerte sich: es würde gegen die Ehre der Kaiserin und des Reichs laufen, wenn Sahin Geraï seinem Schicksal überlassen werden sollte.

Daraus folgerte man, die Kaiserin sey nicht nur entschlossen, den Chan zu unterstützen, sondern auch die Ereignisse in der Krimm zu benützen, um die Ausfüh-

rung ihres Lieblingsplans zu beschleunigen, und zu dem Ende die Pforte dahin zu bringen, mit ihr zu brechen.

Es war daher natürlich, daß sich die Kaiserin über diese Vorfälle mit dem Kaiser Joseph in's Benehmen setzte, um zu erfahren, was er zu thun gedente, wenn es wirklich zum Bruch mit der Pforte kommen sollte.

Dieser versicherte in einem eigenhändigen Schreiben der Kaiserin seine unwandelbare Freundschaft, aufrichtige Ergebenheit und Bereitwilligkeit, in allen Gelegenheiten in Uebereinstimmung mit ihr zu handeln, und ihr in Ausführung ihrer Pläne beizustehen, hinzufügend: sie möge ihn als einen ihrer Generale ansehen, der stets bereit sey, ihren Feinden entgegen zu rücken.

Gegen das, was sonst üblich war, erhielt Graf Cobenzl kein Schreiben vom Kaiser, sondern nur ein Billet vom Kabinetsekretär, in welchem als Ursache davon eine Unpäßlichkeit des Monarchen angeführt und zugleich bemerkt ward, es sey ein besonderes Schreiben um so weniger nöthig, als des Grafen Instruktion ihn ohnehin anweise, alle Anlässe zu benützen, um die zwischen beiden Höfen bestehende Freundschaft zu befestigen.

Aber durch den nämlichen Kourier erließ der Fürst Kaunitz eine sehr lange und sehr wichtige Depesche an den Grafen, welche ganz mit des Kaisers Schreiben im Widerspruch stand. Darin ward gesagt: „nachdem

„die Verbindung der beiden Kaiserhöfe ruckbar gewor-
 „den sey und ganz Europa denselben ehrgeizige Plane
 „beimeffe, so sehe er sich bewogen, darüber eine umfas-
 „sende Erklärung abzugeben, und der Graf habe das,
 „was er nun sagen werde, als die wahren und unver-
 „änderlichen Grundsätze seines Hofes zu betrachten.
 „Oesterreichs Verbindung mit Frankreich sey als das
 „vortheilhafteste System anerkannt, man habe sich bei
 „demselben immer gut befunden, der Kaiser selbst habe
 „sich von dessen Nutzen überzeugt; wenn daher dieser
 „Rußlands Freundschaft und selbst die Allianz mit die-
 „ser Macht vielleicht aus Absichten wünsche, die ihm
 „(Kaunitz) unbekannt seyen, so werde er doch
 „nie das gegenwärtige System zum Opfer
 „bringen, welches geschehen müßte, wenn sich Oester-
 „reich in die weitaussehenden Projekte der Kaiserin
 „einlassen wollte; Projekte, die selbst dem Interesse
 „Rußlands entgegen seyen und Europa in eine gänz-
 „liche Verwirrung bringen würden, da es ohne solche
 „nicht möglich sey, das türkische Reich zu zerstören
 „und ein orientalisches Kaiserthum zu errichten; er
 „bemerke ihn (Cobenzl), daß der Kaiser das Interesse
 „seiner Staaten zu gut kenne, um sich in Projekte
 „einzulassen, welche eben so gefährlich für sie als
 „unverträglich mit dem gegenwärtigen System und
 „der Ruhe Europa's seyen; er zweifle zwar nicht, es
 „werde dem Kaiser gelingen, die Kaiserin davon abzu-

„halten, sollte es aber auch nicht seyn, so werde er
 „sich doch gewiß nie weiter einlassen, als das wahre
 „Interesse seines Reichs ihm gestatte; nach vierzig=
 „jährigen, dem Staat zu dessen Nutzen und zur Zu=
 „friedenheit des Kaisers selbst geleisteten Diensten,
 „glaube er erwarten zu dürfen, daß man ihm (Kau=
 „mig) Gehör schenken und sich nicht von Grundsätzen
 „entfernen werde, die er als die einzigen betrachte,
 „welche dem Wohl der Monarchie angemessen seyen;
 „daher trage er, als Minister und als Freund dem
 „Grafen auf, in seinem Benehmen, in seinen Aeuße=
 „rungen, in Allem, was er mit den russischen Mi=
 „nistern über diesen Gegenstand zu verhandeln haben
 „dürfte, mit größter Umsicht zu Werke zu gehen,
 „und sich nichts zu erlauben, was dieselben
 „zu dem Glauben berechtigen könnte, Oester=
 „reich habe sich in die Pläne der Kaiserin
 „hineinziehen lassen.“

Man denke sich Cobenzls Verlegenheit über den
 Widerspruch in dem Schreiben seines Monarchen an die
 Kaiserin und in der Instruktion des Ministers! Ihm
 selbst, so wie den Wenigen, denen es gelang, diese wichti=
 gen, sich so ganz widersprechenden diplomatischen Akten=
 stücke zu lesen — und darunter waren Ritter Harris
 und Graf Sbrzy — mußte sich nothwendig der Ge=
 danke aufdringen, entweder seyen der Kaiser und sein
 alter Minister mit einander im Widerspruch oder

beide einverstanden, um nach Umständen handeln zu können.

Bald erhielt jedoch die erstere Meinung durch die Ankunft eines andern Kouriers die Oberhand, welcher ganz bestimmte, den Wünschen der Kaiserin entsprechende Versicherungen mit sich brachte, und seit dessen Eintreffen der Fürst Potemkin und Graf Cobenzl beinahe unausgesetzt Konferenzen hielten.

Nun ordnete die Kaiserin so große Anstalten an, daß es augenscheinlich war, sie fänden nicht um der Tataren willen statt, sondern es liegen denselben feindselige Absichten gegen die Pforte zu Grunde. Man sprach auch damals schon davon, es sey der Plan, die Tataren ganz auszurotten, oder sie in die entferntesten Gegenden Sibiriens zu versetzen, und die Krimm mit Rußland zu vereinigen.

Zur nämlichen Zeit reiste Fürst Potemkin nach Kerson ab, und da dieses in der ungünstigsten Jahreszeit, bei ganz grundlosen Straßen, und während der Todeskrankheit seiner Lieblings-Nichte geschah, da man wußte, daß die Kaiserin auf seiner schnellen Abreise bestanden, und die letztern Tage vor derselben, ja nur ein paar Stunden vorher, geheime und lange andauernde Unterredungen mit ihm gehabt habe, so war es natürlich, daß man bei dieser Reise einen wichtigen und geheimen Endzweck vermuthete. Potemkin aber versicherte, er unternehme solche nur um sein Gouver-

nament zu besichtigen, und er werde in 29 Tagen zurück seyn; allerdings versammelten sich Truppen in der Ukraine, aber außer dem Tatar-Chan und den krimmischen Tataren werde sich Niemand dadurch beunruhigt finden. Man brachte indessen in Erfahrung, daß Fürst Potemkin, kaum wenige Tage vor seiner Abreise, gegen einige Vertraute von der Belagerung Dschatows als einer möglichen Sache gesprochen, demjenigen aber, der darauf bemerkte, daß folglich ein Krieg mit den Türken beschlossen scheine, erwidert habe: o nein! dieß folgt keineswegs daraus, denn Dschatow liegt im Gebiet der krimmischen Tataren, und die Türken können nichts dagegen haben, wenn wir uns dieses Plazes bemächtigen. Allgemein war aber die Meinung, man werde mit den Tataren anfangen, um mit den Türken endigen zu können.

Die Kaiserin selbst suchte jedoch dem heinahe allgemeyn verbreiteten Gerücht von einem bevorstehenden Krieg den Glauben zu benehmen, indem sie unter Andern an öffentlicher Tafel sagte: man glaube in der Stadt, der Krieg sey unvermeidlich, ihre Meinung sey aber, man müsse sich zum Kriege rüsten, um den Frieden beizubehalten.

Wirklich kam auch Fürst Potemkin am Ende Oktobers wieder nach Petersburg zurück, und sogleich wurde ein Courier nach Wien abgeschickt, um den Kaiser von der gegenwärtigen Lage der Angelegenheiten in

der Krimm in Kenntniß zu setzen, und zu erfahren, was derselbe nun für Rußland zu thun gedente.

Inzwischen hatten die russischen Truppen die Linie von Perekop passirt und unter deren Schutz war der Chan Sahim Gerai wieder in seine Staaten zurückgekommen.

Von Konstantinopel erhielt man ungefähr zur nämlichen Zeit durch den Gesandten Bulgakof die Bestätigung der friedlichen Gesinnungen des Sultans und seines Divans, welche, so viel es von ihnen abhinge, den Frieden beizubehalten wünschten und sich geneigt erklärten, Rußland die Angelegenheiten der Krimm allein zu überlassen, daß jedoch die Wemas und der Pbel ganz andere Gesinnungen hegten, und es leicht geschehen könnte, daß durch sie der Großherr und der Divan zum Krieg gezwungen würden, sonderlich wenn in der Religion oder der Regierung jenes Landes irgend Veränderungen vorgenommen werden sollten. Uebrigens berichtete Bulgakof, daß nach Allem, was er habe in Erfahrung bringen können, der französische Gesandte die Pforte in ihren friedlichen Gesinnungen bestärke, und sie zu vermindern suche, sich mit den Angelegenheiten der Krimm nicht zu befassen.

Dieses bestätigten die einige Wochen später von Bulgakof eingelaufenen Nachrichten. Da die Depesche an den Vizekanzler adressirt war, und dieser solche offnete, erhielt er die erste Kenntniß von den Notizen, welche

welche Bulgakof aus Auftrag der Kaiserin und der österreichische Inter-Muntius im Namen seines Monarchen übergeben hatten, und wovon früher weder er, noch Jemand von seinem Ministerium Kenntniß hatte. Der Gesandte versicherte, die Pforte sey durch den hohen und drohenden Ton der Kaiserthhse sehr betroffen und werde Alles, was nur immer möglich sey, thun, um einen Krieg mit denselben zu vermeiden. Die bald darauf erfolgte Absetzung des kriegerisch-gefinnten Großveziers bewies, wie sehr die Pforte den Frieden beizubehalten wünsche, und erregte in Petersburg sehr verschiedene Empfindungen; Fürst Potemkin verbarg gar nicht, wie unangenehm ihm die friedliche Stimmung des Divans sey.

Man glaubte dessen unerachtet so wenig an Beibehaltung des Friedens, oder stellte sich doch so, daß die Rüstungen mit verdoppeltem Eifer betrieben wurden. Sogar aus Liefland wurden unermessliche Vorräthe von Fourage und Lebensmitteln aufgekauft, und wegen deren schnellen Verführung nach den südlichen Gegenden Rußlands Anordnung getroffen; man unterhandelte mit Kaufleuten um die Miethe von 50 Transportschiffen auf ein halbes Jahr, ohne sagen zu wollen, wohin solche bestimmt seyen; Artillerie, Fuhrwesen, Truppenabtheilungen, Offiziere vom Generalstabe, sogar die Kanzlei des Fürsten Potemkin erhielten den Befehl sich zur Armee zu begeben.

Jetzt hatten die Angelegenheiten der Krinn eine so ernste Wendung genommen, daß sie die Aufmerksamkeit der europäischen Kabinete, denen Katharinas Absicht nicht verborgen war, erregen mußten. Diese glaubten das Benehmen der Kaiserin als den Anfang zu der Ausführung ihres großen Plans betrachten zu können, weil unerachtet der Nachgiebigkeit des Divans und unerachtet der Wiedereinsetzung des Chans die Rüstungen und Truppenmärsche eifriger als vorhin fortgesetzt wurden.

Unter allen Mächten Europa's fand sich vorzüglich Frankreich durch seine Politik und durch das Interesse seines Handels aufgefordert, sich der Zertrümmerung des osmanischen Reichs zu widersetzen. Geschwächt durch den kaum beendigten Krieg, konnte aber das Kabinet von Versailles jene ernstlichen Maaßregeln nicht nehmen, die es vielleicht unter günstigeren Verhältnissen ergriffen hätte, und es mußte daher durch kluge Nachgiebigkeit auf der einen und durch geschickte Unterhandlungen auf der andern Seite seinen Endzweck zu erreichen suchen.

Der erste Wunsch desselben war: die Staaten des osmanischen Reichs ungeschmälert zu erhalten und dahin richtete es zuerst sein Bestreben. In dieser Absicht wurden vor Allem Unterhandlungen mit Oesterreich und Preußen eröffnet; mit ersterem, um ihm friedliche Gefinnungen gegen die Pforte einzupflanzen, mit beiden,

um sie zu bewegen, gemeinschaftlich mit Frankreich die russische Kaiserin von einem feindseligen Unternehmen gegen die Pforte abzuhalten. *)

Ganz anders als die französischen Diplomaten betrachtete der Kabinetminister Herzog Rußlands und Oesterreichs Plan gegen die Pforte; freilich nahm er dabei vorzüglich das Interesse seines Hofes zum Augenmerk. In einem Schreiben an Cöbrg vom 26. Dezember 1782 äußert er sich in folgenden Ausdrücken: „Ich „gehe, daß ich es als kein Unglück für uns ansehen „kann, wenn die beiden Kaiserhöfe ihr großes Projekt „gegen die Pforte ausführen, und zwar aus folgenden „Gründen. Wenn denselben ihr Unternehmen nicht „gelingt, und sie vielmehr von den Törken geschlagen „werden, wie ich von den Hülfsmitteln, der natürli- „chen Tapferkeit und dem Fanatismus dieser Nation „und von den Schwierigkeiten sie anzugreifen erwartete, „so werden beide Mächte geschwächt, ihre gegenseitige „Freundschaft wird erkalten, und Rußland um so frü- „her wieder zur Verbindung mit uns zurückkehren. „Gelingt es im Gegentheil dieser Macht, Griechenland „zu erobern und dort eine neue regierende Linie fest- „zusetzen, so ist zu erwarten, daß früh oder spät der

*) Flassan a. a. O. 7ter Bd. S. 376 u. f. gibt über die Unterhandlungen des französischen Hofes sehr interessante Aufschlüsse.

„neue Souverän Preußens Freund und Allirter und
 „Oesterreichs natürlicher Feind wird, weil diese Macht
 „ihm weit gefährlicher als die Pforte ist, und daß
 „der Wienerhof, von allen Seiten von Rußland und
 „Preußen umgeben, sich in einer ungleich weniger
 „vortheilhaften Lage befinden wird als früher; selbst
 „wenn derselbe die entvölkerten Provinzen von Ser-
 „bien, Bosnien, Dalmatien und selbst Bulgarien
 „erhalten sollte. Dieß ist ganz unbezweifelt und
 „scheint auch der Grund zu seyn, warum der Fürst
 „Raunkitz sich der Ausführung des Projekts widersetzt,
 „was seiner Staatsklugheit Ehre macht. Es kann
 „endlich noch ein dritter Fall eintreten, nämlich daß
 „die beiden Kaiserhöfse, wenn sie einmal begonnen ha-
 „ben, zum gänzlichen Erfolg die Hülfe Preußens nö-
 „thig finden, wie dieses bei der Theilung Polens ge-
 „schah, und folglich uns Vortheile einräumen müs-
 „sen, um Oesterreichs Vergrößerung zu kompensiren,
 „welche im Grunde von dieser Seite doch immer nur
 „scheinbar und für uns keineswegs gefährlich seyn
 „wird.“

Mit dieser Ansicht war Graf Gbrg ganz einver-
 standen; „es sey selbst“ — äußerte er sich gegen
 Herzberg — „wünschenswerth, daß Rußland und Oester-
 „reich nicht zögern, Hand an's Werk zu legen, denn
 „es möchten bald zwei Fälle eintreten, wo es für
 „Preußens Interesse sehr wünschenswerth wäre, ent-

„weder, daß die Allianz zwischen den beiden Kaiserhöfen
 „schon gebrochen sey, oder daß sie anderswo zu sehr
 „beschäftiget seyen, um auf solche ihre ganze Auf-
 „merksamkeit zu richten; der eine dieser Fälle sey der
 „Tod des Kurfürsten von Pfalzbayern, der andere
 „jener des Königs von Polen; beide Fälle dürften bei
 „dem Alter und der Hinfälligkeit dieser Regenten
 „nicht weit entfernt seyn, und dann müsse man mit
 „Grund besorgen, daß eine oder das andere dieser
 „Ereignisse könnte die verbündeten Kaiserhöfe in eine
 „feindselige Stellung, vielleicht gar in den Kriegs-
 „zustand gegen Preußen, versetzen. Das Erstere, weil
 „Oesterreich dann zuverlässig den nur verschobenen,
 „nicht aufgegebenen Plan eines Ländertausches aus-
 „zuführen trachten werde; das Letztere, weil Rußland
 „und Oesterreich den Einfluß Preußens auf die neue
 „Königswahl verhindern, und einem ihm ergebenen
 „Kandidaten zum Throne verhelfen werden.“

Frankreichs dem Kaiser Joseph gemachte Eröff-
 nung verfehlte bei demselben die gewünschte Wirkung
 nicht; denn er besorgte, käme es zum Krieg zwischen
 Rußland und der Pforte, so möchte es ihm wohl
 ummöglich werden, sein Bündniß mit Rußland beizu-
 behalten, ohne jenes mit Frankreich aufzugeben, und
 beide erachtete er seinem Interesse angemessen. So
 sehr er auch mit Katharinens großem Plan einverstan-
 den war, weil er durch dessen Gelingen Vergrößerung

seiner Glorien und andere Vortheile erwartete, so sehr mußte er wünschen, daß der Friede beibehalten werden möchte. Daher bemühte er sich, Katharinen zu bewegen, die Ausführung ihres Vorhabens günstigeren Zeiten vorzubehalten, und jetzt auf ein Unternehmen zu verzichten, das schon bei dem ersten Beginn so große Schwierigkeiten finde, die sich in dem Verhältnisse vergrößern würden, als sie in dessen Verfolg vorschritten.

Diese Vorstellungen verfehlten ihren Zweck nicht, und Katharine faßte nun den Entschluß, sich vorerst auf Erwerbung der Krimm und des Kuban zu beschränken; aber bei dessen Mittheilung an den Kaiser sprach sie ihre Hoffnung aus, er werde zu Erreichung ihres Endzweckes nach allen Kräften beizuwirken.

Fest und unabänderlich auf ihrem Entschlusse bestehend, ordnete nun die Kaiserin mit größter Anstrengung Alles an, was sie den Verhältnissen angemessen erachtete.

Daher zogen sich immer zahlreichere russische Heerhaufen in der Krimm und am Kuban zusammen; auch in der Gegend von Chosien und Bender sammelten sich Armee-Korps und neuerdings sprach man von dem Vorhaben, Dezakow zu belagern. In den ersten Tagen Aprils 1783 reiste endlich Potemkin von Petersburg nach Kerson ab. Von fremden Gesandten

sah er nur noch jenen Oesterreichs und Englands, gegen welche er sich äußerte: es dürften zwar schwerlich Feindseligkeiten stattfinden, indessen werde doch eine Art von Hauptquartier bestehen, wohin er seine Nichten einzuladen gedenke.

Bisher war den am Petersburger Hofe benachrichtigten Gesandten über die Vorfälle in der Krimm, über Rußlands Zurüstungen und Plane von dem russischen Ministerium noch keine Eröffnung gemacht worden. Die erste geschah am 6/17 Mai an die Gesandten Preußens und Dänemarks, wegen der mit diesen Höfen bestehenden Allianz, und mit dem ausdrücklichen Ersuchen, solche den Gesandten anderer Höfe nicht mitzutheilen. Aus Auftrag der Kaiserin gab der Vicetanzler dem Grafen von Görtz nachfolgende offizielle Erklärung:

„Nach den Unruhen, welche im verfloffenen Jahre
 „die Pforte durch einen damals in Kuba sich auf-
 „haltenden Pascha habe erregen lassen, sey es der
 „Wunsch der Kaiserin gewesen, Mittel zu finden, um
 „die Angelegenheiten dieser Völker nach den Bestim-
 „mungen des Friedens von Kainardgi zu schlichten,
 „damit dem Kaiserreich der Friede möge erhalten wer-
 „den; sie habe daher vom Divan die bekannten drei
 „Punkte gefordert, welche auch bewilligt worden seyen.
 „Aber die Pforte habe sich auf die bloße Zusicherung
 „beschränkt, ohne bisher weder die Germans ausferti-

„gen zu lassen, noch ihre Neigung, diese Punkte wirk-
 „lich zu erfüllen, zu bethätigen. Inzwischen seien
 „nicht nur die bisherigen Ränke von einem der türkis-
 „schen Pascha's in Kuban fortgesetzt, *) sondern auch
 „in der nämlichen feindseligen Absicht Leute nach La-
 „man geschickt worden. Als der Chan Sahim Geraï
 „einen der Seinigen an diesen Ort abgeordnet habe,
 „um die Einwohner in der Unterwürfigkeit zu erhal-
 „ten, sey solcher in Ketten und Banden geworfen
 „und dann sogar hingerichtet worden. Ein Benehmen
 „der Art, welches so augenfällig den deutlichen Be-
 „stimmungen des Friedens von Kainardgi und den von
 „Seite der Pforte erteilten Zusicherungen entgegen-
 „laufe, überzeuge die Kaiserin, daß sie den Unru-
 „hen, welche seit jenem Frieden ihr nicht nur das
 „kostbare Blut ihrer Unterthanen, sondern auch bereits
 „über zwölf Millionen Rubel kosten, nicht anders
 „ein Ende machen könne, als indem sie die entschei-
 „dende, ihr abgeordnete, Maaßregel ergreife, die
 „Krimm, den Kuban und Laman ihrem
 „Scepter zu unterwerfen; zu diesem Ende seien
 „dem mit der Ausführung beauftragten Fürsten Po-

*) Es wurden zu jener Zeit Auszüge aus verschiedenen auf-
 gefangenen Briefen eines türkischen Pascha an den Eadi
 von Laman und die angesehensten Tataren den Gesand-
 ten in Petersburg mitgetheilt, welche dieses zu bestät-
 tigen schienen.

„temkin die nöthigen Befehle zugegangen. Inzwischen
 „habe sich ein Ereigniß zugetragen, wovon Ihre kai-
 „serliche Majestät vorgestern durch einen Courier die
 „Nachricht erhalten haben, und welches wie voraus-
 „gesehen erscheine. Es habe nämlich der Chan Sa-
 „him Gerai bei den fortwährenden, sein Leben steter Ge-
 „fahr aussetzenden, Unruhen die Partei ergriffen, sei-
 „ner Souveränität zu entsagen und sich
 „Rußland in die Arme zu werfen; Ihre kai-
 „serliche Majestät hofften, die Pforte werde sich dem
 „Schritt nicht widersetzen, wozu Sie keineswegs durch
 „die Absicht, ihr Reich zu vergrößern, bewogen sey, son-
 „dern durch die Umstände und durch das Verlangen, des
 „immerwährenden großen Aufwandes enthoben zu seyn,
 „und Ihre Staaten vor den Ungelegenheiten zu
 „schützen, denen sie sicher wieder ausgesetzt seyn
 „würden, wenn Sie Ihre Truppen aus der Krimm
 „zurückziehen wollte. Sie wünsche und hoffe den Frie-
 „den mit der Pforte zu erhalten und jeden Anlaß zu
 „beseitigen, wodurch solcher in Zukunft gestört wer-
 „den könnte; da indessen nicht vorauszusehen sey, wel-
 „che Folgen sich ergeben möchten, so beeile sich die
 „Kaiserin, bei den zwischen ihr und dem Könige be-
 „stehenden Banden der Freundschaft und Allianz dem-
 „selben die Eröffnung hievon zu machen, überzeugt,
 „daß derselbe an Allem, was sie und ihre Staaten be-
 „treffe, aufrichtigen Antheil nehme. Bloß die Hoff-

„nung, daß sich diese wichtige Angelegenheit im Wege
 „der Güte ausgleichen lasse, habe die Kaiserin ab-
 „gehalten, diese Eröffnung früher zu machen, sie glaube
 „aber nun nicht länger zögern zu sollen, dieselbe zur
 „Kenntniß ihrer Mäkten zu bringen. Sie schmeichle
 „sich, ihre Freunde und besonders der König werden
 „die Schritte, welche sie zu thun genöthiget worden,
 „gerecht finden, wobei Sie außer den angeführten
 „Beweggründen noch die Absicht leite, nach der für
 „die östlichen Provinzen ihres Reichs erzielten Ruhe
 „und Sicherheit, ihren wahren Freunden und Ver-
 „bündeten, worunter Sie stets den König zähle, mehr
 „nützlich seyn zu können.“

„Nun“ — fuhr Graf Ostermann fort — „bis-
 „her habe ich zu Ihnen aus Auftrag der Kaiserin ge-
 „sprochen; jetzt will ich zu Ihnen auch als Freund spre-
 „chen. Ich fühle wohl, daß diese Sache große Sen-
 „sation machen kann, daß die Feinde unseres Hofes
 „darauf schreien und ungehalten seyn werden; und
 „da Frankreich immer Alles gethan hat, was es
 „konnte, um uns zu kränken, so wird diese Macht
 „sicher den größten Lärm schlagen. Aber Frank-
 „reich sollte wohl erwägen, daß wir ihm
 „in dem Kriege, durch den es England seine
 „Kolonien entzog, freie Hand ließen,
 „und daß es daher dem Hof von Versailles
 „übel anstehen würde, gegen das, was die

„Kaiserin jetzt thut, etwas einwenden zu
 „wollen; da wir keine Vergrößerung, son-
 „dern nur Sicherheit gegen einen Nachbar
 „suchen, auf dessen Treue und Glauben
 „man sich nicht verlassen darf.“

Bald bewährte sich, daß Oftermann Frankreichs
 Benchmen richtig vorausgesehen habe. Denn durch
 einen am 18. Junius von Paris an den Marquis
 von Verac abgeschickten Courier, erhielt derselbe den
 Auftrag, dem russischen Hofe zu erklären: „mit Ver-
 „dauern vernehme der König, daß die Kaiserin ge-
 „sonnen sey, sich der Krimm und des Kubans zu be-
 „mächtigen, welches nicht zu berechnende Folgen bei
 „der Pforte haben würde. Se. allerchristlichste Majestät
 „seyen dadurch um so mehr betroffen, als sie geglaubt
 „hätten, alle Irrungen zwischen Rußland und der
 „Pforte seyen ausgeglichen, nachdem diese, Frank-
 „reichs Rath befolgend, Alles, was Rußland verlangt,
 „bewilliget und durch den letzten Frieden die Krimm
 „für unabhängig erklärt habe. Die Veränderungen,
 „welche Rußland nun mit diesem Land vorzunehmen
 „gedenke, seyen nothwendig für die Pforte eine un-
 „versiegbare Quelle von Besorgnissen; der König
 „erbiethet sich daher, die Zwistigkeiten zwi-
 „schen beiden Mächten durch seine Verwen-
 „dung auszugleichen. Dieses Anerbieten habe den
 „nämlichen Grund, durch den sich die Kaiserin bewo-

„gen gefunden habe, ihre Vermittlung den Mächten
 „des Südens, welche nun Frieden geschlossen haben,
 „anzutragen.“

Graf Oftermann erwiederte: „ohne nöthig zu ha-
 „ben, über die Antwort auf diese Eröffnung die Be-
 „fehle der Kaiserin einzuholen, beschränke er sich auf die
 „Bemerkung, daß der Entschluß seiner Monarchin, sich
 „der Krimm und des Kubans zu bemächtigen, fest
 „bestehe, daß in diesem Augenblick die Krimm wahr-
 „scheinlich bereits unterworfen und die Huldigung
 „geleistet sey, daß die Kaiserin, ohne ihre Würde zu
 „vergeben, keinen Schritt zurück thun könne, und
 „daß sie folglich genöthiget sey, über die-
 „sen Gegenstand die angebotene Vermitt-
 „lung abzulehnen.“

Durch den nämlichen Courier, welcher dem Mar-
 quis von Berac den erwähnten Auftrag überbrachte,
 hatte der französische Gesandte in Berlin Mittheilung
 davon mit der Weisung erhalten, dem preussischen
 Hofe Kenntniß davon zu geben, und ihn zu ersuchen,
 in diesem Sinn auf die russische Kaiserin einzuwir-
 ken; indem man von der Weisheit des Königs erwarte,
 derselbe werde die in Katharinens weittausgehendem
 Plane liegende Zerstörung des osmanischen Reichs in
 Europa nicht gleichgültig ansehen. Der König ließ
 darauf bloß erwiedern: bei der dermaligen Lage der
 Sache würde es vergeblich seyn, der Kaiserin Vor-

stellungen gegen ihr Vorhaben zu machen, weil dessen Ausführung bereits zu weit gediehen sey.

In dem nämlichen Sinne wie in Petersburg ließ der französische Hof auch am Wienerhof eine Erklärung übergeben, und eben so seine Vermittlung anbieten; aber der österreichische Hof antwortete: „der Kaiser erachte zwar seinem persönlichen und politischen Verhältnisse mit dem Könige von Frankreich angemessen, gemeinschaftlich mit demselben der Kaiserin von Rußland die Vermittlung zu Ausgleichung der Zwistigkeiten mit der Pforte anzubieten, allein auf dem Punkte, wohin dieselben nun gediehen seyen, würde solches vergeblich seyn; was daher der Kaiser zum Besten der Pforte wünsche, sey, daß Frankreich und alle mit ihr befreundeten Mächte sie bewegen ruhig zu bleiben, um ein ihr drohendes größeres Unglück zu vermeiden.“

Seine vorläufige Aeußerung bestätigte wenige Tage hernach Graf Ostermann dem französischen Gesandten auf erhaltenen Befehl der Kaiserin. „Diese“ — sagte er — „erkenne in dem Anerbieten der Vermittlung einen Beweis der Freundschaft des Königs von Frankreich, aber eben dieser Beweis gebe ihr auch die Ueberzeugung, daß der König, von den Beweggründen ihres Benehmens inzwischen unterrichtet, solches unmöglich mißbilligen könne, indem sie selbst

„erst nach deren Prüfung beschlossen habe, sich die
 „Tataren zu unterwerfen; dieß sey bereits geschehen
 „und der Besitz ergriffen, welches schon den allirten
 „Höfen angezeigt worden, und wovon die Kaiserin
 „nicht mehr abgehen könne. Diese unabhängigen ta-
 „tarischen Fürsten seyen keineswegs Angehörige
 „der Pforte gewesen, und gehen sie nichts an;
 „sie habe daher nur sich ruhig zu verhalten, und dann
 „werde nach dem eigenen Wunsch der Kaiserin der
 „Friede aufrecht erhalten werden.“

Der französische Gesandte verlangte diese Aeuße-
 rungen schriftlich, was auch Ostermann zusicherte, je-
 doch bemerkte, daß dieses mehr Zeit erfordere, weil
 die Beweggründe auseinandergesetzt werden müssen,
 daß er aber einstweilen das, was er ihm gesagt habe,
 seinem Hof als die Antwort der Kaiserin einberichten
 könne. Auf Berac's verschiedene Bemerkungen und
 Einwendungen gegen die geäußerten Grundsätze sagte
 Ostermann: „der Entschluß der Kaiserin sey unver-
 „änderlich; sie betrachte die Sache als eine solche,
 „die nur allein sie und ihr Kaiserreich und keine an-
 „dere Macht betreffe; sie habe sich weder in die An-
 „gelegenheiten Frankreichs gemischt, als es England
 „den Verlust seiner Kolonien in Amerika zugezogen
 „habe, noch sich der Erwerbung von Korsika wider-
 „setzt; der beste Rath, den man den Türken geben
 „könne, sey, sich ruhig zu verhalten.“

Der Marquis von Vercas bemerkte darauf: keiner von diesen beiden Fällen könne als ein Präjudiz angeführt werden; Frankreich habe Amerika nicht genommen, und sey nicht wie Rußland gegen die Tataren, durch einen Traktat in Ansehung des politischen Zustandes der Kolonien gebunden gewesen; Korsika aber habe der Republik Genua gehört, deren Rechte Frankreich durch Kauf erworben habe.

Während dieser verschiedenen Ereignisse und Unterhandlungen war es Rußland gelungen, unerachtet seiner feindseligen Stellung gegen die Pforte, den schon lange gewünschten Handelsvertrag mit derselben zu Stande zu bringen, der am 21. Junius 1783 unterzeichnet wurde. Durch denselben erhielt Rußland die freie Schifffahrt auf dem schwarzen Meere und allen Flüssen des türkischen Gebiets, freien Handel zu Wasser und zu Land und solche Begünstigungen, wie sie noch keinem andern Staate bewilliget waren. Der russische Gesandte Bulgakof, der ihn unterhandelt hatte, äußerte sich selbst gegen den Grafen von Staelberg: der Vertrag gleiche eher einem Handelskodex, den ein Souverän in seinen Staaten publizire, als einem Traktat zwischen zwei unabhängigen Mächten. Der Abschluß dieses Vertrags machte einen angenehmen Eindruck auf die Kaiserin, welche dabei bemerkte, daß es blos von der Pforte abhänge, den Frieden beizubehalten.

Was Frankreich und andere Mächte vorzüglich beunruhigte, war, daß man in Erfahrung brachte, Rußland und Oesterreich haben in ihrer Allianz die vollkommenste Gleichheit ihrer beiderseitigen neuen Erwerbungen festgesetzt, und als Grundsatz aufgestellt, daß eine Macht nicht mehr als die andere zu erwerben befugt seyn solle. Daraus wurde denn der Schluß gezogen, auch Oesterreich dürfte für die Vergrößerung Rußlands durch die Krimm und den Kuban türkische Provinzen als Aequivalent fodern, und dadurch die Pforte sehr empfindlich geschwächt werden.

So sehr Frankreich dieses zu verhindern wünschte, so sah es doch aus dem bisherigen Nichterfolg seiner Schritte die Unmöglichkeit davon ein. Wenn indessen durch solche Opfer weitere Unternehmungen gegen die Pforte gehemmt wurden, so war doch Zeit gewonnen; das türkische Reich bestand dann noch immer, wenn gleich etwas geschwächt fort, und in dem europäischen Staatensystem ging keine wesentliche Veränderung vor. Aber die Erhaltung des Gleichgewichts schien dann zu erheischen, daß Frankreich und Preußen auch ein verhältnißmäßiger Zuwachs an Macht zu Theil würde; Preußen einen solchen zu verschaffen, schien wegen dessen Angränzung an Oesterreich und Rußland nicht schwer, und für Frankreich würden die österreichischen Niederlande eine angemessene und gut gelegene Erwerbung bilden.

Die-

Diesem Systeme gemäß erklärte Frankreich (am 30. September) dem russischen Hofe: „man beruhige sich mit der Versicherung der Kaiserin, daß sie ihre Ansprüche nicht weiter ausdehnen wolle, als auf die Erwerbung der Krimm und des Kuban, um so mehr, als man hoffen dürfe, die Kaiserin werde bei dem Wunsch, den Frieden beizubehalten, eben nicht strenge auf dem ganzen Umfange der neuen Besitzungen beharren und der Pforte die Bedingungen zugestehen, welche mit der Sicherheit jener Besitzungen vereinbarlich seyen; der König habe daher seinem Gesandten in Konstantinopel den Auftrag gegeben, gemeinschaftlich mit den russischen zu Erreichung dieses Zweckes mitzuwirken.“

Die Erklärung des französischen Hofes war für Katharine um so erwünschter, als auch Kaiser Joseph erklärte: er sey bereit, für sich auf jede Vergrößerung zu verzichten, wenn die Pforte die russischen Bedingungen annehme. Daher säumte nun Katharine nicht länger, durch ihren Gesandten Bulgakof in Konstantinopel dem Divan eröffnen zu lassen: sie sehe die Krimm und die in Besitz genommenen Provinzen als unwiderwärtlich mit dem russischen Kaiserreich vereinigt an, sie wünsche jedoch den Frieden mit der Pforte beizubehalten, und sey daher ganz genügt, als natürliche Gränze dieser Erwerbungen den Fluß Kuban zu betrachten und keine Forderung über die

jenſeits deſſelben wohnenden Völkern zu behaupten, zu ſelbſt den Ausſprüchen, welche der ehemalige Chan der Krimm auf dieſelben haben könnte, zu entſagen.

Der Kaiſerin Erklärung wurde von dem engliſchen und franzöſiſchen Hofe zwar unterſtützt, man ſah aber doch bald an, in die Aufrichtigkeit des letztern Zweifel zu ſetzen und denſelben zu beſchuldigen, er verwende ſich nicht mit genugſamem Nachdruck, um die Pforte zur Annahme der ruſſiſchen Vorſchläge zu bewegen. Eine dem franzöſiſchen Geſandten zu Petersburg in den letzten Tagen des Jahrs 1783 zugekommene Depeſche des Miniſters Bergennes ſchien den Verdacht zu beſtätigen. Es war darin klar geſagt: ſo ſehr der König ſein Herr wünſche, der Krieg mit der Pforte möge vermieden werden, ſo erwarte dennoch Rußland von ihm zu viel, wenn es ſich ſchmeichle, er werde der Pforte rathen, blindlings und ohne Modification die ruſſiſchen Bedingniſſe anzunehmen; daß vom Geſandten Bulgakoff dem Divan übergebene Memoire ſey mit einem Stolz und einer Härte abgefaßt, welche wenig geeignet ſey, ein freundschaftliches Einverſtändniß herbei zu führen, was man auch dem ruſſiſchen Geſandten in Paris habe zu erkennen gegeben, wenn gleich es zu ſpät ſey, der Sache abzuhelpen.

Deſſen unerachtet ward der Friedensſchluß unterm 8. Jänner 1784 zu Konſtantinopel unterzeichnet. Rußland erwarb durch denſelben auf ewige Zeiten die

Reichthum, die Insel Taiman und den Kuban; die Traktate und Konventionen von 1774, 1775 und 1779, so wie der Handelsvertrag von 1783 wurden, mit Ausnahme der drei Artikel der Konvention von 1779, welche sich auf die Unabhängigkeit der Tartaren beziehen, bestätigt; der Fluß Kuban sollte in Kuban die Gränzen beider Staaten bilden, und Rußland entsagte allen Ansprüchen auf die jenseits desselben gelegenen Tartaren, so wie auf jene, welche der Chan vormals auf die Gegend Dschakow und Sadjak behauptete.

Schon im Anfange Februars eröffnete Graf Oftermann den fremden Gesandten die Nachricht von dem abgeschlossenen Frieden. Nicht minder groß als in Konstantinopel war darüber die Freude in Petersburg. Denn die neuen Erwerbungen boten Rußland große und unverkennbare Vortheile dar, theils wegen des Umfangs der von der Pforte abgetretenen Provinzen, theils wegen der Sicherheit der Gränzen, theils wegen der dadurch eröffneten neuen Handelsquellen. Man freute sich der Schwäche, welche die Pforte bei dieser Unterhandlung an den Tag gelegt hatte, und fand darin die Zuversicht, sie werde sich auch bei künftigen, mit geschäftigem Nachdruck und durch gegenseitige Unterstützung der beiden Kaiserhöfse an sie ergehenden Anforderungen eben so nachgiebig bezeigen.

Katharine überhaufte diejenigen, welche an den Unterhandlungen Theil genommen hatten, mit Beweisen

ihrer Freigebigkeit: Fürst Potemkin wurde zum Feldmarschall und General-Gouverneur von Katharinoslaw und Laurien (der ehemaligen Krimm) ernannt und erhielt ein Geschenk von 100,000 Rubeln; Besharodko erhielt außer der Geheimrathswürde den St. Alexander-Newski-Orden, und wurde mit 3000 Bauern, und 40,000 Rubeln, seine Kanzlei mit einer Gratifikation von 5000 Rubeln beschenkt; der Gesandte zu Konstantinopel Dolgorof wurde zum Staatsrath ernannt, erhielt ein Geschenk von 1500 Bauern, nebst 15,000 Rubeln Gratifikation für seinen Dolmetscher und 10,000 für die Kanzlei u. s. w. Auch die Minister und Geschäftsmänner fremder Staaten überhäufte Katharine mit Auszeichnungen und Geschenken. Dem österreichischen Intermuntius Freiherrn von Herbert zu Konstantinopel machte die Kaiserin ein Geschenk von 20,000 Rubeln, eine reich mit Brillanten besetzte Tabatiere mit ihrem Porträt, eine Brillanten-Schnur, einen Ring von großem Werth und einen Zobelpelz für seine Gemahlin; dem Grafen Cobenzl 12,000 Rubel und Präciosen nebst kaiserlichem Pelzwerk für seine Gemahlin; dem französischen Gesandten St. Priest und dem englischen Gesandten Angley in Konstantinopel sehr reiche Tabatieren mit Porträt.

Die Kaiserin überzeugete sich nun das Erstmal von den großen Vortheilen ihres Bündnisses mit Oesterreich und fand sich dadurch in ihrem Systeme befestiget.

Aber auch in ihrem, mit dem Kaiser Joseph gemeinschaftlich entworfenen, großen Plane wurde sie dadurch bestärkt. Denn nun hatte sie die Schwäche der Pförten kennen gelernt, indem diese eben jene Provinzen an Rußland abtrat, deren Besitz die Ausführung desselben am meisten erleichtern konnte; auch Frankreich, der Pförte treuesten Verbündeten, bewiesene, mit dessen ersten Eröffnungen in Widerspruch stehende Gefälligkeit, den Divan zu den von Rußland verlangten Zugeständnissen zu bewegen, vermehrte der Kaiserin Selbstvertrauen, und Hoffnung auf den erwünschten Ausgang ihres bei erster Gelegenheit zu erneuernden Unternehmens gegen die Türken.

Die Anzeigen davon waren, daß die nördlichen und westlichen Provinzen des Reichs auch nach geschlossenem Frieden von Truppen beinahe ganz entblößt blieben, daß sowohl die russischen als die österreichischen Truppen an den türkischen Gränzen, unter dem Vorwande stehen blieben, die dort aufgehäuften Magazine zu verzehren, und die bekannt gewordene Besatzung Kathariens auch in der Folge immer 50,000 Mann in der Krinn stehen zu lassen; daß die Kaiserin selbst sich äußerte, sie müsse ihre Truppen dort belassen, weil sie nicht wissen könne, wie lang der Frieden bestehen werde, und weil sie den letzten Vertrag nicht für einen Waffenstillstand, als für einen Friedensschluß ansehe; daß Befehle ertheilt wurden, Kriegsschiffe in den

Häfen der Krinn und der dortigen Gegend zu erbauen, und daß die Kaiserin die Aufsicht und den Betrieb nicht etwa dem Marine-Departement, welchem solche eigentlich angehörten, sondern dem Kaiserlichen Potemkin übertrag u. s. w.

Lange mit Ausführung eines Planes zu zögern, lag an und für sich nicht in Katharinens Charakter, besonders wenn sie davon einen Zuwachs an Ruhm erwarten durfte, und der Pforte Schwäche, Frankreichs Erschöpfung, Englands Gefälligkeit und Oesterreichs Mitwirken zeigte ihr den Zeitpunkt, wo sie in dem, mit so gutem Erfolge begonnenen Unternehmen gegen die Türken fortfahren konnte, als sehr nahe, den auch Katharine um so mehr zu benützen entschlossen war, als ihr des Großfürsten Abneigung gegen ihren Plan nicht verborgen war.

Nach geschlossenem Frieden mit der Pforte unterstützte Katharine die Schritte des Wiener Hofes, um seine Kränken gegen die Türken berichtigt und gesichert zu sehen, mit großem Nachdruck, aber ohne Erfolg. Denn die Straße Landes, welche Oesterreich in Anspruch nahm, enthält eine Bevölkerung von 70,000 Seelen, und wenn gleich der Dinesch in Gefühle seiner Schwäche der österreichischen Forderung neuen Widerstand leisten konnte, so hielt ihn doch die Furcht vor dem gemeinen Volk ab, solche zu bewilligen.

gen; daher wurden die Unterhandlungen im September aufgehoben.

Im Frühjahr 1785 verbreitete sich das Gerücht, die beiden Kaiserhöfe beschäftigten sich neuerdings mit der Ausführung des großen Plans; verschiedene Anstalten rechtfertigten den Glauben daran.

Man bemerkte eine außerordentliche Thätigkeit in des Fürsten Potemkin geheimer Kanzlei, einen ununterbrochenen Kurierwechsel mit Wien; man brachte in Erfahrung, daß die Kaiserin die Forderungen des Wienerhofes, worüber die Unterhandlungen aufgehoben wurden, als höchst billig ansehe, und solche kräftig unterstützen zu wollen, sich erkläre, daß selbst der russische Gesandte dieses bereits dem Divan erklärt habe; Potemkins baldige Abreise nach der Krimm war zum Tagesgespräche geworden, und gewann immer mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit; die Flotte zu Kronstadt wurde in segelfertigen Stand gesetzt, und einundzwanzig Linienfahrer nebst sechs Fregatten hatten den Befehl, sich zum Auslaufen bereit zu halten und auf sechs Monate Lebensmittel einzunehmen; mit verschiedenen Fürsten Asiens, sonderlich mit Persien wurden Verbindungen unterhandelt; eine Armee von 50,000 Mann wurde zu Bezwingung der wilden und kriegerischen Völkerschaften am Kaukasus und Kuban verwendet; Fürst Potemkin, die Haupttriebfeder der gegen die Türken entworfenen Unternehmung, erhielt

einen kaiserlichen Ukas, wodurch ihm in seinem, an die Staaten der Pforte angränzenden Gouvernement beinahe souveräne Gewalt eingeräumt und zur freien Verwendung, theils für die innere Verwaltung, theils für Beförderung des Schiffbaues auf dem schwarzen Meere, sechs Millionen Rubel angewiesen wurden.

Unachtet dieser Maaßregeln bestanden doch noch während des Aufenthalts des Grafen von Görtz in Petersburg die friedlichen Verhältnisse mit der Pforte fort, welche erst durch den im Jahr 1787 entstandenen Krieg unterbrochen wurden.

Neunter Abschnitt.

Rußland. Preußen. Oesterreich. Projekt
eines bayerischen Ländertausches. Deut-
scher Fürstenbund.

Mehr vielleicht als die Staatsklugheit bewog Ka-
tharinen II persönliche Leidenschaft, die Allianz mit
Friedrich II zu schließen. Dem Günstling der Kaiser-
in, Stanislaus Poniatowsky, war der Thron der
Piasten bestimmt, und des Königs Gefälligkeit diese
Absicht zu unterstützen, führte, unter des Grafen Pa-
nin eifriger Mitwirkung, das Bündniß zwischen Ruß-
land und Preußen (11. April 1764) herbei.

Durch diesen auf acht Jahre geschlossenen Traktat, *) welcher zu jener Zeit die Grundlage des politischen
Systems zwischen Rußland und Preußen bildete, ver-
sprachen sich beide Theile aufrichtige Freundschaft, ge-
genseitige Hülfsleistung und Garantie ihrer europäi-
schen Besitzungen; vermöge eines geheimen Artikels
verbanden sich die Kontrahirenden, das freie Wahl-

*) Wenzel cod. jur. goth. rec. T. III, p. 484.

recht in Polen aufrecht zu erhalten, und die dortigen Dissidenten gegen die herrschende Kirche zu unterstützen. In Folge dieses Vertrags wurde Poniatowski, von Rußland und Preußen gemeinschaftlich unterstützt, am 7. September 1764 zum König von Polen erwählt, dann als solcher ausgerufen. Dadurch ward das neue Bündniß besiegelt.

Bald nach Abschluß des Traktats, drangen Rußland und Preußen auf Wiederherstellung der polnischen Dissidentenrechte, nahmen die Konföderation des dissentirenden polnischen Adels und der Städte in Schutz, schlossen drei Jahre hernach (1767, 28. April) eine geheime Uebereinkunft wegen der Dissidenten, und nach mancherlei Ergebnissen fünf Jahre später (3. August 1772) im Einverständnisse mit Oesterreich den ersten Theilungsakt von Polen. Bei dem im Jahr 1768 (Oktober) ausgebrochenen heftigen Krieg zwischen Rußland und der Pforte, versuchte Preußen, miewohl vergeblich, auf dem Kongresse zu Tilschani (Juli 1772) als Friedensvermittler zu wirken, und während der Krieg mit erneuerter Wuth fortgesetzt wurde, verbreitete im Innern des russischen Reichs Pugatschows Aufruhr Schrecken und Gefahr.

Bei diesen verschiedenen, größtentheils für Rußland sehr schwierigen Verhältnissen, bewies sich Preußen immer als Rußlands aufrichtigster und getreuester Verbündeter, und Katharine fühlte eben sowohl den

Werth ihrer Verbindung mit Friedrich II., als die Nothwendigkeit solche beizubehalten.

Als aber (1774 ^{7^{te}} Juli) der Friede von Rutschuch Rainardgi geschlossen und beinahe zu gleicher Zeit Pugatschews höchst gefährlicher Aufruhr unterdrückt ward, nahm Katharine, stütz auf den glücklichen Erfolg ihrer Unternehmungen und dadurch in dem oben entwickelten Plane gegen die Pforte bestärkt, einen andern Ton und ein anderes Benehmen gegen Friedrich II., ihrem getreuesten und erprobtesten Verbündeten, an; die Weise davon findet man in den verschiedenen seit jener Zeit zwischen beiden Höfen statt gefundenen Verhandlungen wegen Polen und der Stadt Danzig, und vorzüglich in der Abneigung der Kaiserin, den Allianz-Vertrag vom Jahr 1764 bei dessen Ablauf im Jahr 1777 zu erneuern. Vergebens waren durch mehrere Monate des Königs Schritte, vergebens Daniels Mitwirken; längere Zeit verfloß im fruchtlosen Zuwarten, und nicht ohne Mühe gelang es endlich, die Erneuerung des Vertrags auf acht folgende Jahre zu erzielen.

Ueber die Verhandlungen wegen Polen und der Stadt Danzig, ist es aus dem Grunde nothwendig, etwas umständlicher zu seyn, weil man daraus am richtigsten das damalige Verhältniß und die in Katharinens Gesinnungen gegen den König vorgegangene Veränderung entnehmen kann.

Gleich in der ersten Zeit der Anwesenheit des Gra-

sen Ghrz in Petersburg gaben, die Oesterreich beige-
messenen geheimen Absichten auf den polnischen Thron;
Preussen einen Anlaß zu Besorgnissen, und Ghrz er-
hielt den Auftrag, deshalb sowohl, als über Oester-
reichs Bestreben, Unruhe und Unzufriedenheit in Po-
len zu erregen, dem russischen Kabiner eine Denkschrift
zu übergeben, und die Nothwendigkeit fühlen zu ma-
chen, sich wegen dieses in den Verträgen zwischen Ruß-
land und Preussen nicht vorgesehenen Falls durch eine
neue Uebereinkunft zu verständigen. Darauf ging aber
Katharine nicht ein, sondern sie erklärte sich vielmehr
auf eine etwas bittere Art in einem eigenhändigen Bil-
let (6^{ter} Dezember 1779) an den Grafen von Panin.

„Nichts kann“ — so lautet dasselbe, „alle
„Kabalen und Umtriebe in Polen so leicht
„scheitern machen, als wenn der König von
„Preussen den Klagen der Polen über die
„Beeinträchtigung ihres Handels abhel-
„fen wird. Graf Panin kann diese Wahrheit dem
„Grafen von Ghrz nicht fühlbar genug machen, denn
„das Wohl beider Hbse ist dabei theilhaftig.“

Diese Beschwerden waren von mehrfacher Art,
und es läßt sich nicht verkennen, daß Friedrich II so-
wohl gegen seine, durch die erste Theilung Polens er-
worbenen, neuen Unterthanen, als gegen das noch be-
stehende Königreich Polen selbst, mit einer Strenge

und Anmaßung verfuhr, welche die vielfältig darüber entstandenen Klagen rechtfertigen.

Vor allem fand sich Danzig beschwert. Diese Stadt verdankte es bloß dem Interesse, welches sie Katharinen II einzufloßen gewußt hatte, daß sie nicht schon in der ersten Theilung Polens an Preußen überlassen wurde; auch nach derselben fuhr die Kaiserin fort, vorzüglich wegen des Handels ihrer Unterthanen an dem Schicksale Danzigs lebhaften Antheil zu nehmen und dieser Stadt ein besonderes Wohlwollen zu beweisen; Friedrich II hingegen beeinträchtigte sie in ihren theuersten Interessen. Sogleich als er den ihm angefallenen Theil von Polen in Besiz nahm, bemächtigte er sich auch des noch allein fahrbaren Theils des Danziger-Hafens, welcher auf einem dem Kloster Oliwa gehörigen, von diesem an die Stadt abgetretenen Gebiet angelegt war; Katharine ließ es damals, unerachtet der gegründeten Gegenvorstellungen von Danzig, geschehen. Nun fing aber der König auch an, die bisher von der Stadt Danzig bezogenen Zoll- und Hafengefälle zu erheben und selbst die Zollsätze zu erhöhen; die Stadt jedoch fuhr fort, auch ihrer Seits jene Abgaben zu beziehen, sah aber dessen unerachtet ihre Einkünfte und den Handel der eigenen und fremden Kaufleute durch Preußens Maßregeln sehr beeinträchtigt. Der König, wohl fühlend, daß bei den Gesinnungen der Kaiserin für die Stadt

Danzig wiederholte Beschwerden, womit sich wegen beeinträchtigten Handels auch jene der russischen Unterthanen vereinigten, auf das gute Einverständniß mit Rußland einen ungünstigen Einfluß haben konnten, hätte dem Grafen von Gbrg den Auftrag erteilt, diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen; allein er wollte dabei eben so wenig nachgeben als etwas verlieren.

Eine andere Beschwerde verursachte der König durch Anlegung eines Zolles zu Gorden an der Weichsel, wo alle nach Danzig gehenden Schiffe zwölf Prozent entrichten mußten, dagegen denjenigen, welche nach Elbing gingen, nur zwei Prozente abgenommen wurden. Durch den Zoll zu Gorden litt die Schifffahrt auf der Weichsel den empfindlichsten Schaden, und der überspannte Tarif desselben war nicht nur Preussens Politik, sondern selbst dessen Interesse entgegen, weil das Getreide, welches bisher auf der Weichsel verführt wurde, mit geringern Kosten auf der Nisse und auf dem Dniester verführt werden konnte. Auch verminderten sich die Zollerträgnisse so sehr, daß der König die Ursachen davon untersuchen ließ, welche ihm dann der Wahrheit gemäß vorgelegt wurden.

Zu vielen andern Klagen gab des Königs Benehmen gegen jene polnischen Gutsbesitzer und Grundeigentümer Anlaß, welche in dem Königreich Polen, und in den davon an Preußen gefallenen Rathell zu-

gleich begütert waren, und welche von ihm sowohl wegen der persönlichen Unterthans-Verhältnisse, als im Bezuge ihrer Einkünfte auf mancherlei Art gedrückt und beeinträchtigt wurden. Mehreren Privaten hatte der König sogleich bei der Besignahme seines Antheils von Polen ihre Güter eingezogen, unter dem Vorwand, es seien Starosteien, obschon sie diese Eigenschaft nicht hatten. Dadurch entstand die harte, aber nicht ungegründete Beschuldigung: der König habe nicht einmal Achtung für Privat-Eigenthum.

Mit vieler Freimithigkeit machten sowohl der preußische Geschäftsträger Buchholz in Warschau, als Graf Gbrg dem König über dieses sein Benehmen Vorstellungen, und riefen zu dessen Abänderung, aber es gelang ihnen erst in der Folge, ihren Anträgen Rücksicht zu verschaffen.

Graf von Gbrg, höchlich bestürzt über die Art, wie sich die Kaiserin aus Veranlassung dieser Beschwerden auf seinen wiederholten Antrag, den bestehenden Allianz-Traktat auf einen in demselben nicht vorhergesehenen Fall auszudehnen, äußerte, sprach darüber sogleich mit dem Fürsten Potemkin, dessen Gesinnungen gegen die Polen ihm schon früher bekannt waren.

Der Fürst beruhigte den Grafen über das Wille der Kaiserin, welches er der Einwirkung des Fürsten Repnin zuschrieb, der Verbindungen in Polen habe,

und sich wichtig zu machen bestrebe; er versprach die Kaiserin von ihrer vorgefaßten Meinung über die Beschwerden der Polen zurück zu führen. Ueber die Erneuerung und Erweiterung der Allianz beider Höfe versicherte der Fürst: er habe deshalb die Kaiserin gesprochen und sie ganz damit einverstanden gefunden, er glaube daher Graf Panin habe aus Trägheit und Arbeitsscheu die Sache auf sich liegen lassen; gut würde seyn, wenn der König seine Ideen hierüber an Görtz gelangen ließe, um bei guter Gelegenheit sogleich Gebrauch davon zu machen; er hoffe auf diese Art solche ausführen zu können.

Wie hatte sich bisher der Fürst Potemkin mit so vieler Offenheit gegen den Grafen geäußert, und dieser schöpfte daraus nun Hoffnung, den Zweck des Königs zu erreichen, aber das Büllet der Kaiserin hatte ihm deren persönliche Gesinnungen auf eine Art enthüllt, die ihm gegründete Besorgnisse einflößte, und er fühlte die Nothwendigkeit, Katharinen in dem bisherigen Systeme zu erhalten, so lebhaft, daß er den König dringend bat, ihm die Mittel dazu an Handen zu geben.

Drei Jahre nach der Erneuerung des Traktats von 1764 (nämlich 1780) wurde bei der Zusammenkunft des Kaisers Joseph mit der russischen Kaiserin der erste Grund zum Bündniß zwischen Oesterreich und Rußland gelegt. Die Berewegursache dazu haben wir aus dem vorhergehenden Abschnitte kennen gelernt.

Von

Von dem Augenblicke an, wo Oesterreichs Monarch der Kaiserin seine Zustimmung und Mitwirkung zu ihrem großen Plan versicherte, betrachtete sich Katharine eben sowohl mit Oesterreich als mit Preußen verbunden. Aber durch die zwischen Joseph II und Friedrich II vorherrschende feindliche Stimmung fand sie sich gewissermaßen in einer gezwungenen, mehrmal an Verlegenheit gränzenden Stellung gegen beide, und wünschte daher, um den oben erwähnten Zweck zu erreichen, deren gegenseitige Gesinnungen geändert zu sehen. Wie dieses zu bewirken seyn dürfte, war nicht nur ein Gegenstand ihres eigenen Nachdenkens und Bestrebens, sondern sie forderte auch über die Art, wie zwischen beiden Monarchen ein gutes Einverständnis hergestellt werden könnte, im Frühjahr 1782 von einem Staatsmann schriftlichen Vortrag.

Dem zwischen Katharine und Joseph persönlich verabredeten Bündnisse fehlte noch die nöthige Formlichkeit. Der wenige Monate nach des Kaisers Zurückkunft aus Rußland erfolgte Tod seiner Mutter (29. November 1780) ließ ihm freie Hand in den fernern Unterhandlungen mit Rußland, und Graf Cobenzl ward damit beauftragt.

Dieser übergab in der ersten Hälfte Janers 1781 eine Note, worin im Wesentlichen gesagt ward: „Seit dem Zeitpunkte, wo seinem Monarchen das Glück zu Theil geworden sey, die russische Kaiserin per-

„Schlich kennen zu lernen, habe sich seine hohe Meinung für dieselbe noch vermehrt, und ihm den Wunsch eingeflößt, mit ihr durch einen Traktat in nähere Verbindung zu treten; wohl sey dem Kaiser, die zwischen ihr und Preußen bestehende Allianz und der Entschluß, solche beizubehalten, bekannt; aber auch von seiner Seite bestehe ein Vertrag mit Frankreich, den er ebenfalls als unauflöslich betrachte und nie aufzugeben gedenke; jedoch glaube er ein blöder Freundschaftsvertrag zwischen ihm und der Kaiserin, welcher eine gegenseitige Garantie der beiderseitigen Staaten enthalte, werde keinen Allianzen keinen Eintrag thun, und die Kaiserin so wenig als ihn verhindern, die dadurch übernommene Verbindlichkeiten zu erfüllen.“

Katharine nahm diesen Antrag mit Wohlgefallen auf, und sah keine Ursache, welche sie hindern könnte, darauf einzugehen. Sie sprach zuerst mit Ostermann darüber, und dieser gestand selbst, daß kein wesentliches Hinderniß dagegen bestehe, daß jedoch so eine Allianz dem König von Preußen nicht angenehm seyn könne, und daß sich derselbe dadurch wahrscheinlich beunruhigt finden dürfte. Auf dieses erwiderte die Kaiserin: „sie sey fest entschlossen, ihrer

„Verbindung mit Preußen eben so un-
 „möglich zu bleiben, als der Swiss
 „der feindigen mit Frankreich trennlichen
 „zu bleiben sich erklärt habe; sie glaube
 „selbst, durch die vorgeschlagene Allianz
 „könnten ihm die Hände gebunden werden
 „und solcher werde zugleich für Rußland vortheil-
 „haben, daß dessen Gränzen gegen die Osmanen ge-
 „sichert seien; übrigens könne ja auch Preußen zum
 „Freund eingeladen werden.“

Nachdem sich Graf Moltke die Sache an. Er be-
 „trugte nämlich, des Kaisers Absicht sey nur, mit Ruß-
 „land eine Verbindung eingegangen, um dadurch von
 „erst jene, die zwischen dieser Macht und Preußen be-
 „stehe, zu schwächen, bis sich Zeit und Umstände er-
 „geben, welche ganz zu gerathen; er fand, wenn gleich
 „nicht mit Grund, daß bereits genommen eine Allianz
 „zwischen Rußland und Österreich mit dem zweiten
 „Artikel des Vertrages zwischen Rußland und Preußen
 „vom Jahre 1764 nicht vereinbarlich sey, weil darin
 „festgesetzt werde, keine der beiden kontrahirenden Mächte
 „konne Verbindungen eingehen, welche ihrem Vertrag
 „entgegenläufen; er besorgte endlich, Kaiser Joseph
 „bedürfte ein Bündniß mit Rußland bedürfen, um über
 „die Türkei, Bessarabien, den Paß und alle Staaten
 „hervorzuhelfen, die für seine Erbschaftslust einen Reiz
 „hätten könnten. Nicht einmal das Schicksal beizutritt zu

so einer Allianz wollte dem Grafen gefallen; denn er glaubte vorauszu sehen, daß dadurch das Mißtrauen aller Mächte gegen die neue Allianz vergrößert, und der Abzug das Ansehen verkleinern würde, welches er sich durch sein Benehmen in der bayerischen Erbfolge-Angelegenheit erworben hatte. Daher meinte Görtz, für den Fall, als doch jene Allianz zu Stande kommen sollte, dürfte es rathfamer seyn, wenn aus Veranlassung derselben eine geheime Uebereinkunft zwischen Katharine und Friedrich geschlossen würde, in welcher man sich über die Maaßregeln verständte, um den neuen Vertrag für Preußen so wenig nachtheilig als möglich zu machen, und zu verhindern, daß derselbe der seit 1764 bestehenden Allianz zwischen Rußland und Preußen nicht schade.

Panin und Ostermann suchten die Besorgnisse des Grafen von Görtz zu beschwichtigen; ersterer insbesondere versicherte demselben, „daß Oesterreichs Absichten, weit entfernt den bestehenden Verhältnissen zwischen Rußland und Preußen zu schaden, vielmehr zur Anerkennung führen werden, solche seyen auf so dauerhafte Grundlagen gestützt, daß sie nichts erschüttern könne; unerachtet Katharinens Vorliebe für Oesterreich gedenke sie doch keineswegs die Verbindung aufzugeben, welche seit dem Anfange ihrer Regierung zwischen Rußland und Preußen bestanden habe; von denen Angeh sie in mehreren Fällen über-

„zeugt worden sey, und welcher sie die schönste Rolle,
 „die sie bisher in den Angelegenheiten Europas im
 „Allgemeinen, und Deutschlands insbesondere gespielt
 „habe, verdanke; aber ihre Eitelkeit dürfte wahrschei-
 „nlich eine neue Nahrung in der an sich so wenig ver-
 „träglichen gleichzeitigen Verbindung mit Oesterreich
 „und Preußen finden, welche voraussetzlich beide Hofe
 „veranlassen möchte, sich in Gefälligkeiten gegen sie
 „zu überbieten; so befolge Katharine ihre Grundsätze
 „und Handlungsweise im Privatleben, auch in der
 „Politik, indem sie diese allein zu leiten übernom-
 „men habe. Es sey nicht zu mißkennen, daß Jo-
 „seph II. und seine Minister sich keineswegs geneig-
 „t, Waffen bedienen, um Rußlands Verbindung
 „mit Preußen aufzulösen, es sey jedoch am gerathen-
 „sten, im Bewußtseyn des eigenen Werths und der
 „treuen Erfüllung der übernommenen Verbindlichkei-
 „ten, ruhig das Bessere abzuwarten, in dem bisher-
 „gen Betragen nichts zu ändern, und sonderlich keine
 „Besorgnisse zu zeigen, weil dadurch nur der Kaiserin
 „Eitelkeit vermehrt werden könnte. Vielmehr solle
 „eben jetzt der König das größte Vertrauen in die Ge-
 „sinnungen der Kaiserin und auf ihre Gewissenhaftig-
 „keit, die bisherige Verbindung fortzusetzen, beweisen,
 „weil sie dadurch am zuverlässigsten in dem bisherigen
 „System erhalten werden könne.“

Auch der Großfürst drückte seine Gesinnungen

auf eine sehr bestimmene Art aus; er gestand zwar, daß er sich gegenwärtig nur auf Wünsche zu beschränken vermöge, daß er aber in der Folge mehr thun zu können hoffe; „er sey jetzt“ — sagte er — „27 Jahre alt und werde wahrscheinlich noch eben so viele Jahre leben, um solche ganz der Freundschaft, die er für den König habe, zu widmen, und dadurch die Staatsbesorgnis in seinen Bestimmungen zu bekräftigen; die ihm eine glänzende Rolle zu spielen und sich in die Mitte zwischen Preußen und Oesterreich zu stellen, um in gewisser Art die Schritte beider Mächte zu leiten, und der kaiserlichen aber unausführbaren Pläne eines geschickten Raisthums liege dem Vorhaben der Kaiserin, sich auf ein Bündniß mit Oesterreich einzulassen, vorzüglich zu Grunde.“

Wollte dieses vermögen nicht, den Grafen von Scharz zu beruhigen; das, was der Kaiser selbst äußerte, nicht, weil sich die Wirkung seiner Beredsamkeit erst in einer ungewissen, wahrscheinlich sehr entfernten Zukunft zeigen konnte, indem Katharine ihrem Sohn nicht den mindesten Einfluß auf die Gegenwart erlaubte; und selbst eifersüchtig darauf war, daß ihm irgend einem Niemand beigemessen werde; das aber, wodurch die Wünsche des Grafen Befriedigung zu hoffen hatten, aus dem Grunde nicht, weil die Kaiserin seit einiger Zeit gewohnt war, nach eigener Ansicht zu

handeln, und ihre Minister weder im voraus zu fragen, noch sie von dem, was geschehen war oder, als sie es für gut fand, in Kenntniß zu setzen.

Selbst Metemlin hatte keinen entscheidenden Einfluß auf die Politik im Allgemeinen, und jener war eigentlich bloß auf das beschränkt, was der Kaiserin Lieblings-Projekt, die Gründung eines griechisch-orientalischen Kaiserthums, betraf. Dadurch glaubte er wahrscheinlich seinen Hauptzweck zu erreichen, und ihm schienen alle übrigen politischen Verhältnisse ziemlich gleichgültig zu seyn, weniger vielleicht, weil er sich nicht Talent genug antraute, um darauf einzuwirken, als weil er, vorzüglich mit Beschäftigung seiner und der Seinigen, Glück beschäfftigt, solche für seinen Zweck von untergeordnetem Interesse achtete.

Bei diesen Verhältnissen und bei Katharinens Stimmung sah Görtz voraus, daß seine Absichten, so richtig sie auch seyn mochten, den gewünschten Eindruck nicht machen, und folglich die Abschließung einer Allianz mit Oesterreich nicht verhindern, mochten. Die einzige Hoffnung eines Erfolgs beruhte nun noch darauf, wenn es gelänge, der Kaiserin die Ueberzeugung beizubringen, daß ein Bündniß mit Oesterreich weder Rußland einigen Vortheil bringen, noch für die Ausföhrung ihres Lieblings-Projekts förderlich seyn werde.

sey“ — äußerte sich der Graf, da wo er es zweck-
 dienlich fand, besonders gegen Potemkin und Oster-
 mann — „es sey eine der Politik der mächtigen Mo-
 „narchin des größten Reichs nicht angemessene Be-
 „hauptung, die Verbindung mit Oesterreich wäre für
 „Rußland vorthellhaft, um ihre Staaten gegen die
 „Unternehmungen der Türken zu sichern. Rußlands
 „eigene Kräfte seyen ohne allen fremden Beistand
 „mehr als hinreichend, um es mit der ganzen Macht
 „der Waffe aufzunehmen. Bei dem verheerten Zu-
 „stand der Krimm könne solche voraussichtlich lange
 „nicht mehr zum Kriegsschauplatz dienen, und es ge-
 „nüge Kertsch und Jenikale in Verteidigungs-
 „stand zu erhalten, um von jener Seite sicher zu seyn.
 „Eine einzige Armee von fünfzigtausend Mann regel-
 „mäßiger Truppen, bei Eröffnung eines Feldzuges ge-
 „gen Oczakow, und in der Folge gegen die Moldau
 „vorgeführt, könne alle Streitkräfte der Osmanen im
 „Zaum halten. Vergeblich erwarte die Kaiserin, daß
 „ihre Verbindung mit Oesterreich allein sie in den
 „Stand setzen werde, ihren Lieblingsplan gegen das
 „osmanische Reich auszuführen, vergeblich, daß sie
 „dadurch den andern Staaten Europa's, welche ein
 „Interesse haben sich ihren Absichten zu widersetzen,
 „imponiren könne, denn gerade so eine Verbindung
 „müsse deren Eifersucht und Besorgnisse in einem
 „Grade erregen, welcher der Ausführung jenes Plans

„unübersteigliche Hindernisse entgegensetzen werde. Und wer würde am Ende gewinnen, wenn die Trümmer des türkischen Reichs mit einer Macht getheilt werden sollten, welche für Rußland furchtbarer sey, als es die Türken je werden könnten?“

„Wolle man auch unbeachtet lassen, welche Folgen eine Verbindung mit Oesterreich auf den Einfluß Rußlands in Polen und anderswo herbeiführen dürfte, so sey doch unverkennbar, daß jeder Zuwachs an Macht des Wienerhofes das Fortschreiten des russischen Uebergewichts hemmen werde. Und darauf sey eben Kaiser Josephs tief durchdachter Plan gerichtet, er wolle sich eines Bündnisses mit Rußland bedienen, um Katharinen die erhabene Rolle einer Schiedsrichterin von Europa zu entreißen, und sich selbst solche zuzueignen.“

Aber auch diese Gründe brachten die gewünschte Wirkung nicht hervor. Denn Katharine, die ganze Politik nach ihren eigenen Ansichten leitend, hatte schon länger den ihrem hohen Geist angemessenen aber schwer auszuführenden Plan entworfen, die Eifersucht und Abneigung zwischen Oesterreich und Preußen zu heben, und beide Mächte aufrichtig mit einander auszusöhnen. Es fand dazu kein sichereres Mittel, als sich mit beiden zu verbinden, um beiden als Vertraute und Vermittlerin zu gelten, und die eine wie die andere Macht

durch die mit ihr eingegangene Allianz in den Schranken halten zu können. Dadurch schonte sie deren gegenseitiges gutes Einverständnis, sich aber in vor kommenden Fällen den Beistand beider, selbst in Ausführung ihres Planes gegen die Pforte. Bei dieser geheimen Absicht konnten alle gegen ihre Verbindung mit Oesterreich vorgebrachten Gründe auf sie keinen Eindruck machen, sondern solche mußten sie vielmehr in ihrem Vorhaben bestärken, weil sie in dessen Ausführung das sicherste Mittel zu Erreichung ihres Endzweckes wahrzunehmen glaubte.

In dem ersten, von dem Grafen Cobenzl übergebenen Entwurf wurde der Vertrag von 1746 als Grundlage der neuen Allianz zwischen Oesterreich und Rußland vorgeschlagen, jedoch mit der ausdrücklichen Erklärung, daß solche auf keine Weise den zwischen Rußland und Preußen bestehenden Verbindungen, deren Fortbestand anerkannt werde, präjudizirlich seyn solle. Die mit der Unterhandlung beauftragten russischen Minister Panin und Ostermann bemerkten dem Grafen Cobenzl: sie hätten nach seinen ersten Eröffnungen nicht erwartet, daß der Kaiser den Vertrag von 1746 dermal, wo das System von Europa geändert sey, zur Grundlage einer Defensiv-Allianz vorschlagen würde, und sie läßen sich daher außer Stande, darüber der Kaiserin einen Vortrag zu machen. Aber Graf Cobenzl erwiederte: er habe hier

den so bestimmten Instructionen erhalten, daß er davon nicht abgehen könne, und die russischen Minister legten nun dem ersten Entwurf der Kaiserin vor.

Diese fand solchen keineswegs nach ihrer Erwartung, sie war vielmehr mit demselben unzufrieden, nicht nur weil sie dachte, Oesterreich könne sie weiter zu führen, als in ihrer Absicht lag, sondern auch, und zwar vorzüglich, weil der Entwurf nichts enthielt, was ihr Oesterreichs Verstand gegen die Türken sicherte. Hier die eigenen Worte der Kaiserin: „Diese Vorschläge sind sehr verschieden von demjenigen, die ich erwartete. Meine Absicht war eine freundschaftliche Verbindung zu schließen, die an und für sich gleichgültig wäre, und wobei ich höchstens die Absicht hatte, dieselbe nöthigenfalls gegen die Türken anzuwenden. Es scheint aber, man habe die Absicht, mich weiter zu führen, und zugleich mir darüber bestimmte Verpflichtungen festsetzen zu wollen; wann dem also ist, so wird aus der Sache nichts.“

Daher erklärte die Kaiserin die gemachten Propositionen für unannehmbar, trug jedoch ihren Ministern auf, einen Gegenseitigen Entwurf zu verfassen und vorzulegen.

Dies geschah, und zwar in der Art eines geschäftlichen Freundschafts-Vertrags, worin jedoch bestimmt ausgesprochen ist, daß solcher den ältern Verbindungen und Verträgen Rußlands mit andern Höfen keineswegs präjudiciren solle.

Des Allianz-Vertrags von 1746 durfte keine Erwähnung geschehen, und die Dauer des Vertrags war, nicht wie Oesterreich vorgeschlagen hatte, auf ewige Zeiten, sondern nur auf acht Jahre festgesetzt. Vermöge eines auf der Kaiserin ausdrücklichen Befehl beigefügten geheimen Artikels sollte Oesterreich Rußland alle seine Traktate mit der Pforte, und namentlich den letzten Friedensschluß garantiren, und sich verpflichten, in dem Fall, wo die Pforte einen Artikel desselben in seiner ganzen Ausdehnung zu erfüllen sich weigern würde, seine Streitkräfte mit jenen Rußlands zu vereinigen, und sie durch die Gewalt der Waffen dazu zu zwingen; dagegen verpflichtete sich Rußland, den Belgrader Frieden Oesterreich zu garantiren. Mit diesem Gegenentwurf schickte Graf Cobenzl im Anfange des Februars einen Kurier nach Wien ab.

In Erwartung neuer Instruktionen aber wachte Cobenzl vorläufig einen Ceremonielstreit rege, der den Diplomaten viel zu schaffen gab, und in der Folge auch dem formellen Abschluß des Vertrags hinderlich war. Er äußerte sich nämlich gleich nach Abgang des Kuriers, daß bei Ausfertigung des Traktats keine Attestation beobachtet werden dürfe, sondern daß durchaus dem Kaiser der Rath vor der Kaiserin eingeräumt werden müsse. Diese, sehr em-

pfändlich über einen Anspruch dieser Art, ließ dem Grafen Cobenzl erklären: solcher sey ganz und gar unzulässig, und sie werde nur dann die Unterhandlungen fortsetzen lassen, wenn eine vollkommene Gleichheit beobachtet werde; er solle darüber an seinen Hof Bericht erstatten und sich andere Instruktionen ausbitten, bis zu deren Einlangung bleiben alle fernern Unterhandlungen suspendirt.

In der zweiten Hälfte des Monats März kam der, vom Grafen Cobenzl nach Wien geschickte Kurier zurück. Außer einem langen Schreiben des Kaisers an die Kaiserin überbrachte derselbe dem Gesandten die Instruktion: den russischen Gegenentwurf ohne alle Einwendung anzunehmen, aber zugleich auch zu erklären, es sey dem Kaiser unumgänglich wegen des Vorrangs nachzugeben, weil dieß ihn gegen das deutsche Reich verantwortlich machen, und ein Präjudiz rücksichtlich aller andern Mächte nach sich ziehen würde.

Diese Erklärung setzte die Kaiserin in eine sichtbare Verlegenheit; ihrer Eitelkeit widerstrebte es nachzugeben, und ihrem Interesse, ihre Pläne aufzugeben. Daher ließ die Kaiserin alle Gründe auffuchen und zusammenstellen, welche beweisen sollten, daß der Kaiser den Vorrang nicht behaupten könne.

Einige dieser Gründe waren von sonderbarer Art. So wurde behauptet: „die katholischen Könige räumen

„dem Kaiser den Vorrang nur mit Bewillien ein, weil
 „er Schutzherr ihrer Kirche sey, und vom Papst als
 „das weltliche Oberhaupt derselben angesehen
 „werde; daher habe Frankreich beim westphälischen
 „Frieden dem Kaiser den Vorrang bestritten, weil
 „er vom Papst nicht gekrönt worden sey; einen auf
 „diesem Grund gestügten Vorrang könne die Kaiserin,
 „als Oberhaupt der griechischen Kirche, welche keinen
 „Papst zulasse, nicht anerkennen. Der Kaiser habe
 „von der Hofe nie erlangt, anders als auf den Fuß
 „der vollkommnen Gleichheit behandelt zu werden und
 „die Kaiserin könne ihm nicht mehr einräumen als
 „der Großherr; so gut als dieser die vormaligen grie-
 „chischen Kaiser, könne Rußland das griechische Reich
 „vorstellen, und es finden sich einige Beispiele, daß
 „der gleiche Rang der russischen Czarin und der grie-
 „chischen Kaiser anerkannt worden sey, was auch schon
 „einer der Vorfahren Peters des Großen behauptet
 „habe.“ Außer diesen und andern Gründen der Art
 bezog sich die Kaiserin auf ihre Erklärung bei Gele-
 genheit der mit Frankreich wegen des Kaiserthums ent-
 standenen Frrung, nämlich: sie anerkenne den
 gleichen Rang aller gekrönten Häupter,
 werde aber auch selbst keinem derselben nach-
 stehen; darauf müsse sie auch jetzt, um sich selbst nicht
 zu widersprechen, fest bestehen.

Diese Gründe ließ die Kaiserin zur Hälfte akzeptiren

nach Wien abgehen, und fügte denselben ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser bei. Darin wurde als Auskunftsmitel vorgeschlagen, der Kaiser solle den Vertrag mit Hinweglassung des Kaisertitels, als König von Ungarn und Böhmen unterschreiben, was schon Kaiser Leopold bei dem im Jahr 1683 mit Polen geschlossenen Vertrag gethan habe. Durch denselben Kurier sendete auch die Kaiserin ein großes mit eigener Hand geschriebenes und besiegeltes Packet an ihren Gesandten in Wien, den Fürsten Gallasin, ab. Von dessen Inhalt konnte man nichts Zuverlässiges erfahren, vermuthete aber, solchen beziehe sich auf das Lieblingsprojekt der Kaiserin, weil sie sich einige Tage zuvor alle auf die Pforte Bezug habenden Papiere und die Karten und Pläne der türkischen Provinzen hatte vorlegen lassen.

Der zu Beseitigung des Rangstreits beantragte Ausweg fand in Wien keinen Beifall, und nun wurde dem Kaiser vorgeschlagen, jeder Theil solle eine besondere Urkunde ausstellen. Inzwischen hatte man in den russischen Archiven neue Gründe aufgefunden, um auf der vollkommenen Gleichheit mit dem kaiserlichen Hof zu bestehen. Schon der Czars Ivan Alexewitsch behauptete gegen denselben und gegen die Pforte, Rußland repräsentire das griechische Kaiserthum und nahm daher eine vollkommene Gleichheit des Ranges in Anspruch; man wollte einen Vertrag,

wo der Wienerhof diese Gleichheit wirklich beobachtet hatte und einen Fall aufgefunden haben, wo durch die Weigerung es zu thun, Unterhandlungen zwischen beiden Höfen abgebrochen wurden.

Aber Kaiser Joseph bestand, unerachtet aller Gründe Katharinens, auf dem Vorrang. Der im Anfange des Monats Juniuß von Wien zurückgekommene Kurier brachte im Wesentlichen folgende Aeußerung des Kaisers mit: „er könne unmdglich einem Vorrang entsagen, welcher von allen Mächten anerkannt sey, und welchen alle seine Vorfahren in den verschiedenen mit Ludwig XIV geschlossenen nachtheiligen Friedens- traktaten stets behauptet haben; er würde sich daher dem Tadel aussetzen, wenn er jetzt bei einer der gegen- seitigen Konvenienz willen freiwillig abzuschließenden Uebereinkunft darauf verzichten wollte.“

Während dieser Ungewißheit und der Unruhe über den Fortbestand der engen Verbindung zwischen Preußen und Rußland ergab sich ein Zufall, den Graf Panin sehr geschickt, wenn gleich vergeblich, zu einem Versuch, um die Kaiserin in dem bisherigen Bündniß mit Preußen zu bestärken, zu benützen mußte. Der Chef der deutschen Kanzlei, Namens Krock, hatte seine Pension genommen, und fand bei den geheimen Papieren des Grafen Panin ein räsonnirendes Memoire dieses alten Ministers, welches er der Kaiserin bei Anfang ihrer Regierung abergeben hatte, und worin sich
alle

alle Gründe gesammelt und entwickelt finden, welche für eine Allianz des russischen Hofes entweder mit Oesterreich oder mit Preußen sprechen, und woraus der Schluß gezogen wird, daß es gegen Rußlands Interesse sey, sich in eine Allianz mit Oesterreich einzulassen. Krook aus alter Anhänglichkeit an den Grafen Panin fragte denselben, was er mit dem Memoire thun solle, und dieser gab ihm den Rath, bei der Kaiserin durch Besborodko darüber anfragen zu lassen. Solches geschah und Krook erhielt den Auftrag, die Denkschrift Besborodko einzuhandigen, welcher solche mit ihm aufmerksam durchlas und deren Gründlichkeit das größte Lob ertheilte. Die Kaiserin selbst erhielt Kenntniß davon und ließ Krook für die Aufbewahrung danken. Doch eine Aenderung in ihren Ansichten wurde nicht bewirkt.

Durch die verschiedenen Nachrichten über die Unterhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich und die fortgesetzte Weigerung der Kaiserin den Traktat mit Preußen zu erneuern, wurde der König über seine eigene Stellung zu Rußland so sehr in Zweifel gesetzt, daß er dem Grafen von Gbrg den sonderbaren Auftrag gab: ihm zu berichten, ob er mit Rußland noch in Allianz stehe oder nicht? worauf dieser die nicht weniger sonderbare Antwort ertheilte: man fahre fort, ihn dessen zu versichern.

Durch den Rangstreit, von Oesterreich, vielleicht

zur Unzeit erregt, wurden zwar die ministeriellen Unterhandlungen zu Abschließung einer Allianz unterbrochen, aber die Bedingungen derselben blieben dessen unerachtet durch beiderseitiges Einverständniß auf die angeführte Art festgesetzt, und es fehlte nur die Förmlichkeit des Abschlusses und die Ausfertigung. Diese ersetzte das fortwährende vertrauliche Benehmen zwischen dem Kaiser Joseph und der Kaiserin Katharine durch unmittelbare, ohne Mitwirkung, selbst ohne Wissen der russischen Minister, geführte Korrespondenz; und die Verbindung beider Höfe, die ihrem ganzen Inhalte nach bisher nirgends bekannt gemacht worden ist, bestand schon im Sommer 1781. Aber erst im Junius 1783 machte Graf Ostermann über deren Absicht und Bedingungen dem russischen Gesandten Fürsten Dolgoruki in Berlin und dem Grafen von Görtz nachfolgende ministerielle Eröffnung:

Nachdem im Eingange derselben kurz der Unterhandlungen erwähnt wird, welche im Jahre 1781 zwischen beiden Höfen statt fanden, und wegen eines Rangstreits ohne Erfolg blieben, wird fortgefahen: „Unerachtet dieses Hindernisses des wirklichen und formellen Abschlusses haben die kaiserlichen Minister den Auftrag erhalten, die beiden Höfe als durch Freundschaft und persönliche Verbindungen alliirt zu betrachten; beide Höfe haben von dieser gegenseitigen Freundschaft und Verbindung für ihre Reiche die

„vortheilhaftesten Folgen wahrgenommen, und durch
 „die unmittelbare Korrespondenz beider Souveräne
 „sich endlich über eine Allianz folgenden wesentlichen
 „Inhaltes vereinigt: daß durch die unmittel-
 „bare Korrespondenz Ihrer Kaiserlichen
 „Majestäten die alten, zwischen den Höfen
 „von Wien und Petersburg bestandenen
 „Verbindungen in Ausdrücken erneuert
 „worden seyen, welche die gegenseitige
 „Garantie ihrer Besitzungen und eine De-
 „fensiv-Allianz in der Art, wie zwischen
 „Rußland, Preußen und Dänemark be-
 „stehe, festsetzen; daß diese Verträge so
 „wie der Traktat von Teschen in ihrer
 „ganzen Integrität aufrecht erhalten wer-
 „den; daß endlich die Stipulationen der
 „russischen Allianz mit Oesterreich sich dar-
 „auf beschränken, die ottomanische Pforte
 „in den gebührenden Schranken zu halten,
 „und ihr die Mittel zu benehmen, dem
 „Frieden und die Ruhe ihrer Nachbarn zu
 „stöbern.“

Graf Gbrg bemerkte dem Vizekanzler: diese Er-
 offnung sey von so hoher Wichtigkeit, daß er sich
 nicht erlauben könne solche zu erwiedern, sondern die
 Aufträge seines Hofes erwarten zu müssen glaube;
 inzwischen nehme er sich doch die Freiheit zu fragen:

ob, da von Erneuerung alter Verbindungen zwischen den Höfen von Wien und Petersburg die Rede sey, der Traktat von 1746 darunter verstanden werde, indem, so viel ihm bekannt, derselbe die Grundlage jener Verbindung ausgemacht habe, übrigens aber offensiv gewesen sey? Der Vizekanzler versicherte: die neue Allianz sey keineswegs offensiv, sondern nur defensiv, seine Monarchin habe ausdrücklich ihre Allianz mit Preußen und Dänemark vorbehalten, und sich dieses in der neuen Verbindung ausbedungen; der Kaiser aber, der diese Allianz kenne, habe es zugegeben.

Sonach bemühte sich Oftermann, den Grafen von Gbrg durch alle erdenklichen Gründe zu überzeugen, daß beide Allianzen sehr wohl mit einander verträglich seyen, und äußerte sich: er wünsche, es möge ihm gelingen seyn. Gbrg aber entgegnete: er müsse dem König überlassen darüber zu urtheilen; er aber könne nicht bergen, daß dieß ein ganz neuer Fall sey, daß es öfter Verlegenheiten erregen könnte, sich in Allianz mit zwei Höfen zu befinden, deren Interessen manchmal im Widerspruch stehen, und daß Veranlassungen möglich seyen, wo selbst bei der größten Unparteilichkeit eine Vorliebe für den einen oder den andern dieser Höfe eintreten dürfte. — Der Fall einer Allianz mit zwei Mächten, welche ein

verschiedenes System haben, sey nicht neu, entgegnete Ostermann, denn Rußland sey schon zu gleicher Zeit mit Schweden und mit Dänemark verbündet gewesen. — Wahrscheinlich, bemerkte Gbrg darauf, habe dann doch die eine oder die andere dieser Mächte mehr Begünstigung erhalten. Schließlich fragte er: ob die neue Allianz auf eine bestimmte Zeit geschlossen sey? worauf aber Ostermann antwortete, dieß könne er nicht sagen, indem Alles durch die unmittelbare Korrespondenz der Souveräne verabredet worden sey.

Weder der englische noch der französische Gesandte in Petersburg hatten von dieser Allianz Kenntniß, und sie waren höchlich verwundert, als Gbrg ihnen solche vertraulich eröffnete.

In der Folge fragte Gbrg den Vicekanzler, ob der Vertrag zwischen beiden Kaiserthümern ein Datum habe, wie dieses bei Traktaten gewöhnlich sey? Auch darauf, versicherte der Vicekanzler, könne er nicht antworten, denn er wisse nicht mehr, als er bereits gesagt habe; er fügte nur noch bei, der Kaiser habe es übernommen, Frankreich, dessen Allianz er sich ebenfalls vorbehalten habe, von der Verbindung mit Rußland in Kenntniß zu setzen; daß derselbe übrigens der Kaiserin seinen Vertrag mit Frankreich eben so wenig mitgetheilt habe, als die Kaiserin jenen mit Preußen dem Kaiser.

Wessborodko, an den Gbrg einige Tage später sich wendete, um das Datum des Vertrags zu erfahren, versicherte solches nicht sagen zu können, gab jedoch zu verstehen, daß derselbe einige Monate nach der zuerst abgebrochenen Unterhandlung dürfte geschlossen und zu Stande gekommen seyn; eine Aeußerung, die das Ministerium, als es davon Kenntniß erhielt, Wessborodko aus dem Grund zum Vorwurf machte, weil es wünschte glauben zu machen, die Allianz mit Oesterreich sey erst ganz kürzlich geschlossen worden.

Auf diese Art bestand also dieses auf eine ganz eigene Art und mit Nichtbeachtung aller diplomatischen Formen geschlossene Bündniß schon eine geraume Zeit, ehe die russischen und vielleicht auch die österreichischen Minister davon Kenntniß hatten!

Der Großfürst gab dem Grafen Gbrg über den Fortbestand der Allianz zwischen Rußland und Preußen, und über die Unveränderlichkeit seiner persönlichen Gesinnungen stets die beruhigendsten Versicherungen. Sogar aus Katharinen's eigenem Munde vernahm Graf Gbrg Worte, die den Werth, welchen sie auf die Verbindung mit seinem König legte, klar zu erkennen gaben. Als er nämlich ihr gegen Ende Jäners in einer erhaltenen Audienz das Notifikationsschreiben des Königs von der Geburt des dritten

Sohnes des Prinzen von Preußen überreichte, trug sie dem Grafen auf, dem König in ihrem Namen zu versichern: „ihre Freundschaft für ihn sey unveränderlich, und noch eben so, wie im Anfange ihrer Regierung, und sie werde immer die nämliche treue Freundin und Verbündete bleiben; sie wünsche nur“ — fügte sie mit besonderm Nachdruck bei — „daß der König dessen vollkommen überzeugt seyn möge.“

Auf die vorerwähnte Eröffnung des Grafen Ostermann erhielt Gdrz vom König die Weisung zu erforschen und bestimmt zu berichten: ob der Traktat von 1746 unter jenen ältern Verträgen begriffen sey, deren Erneuerung Rußland und Oesterreich sich gegenseitig zugesichert haben? Ostermanns Antwort auf die hierüber wiederholt an ihn gestellte Frage war ausweichend; „die damaligen Verhältnisse“ — erwiderte er — „seyen von den gegenwärtigen ganz verschieden gewesen, wenn daher auch die Stipulationen jenes Traktats gegen Preußen gelautet haben, so können solche nicht in der erneuerten Verbindung beider Höfe begriffen seyn, weil in diesem ausdrücklich festgesetzt werde, daß die Allianz zwischen Rußland und Preußen so wie der Teschner Friede aufrecht zu erhalten, und daß dieses geschehe, der feste Entschluß der Kaiserin sey.“

Diese fuhr auch fort dem König Versicherungen

ihrer stets gleichen Gesinnungen für ihn zu geben, die ihn beruhigen konnten. So ließ die Kaiserin dem König ihre aufrichtige Theilnahme an den Unannehmlichkeiten bezeigen, welche der Statthalter der vereinigten Niederlande und seine Gemahlin, Niichte Friedrichs II, von ihren Gegnern zu ertragen hatten, und wünschte zu wissen, in welcher Art sie den König in den deshalb unternommenen Schritten unterstützen könne? — Bald darauf erklärte bei einem andern Anlaß der Vicekanzler dem Grafen von Gdrz auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin: „sie könne die Idee haben, irgend etwas dem Interesse Preußens Zuwiderlaufendes zu unternehmen; schmerzzen würde es sie, wenn der König sie dessen fähig glauben könnte, denn während ihrer ganzen Regierung habe sie stets mit Vergnügen jede Gelegenheit gesucht und benützt, um ihm Beweise ihrer Freundschaft und der Anerkennung des Werthes der mit ihm bestehenden Allianz zu geben, welcher stets treu zu bleiben sie entschlossen sey; sie hoffe durch diese offene Erklärung werde alles Mißtrauen in die Aufrichtigkeit und Unveränderlichkeit ihrer Gesinnungen gegen den König verschwinden und dieser von dem Gewichte überzeugt seyn, das sie seiner Allianz und Freundschaft beilege.“

Aber dessen unerachtet gelang es dem Grafen von Gdrz nicht, die Erneuerung des Vertrags zwis-

schen Rußland und Preußen zu erzielen. *) Daher war ihm die Abschließung der vorerwähnten besondern Konvention mit Rußland wegen des Seehandels der Neutralen so sehr erwünscht, weil sie doch sich auf die innige Freundschaft und Verbindung beider Höfe ausdrücklich bezog und solche als fortwährend bestehend bezeichnete.

Gegen Ende des Jahres 1784 und im Anfange des folgenden Jahrs äußerte sich die Erkaltung Katharinens gegen den König von Preußen bei verschiedenen Anlässen auf eine sehr auffallende Art. Das Benehmen der russischen Minister gegen den Grafen von Görtz war kalt; man vermied beinahe jede Unterredung mit ihm, selbst, so zu sagen, sich ihm zu nähern, und behandelte ihn als den Gesandten einer Macht, mit der man voraus siehet, nicht mehr lange in den bisherigen freundschaftlichen Verhältnissen zu bleiben; man verweigerte Preußen die früher auf jedesmaliges Ansuchen zugestandene Erlaubniß,

*) Herr von Lentsch behauptet a. a. D. S. 339, solches sey am 30. August 1784 geschehen. So eine bestimmte Versicherung mag ihren Grund haben; indessen findet sich in den Papieren des Grafen von Görtz keine Spur davon; auch Martens und Schöll schweigen hierüber, und Herr von Dohm sagt (a. a. D. I. Th. S. 428), jener Traktat sey nicht erneuert worden, weil Katharine mußte, daß dessen Erneuerung dem Wiener-Hof mißfallen würde.

Remontpferde in den russischen Provinzen aufkaufen zu dürfen; man bewies eine unter befreundeten Höfen nicht gewöhnliche Gleichgültigkeit auf die Beschwerde wegen des beleidigenden Betragens des russischen Gesandten Simolin in London gegen den preussischen Gesandten Lusi, wo ersterer gegen diesen äußerte: Preußen habe kein Recht sich auf Verträge zu berufen: indem es keine zu halten gewohnt sey. Dem Grafen von Görtz sagten seine vertrauten Freunde: sie mußten sich von ihm entfernt halten, um sich nicht zu schaden.

Bald aber geriethen die seit so langen Jahren verbündeten beiden Höfe, wegen eines Gegenstandes, worüber unten das Nöthige vorkommen wird, in eine offenbare Opposition, und dieß war der gefährlichste Zeitpunkt für das ohnehin schon so sehr geschwächte gute Einverständniß, der jedoch vorüberging, ohne jenes noch der Form nach aufzuheben.

Unter diesen Umständen hatte der Graf von Görtz die einzige Beruhigung, daß der Großfürst seinen Grundsätzen und Gesinnungen rücksichtlich dieser Allianz treu bleibe. Aber mit der größten Behutsamkeit mußte Görtz fortwährend eine geheime Verbindung mit diesem Prinzen unterhalten, damit davon nicht das Mindeste bekannt wurde. Auch mit dem König unmittelbar stand der Großfürst im vertraulichen Briefwechsel, wodurch sich Friedrich über

seine Stellung zu Rußland besonders der Zukunft halber ungleich mehr vernünftiger fand, als durch die Versicherungen der Kaiserin und ihrer Minister.

Von der österreichisch-russischen Allianz hatte, wie wir oben gesehen haben, in den mit der Pforte entstandenen Irrungen Katharine allein Vortheil gezogen, weil Kaiser Joseph, unter der Bedingung, daß die Pforte in die von Rußland verlangten Gebietserwerbungen einwillige, für sich auf jede Vergrößerung Verzicht leistete. Da in jener Allianz der Grundsatz festgesetzt war, daß eine Macht nicht mehr als die andere zu erwerben befugt seyn solle, was durch den Verzicht des Kaisers bestätigt wird, so konnte kein Zweifel obwalten, daß sich Kaiser Joseph durch ein geheimes Einverständniß mit Katharinen, einen Ersatz dafür bedungen hatte. Worin dieser bestehen sollte, darüber waren die Kabinete anderer Mächte in Unge-
wissenheit; denn daß er auf die Unterstützung der österreichischen Unterhandlungen wegen der Gränzberichtigung beschränkt seyn möchte, hatte keine Wahrscheinlichkeit, weil dieser Gegenstand zu unverhältnißmäßig war, und auch zu leicht aufgegeben wurde, als der Divan auf Oesterreichs Ansprüche nicht eingehen wollte. Man vermuthete daher, es bestehe eine geheime Verabredung zwischen der Kaiserin und dem Kaiser, um diesem anderwärts einen angemessenen Ersatz zu verschaffen.

Als gegen Ende des Jahres 1784 bekannt wurde, Kaiser Joseph suche sein nie aufgegebenes Projekt eines Ländertausches mit Bayern auszuführen, und es sey darüber bereits eine Uebereinkunft mit dem Kurfürsten Karl Theodor getroffen worden, da wollte man darin jenen Ersatz finden, und diese Vermuthung wurde durch das Benehmen des russischen Gesandten Grafen von Romanzow in Zweibrücken bestärkt. Dieser unterstützte nicht nur im Jänner 1785 aus Auftrag der Kaiserin jenes Tauschprojekt bei dem Herzog nachdrücklich und zwar mit der Drohung, daß im Fall derselbe seine Einwilligung binnen acht Tagen nicht gebe, man dessen unerachtet voranschreiten werde, sondern er ersuchte auch denselben, die gemachte Eröffnung vor dem König geheim zu halten.

Man glaubte nun, der Tausch der vom Hauptstaat getrennten Niederlande gegen die demselben angränzenden bayerischen Staaten sey, was Joseph II durch seine Gefälligkeit gegen seine neue Verbündete zu erzielen gesucht und worüber sich beide während der letzten Unterhandlungen verstanden hätten. Eben jetzt schienen die Umstände Oesterreich zur Ausführung mehr als je günstig; der Kaiser konnte durch seine Allianz mit Rußland auf die kräftige Unterstützung dieser, zum Garanten des westphälischen und des Teschner = Friedens erhobenen Macht, und wo nicht auf

jene der mit ihr verwandten oder verbündeten deutschen Höfe, doch auf deren Passivität rechnen. Im deutschen Reich hingen ohnehin die meisten geistlichen Stände Oesterreich an; unter den weltlichen war von dem bei so einem Tausch vorzüglich theilhaftigen, auf die Stimme des süblichen Deutschlands einen großen Einfluß behauptenden Württemberg kein Widerspruch zu besorgen, und die andern bedeutenden Stände vereinzelt und ohne gesetzlichen oder konventionellen Vereinigungspunkt war man gewiß, entweder zu gewinnen oder zu paralyfieren.

Kein völkerrechtlicher Vertrag steht — so dachten wenigstens die, welche den Austausch wollten — dem freiwilligen Austausch Bayerns gegen die Niederlande entgegen, einem Austausche, der schon durch den 18. Artikel des Badner-Friedens (7. September 1714) als möglich vorausgesehen wurde, und wogegen sich Frankreich jedes Widerspruchs begeben hat. Wenn Oesterreich im Teschner-Frieden gegen die darin festgesetzten Erwerbungen auf alle Ansprüche an Bayern verzichtete, so liegt darin kein Verzicht auf die Erwerbung der bayerischen Staaten durch freundschaftliches Einverständnis oder Tausch, worüber sich der Kaiser sowohl als der Kurfürst die Hände nicht binden ließen, noch solche sich binden zu lassen je gesonnen seyn könnten. Die pfalz-bayerischen Hausverträge sichern zwar diesem Hause seine sämt-

lichen Besitzungen, sie behalten aber dem jeweiligen Regenten die Veräußerung in Nothfällen oder zur Verschaffung bessern Nutzens vor. Wenn nun Karl Theodor ohne im vorgesehenen Nothfall zu seyn, sich durch den Tausch seiner Besitzungen einen bessern Nutzen verschaffen kann, oder verschaffen zu können glaubt, wer vermag gegen so einen Tausch, vorausgesetzt, daß dabei alle gesetzlichen Rücksichten beachtet werden, rechtlich eine Einwendung zu machen? Niemand als nur der Nachfolger.

Es schien daher, nachdem der Kaiser Joseph und der Kurfürst Karl Theodor über die Hauptbedingnisse des Tausches einverstanden waren, nur noch darauf anzukommen, die Genehmigung des Herzogs von Zweibrücken als des präsumtiven Nachfolgers in die bayerischen Staaten zu erhalten. Die Hauptbedingnisse aber waren: die Abtretung von ganz Ober- und Nieder-Bayern, der Oberpfalz, der Landgrafschaft Leuchtenberg und der Herzogthümer Neuburg und Sulzbach an Oesterreich, wogegen dieses an das Haus Pfalzbayern die österreichischen Niederlande, mit Ausnahme des Herzogthums Luxemburg und der Grafschaft Namur, und zugleich alle von der Republik Holland (wegen verschiedener ältern Ansprüche) zu erwartende Vortheile überlassen würde. Außerdem versprach Oesterreich dem Kurfürsten, dem Herzog und dem Prinzen Maximilian von Zweibrücken

bedeutende Geldsummen im Betrage von drei Millionen auszahlen zu lassen, für den auf eine Million Gulden jährlich berechneten Mehrertrag der abgetretenen Niederlande keinen Ersatz zu fordern, und sich zu verwenden, daß mit deren Besitz der Titel eines Königs von Burgund verbunden und anerkannt werde. Der Austausch selbst sollte unter Garantie von Rußland und Frankreich geschehen. Auf solche Art glaubte man alle Interessen befördert, alle Hindernisse beseitigt zu haben.

Aber der Herzog von Zweibrücken verweigerte nicht nur auf die vorerwähnte Eröffnung des russischen Gesandten dem Tausch altväterlicher Erblande gegen andere seinem Hause fremde Besitzungen die Zustimmung, sondern besorgend, seine Weigerung könnte nicht beachtet werden, suchte er Preußens Unterstützung nach, der er schon so viel verdankte.

So wie das neue Tauschprojekt Oesterreichs in Berlin bekannt wurde, schickte Herzberg, der sich beinahe nicht mehr getraute, dem König etwas vorzuschlagen, auf eigene Kosten den Legationssekretär Ganz von Regensburg nach München, um sich mit der Herzogin Marianna zu besprechen, für welche er ihm ein Schreiben mitgab. In Berlin selbst war die Stimmung über diese Nachricht sehr verschieden; Herzberg und diejenigen, die mit ihm gleich dachten, behaupteten, die Ehre des Königs und das Ansehen des Staats for-

dern, daß man sich dem Tausch aufs Heußerste widersetze und sich durch keine Nebenbetrachtung davon abbringen lasse; Andere sprengten aus, die ganze Nachricht sey eine Erfindung von Herzberg und Hofensels, um den König gegen Oesterreich aufs Neue zu reizen; der König selbst benahm sich bei der Sache mit großer Mäßigung, und ließ dem Herzog von Zweibrücken für sein Vertrauen mit der Versicherung danken, daß er Alles thun werde, um Frankreich und Rußland die Augen zu öffnen.

Eben die Gründe, aus welchen Friedrich II sich, bei Eröffnung der bayerischen Erbfolge, der Zerstücklung der bayerischen Staaten, und bei den stattgefundenen Unterhandlungen einem Austausch derselben widersetzt hatte, bewogen ihn auch jetzt Alles anzubieten, um Oesterreichs Absichten zu vereiteln.

Diesem zufolge erhielt Graf Gdrz die Weisung, dem russischen Hof gegen den Tausch die dringendsten Vorstellungen zu machen. Das Nämliche geschah von dem Herzog von Zweibrücken durch Schreiben an die Kaiserin unmittelbar und durch eine ihrem Ministerium übersandte Denkschrift, worin die Folgen dieses Tausches für das pfälzische Haus so wie die Gründe des Herzogs sich ihm zu widersetzen, ausführlich dargestellt wurden.

Der erhaltenen Instruktion gemäß entwickelte Gdrz dem Ministerium in Petersburg den nachtheiligen

ligen Einfluß, welchen die Ausführung des österreichischen Projekts für Deutschlands, Preußens und selbst Russlands Interesse haben würde, und erklärte dann: der König hoffe, die Kaiserin werde sonach, unerachtet der Schritte ihres Gesandten in Zweibrücken, den vorgeschlagenen Tausch nicht billigen; der König sey entschlossen, sich solchem mit allem Nachdruck zu widersetzen und er beschwöre die Kaiserin, einen Plan nicht gut zu heißen, welcher den von ihr so glorreich vermittelten Teschner Frieden zerstören würde.

Diese Erklärung mißfiel dem russischen Hof, und Graf Gbrg, welcher solche dem Wizekanzler noch persöhnlich wiederholte, wurde von diesem äußerst kalt aufgenommen und behandelt. „Es sey nicht einzusehen“ — sagte Ostermann — „warum der Herzog von Zweibrücken über eine bloße Proposition, die er annehmen oder zurückweisen könne, so beunruhigt seyn möge; der Teschner Frieden werde übrigens keineswegs gebrochen werden, noch können die Garanten desselben eine Einwendung machen, wenn durch ein freundschaftliches Einverständnis ein Tausch zwischen Oesterreich und Bayern stattfinden.“ Darauf entgegnete Gbrg: „wohl mit Grund sey der Herzog in Erinnerung an das, was bereits geschehen, beunruhigt, weil man ihm nicht nur zur Abgabe seiner Einwilligung einen Termin gesetzt, sondern selbst gedroht habe, nach dessen Umfluß auch

„ohne solche zu handeln; ein Kurfürstenthum könne
 „nicht veräußert, noch veräußert werden, und dieses
 „sey in Ansehung Kurbayerns durch die im Teschner
 „Frieden garantirten Familien-Verträge dieses Hauses
 „noch insbesondere als unzulässig erklärt worden; da-
 „her wäre solches eine offenbare Verletzung des Teschner
 „Friedens, zu dessen Aufrechthaltung der König ver-
 „pflichtet sey; voll Vertrauens in die Versicherung der
 „Kaiserin, daß deren Bündniß mit Oesterreich in den
 „Stipulationen des Teschner Friedens und den durch
 „denselben übernommenen Verpflichtungen der Kaiserin
 „keine Veränderung hervorbringe, zweifle der König
 „keinemwegs, die Kaiserin werde bei einsichtsvoller Be-
 „dingung der vorwaltenden Verhältnisse sich mit größ-
 „tem Nachdruck verwenden, den Kaiser von seinem
 „Vorhaben zurückzuführen.“

Diesen Vorstellungen begnügte sich Oftermann zu
 entgegenen: „Der Herzog habe die ganze Sache
 „zu ernst genommen, und sich zur Unzeit dar-
 „über beunruhigt gefunden; es sey schwer zu
 „begreifen, wie man dem bloßen Vorschlag eines Taus-
 „ches eine so große Wichtigkeit beimessen könne; man
 „dürfe ja nur sagen, man wolle nicht tauschen, und
 „dann sey Alles vorüber; man habe den Herzog Abel be-
 „rathen, so großen Lärm zu schlagen, und dadurch
 „sich und andern Unruhe und Mühe zu verursachen.“

Mit mehr Offenheit äußerte sich Bestoroffs ge-

gen den Grafen von Görz: „man habe“ — sagte er — „das ganze Projekt bloß aus dem Gesichtspunkte betrachtet, daß solches sämtlichen Theilnehmern annehmbar seyn könnte, wäre aber dieses nicht, so ändere sich Alles.“ Dabei bezeugte Wobrowski eine große Verwunderung, wie Graf Romanzoff sich erlauben durfte gegen den Herzog von Weichsen die Sprache zu führen, deren er beschuldigt wurde, und äußerte endlich, daß, nachdem der Kaiser keinen Beifall finde, man solchen als nicht vorgeschlagen betrachten müsse.

Unachtet dieser Äußerungen eines Mannes, der doch den entscheidendsten Einfluß im russischen Kabinete hatte, glaubte Graf Görz vorauszu sehen, daß der Kaiserin Katharine sowohl, als Kaiser Joseph entschlossen seyen, das Vorhaben, wäre es auch mit Gewalt, auszuführen, wobei erstere vorzüglich auch beabsichtige, Oesterreich von der französischen Gränze zu entfernen, wo dessen Staaten für den Fall bedroht seyn würden, als es Rußland in Ausführung des großen Projektes gegen die Pforte, wogegen man Frankreichs Abneigung kannte, behülfflich seyn würde.

Um so mehr drang Graf Görz, unachtet der beruhigenden mündlichen Äußerungen Oermann's und Wobrowski's, auf eine bestimmte und offizielle

Erklärung des russischen Ministeriums. Aber diese ward ihm nicht zu Theil, sondern der russische Hof gab solche durch seinen Gesandten in Berlin, den Fürsten Dolgoruki, ab. Dadurch wurde dem Grafen von Grev die amtliche Einwirkung auf diesen wichtigen, ihm wegen früherer Verhältnisse persöulich am Herzen liegenden Gegenstand entzogen; mit Recht deshalb entrüstet, stellte er bei diesem Anlaß (2. (48.) Februar) dem König anheim, ob es dessen Interessen angemessen seyn könne, ihn, nachdem er am Petershof sein Vertrauen mehr habe, länger dort zu belassen.

Die Erklärung, welche der Fürst Dolgoruki in Berlin abgab, lautete im Wesentlichen wie folgt:

„Ihre Kaiserliche Majestät können nicht umhin, dem König die Bemerkung zu machen, daß, nachdem der Vorschlag des Tausches einerseits dem freiwilligen Einverständnisse der bethelligten Parteien anheingestellt, andererseits auf unverkennbare Vortheile gegründet sey, welche der Kaiser dem pfälzischen Hause durch ein beträchtliches Opfer an Einkünften zugebracht habe, die Kaiserin keineswegs gegen ihre aufhabenden Verpflichtungen zu handeln glauben konnte, wenn sie auf der einen Seite ihren Allirten, auf der andern ihren Schutzgenossen in Ausführung eines, beiden Theilen vorthellhaft scheinenden und dem Fortbestand der übernommenen Ga-

„garantie keineswegs nachtheiligen Vorhabens den so
 „behülfflich wäre, wie dieses bei dem Deschamps
 „Frieden durch gütliche Verwöhnung zu
 „Gunsten Preußens und für die Vereinig-
 „ung der beiden Markgrathümer in Fran-
 „ken mit der kurbrandenburgischen Prinze-
 „sengitur geschehen sey. Da aber der Herzog
 „von Zweibrücken die Sache anders ansehe, so ver-
 „stehe sich von selbst, daß von solcher nicht we-
 „ter die Rede seyn werde; auch Oesterreich
 „werde darauf nicht ferners bestehen.“

In der Fassung dieser Erklärung läßt sich eine gewisse
 Empfindlichkeit des russischen Hofes nicht verkennen.

Nicht so bestimmt wie in Petersburg gab Fried-
 rich II dem französischen Hof seine Gesinnungen über
 den Ländertausch zu erkennen, sondern es fand dar-
 über nur eine Erklärung in allgemeinen Ausdrücken ge-
 gen den französischen Gesandten in Berlin, Grafen von
 Esterno statt, wovon der preussische Gesandte Frei-
 herr von Holz in Paris durch eine kurze Depesche ver-
 ständiget wurde. Von diesem erhielt man bald die
 vorläufige Nachricht, daß der Minister Vergennes den
 Tausch für das Haus Pfalz sowohl als für Frank-
 reich, als vorthellhaft ansehe. Erst am 8. Februar
 las Graf von Esterno den königlich preussischen Ka-
 binetsministern eine vom französischen Ministerium er-
 haltene Depesche vor, des Inhalts: „der Graf von

„Nunso habb dem Grafen von Bergennes das Pro-
jekt eines bayerischen Ländertausches oberflächlich er-
öffnet und beigelegt, Frankreichs Einwilligung dazu
sey bereits durch den Badner Frieden von 1714
ertheilt, vermöge dessen es sich des Widerspruches be-
gehen habe, wenn das Haus Bayern einen Ländertausch für gut finden sollte; Graf Bergennes Ant-
wort hierauf sey ausweichend gewesen, und er habe
gedäußert, Frankreich könne sich über die Sache nicht
erklären, ehe es nicht die Gefinnungen der bei der-
selben interessirten Theile, besonders Rußlands und
Preussens, wisse.“ — Graf von Esterno verlangte
nun solche vom Berlinerhof, und erhielt zur Antwort:
zu so einem Tausch setze der Badner Frieden die Ein-
willigung aller Glieder des bayerischen Hauses vor-
aus, übrigens sey aber jener durch den Frieden von
Leshen, welcher die Unveräußerlichkeit Bayerns fest-
setze, außer Anwendung gekommen. Da bald darauf
der Kaiser sich erklärte, er gehe das Vorhaben
an, so bezog sich der französische Hof bloß darauf,
ohne sich über die Sache selbst weiter gegen den
preussischen zu äußern. Doch lag einige Zeit hernach
Graf von Esterno den preussischen Ministern noch
eine Depesche seines Hofes vor, in welcher dieser ein-
gesteht, nicht ganz sicher zu seyn, daß der Kaiser
nicht auf sein Vorhaben zurückkomme, daß aber die
Grundsätze, welche Frankreich angenommen habe, dem

König von Preußen dürfte sehr kühnen, daß der französische Hof seine ganze Aufmerksamkeit und Beachtung dahin richten werde, daß der gegenwärtige Zustand Deutschlands unverändert bleibe.

So erwarb sich denn der Herzog von Zweibrücken zum zweitenmal den Ruhm, durch sein muthvolles Vortragen mit Hintansetzung seines persönlichen und politischen Interesses, unter Friedrichs II. nachdrücklicher Unterstützung, Bayern seinem alten Herrscherstamm erhalten zu haben! Und Graf Görtz war so glücklich, dazu wie das erstemal in Bayern selbst, so jetzt in Petersburg mitwirken zu können.

Hätte Kaiser Joseph, die unfreundliche Stimmung Katharinen's gegen Preußen benützend, ohne sich durch des Königs Widerspruch und dessen bei mehreren deutschen Höfen bewirkte Bewegungen zurückhalten zu lassen, sein Vorhaben verfolgt, so würde Katharine, nachdem sie sich nicht nur für dasselbe erklärt, sondern es auch bereits öffentlich unterstützt hatte, in den Fall gekommen seyn, mit Oesterreich gemeinschaftlich gegen Preußen zu handeln, und die ohnehin mehr dem Schein als der Wirklichkeit nach bestehende Allianz zwischen Preußen und Rußland wäre dadurch ganz aufgelöst worden. *)

*) Ein neuer Schriftsteller, Graf Segur, bezweifelt in seinen wiederholt angeführten Memoiren, daß es Katharine wirklich Ernst gewesen sey, den Kaiser Joseph in seinem

Oesterreichs erneuerter Versuch, **Bayern** durch **Tausch** zu erwerben, wenn gleich nun aufgegeben, erregte bei dem **König von Preußen** Besorgniß, ein solcher Plan könnte bei der ersten günstigen Gelegenheit wieder erneuert werden; selbst des französischen Hofes vertrauliche Aeußerung, deren oben erwähnt ist, bestärkte ihn in dieser Besorgniß. Daher beschäftigte sich **Friedrich** nun ernstlicher als früher mit Ausführung eines Vorhabens, welches bereits seit länger als einem Jahr ein Gegenstand seiner besondern Aufmerksamkeit war, nämlich mit Errichtung des, unter der Benennung deutscher Fürstenbund seiner Zeit so bekannten Bündnisses deutscher Reichsstände zu Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung.

Schon im März 1784 hatte der König, fort-

Tauschplan zu unterstützen, weil sie besorgen mußte, die Ausführung desselben werde Oesterreichs Uebergewicht im deutschen Reich vergrößern, und Rußland verhindern, dort den gewünschten Einfluß zu behaupten. — **Flassan** behandelt diesen Gegenstand kürzer und oberflächlicher als es seine Gewohnheit ist, und führt an, der Tausch sey vom Kabinet zu Versailles eben so sehr den Interessen Frankreichs als jenen Deutschlands und Italiens entgegen gesetzt erachtet worden. Dieß war aber wenigstens Anfangs nicht die Meinung **Bergennes**, wie seine oben angeführte Aeußerung beweist. — **Dohm** in seinen Denkwürdigkeiten bezweifelt die Angabe **Flassans** und behauptet dagegen, der französische Hof habe nie seine dem Tausch ertheilte Zustimmung in Abrede gestellt, sondern nur seine Gesinnungen darüber geändert.

während beunruhigt über Kaiser Josephs Plane und zunehmenden Einfluß auf Deutschland, seinen Ministern aufgetragen, auf die Mittel zu denken, wie unter den deutschen Ständen ein Bund nach dem Beispiel jenes, der seiner Zeit zu Schmalkalden geschlossen wurde, zu Stande gebracht werden möge. Herzberg stellte damals vor, die Zeit sey gegenwärtig dazu nicht günstig, weil die österreichische Partei in Süd-Deutschland zu stark sey, und wenn des Königs Absicht zu früh bekannt würde, man einen mächtigen Gegenbund zu besorgen habe, wie zur Zeit Gustav Adolfs und Ferdinands II. Nach Herzbergs Ansicht würde Preußen immer Freunde und Verbündete im deutschen Reich finden, sobald es sich in bedenklichen Fällen darnach umsehen wollte, ohne daß es nöthig wäre, seine Nebenbuhler aufzureizen. Er fand aber auch, daß derlei wichtige Geschäfte nicht durch Residenten, die der König zu Ersparung der Kosten in Deutschland unterhielt, und denen es zum Theil an den nöthigen Eigenschaften, durchaus aber am erforderlichen Gewicht fehle, zu behandeln seyen, sondern daß man dazu eines geschickten, thätigen und gut besoldeten Ministers bedürfe.

Der Fall, den Herzberg zu Unterhandlung eines Bundes mit andern deutschen Fürsten als geeignet ansah, war mit Oesterreichs Absicht auf einen Länder-

kaufte eingetruhen, und folglich hatte sich der König mit einigen derselben sowohl über jene Absichten als über das Mittel, die deutsche Verfassung gegen die dem Kaiser Joseph beigezeichneten weitaussehenden Pläne zu schützen, vertraulich benommen. Dieses Benehmen wurde auch fortgesetzt, nachdem der Tauschplan muthlich aufgegeben war; denn Preußen befand sich eben damals rücksichtlich aller europäischen Höfe in einer zweifelhaften, man möchte sagen, in Bezug auf die politischen Verhältnisse gegen dieselben in einer isolirten Lage, und der König fühlte daher die Nothwendigkeit, sich in Deutschland um einen Stützpunkt umzusehen, den ihm nur ein Bündniß mit dessen mächtigsten Ständen gewähren konnte. Es war folglich nicht etwa nur Friedrichs Sorge für die Erhaltung der deutschen Verfassung und Unabhängigkeit, es war seine eigene höhere Politik, die ihn bewog, den Abschluß des Fürstenbundes auch dann noch mit dem größten Eifer zu betreiben, nachdem die erste Veranlassung dazu bereits gehoben war.

Preußens politische Verhältnisse in dieser letzten Zeit, sowie der geheime Gang der damaligen Unterhandlungen, lassen sich am besten aus einem vertraulichen Schreiben entnehmen, welches der Minister von Strazens am 1. April 1785 an den Grafen von Görz erlassen hat, und worin es heißt:

„Ich schreibe E. E. nichts über unsere Verhält-

„nisse mit dem russischen Hof, weil Sie bereits
 „Alles wissen, was ich Ihnen darüber sagen kann,
 „und darf also unterlassen. Ihnen Bemerkungen über
 „die gegenseitige Stellung beider Höfe mitzutheilen.“

„Der Hauptzweck des Königs unter den gegen-
 „wärtigen Umständen ist, zu verhindern, daß der
 „Kaiser seine Absichten auf Bayern, worauf er früher
 „nur zum Schein und ad tempus verzichtet habe nicht
 „ausführen könne.“

„Die Verhandlungen mit Frankreich über den
 „bayerischen Länderausch kennen E. E. Der König
 „erwartet von Frankreich nichts weiteres, vielmehr
 „wird die Verbindung dieses Reichs mit Oesterreich
 „noch enger geschlossen werden, er rechnet auch wenig
 „auf die Allianz mit Rußland, und glaubt nicht,
 „daß England sobald auf den Kontinent
 „einzumirken im Stande seyn werde. Da-
 „her will er ganz bestimmt ein Bündniß für deut-
 „schen Reich zu Stande bringen, und er hat mich
 „deshalb nach Potsdam beufen. Ich habe ihm ei-
 „nen, in allgemeinen Ausdrücken verfaßten Entwurf
 „vorgelegt, gegen den im Grund der Kaiser selbst
 „keine Einwendung machen könnte. Der König hat
 „sich darauf kalt geäußert, der Entwurf sey ganz
 „gut, und man könne solchen schicken, wenn man
 „für gut finde, aber man müsse auf den bald mög-
 „lichen Abschluß des Bündnisses dringen. Wir ha-

„Inzwischen das Projekt zuerst dem Kurfürsten von
 „Sachsen übersendet, der sich aber vorläufig ent-
 „schuldigte, indem er gegenwärtig neutral bleiben,
 „aber auf unsere Vorschläge eingehen wolle, wenn
 „der Kaiser auf das Projekt zurück kommen sollte;
 „ob wir Kurfürst durch die wiederholten dringenden
 „Vorstellungen auf andere Gesinnungen gebracht wer-
 „den dürfte, steht dahin. Der König von England
 „als Kurfürst von Hannover zeigt sich ganz be-
 „reit, unsern Plan anzunehmen, und legt den größten
 „Patriotismus an den Tag, gesteht jedoch, England
 „dunkel für den Augenblick nichts thun. Herr von
 „Göttersdorf ist bereits in Gotha, Weimar, Ans-
 „bach gewesen, und wird an andere deutsche Höfe
 „gehen, wir können beinahe auf alle weltlichen Reichs-
 „fürsten rechnen, und haben selbst einige Hoffnung
 „sichtlich des Kurfürsten von Mainz und ande-
 „rer geistlichen Fürsten. Ihr Herr Bruder ist
 „nach Cassel geschickt worden, hat aber bisher nur
 „unbestimmte Aeußerungen berichten können.“

„Während wir uns bemühen, eine Vereinigung
 „zu erzielen, befehlt uns der König, von dem Her-
 „zog von Zweibrücken zu verlangen, daß er öffentlich
 „gegen einen Ländertausch reklamiren und den Bei-
 „stand sämmtlicher Reichsfürsten gegen den Anschlag
 „des Kaisers auf Bayern anrufe. Wir haben dage-
 „gen vorgeschickt, dieser Schritt sey zu vortheilhaft, er

„wende zu früh unser Vorhaben verrathen, der Herzog von Zweibrücken könne gegen seinen Aufschlag re-
 „klamiren, den der Kaiser nach Frankreichs Empfeh-
 „rung aufgegeben habe, er würde dadurch ohne An-
 „sehen dem Unwillen des Kaisers und Frankreichs aus-
 „gesetzt, unser Projekt habe die nämliche Wirkung,
 „weil es deutlich gegen den Lauch gerichtet sey. Al-
 „les dieses hat auf den König keinen Eindruck gemacht,
 „und er hat uns ernstlich befohlen, den Herzog zu
 „dieser Reklamation aufzufordern. Man muß nun
 „sehen, welche Folgen es haben wird. Auch den
 „französischen Hof haben wir über den Plan des Ge-
 „stirbundes befragt, und darauf zur Antwort erhal-
 „ten: er könne ein reichsverfassungsmäßiges Bünd-
 „niß nicht mißbilligen, allein da er mit dem Kaiser
 „verbündet sey, so habe er seinem Minister befohlen,
 „sich neutral zu verhalten und unsere Unterhandlun-
 „gen nicht zu durchkreuzen. Dieß ist die allgemeine
 „Darstellung der neuen Lage, in der wir uns hier be-
 „finden.“

Die ungewisse Stellung des Kurfürsten von Sach-
 sen und des Landgrafen von Hessen-Kassel war schon
 in der ersten Hälfte Aprils gehoben; der erstere erklärte
 sich bereit, in den beabsichtigten Bund zu treten, und
 der letztere, dem Beispiel Hannovers folgen zu wollen.

Von diesem Hof ging nun der Vorschlag aus,
 zuerst einen Verein zwischen den drei Kurfürsten von

Brandenburg, Sachsen und Hannover zu schließen, und dann die andern deutschen Fürsten und Städte zum Beitritt einzuladen; zu dem Ende schlug Hannover einen Zusammentritt Bevollmächtigter in Nordhausen vor; Preußen aber wünschte, daß solcher in Berlin stattfinden möchte. Dies geschah dann auch, und dort wurde am 23. Julius der Bundesvertrag von den Ministern der vorerwähnten drei Kaiserthümer unterzeichnet. *)

Der Petersburgerhof konnte einen Bund, der so offenbar gegen seinen Willen gerichtet und Rußlands Einfluß auf das deutsche Reich nachtheilig war, unmöglich gerne sehen, und er wendete in Verbindung mit dem österreichischen Hof Alles an, um ihn zu hintertreiben. Mit dem Grafen von Scharf wurde darüber in Petersburg nichts verhandelt, aber mit den Gesandten von England und von Sachsen.

So wie die Nachricht von den Negotiationen in Berlin zu Petersburg ankam, und ehe solche noch beendigt waren, sprach Graf Ostermann mit dem englischen Gesandten Fitzherbert, wenn gleich angeblich ohne besondern Auftrag und nur aus persönlichem Ver-

*) Dr. Bohm, Herzberg, Müller u. a. m. über den Deutschen Fürstebund ausführliche Notizen haben, so glaubt man über diesen Gegenstand sich auf sie berufen zu dürfen.

trauen, und äußerte sein großes Befremden, daß das hannoversche Ministerium sich bereit zeigte in ein Bündniß zu treten, welches gegen den Kaiser gerichtet zu seyn scheine, und wovon weder die Nothwendigkeit noch der Nutzen einzusehen sey. Aber darauf erwiderte der englische Gesandte ebenfalls ohne Instruktion seines Hofes und nur aus persönlicher Ueberzeugung: er habe von der Sache keine Kenntniß, müsse aber zugleich gestehen, daß der König von England als Kurfürst von Hannover gar wohl Verbindungen eingehen könne, wovon man dem englischen Gesandten keine Kenntniß gebe; seine persönliche Ueberzeugung sey übrigens, das Interesse Rußlands sowohl, als jenes von England erheische, daß weder das Projekt des bayerischen Ländertausches, noch irgend ein anderes, welches der deutschen Verfassung Eintrag thun könnte, zur Ausführung komme.

Bestimmter als gegen Figherbert äußerte sich der Wiccanzler gegen den kursächsischen Gesandten von Saden, dem er unter ausdrücklicher Berufung auf den Befehl der Kaiserin mit einem gewissen Ton von Bitterkeit sagte: „Die Kaiserin hätte erwartet, der Kurfürst würde eine „weniger unbestimmte und mehr befriedigende Antwort „auf die ihm zugegangene Erklärung wegen des bayerischen Ländertausches und der deutschen Angelegenheiten geben, und diese Erklärung, welche in „der Absicht ertheilt worden sey, um den

„Abschluß des deutschen Bundes zu verhinder-
 „bern, würde auf den Kurfürsten eben den Eindruck
 „wie auf andere deutsche Fürsten hervorbringen; sie
 „habe daher mit Befremden vernommen, daß S. K. D.
 „ihren Gesandten in Berlin mit Vollmachten versehen
 „haben, um wegen jenes Bundes in Unterhandlungen
 „zu treten, und ihn daselbst zu unterzeichnen; ein
 „solcher Schritt, der ein offenkundiges Mißtrauen gegen
 „die Versicherungen der beiden Kaiserhöfe anzeige, könne
 „nicht anders als denselben sehr mißfällig und beleidigend seyn, denn dieß heiße so viel als sich gegen
 „Oesterreich und Rußland erklären; so ein
 „Schritt sey ganz und gar unverträglich mit dem
 „Neutralitätssystem, welches der Kurfürst angenommen habe, und daher hoffe die Kaiserin, S. K. D.
 „werden das begonnene Werk um so weniger durch
 „ihren Beitritt vollbringen helfen, als sie sich von
 „keinem Hof so wesentliche Vortheile versprechen können,
 „wie von dem russischen, welcher durch seinen
 „überwiegenden Einfluß wesentlich zum Besten Sach-
 „sens beitragen und die nämlichen Gesinnungen den
 „deutschen Kreisen einflößen könne.“

Graf Ostermann nahm von Sachsen das Versprechen ab, diese Eröffnung vor dem Grafen von Görtz geheim zu halten, der von ihr auch erst in der Folge durch eine Depesche seines Hofes Kenntniß erhielt.

Bei solchen Gesinnungen der Kaiserin gegen den
 durch

durch Friedrich II zu Stande gebrachten Fürstenthum war zu erwarten, daß die offizielle Nachricht davon ihr mißfallen werde. Auf die Mittheilung derselben äußerte Graf Oftermann gegen Görz ganz kurz, aber in einem gelassenen Ton, er werde solche der Kaiserin vorlegen und ihre Befehle darüber einholen. Einige Tage hernach suchte der Vickanzler, nach den gewöhnlichen Komplimenten und unter Versicherung des fortwährenden großen Werthes, den die Kaiserin auf die Beibehaltung der bisherigen Verhältnisse zu dem preussischen Hofe lege, dem Grafen von Görz in ziemlich dunkeln Ausdrücken zu beweisen, daß dieser deutsche Bund ein Mißtrauen unter den deutschen Reichsständen erregen könne, und daß Verträge, deren Inhalt man nicht kenne, immer über die Absicht derselben Unruhe einflößen. Görz schloß daraus, daß der russische Hof den Vertrag selbst zu lesen wünsche, da er aber nicht beauftragt war, solchen mitzutheilen, so beschränkte er sich auf allgemeine Versicherungen, wie sehr dem König daran liege, das gute Einverständniß mit dem russischen Hof beizubehalten, und welchen großen Werth derselbe der Freundschaft der Kaiserin beimesse u. d. g.

Zehnter Abschnitt.

Rußland und Großbritannien. — Unterhandlungen zu Abschließung einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Großbritannien und Preußen. — Rußland, Dänemark und Schweden.

Großbritannien, seit dem Versailler Frieden (1762) außer besonderer Verbindung mit den Kontinentalmächten, fühlte in dem Krieg, den es gegen Frankreich und Spanien und gegen seine insurgirten Kolonien in Amerika zu führen hatte, mehr und mehr das Bedürfnis eines mächtigen Verbündeten. Der Erreichung dieses Endzweckes stand aber bei Oesterreich die Verbindung mit Frankreich, und bei Rußland jene mit Preußen entgegen, und selbst abgesehen davon war es höchst schwierig eine Allianz in einem Zeitpunkte zu unterhandeln, in dem sie die Theilnahme an Englands noch unentschiedenem schweren Kampf zur Folge haben konnte. Unter allen Mächten des Kontinents schienen Rußland und Oesterreich diejenigen zu seyn, deren Allianz am vortheilhaftesten wäre; da aber durch den

Versailler Vertrag Oesterreich Frankreichs Verbündeter war, so blieb vorerst und bei dem damaligen System des englischen Ministeriums gegen Preussen nur auf eine Allianz mit Rußland einige Aussicht und Hoffnung übrig.

Daher erhielt der englische Gesandte in Petersburg, Ritter Harris, den Auftrag, den Versuch dazu zu unternehmen, und als ein eben so gewandter als unternehmender Diplomat, dem außerdem auch alle zum Zweck führenden Mittel zu Gebote standen, suchte er den erhaltenen Auftrag zu erfüllen:

Sehr bald überzeugte sich Harris, daß er dabei auf Panin's Beifall und Unterstützung nicht rechnen könne, weil dessen persönliche Gefinnungen, seine Abhänglichkeit an die Allianz Rußlands mit Preussen, seine Ueberzeugung von den Vortheilen, welche daraus seinem Hofe zufließen, seine natürliche Vorliebe für ein System, als dessen Schöpfer er sich ansah, endlich sein persönlicher Charakter, sein Alter, die Scheue vor Arbeit, und vielleicht mehr, als alles dieses, das Verlangen, Rußland den Frieden zu erhalten, den er für dessen erstes Bedürfniß hielt, mit dem Wunsche des Lond'nerhofes im Widerspruch stehen mußten.

Allein diese Schwierigkeiten schreckten den Ritter nicht ab; sie feuerten vielmehr seinen Eifer an, und wahrnehmend, daß Panin's Einfluß und mit demselben Katharinens Vorliebe für die bisherigen Verhältnisse

mit Preußen abgenommen habe; daß die Kaiserin im Widerspruch mit dem friedliebenden System ihres Ministers sich mit einem Angriffsplan gegen das osmanische Reich beschäftige, dessen Ausführung höchst wahrscheinlich einen weitaussehenden Krieg zur nothwendigen Folge haben dürfte; daß endlich Potemkin der Kaiserin Absichten theile und sie darin bestärke, suchte Harris mit Katharinen und ihrem mächtigen Günstling und Vertrauten unmittelbar, und mit Beseitigung des Ministers zu unterhandeln.

Bald wußte sich Harris mit dem Fürsten Potemkin auf einen freundschaftlichen und vertrauten Fuß zu setzen, und es gelang ihm in seinem engern, andern fremden Gesandten beinahe ganz unzugänglichen Cirkel Zutritt zu erhalten. Ohne Zweifel hatte er es dem Fürsten zu verdanken, daß die Kaiserin ihm im Sommer 1779 zwei geheime Zusammenkünfte, die eine in Petershof, die andere in dem Landhaus der Gräfin Narischkin bewilligte. Mit vieler Feinheit und Beredtsamkeit benutzte Harris solche, um der Kaiserin Weihrauch zu streuen ihrem Riesenplan die höchste Bewunderung zu zollen, und ihr die Aussicht auf Englands Beistand in Ausführung desselben auf den Fall hin zu eröffnen, als eine enge Allianz zwischen beiden Höfen zu Stande kommen würde. Die Kaiserin, den Werth jeder Verbindung nach dem Nutzen, der daraus für ihren großen Plan hervorgehen könnte, beurtheilend, erklärte bei der

zweiten Zusammenkunft ihre Geneigtheit, mit England in's Bündniß zu treten, und foderte den Ritter auf seinem Hof zu berichten: „wenn derselbe ein Bündniß mit „ihr gegen die Pforte und auf die Angelegenheiten des Orients ausdehnen wolle, „so wünsche sie, daß Harris ermächtigt werde, ihr „den förmlichen Antrag einer Allianz zu machen und „damit jenen einer bewaffneten Vermittlung Rußlands „in dem Krieg Englands mit Frankreich, Spanien und „den Kolonien in Amerika zu verbinden, welche sie, „die Kaiserin, anzunehmen keinen Anstand finden „werde.“

Diese unmittelbare Eröffnung war den Wünschen des Lond'nerhofes so angemessen, daß Ritter Harris sehr bald die verlangte Instruktion erhielt. Er theilte solche sogleich durch den Fürsten Potemkin der Kaiserin mit, und sie ward beiden Wünschen entsprechend gefunden. Aber da nun die wirkliche Unterhandlung und Abschließung des beabsichtigten Vertrags in der gehörigen Form geschehen mußte, so war es nöthig, solche durch das Ministerium gehen zu lassen. Daher übergab der Gesandte dem Grafen Papin eine Note, worin dem russischen Hof der förmliche Antrag einer Allianz gemacht, und derselbe um seinen Beistand in dem für England so verderblichen Krieg ersucht wird. „Rußland und England“ — so heißt es im Eingang der Note — „fest überzeugt, daß sie

„durch gleiche Interessen und durch eine natürliche
 „Vorliebe mit einander vereinigt sind, haben stets
 „in allen Angelegenheiten ein Benehmen beobachtet,
 „welches ein gegenseitiges Vertrauen und eine auf-
 „achtige Freundschaft bezeichnen; wenn daher zur
 „Zeit noch keine Allianz abgeschlossen worden sey, so
 „liege die Ursache davon keineswegs in Abneigung
 „oder Widerwillen gegen eine solche, und beide Höfe
 „haben sich auch stets bestrebt, die Schwierigkeiten
 „zu heben, welche sich der Erreichung dieses so wün-
 „schenswerthen Zweckes entgegen setzten; während der
 „ganzen Dauer der gegenwärtigen Regierung Ruß-
 „lands haben alle englischen Minister diesem Grund-
 „satze angemessene Instruktion erhalten, und jene,
 „womit der dormal am russischen Hofe beglaubigte
 „Gesandte versehen sey, laute eben so; ihm aber sey
 „auch noch besondere Vollmacht zugetommen, Alles
 „zu unterschreiben, was die Verbindung be-
 „der Kronen befestigen könne, und es sey be-
 „kannt, daß er davon im letzten Winter, wiewohl
 „vergeblich, Gebrauch gemacht habe.“

„England habe stets so zuversichtlich auf die gu-
 „ten Gesinnungen der Kaiserin getechnet, als wenn
 „beide Höfe durch die feierlichsten Verträge verbin-
 „det wären; daher habe der Lond'nerhof sich zuerst
 „an die Kaiserin gewendet, als die Empörung in Ame-
 „rika ausgebrochen sey, und Frankreich sich zu Gun-

„ßen der Rebellen erlitten habe, und wenn auch von
 „Ihrer kaiserlichen Majestät nicht für dienlich erach-
 „tet worden, England den gewünschten Beistand zu
 „leisten, so verlasse sich doch dieses dessen inermachtet
 „auf die freundschaftlichen Gesinnungen der Kaiserin,
 „und schenke denselben vollkommenes Vertrauen, über-
 „zeugt, daß nur besondere Staatsursachen sie zu die-
 „sem Vorhaben bewegen haben und daß England im
 „Augenblick der Gefahr bei dem Petersburger Hofe
 „eine Unterstützung finden werde, welche es, in Ver-
 „bindung mit den eigenen Kräften, über alle Ereig-
 „nisse erheben müsse.“

Nach diesem wird die kritische Lage, in welcher
 sich England gegenwärtig befinde, geschildert, und
 dann die Note in folgenden Ausdrücken geschlossen:

„Rußland ist die einzige Macht, welche England
 „aufrecht erhalten kann; alle andern Mächte, entwe-
 „der durch Drohungen abgeschreckt oder durch Frank-
 „reichs verhängliche Sprache gewonnen, scheinen dem
 „gelenklosen Ehrgeiz dieses Hofes keine Hindernisse
 „entgegen setzen zu wollen. Es ist einer eben so
 „mächtigen als erleuchteten Regentin würdig, andern
 „mit dem Beispiel voranzugehen, und so kann sie
 „auf eine ihrer Größten angemesseneren Art han-
 „deln, als indem sie durch ihre Dazwischenkunft
 „die Nebel abwendet, wodurch Europa in dem Fall be-
 „droht ist, wenn dem Haus Bourbon gestattet bleibt,

„länger einen Krieg fortzusetzen, der, wenn er den
 „von ihm gewünschten Ausgang hat, eine gänzliche
 „Veränderung in den Verhältnissen dieses Welttheils
 „hervorbringen muß.“

Man sieht, daß diese Note eben sowohl in dem
 Sinn der Kaiserin abgefaßt war, als sie für die Unter-
 handlung selbst den nöthigen Spielraum darbot. Die
 Versicherung, ermächtigt zu seyn, Alles zu un-
 terschreiben, was die Verbindung beider
 Kronen zu befestigen vermöge, bezog sich auf
 die Angelegenheiten der Pforte und des Orients, und
 die nachgesuchte Dazwischenkunft der Kaiserin
 auf deren bewaffnete Vermittlung. Auf diese Art war
 denn der Auftrag, welchen diese dem Ritter Harris
 ertheilt hatte, ohne daß es kund gegeben wurde, er-
 füllt, und die Grundlage der Unterhandlungen ange-
 geben.

So wie die Sache zum Ministerium kam, nahm
 sie eine dem Ritter Harris, nach den von der Kaiserin
 und vom Fürsten Potemkin erhaltenen Versicherungen,
 höchst unerwartete Wendung. Graf Pawin entwickelte
 die Folgen, welche eine Allianz mit England in den
 gegenwärtigen Umständen haben müßte, und den Nach-
 theil, welcher dadurch Rußland zugehen würde, mit so
 großem Scharffsinn, er setzte die Gründe, welche die Kai-
 serin bewegen sollten, das bisherige System nicht auf-
 zugeben, so überzeugend auseinander, daß sie densel-

ben ihren Beifall nicht versagen konnte, und ihren Minister ermächtigte, nach seiner Ansicht die Note des englischen Gesandten zu erwiedern.

Dieser erhielt nun eine ganz andere Antwort, als er sich versprochen hatte. Panin erklärte im Namen der Kaiserin: „bei den freundschaftlichen Gesinnungen „für den König von England und die englische Nation „bedauere sie sehr, daß sie sich außer Stand sehe, die „Eröffnungen und Anträge des Lond'nerhofs mit ihrer „Denkungsart und ihrem Verlangen nach baldiger Wiederherstellung des Friedens zu vereinigen; sie sey überzeugt, daß die Schritte, welche in der letztern Absicht „von der englischen Regierung vorgeschlagen werden, „sicher eine ganz entgegengesetzte Wirkung hervorbringen, England noch mehrere Feinde zuziehen, und den „Krieg über den ganzen Kontinent verbreiten würden. „Was die vorgeschlagene Allianz betreffe, so werde der „König nicht mißkennen, daß der Kriegszustand, worin sich Großbritannien befinde, zum Abschluß einer „solchen kein schicklicher Zeitpunkt sey. Wenn übrigens „der Lond'nerhof eine Grundlage zur Ausschmugung der „kriegsführenden Theile vorzuschlagen wisse, und die „Mitwirkung der Kaiserin seinem Interesse angemessen „finde, so werde diese solche mit der größten Bereitwilligkeit eintreten lassen, und dabei den Eifer und „die Aufrichtigkeit einer Freundin und natürlichen Verbündeten des Königs an den Tag legen.“

Diese Rückäußerung würde jeden andern weniger thätigen Unterhändler, als Ritter Harris, und vielleicht auch ihn entmuthiget haben, wenn er nicht vom Fürsten Potemkin, und wahrscheinlich von der Kaiserin selbst deshalb beruhigende Zusicherungen erhalten hätte. Daher gab er die Hoffnung nicht auf, bei irgend einem günstigen Ereigniß dennoch zum Ziel zu gelangen, aber da er nun überzeugt war, daß Panin demselben entgegen strebe, und dieser Minister unerachtet seines Alters, seiner Kränklichkeit, seines abnehmenden Credits bei der Kaiserin, und Potemkins Abneigung gegen ihn, noch immer einen großen Einfluß auf die Geschäfte ausübe, so verdoppelte er seine Bemühungen, demselben bei der Kaiserin zu schaden, und ihm wo und wie er konnte, Unannehmlichkeiten und Gegner zu erregen.

Wir haben (oben 7ter Abschnitt Seite 153) gesehen, mit welcher Gewandtheit der Ritter Harris das unkluge Benehmen Spaniens rücksichtlich einiger russischen, nach den Küsten des mittelländischen Meeres bestimmten Schiffe zu benützen wußte, um die Kaiserin zu Maaßregeln zu bewegen, welche, ohne Panin's Dazwischentunft, die Erreichung Großbritanniens lang ersuchten Endzweckes herbeiführen könnten. Dieser wurde zwar für damals vereitelt, aber er blieb doch fortwährend der Wunsch und das Streben Katharinens sowohl als des englischen Cabinets.

Seit der im englischen Ministerium vorgegangenen Veränderung benahm sich der englische Minister Harris in Petersburg gegen den Grafen von Gbrg auf eine Art, die zum Beweis diente, daß derselbe bereits unterrichtet sey, seine Regierung habe ihr System gegen Preußen geändert. Denn er fing an den Grafen aufzusuchen, und mit ihm von Geschäften zu sprechen, was er die ganze Zeit hindurch, sonderlich seit der Reise des Kaisers sorgfältig vermieden hatte. Ostermann und Bakunin gaben dem Grafen zu verstehen, sie erwarten, das neue Ministerium werde sich eifrig bestreben, Verbindungen auf dem Kontinent anzuknüpfen, und sonderlich trachten, Preußens Freundschaft zu erwerben.

Graf Gbrg sah eine Allianz Preußens mit England nicht nur für vortheilhaft, sondern selbst für nothwendig an, und eröffnete seine Ansicht darüber dem Grafen von Herzberg. So wichtig es für Preußen sey, sagte er, die enge Verbindung mit Rußland beizubehalten, so widerrathe doch die Klugheit, mit dieser Macht allein allirt zu seyn, weil man die möglichen Ereignisse nicht voraussehen vermöge, welche entweder Rußlands Allianz aufheben, oder sie für Preußen unnütz machen könnten. Daher werde es nöthig, sich noch um die Allianz mit einer großen Macht umzusehen, und dieß könnte nur Frankreich oder England seyn. So groß aber die Vorthelle wären, die man

sich von einer Allianz mit Frankreich versprechen dürfte, so sey Frankreich bereits mit demjenigen Hof verbunden, wegen dessen Preußen einen Alliirten nöthig habe, mit Oesterreich nämlich, und außerdem dürfte auch nach allem Anschein diese Allianz mit der russischen nicht verträglich seyn. Es bliebe also nur England übrig, welches zwar durch den gegenwärtigen Krieg erschöpft, aber doch noch mächtig und Rußland für seinen Handel wichtig sey, und folglich biete eine Verbindung zwischen Preußen und England den weitem Vortheil dar, daß eben dadurch auch jene zwischen Rußland und Preußen befestiget werde. England aber könnte wohl auf dem ganzen Kontinent keine Macht finden, deren Allianz ihm vortheilhafter wäre, als jene mit Preußen, wozon es bereits die Erfahrung gemacht habe; davon liefere seine Geschichte den Beweis, denn sie enthalte keine ruhmvollere Epoche, als jene, wo England mit Preußen verbunden war.

Mit diesen Ansichten stimmten jene des englischen Ministeriums überein, und es fanden nicht nur darüber Eröffnungen desselben an den preussischen Gesandten in London statt, sondern Ritter Harris erklärte dem Grafen: er habe den Auftrag erhalten, sich um die Freundschaft des preussischen Ministers zu bewerben, indem Preußen unter den Kontinentalmächten diejenige sey, für welche der König und die Nation die höchste Achtung und das größte

Vertrauen haben, und deren Allianz für England am wünschenswertheften erscheine; in Folge dieser Gefinnungen sey er angewiesen, Preußen so viel als möglich am russischen Hof nützlich zu seyn, indem England die Allianz Rußlands mit Preußen für sich selbst als sehr vorthellhaft ansehe.

In Petersburg sah man das freundschaftliche und vertrauliche Benehmen der Minister von Preußen und England sehr gerne, und selbst Potemkin äußerte sich darüber auf eine Art, die bewies, wie erwünscht Rußland eine Annäherung der Höfe von London und Berlin sey.

Jetzt entstand bei Friedrich II der Gedanke an eine Tripel-Allianz zwischen Preußen, Rußland und England. Denn die Absicht, seine Verbindung mit Rußland durch Frankreichs Beitritt zu verstärken und dadurch die Allianz dieser Macht mit dem Wienerhof wo nicht aufzulösen, doch wenigstens zu schwächen, war durch die Verbindung Rußlands mit Oesterreich und durch die Abneigung Frankreichs, der Kaiserin Plan gegen die Pforte zu unterstützen, unausführbar geworden. Ehe jedoch der König Schritte thun wollte, trug er dem Grafen von Oberg auf, darüber seine Ansicht zu äußern.

Dieser erachtete so eine Verbindung für Preußens Interesse äußerst vorthellhaft und sah sie als das sicherste Mittel an, Katharine von ihrer Vorliebe zu Oester-

reich zurückzubringen. England, durch die Verbindung mit Preußen in eine unfreundliche Stellung zu Oesterreich versetzt, würde dann — so meinte er — ein größeres Interesse haben, Rußlands engerer Verbindung mit dieser Macht, als Frankreichs Allirten, entgegenzuarbeiten und jene zwischen Preußen und Rußland zu befestigen. Um aber diesen Zweck zu erreichen, hielt Gbrg für nothwendig, daß sich der König zuerst mit England verstehe und dann erst gemeinschaftlich mit diesem Allirten die Kaiserin zum Beitritt einlade. Außerdem, besorgte Gbrg, würde Oesterreich von des Königs Absicht zu frühe Kenntniß erhalten, und Alles aufbieten, um die Erreichung derselben zu verhindern. Uebrigens bemerkte der Graf dem König wiederholt: nach der erlangten genauen Kenntniß des russischen Hofes wäre es nicht gut, sich auf solchen als einzigen Allirten zu verlassen.

Dieser Ansicht schenkte Friedrich II seinen Beifall, und ertheilte seinem Gesandten, dem Grafen Lusi in London, den Auftrag, den Minister Fox über eine nähere Verbindung zwischen beiden Höfen, und insbesondere darüber auszuforschen, ob die zwischen Rußland und Preußen bestehende Allianz als ein Hinderniß des Abschlusses einer solchen zwischen England und Preußen angesehen werden dürfte? — „Weit entfernt“ — antwortete darauf Fox dem Grafen — „daß solche ein Hinderniß wäre, mache sie vielmehr

„England eine Allianz mit Preußen wünschenswerth,
 „denn alle Vortheile, die man sich von solcher verspre-
 „chen thune, werden durch den Beitritt Rußlands
 „vergrößert; eine Tripel-Allianz zwischen diesen bei-
 „den Höfen sey unstreitig der gegenwärtigen Lage Eu-
 „ropa's am angemessensten; die Verhältnisse, worin
 „sich der König von Preußen befinde, seine Allianz
 „mit Rußland, die große Klugheit, die ihm so sehr
 „auszeichne, Alles vereinige sich, England das Ver-
 „langen einzufloßen: es möge daher dem König ge-
 „fällig seyn, die nöthigen Einleitungen zu treffen,
 „um ein für die drei Höfe so wünschenswerthes Er-
 „eigniß herbeizuführen.“

Der König, sich durch diese Aeußerungen über-
 zeugend, daß England noch eifriger als er selbst die
 vorgeschlagene Tripel-Allianz wünsche, wollte sich mit
 der ersten Einleitung zu derselben am Petersburger-
 hofe nicht befassen, sondern ließ dem Minister Fox er-
 wiedern, England möge dieselbe übernehmen.

Ungefähr zur nämlichen Zeit benützte Görtz eine
 Unterredung mit dem Grafen Ostermann, um dessen
 Ansichten von der Sache zu erforschen. Ostermann
 sprach nämlich mit Görtz über die Vermittlung des
 Friedens zwischen den bourbonischen Höfen und Eng-
 land; er äußerte sich bei dieser Gelegenheit: da der
 Lond'nerhof Preußens Freundschaft zu suchen scheine,
 so zweifle er nicht, der König werde den Wunsch her-

gen, es möchten England die möglichst geringen Opfer auferlegt werden. Görz nahm keinen Anstand dieses zu bejahen, und äußerte zugleich als eine persönliche Vertraulichkeit und als eigene Idee, daß eine Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und England nicht nur für diese Staaten, sondern für ganz Europa von großem Nutzen seyn könnte; er fragte hiebei Ostermann: ob er glaube, die Kaiserin könnte geneigt seyn, auf diese Idee einzugehen? Ostermann erwiederte: außer Stand zu seyn hierüber etwas zu sagen, wenn nicht verlangt werde, hierüber die Gesinnungen der Kaiserin einzuholen, denn seine persönlichen Ansichten von der Sache entscheiden nichts.

Bald nach dieser Unterredung erhielt aber, in Folge der vorerwähnten Äußerung des preussischen Hofes, der Ritter Harris die Weisung, in Petersburg zu sondiren, wie man dort über die beabsichtigte Tripel-Allianz denke.

Dies geschah dann auch in der Hälfte des Monats Julius. Harris erklärte dem Grafen Ostermann: „England bringe durch Anerkennung der Grundsätze der bewaffneten Sceneutralität ein Opfer, welches der Nation schwer falle, daher wünsche sein Hof, Rußland möge dieses durch Beweise von Freundschaft erwidern.“ — Auf Ostermanns Frage: worin solche bestehen könnten? erwiederte Harris: „darin, daß man
suche,

„suche, in Europa ein System herzustellen, an dem
 „es seit zwanzig Jahren ganz mangle; das beste Mit-
 „tel hiezu könnte seyn, wenn sich Rußland deshalb
 „mit seinen Allirten Preußen und Dänemark
 „bündhne; England sey bereit, sich zu Allem, was man
 „verlangen könne, herbei zu lassen; dadurch würde der
 „Norden ein System erhalten, welches derselbe der Kai-
 „serin zu verdanken hätte, und wodurch sich diese mit
 „Ruhm bedecken würde.“ — Graf Oftermann bemerkte
 dagegen: „es sey schwer, in Kriegszeiten Systeme zu
 „bilden, man müsse, um solches zu thun, Friedenszei-
 „ten abwarten;“ worauf Harris erwiederte: „die in
 „Friedenszeiten geschlossenen Allianzen werden meistens
 „beim Ausbruch eines Kriegs vergessen.“

Auch dem Fürsten Potemkin machte Harris unge-
 fähr die nämlichen Eröffnungen, und erhielt von ihm
 die unumwundene Aeußerung: das vortheilhaf-
 teste System für Rußland sey eine Allianz
 mit England und Preußen, die man noch
 durch Dänemark verstärken könnte; diese drei
 Mächte seyen die wahren Verbündeten Rußlands, da
 sie ihm von Nutzen seyn können, ohne daß man be-
 fürchten dürfe, sie würden solches zu hintergehen oder
 zu gefährlichen Schritten zu verleiten suchen; überzeugt
 davon, werde er recht gern Alles thun, um die Kai-
 serin zur Annahme dieses Systems zu vermögen; er
 wolle jedoch wohl seine, keineswegs aber seiner Mo-

wachem Gesinnungen verhängen, deren Vorliebe für Oesterreich Harris ja selbst bekannt sey.

Einige Zeit hernach kam Harris von seinem Hofe die Instruktion zu, Alles aufzubieten, um die freundschaftlichen Gesinnungen Rußlands zu erhalten und zu befestigen, und diesen Hof zu überzeugen, welchen unschätzbaren Werth England auf dessen Freundschaft lege. Damit solle Harris aber auch die Versicherung verbinden, wie sehr England, nach Vollendung des gegenwärtigen Kriegs, wünsche, mit Preußen eine Allianz zu schließen, darauf die Gemüther vorbereiten und versuchen, den russischen Hof zu veranlassen, Preußen diese Allianz vorzuschlagen, und selbst Rußland zu einer Quadripel-Allianz mit Preußen, England und Dänemark geneigt zu machen. Durch so eine Allianz würde die Kaiserin im Stande seyn, für die Zukunft ein Achtung gebietendes System zu begründen und dadurch den höchsten Gipfel des Ruhms erreichen.

Als der Ritter Harris diese Instruktion erhielt, hatten die Ereignisse in der Krone bereits solche Verhältnisse herbeigeführt, daß er nicht für gerathen fand, die Ansichten und Wünsche seines Hofes offiziell bekannt zu machen; daher beschränkte er sich darauf, nur den Fürsten Potemkin darüber zu sprechen, der ihm versicherte: er habe fortwährend die nämliche

Ueberrumpelung von den großen Vortheilen einer Allianz der Art; auch die Kaiserin finde, dieses System könne nach dem Frieden festgesetzt werden, weil dadurch eine mächtige Allianz im Norden gebildet werde; daß sie aber dabei sich geäußert habe, sie könne für den Augenblick nichts thun, weil sie gegenwärtig in Unannehmungen verwickelt sey, deren Ausgang sie selbst nicht voraussehen vermöge. — Potemkin sagte bei diesem Anlasse dem Gesandten die merkwürdigen Worte: „Sie sehen, auf welchem Punkte wir stehen, wenige Wochen werden entscheiden; benützen Sie diese Zeit, um uns zu schmeicheln; sind wir dann im Kampfe, beargwöhnen und es finden widrige Ereignisse statt, so kann England und Preußen mit uns machen, was sie wollen.“

Somit blieb es bei den bisherigen Unterhandlungen, und solche hatten keinen Erfolg.

Seit Katharinen's Thronbesteigung bestand zwischen Rußland und Dänemark eine enge Verbindung; denn mit Peter III waren des russischen Hofes feindselige Gesinnungen und Pläne gegen Dänemark entworfen, und beide Höfe fanden sich seit 1765 durch mehrere, zum Theil nicht bekannt gewordene Verträge verbunden. Das Geheimniß, womit einige derselben umhüllt blieben, gab zur Vermuthung Anlaß, es bestehe in solchen Bedingungen, welche die Kontrahi-

renden der öffentlichen Kenntniß zu entziehen besondere Ursachen haben. Als derlei Bedingungen glaubten einige, wohl unterrichtete Personen jener Zeit (darunter auch Graf Strå) die von Dänemark Rußland im Falle des Angriffes von einer andern Macht zugesicherte Hülfe von zwölf Linienschiffen und sechzehntausend Mann Truppen annehmen zu dürfen; — andere, daß Dänemark in Anerkennung der großen, ihm von Rußland in den kund gewordenen Traktaten eingeräumten Vortheile, sich durch unauf löbliche Bande an diese Macht geknüpft und insbesondere die Verpflichtung übernommen habe, ohne deren Bestimmung mit keiner andern Verbindungen einzugehen. Ein neuerer Schriftsteller *) hingegen behauptet, der Traktat von 1773 sey von dem dänischen Hof durch Intriguen und Nebenwege erzielt worden. Jeden Falls, und selbst abgesehen von den Gebietserwerbungen, welche der dänische Hof dem Verzicht des russischen auf Schleswig und Holstein verdankte, konnte Dänemark bei seiner geographischen Lage, dem Mangel an hinreichenden eigenen Kräften, seinem Hass gegen Schweden und seinen Besorgnissen über des Königs Gustav III unruhigen und unternehmenden Geist — die Vortheile und selbst das Bedürfnis einer Allianz mit dem mächtigen Rußland nicht verkennen. Dieses,

*) Castéra a. a. O. Th. 3. S. 14.

hieron überzeugt, wußte sich zu jener Zeit auf den Hof von Kopenhagen einen so entscheidenden Einfluß zu verschaffen, daß solcher mehr von Rußland abhängig, als mit solchem verbündet zu sein schien.

Ganz anders und von schwieriger Art waren die Verhältnisse Schwedens zu Rußland; Karls XII und Peters I feindliche Gesinnungen waren nicht nur auf ihre Nachfolger, sondern selbst auf ihre Nationen übergegangen, und von Gustav III durfte man nicht erwarten, daß er vergessen würde, sein Ansehen sey Peters erster Lehrer in der Kriegskunst gewesen, und habe darüber vier seiner schönsten Provinzen verloren.

Als daher 1762 die Unruhen in der Krone vorfielen, erregte Schweden die besondere Aufmerksamkeit, sogar das Mißtrauen der Kaiserin. Denn sie erfuhr, Frankreich habe dem Könige drei Millionen Lieres außerordentliche Unterstützung, und zwar einen Theil davon zur Vollendung des Festungsbaues in Finnland auszahlen lassen. Deswegen besorgte sie, Frankreich mit der Pforte und mit Schweden verbandet, könnte sich der letzten Macht bedienen, um zu Gunsten der ersten bei Ausbruch eines Krieges mit Rußland eine Division zu machen. Die Reise des Herzogs von Södermanland nach Finnland, um den neuen Festungsbaue einzusehen, die Arbeiten zu betreiben und die Gränze zu beschützen, vermehrte die Besorgniß. Daher ließ

Katharine im September die bereits aus Russland nach der Krönung beorderten Regimenter plötzlich und in so lange Halt machen, bis sie durch andere in jener Provinz ersetzt waren.

Einige Monate später erhielt man in Petersburg die Nachricht, der König versammle in Finnland ein Lager, und werde sich in Person dahin begeben; nun zweifelte man nicht mehr an dessen feindseligen Absichten gegen Russland. Dieses bestätigte sich jedoch keineswegs und der König äußerte sich selbst darüber auf eine ganz beruhigende Art gegen den Fürsten Gallizin, welcher sich eben damals in Stockholm befand, um das Beileid des russischen Hofes über den Tod der Königin zu bezeugen. Gustav bediente sich dabei einiger, für die Russen sehr schmeichelhaften Ausdrücke, wodurch er den Wunsch, Katharine wieder einmal zu sehen, zu erkennen gab.

Es bedurfte nicht mehr, um diese bei des Fürsten Gallizin Anwesenheit in Petersburg zu veranlassen, eine vortheilhafte Zusammenkunft mit dem König einzulassen, denn lange schon hatte für den Wunsch, ein gutes Vernehmen mit Schweden zu begründen, um von dieser Seite bei ihren Unternehmungen gegen die Türke gesichert zu seyn.

Gegen Ende Junius fand die Zusammenkunft in Friedrichshamn statt, wo Katharine ihren königlichen Gast mit großer Pracht und Eleganz empfing

und bewirthete. Aber Schmuckstücken, nach Uebereinkünften wurden hier gespart, um der Kaiserin Zweck zu erreichen; selbst pekuniäre Opfer soll Katharine dem Könige gebracht haben, wovon dieser bald hernach einen Theil zu Unternehmung einer Reise nach Italien verwendete. Für die Stellung von 10 Schiffen im Falle des Ausbruches eines Krieges gegen die Pforte, sicherte die Kaiserin dem Könige bedeutende Subsidien zu, auch wurde demselben die freie Ausfuhr einer ansehnlichen Menge Getreides aus Liefland und Kurland zur Verproviantirung Schwedens auf zwei Jahre eingeräumt. — Sogar Gustavs Lieblingsplan, Norwegen von Dänemark abzureißen und mit Schweden zu vereinigen, kam bei dieser Zusammenkunft zur Sprache, und der König erhielt der Kaiserin Zusage, sie wolle ihm in seinem Vorhaben nicht hinderlich seyn. Daher auch unmittelbar nach Gustavs Zurückkunft von Friedrichshamm große Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Land, die nur Dänemark gelten konnten, und worüber dieses auch sehr beunruhigt war.

Jetzt glaubte die Kaiserin, den König ganz für ihr Interesse gewonnen und von der bisherigen Allianz mit Frankreich zurückgebracht zu haben. Um ihn nun noch enger in ihre Verbindung zu ziehen, ließ sie eine Unterhandlung zum Abschluß eines Allianz-Traktats zwischen Rußland, Schweden und Dänemark, welche als ein Familien-Vertrag der Souveräne

aus dem Hause Holstein betrachtet werden sollte, beginnen. Dabei bezeugte zwar Dänemark die größte Bereitwilligkeit, allein als die Unterhandlung ihrem Ende zugeführt werden sollte, erklärte der König von Schweden: gern wolle er sich mit Rußland in eine Verbindung einlassen, nicht aber solche auf Dänemark ausdehnen.

Als sonach dieses Vorhaben der Kaiserin mißglückt war, versuchte sie den König in die Allianz zwischen ihr und Oesterreich aufzunehmen; aber auch dieses gelang nicht. Denn gleich im folgenden Jahre 1784 versagte Gustav seine der Kaiserin ertheilten Zusicherungen und das von ihr empfangene Geld; er begab sich persönlich nach Paris, um seine Verbindung mit Frankreich zu erneuern, von dem er gegen einige, dem französischen Handel eingeräumte Begünstigungen die Insel St. Barthelemy, die Garantie seiner Staaten in Europa, das Versprechen eines wirklichen Beistandes im Fall eines Angriffes einer andern Macht, und abermals eine bedeutende Summe baaren Geldes zu erhalten mußte. *)

Katharina war des Königs Sinnesänderung und Zweideutigkeit in Zeiten bekannt geworden, und sie

*) Flassan a. a. O. 6ter Th. S. 370 u. f. bestätigt dieses.

wußte nun, was sie sich von demselben zu versprechen habe. Als sie daher ein Schreiben des Kronprinzen von Dänemark erhielt, in welchem sie von seinen Besorgnissen über die Kriegsrüstungen Schwedens unterrichtet wurde, so ließ sie sogleich dem schwedischen Gesandten durch den Grafen Ostermann eröffnen: „sie habe zwar bisher aus Vertrauen auf des Königs friedliche Gesinnungen den Nachrichten von Kriegsrüstungen und feindlichen Absichten gegen Dänemark keinen Glauben beigemessen, indessen seyen ihr nun durch den dänischen Hof solche Nachrichten zugekommen, welche ihr nicht erlauben, das bisherige Stillschweigen länger zu beobachten; daher werde der Gesandte ersucht, den König seinen Herrn von dem großen Interesse in Kenntniß zu setzen, welches die Kaiserin an Erhaltung der Ruhe des Nordens nehme, und wie sehr es ihr leid thun würde, solche getrübt zu sehen; dabei könne man zugleich nicht bergen, daß zwischen Rußland und Dänemark Verbindungen bestehen, welche von der Art seyen, daß Rußland bei einem Angriff auf Dänemark nicht gleichgültig bleiben, noch demselben seinen ganzen Beistand versagen könnte.“

Dabei blieb aber Rußland nicht stehen, sondern es wurde sogleich nach Kronstadt der Befehl erlassen, mit der größten Eilfertigkeit die dort befindlichen Kriegsschiffe und Fregatten auszurüsten, womit man noch eine Anzahl Galeeren zu vereinigen sich vornahm.

Durch solche eifrige Sprache und Besehnungen wurden die Besorgnisse, die Ruhe des Reichs gestört zu sehen, bald wieder gehoben; die Vereinigung Dänemarks mit Schweden blieb einer spätern Zeit vorbehalten.

Filfter Abschnitt.

Friedens-Vermittlung zwischen den bourbonischen Höfen und England, und zwischen dieser Macht und Holland. — Oesterreich, Holland und Frankreich.

Seit Anfang des Jahres 1775 war England in einen schweren Krieg mit seinen insurgirten Kolonien in Nordamerika verwickelt, an welchem in der Folge die bourbonischen Höfe und später Holland gegen England Theil nahmen.

Oesterreichs bald nach dem Teschner Frieden geäußerter Wunsch, durch seine Vermittlung den Frieden zwischen Großbritannien und Frankreich wieder herzustellen, war ohne Erfolg. Aber gegen Ende des Jahres 1780 bat Katharine II. beiden Mächten ihre Vermittlung an, und der Kaiser, im Jänner des folgenden Jahres davon in Kenntniß gesetzt, äußerte das Verlangen dazu mitzuwirken. Großbritannien erklärte sich sogleich bereit, das Anerbieten der beiden Kaiserhöfe anzunehmen; aber Frankreich mit der vorgeschlagenen

Hauptgrundlage, nämlich, daß es den insurgirten Kolonien keinen Beistand mehr leisten solle, unzufrieden, und stolz auf die errungenen Vortheile, die ihm eine fremde Dazwischenkunft entbehrlich machten, wußte die Sache dahin zu halten.

Bei diesen Zögerungen versuchte Großbritannien, das Bedürfniß eines baldigen Friedens immer mehr und mehr fühlend, mit dem Versailler Hof unmittelbar zu unterhandeln, und schickte daher am Ende des Jahres 1781 und im Anfange des Jahres 1782 wiederholt geheime Unterhändler nach Paris. Auch mit Holland knüpfte zu gleicher Zeit der Lond'nerhof Unterhandlungen zur Abschließung eines Separatfriedens an, und wurde darin von Rußland nachdrücklich unterstützt, welches behauptete, die von England vorgeschlagenen Bedingungen seyen so, daß Holland deren Zurückweisung nicht zu rechtfertigen vermöge.

Doch die Verbindung dieser Republik mit Frankreich setzte der Erreichung dieses Endzwecks ein großes Hinderniß entgegen, und dieses wünschte der russische Hof gehoben zu sehen. Demselben waren die persönlichen freundschaftlichen Verhältnisse des Grafen von Oberg mit dem Gesandten von Frankreich sowohl als mit jenem von Holland bekannt, und da man ihm auf beide Einfluß beimaß, so wurde er von dem russischen Ministerium ins Vertrauen gezogen, um in dessen Sinn auf beide Gesandten einzuwirken.

Der Graf machte bei dieser Veranlassung den russischen Ministern bemerklich: Kaiser Joseph habe durch die Schleifung der festen Plätze in den Niederlanden (wovon in der Folge das Nöthige vorkommen wird) und vorzüglich, weil er seine Verbindung mit Holland durch Vernichtung des Barriere-Traktats aufgehoben habe, diese Republik in die größte Verlegenheit gebracht, und sie nicht nur jetzt, sondern auch für die Zukunft und so lange Oesterreichs Allianz mit Frankreich bestehe, in die Unmöglichkeit versetzt, sich mit der Rivalin dieser Macht, England, zu verbinden; daher sey es der Kaiser Joseph, welcher der gegenwärtigen Unterhandlung eines Separatfriedens zwischen England und Holland die größte Schwierigkeit erzeuge, und dadurch das System des europäischen Gleichgewichts erschüttere. Aber dabei blieb Obrz nicht stehen, sondern er übergab dem Wizekanzler eine schriftliche Darstellung aller der unglücklichen Folgen, welche Kaiser Josephs Benehmen gegen Holland für das europäische System schon dormal hervorbringe und noch künftig hervorbringen werde. — Graf Oskermann, Frankreich persönlich abgeneigt und für England gutgesinnt, gab Obrz für die Zukunft Recht, bemerkte aber, daß gegenwärtig die Republik sich gegen Rußland verfehle, wenn sie nach der stets gewünschten, und durch dessen Bestreben erlangten Handelsfreiheit, den Frieden mit England zurückweise.

Das sehr lag Rußland daran, diesem zu ergeben, daß man den französischen Gesandten Marquis von Dange in Petersburg ersuchte, dahin mitzuwirken, und am 20. April (20. Mai) ein ministerielles Schreiben durch einen Kurier nach Versailles abgehen ließ, um den vorzuziehenden Hof zu veranlassen, Holland im Abschluß eines Separatfriedens mit England nicht hinderlich zu setzen. Rußland hatte dabei die geheime Absicht, Holland von der Allianz mit Frankreich abzubringen, und es in den Folge zu bewegen, sich mit England zu verbinden, um dem Uebergewichte der holländischen Kräfte besser die Wage halten zu können.

Das größte Interesse Rußlands, den Frieden zwischen Holland und England zu Stande zu bringen, ergiebt sich aus der offiziellen Erklärung, welche Graf Ostermann 2. (12.) Junius dem Grafen von Scharnhorst.

„Die Kaiserin,“ — äußerte sich Ostermann — „antwortet von dem Interesse, welches der Kaiser „nun sehr an der Wiederherstellung des Friedens und „vorzüglich an der besondern Vermittelung zwischen „England und Holland genommen habe, schmeichelt „sich, der Kaiser werde ihr die Gerechtigkeit widerfahren lassen, weder Mühe noch Sorgen gespart zu haben, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen, indem „es ihr gelungen sey, von England die Unterzeichnung „des Friedens der Schiffahrt, so wie Holland selbst ge-

„wünsche, und ganz nach den in der Deklaration vom
 „28. Februar 1786 enthaltenen Grundfögen zu erlan-
 „gen; eben gegen dem Wunsch war die Erwartung der
 „Kaiserin (sahnte es, als wenn diese das Königthum so
 „vortheilhaften Bedingungen durch einen der Partei
 „Frankreichs zu sehr ergehenden Theil der Regierung
 „mitgliedern nicht angewinnen werden dürften; da-
 „durch finde sich die Kaiserin gezwungen, daß gute Ein-
 „verständnis zwischen zwei solchen so lange Zeit be-
 „freundeten Mächten herzustellen, und sie könne dabei
 „nicht mißkennen, daß von Seite Englands seit der im
 „Ministerium vorgegangenen Veränderung Alles ge-
 „schehen sey, um diesen Zweck zu erreichen. In der
 „Erwartung jedoch, daß dieses noch möglich sey, und
 „in der Voraussetzung, daß weder Preußen noch die
 „andern Mitglieder der Association bei der Sache
 „gleichgültig seyn werden, wende sich die Kaiserin zuerst
 „an den König, ihren alten Mäcirten und Mitglied inner
 „Association, um ihn zu ersuchen, ihr vornehmlich seine
 „Ansicht mitzutheilen, wie am Leichtesten und ohne sich
 „von den Grundfögen den strengsten Mentrallidit zu ent-
 „fernen, durch die Mitglieder derselben der so wun-
 „schenswerthe und beiden Staaten gleich zugewandte
 „Partikular-Frieden herbeigeföhrt werden könnte? —
 „Auch in Bezug auf den allgemeinen Frieden sey von
 „England durch Anerkennung der Unabhängigkeit der
 „vereinigten Staaten von Nordamerika Alles geschehen.

„was Frankreich verlangt habe, und die Kaiserin ver-
 „mühe nicht einzusehen, wie durch Gegenstände von
 „untergeordnetem Interesse, als die Abtretung von
 „Gibraltat an Spanien &c. der Abschluß des allgemei-
 „nen Friedens länger verzögert werden könne; Eng-
 „land fühle nach dem eigenen Geständnisse seines vor-
 „maligen Ministeriums das Bedürfnis des Friedens,
 „aber die neutralen Mächte müssen wünschen, daß die-
 „ser der Gerechtigkeit und Billigkeit angemessen sey;
 „die Kaiserin wende sich an den König mit der Bitte,
 „ihr zu eröffnen, welche Mittel und Wege er für die
 „zweckmäßigsten erachte, um den allgemeinen Frieden
 „zu erzielen, und Großbritannien nicht unterdrücken zu
 „lassen; die Kaiserin habe ungefähr die nämlichen Er-
 „öffnungen den Höfen von Dänemark und Schweden
 „machen lassen, doch dem letztern nicht so ausführlich;
 „vorzugswelse aber erwarte sie von des Königs Ein-
 „sichten und Weisheit Rath, und wünsche sich mit
 „demselben über die zu unternehmenden Schritte einzu-
 „verstehen; solches könne sie sich um so mehr verspre-
 „chen, als nicht nur zwischen beiden Höfen enge Bande
 „der Freundschaft bestehen, sondern sie auch mit Ver-
 „gnügen wahrnehme, daß seit der im englischen
 „Ministerium vorgegangenen Veränderung der Lond-
 „ner Hof das größte Vertrauen gegen den König bezeige
 „und das gute Einverständnis zwischen beiden herge-
 „stellt zu seyn scheine.“

Graf

Graf Gbrg erwiederte darauf unter herkömmlichen Höflichkeitsbezeugungen, er werde nicht säumen, diese schmeichelhaften Beweise der Freundschaft und des Vertrauens der Kaiserin seinem Monarchen zu berichten, und sich dessen Weisung darüber zu erbitten.

Auf der Kaiserin Eröffnung ließ der König durch Gbrg erwiedern: „er sey durch die vertrauliche Mittheilung des russischen Hofes sehr geschmeichelt, und nehme an Englands Schicksal warmen Antheil, sowohl wegen des Interesses, welches Rußland daran betheilige, als wegen jenes, welches Englands Erhaltung, um des politischen Systems willen, einflöße; der König glaube jedoch die Gesinnungen der übrigen Mächte der See-Association abwarten zu müssen, um sich über die zu verabredenden Maaßregeln zu äußern.“

Diese Erklärung entsprach der Erwartung des russischen Hofes nicht ganz; denn obgleich Graf Ostermann dem Grafen von Gbrg die Versicherung ertheilte, die Kaiserin sey sehr erfreut über die freundschaftlichen Ausdrücke des Königs, und man werde nun die Aeußerungen der andern Mitglieder der See-Association abwarten, so fügte er doch bei: er könne nicht unterlassen zu bemerken, daß, wenn alle Aeußerungen so wie jene Preußens ausfallen, man dadurch nicht weiter komme.

Wäre Herzbergs Rath befolgt worden, so würde der russische Hof mit der Antwort des preussischen zufrieden gewesen seyn; denn dieser hatte gerathen: der

Wunsch solle, ohne sich zu weit einzulassen, der Kaiserin den Vorschlag machen, in Gemeinschaft mit den andern Mächten der See-Association den bourbonischen Pfaffen zu erlauben zu geben, man wünsche, sie möchten ihre Friedensliebe bethätigen, nachdem durch Englands Bereitwilligkeit, die Unabhängigkeit seiner Kolonien in Amerika und die Grundsätze der Grenzneutralität anzuerkennen, die Hauptanstände gehoben seyen; Herzberg erhielt aber zur Antwort: dieß könnte seiner Zeit geschehen, jetzt müsse man sich in nichts übereilen, und man hoffe die ertheilte Antwort werde den Kaiser in Verlegenheit setzen; Herzberg vermochte dieses nicht einzusehen, aber deshalb doch auch die Befolgung seines Raths nicht zu erreichen.

Ungefähr zur nämlichen Zeit fand Oesterreich in der Einbung des Herrn Grenville einen Anlaß zum Mißvergnügen. Mit ausgedehnterer Vollmacht vom Reichshof versehen, als die früher nach Paris geschickten geheimen Unterhändler, hatte er den Auftrag, mit dem französischen Ministerium die von seinen Vorgängern in Geheim angeknüpften Unterhandlungen fortzusetzen. Oesterreich glaubte darin ein Merkmal wahrzunehmen, England suche die österreichisch-russische Vermittelung zu umgehen und mit Frankreich unmittelbar zu unterhandeln, und nahm daraus Anlaß sich nicht nur darüber, sondern überhaupt über Eng-

lands Benehmen mißfällig in Petersburg zu äußern. Grenville's Sendung nach Paris wurde als eine Beleidigung für die zwei vermittelnden Kaiserhöfe dargestellt und England beschuldigt, es suche das gute Einverständniß zwischen denselben zu untergraben, indem es gegen einen jeden derselben eine verschiedene Sprache führe, denn die Herrn Simolin gemachten Eröffnungen seyen vertraulicher als jene, welche gegen den Grafen Belgioso statt haben; den englischen Gesandten Keith in Wien lasse man ohne Nachrichten und Instruktionen, während, wie man wohl wisse, der Gesandte Harris in Petersburg von Allem unterrichtet werde.

Der Petersburgerhof sah diesen Gegenstand als nicht von Bedeutung an und äußerte sich: es scheine hier ein bloßes Mißverständniß obzuwalten, welches daher rühren möge, daß sich vielleicht der Londonerhof über die unmittelbare Unterhandlung mit Frankreich in Wien nicht eben so bestimmt geäußert habe, als in Petersburg, wo deutlich erklärt worden sey: diese Unterhandlung sey nur vorbereitend und derselben liege keineswegs die Absicht zu Grund, die Mediation zu umgehen, wie man in Wien irrig zu glauben scheine.

Bald langten aber auch Beschwerden des Londonerhofs gegen den Wienerhof in Petersburg an. „Dieser“ — äußerte Harris in Folge erhaltener In-

fraktion — „zeige eine auffallende Parteilichkeit für Frankreich, keine Aufrichtigkeit gegen die andern Mächte und die Absicht, die Schwierigkeiten bei dem Abschluß des Friedens und die Verlegenheit Englands zu vermehren. Daher sey der Wunsch dieser Macht, von Oesterreichs Vermittlung erhoben zu werden.“ Harris bemühte sich, der Kaiserin persönliche Abneigung gegen diese mit dem Wienerhof gemeinschaftlich übernommene Vermittlung dadurch einzusößen, daß er ihr die Ueberzeugung beizubringen suchte, derselbe räume ihr ohnehin bei solcher nur eine untergeordnete Rolle ein. In Erwartung des Erfolges gab England auf die letzten mündlichen Vorschläge der Vermittler keine andere Antwort, als: man habe eine Menge Aufschlüsse nöthig, und wolle auch erwarten, welche Wendung die eingeleitete unmittelbare Unterhandlung nehme. Zugleich aber legte Harris dem russischen Kabinet als Beweis des unbegrenzten Vertrauens seines Hofes Alles, was auf die Verhandlung Bezug hatte und deren gegenwärtigen Stand darthun konnte, vollständig vor.

Am 10. Jänner 1783 wurden endlich in Paris die Präliminarien zwischen Großbritannien und Frankreich und zwischen der ersten Macht und Spanien unterzeichnet; und nun fingen die Unterhandlungen über den Definitiv = Traktat an. Mit den Nordamerikanern war der Friede schon früher (30. Nov. 1782)

ohne Theilnahme oder Mitwirkung Frankreichs zu Stande gekommen.

Der englische Gesandte in Berlin, Ritter Stephen, setzte das preussische Ministerium am 15. März von dem Abschluß der Präliminarien in Kenntniß. Auf den Bericht, den hierüber die Kabinettsminister Finkenstein und Herzberg an den König erstatteten, trug dieser denselben auf, seine Theilnahme darüber dem englischen Gesandten zu bezeigen: England habe sich durch den Kampf mit so vielen Feinden einen unsterblichen Ruhm erworben, der wohl einigen kleinen Verlust aufwiege, welchen übrigens die Weisheit der brittischen Regierung bald wieder gut zu machen Mittel finden werde.

Ritter Harris fand sich in einiger Verlegenheit, weil er besorgte, der Abschluß der Präliminarien ohne Mitwirkung des Petersburgerhofes dürfte auf diesen einen unangenehmen Eindruck machen; er bemühte sich daher dieses zu verhüten. England habe, sagte er zu Potemkin, nichts gethan als den Rath der Kaiserin selbst, den Krieg aufs Bäldeste zu beendigen, befolgt; sey der Frieden einmal ganz geschlossen, dann dürfe man hoffen, daß der Augenblick nicht mehr fern seyn könne, eine nordische Allianz zu Stande zu bringen und dadurch ein festes System zwischen Rußland, England und Preußen zu begründen. Die Art, wie Potemkin diese Aeußerung aufnahm, deutete an, daß

er solches für wohl ausführbar ansah; aber die Kaiserin zeigte Mißfallen an dem unerwarteten Abschluß der Präliminarien; denn sie besorgte, Frankreich könnte sie in Ausführung ihres Lieblingsplans gegen die Pforte, womit sie eben zu beginnen entschlossen war, hindern. Bald wurde sie indessen darüber durch die von Wien erhaltenen Nachrichten beruhiget; denn Fürst Gallizin berichtete ihr, der Kaiser setze seine Rüstungen mit dem größten Eifer fort, und derselbe erwarte, unerachtet des Friedens zwischen England und Frankreich, von dieser Macht keine ernstlichen Hindernisse bei dem Unternehmen gegen die Pforte; Frankreich sey nach des Kaisers Ueberzeugung durch den Krieg so erschöpft, daß es sich auf längere Zeit außer Stand befinde, etwas Entscheidendes zu unternehmen, und die zuverlässig gleich im ersten Feldzug zu erringenden Vortheile werden Oesterreich und Rußland in Stand setzen, es nöthigen Falls nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit andern Mächten, welche ihnen hinderlich seyn wollten, aufzunehmen.

Als England und die bourbon'schen Höfe die geschlossenen Präliminarien den Höfen von Wien und Petersburg mittheilten, wurden diese von beiden bisher im Krieg begriffenen Theilen ersucht, ihre Gesandten in Paris mit den nothwendigen Vollmachten zu versehen, um als Gesandte der vermittelnden Mächte den abzuschließenden Vertrag zu unterfertigen. Ka-

thanne nahm diese Angelegenheit ziemlich gleichgültig auf, suchte jedoch die nachgesuchte Bevollmächtigung ihrer Gesandten mit der Bemerkung zu: es sey ihr ganz gleichgültig, ob der Friede zu Wien, London oder zu Paris geschlossen werde.

Gegen Götz verhehlten die Gesandten von England und Frankreich nicht, daß sie diese, wenn gleich nur scheinbare, Vermittelung der Höfe von Petersburg und Wien nicht gerne sähen, Harris besorgte, Rußland werde diese Gelegenheit benützen, um nicht fern von einem Oberbillerrechts aufzutreten und der Marquis von Dac meinte, sein Hof dürfte bei der Vermittelung der beiden Kaiserhöfe, in dem nämlichen Zeitpunkte, wo sie im Begriffe stehen, die Friedensligkeiten gegen eine Nacht zu beginnen, an der Erhaltung Frankreich so viel gelegen sey, nicht in Bistehenheit gerathen.

Wir haben an diesem Ort gesehen, wie England der Annahme des Zerlöberes auszuweichen, und Frankreich den Frieden mit der Pforte zu erhalten wußte.

Die Unterzeichnung der Definitiv-Friedens-Verträge zwischen den bisher im Krieg begriffenen Mächten, mit Ausnahme von Holland, erfolgte am 3. September. Im Namen der vermittelnden Mächte setzten Graf Mercy-Argenteau für Oesterreich, dann Fürst Variatinsky und Herr von Martoff im Namen Rußlands ihre Unterschriften bei; darauf war auch ihre

Vermittelung beschränkt und sie erhielten von dem Vertrag erst bei dessen Unterzeichnung genaue Kenntniß.

Zwischen Holland und England wurde zwar durch Verwendung des französischen Hofes unterm 20. Jänner ein Waffenstillstand geschlossen, allein der Friede zwischen beiden Mächten fand verschiedene Schwierigkeiten, theils durch die Dazwischentunft Rußlands, welches sich Mühe gab, denselben zwischen Holland und England ohne Mitwirkung Frankreichs zu Stande zu bringen, theils durch die Beharrlichkeit, womit die Republik nicht nur die Zurückgabe alles desjenigen, was ihr die Engländer abgenommen hatten, sondern auch eine Entschädigung für den ihrem Handel durch Englands unerwartete Kriegserklärung zugefügten Schaden verlangte. Doch wurden die Präliminarien zwischen England und Holland am 2. September, also einen Tag früher als die Definitiv-Traktate der andern Mächte, unterzeichnet; aber erst am 20. Mai des folgenden Jahres kam zwischen beiden Mächten der Haupttraktat zu Stande. *)

Oesterreich befand sich wegen seiner Widerstände in mancherlei Verdrungen mit Holland, weshalb unerachtet der Bestimmungen des westphälischen

*) Umfassende Aufschlüsse über die Unterhandlungen zwischen sämmtlichen Krieg führenden Mächten findet man in Schöll a. a. O. 3. Bd.

Flussan a. a. O. 2. Bd.

Friedens- und der spätern Verträge zwischen beiden Staaten mehrere Forderungen stifteten, die im Jahre 1781 eine ernste Wendung zu nehmen begannen.

Die erste Veranlassung dazu gab Kaiser Joseph, indem er am 7. November seinen Entschluß erklärte, den größten Theil der Festungen in den Niederlanden schleifen zu lassen, und in Folge dessen die Generalstaaten der vereinigten Niederlande aufforderte, ihre Truppen aus jenen, von denselben als Barrière-Plätze vermög früherer Verträge besetzten Festungen zurückzuziehen.

Diesem Ansinnen setzten die Generalstaaten die bestehenden völkerrechtlichen Traktate *) entgegen; aber ohne Erfolg. „Jeder Vertrag“ — behauptete Jaksen — „dessen Veranlassung und Grundlage nicht mehr besteht, hört von selbst auf verbindlich zu seyn.“ — Oesterreich, zu jener Zeit im engen Bunde mit Frankreich, hielt solchen für unauflöslich, daher die Barrière-Traktate für zwecklos, und die Grenzfestungen für eine unnütze Last, deren es sich durch deren Schleifung entledigen wollte. Die Folge hat bewiesen, wie sehr sich oft große Politiker in ihren Berechnungen irren können.

Holland, in einen schweren Krieg mit England.

*) Schill a. a. O. 4. Th. S. 69. und die dort angeführten Sammlungen und Quellen.

vertheilt, fügte sich in Oesterreichs Verlangen, ver-
warf jedoch seine auf Traktate gegründeten Ansprüche;
die holländischen Garnisonen wurden sonach aus den
Bastionen zurückgezogen und diese größtentheils
zerstört.

Dies schien Preußen nicht gleichgültig zu seyn,
denn es behauptete: dadurch werden bestehende Trak-
tate vernichtet und die Bünde zwischen Oesterreich
und Holland gerissen; dieses aber Frankreichs Willen
gegeben; der Kaiser habe keine andere Absicht
gehabt als sich der holländischen Garnisonen zu entlan-
digen, und denke nicht daran, alle Festungen, welche
für Europa hätten, zu schließen; welches namentlich bei
Kaiser der Fall sey. Graf Sörby wurde beauftragt,
diese Angelegenheit beim russischen Hof zu eröffnen; dieser
aber wollte solche nicht, sondern betrachtete die Sache
als gleichgültig und durch gütliches Benehmen der
Rachkolligen bereits abgethan.

Die Falschigkeit, womit Kaiser Joseph seine Ab-
sichten mit den Bastionen erreicht hatte, er-
maunterte ihn 1783, mit andern Ansprüchen gegen Hol-
land aufzutreten, die von größerer Wichtigkeit und
bedeutenderen Folgen waren. Auf den Grund älte-
rer, nicht zum Vollzug gekommenen Verträge von
1664 und 1673 verlangte nun der Kaiser die Schlei-
fung einiger holländischen Forts, Berich-
tigung der Gränze, Zurückgabe einiger Ge-

bietscheile, namentlich von Afrika, die Bezahlung großer Summen u. d. g. — Diesen Anforderungen setzten die General-Staaten andere entgegen, als: wegen Arreragen für die auf die Zitadelle von Namur verwendeten Summen, für verschiedene, dem Hause Oesterreich dargeliehene und auf Schlesien versicherte Kapitalien u. d. g.

Darüber fand denn zuerst ein Notenwechsel, und im Mai 1784 ein Zusammentritt beiderseitiger Bevollmächtigten in Brüssel statt. Bald zeigte sich aber, daß Kaiser Joseph bei seinen Forderungen an Holland einen ungleich wichtigeren geheimen Endzweck hatte, als solche anfänglich anzudeuten schienen. Dieser war kein anderer, als: die Eröffnung der Schelde, und Freiheit des Handels und der Schifffahrt nach beiden Indien. Denn mit Bedauern hatte der Kaiser auf seiner Reise durch die Niederlande bemerkt, welche Vortheile seine Unterthanen dadurch entbehren mußten, daß jener Fluß für ihren Handel gesperrt war.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, ließ der Kaiser (23. August) die Erklärung abgeben, er verzichte mit Ausnahme einiger wenig bedeutenden Forderungen auf alle Ansprüche an die Republik, wenn diese die Schelde der Schifffahrt und dem Handel seiner Unterthanen eröffne, welche dann solche von den holländischen Sta-

fen aus nach Ost- und Westindien ungehindert treiben mögen. Ganz kategorisch wurde aber beigefügt: diese Bedingniß werde als letzter Entschluß des Kaisers den General-Staaten vorgelegt, der Kaiser zweifle nicht, sie werden sich beeilen, solche als ein besonderes Merkmal des kaiserlichen Wohlwollens anzunehmen; in dieser zuversichtlichen Erwartung sehe der Kaiser von jetzt an die Schelde als geöffnet und frei an, und habe daher beschlossen, die Schiffahrt auf derselben herzustellen; sollte der kaiserlichen Flagge die mindeste Beleidigung zugesügt werden, so gelte dieses für eine Kriegserklärung.

Dagegen beriefen sich die Holländer (30. August) auf den Friedensschluß zu Münster, welcher die Sperrung der Schelde gegen Holland festsetze, und auf den Vertrag vom Jahr 1731, geschlossen zu Aufrechthaltung der pragmatischen Sanction, in welcher Oesterreich für immer auf Handel und Schiffahrt seiner Niederlande nach Ostindien verzichtet habe, beifügend, sie halten sich an diese völkerrechtlichen Bestimmungen und können keine Zugeständnisse einräumen, welche die Unabhängigkeit, die Sicherheit und den Wohlstand der Republik bedrohen würden.

Zugleich ordneten die General-Staaten an, was sie für nöthig erachteten, um die Schelde wie bisher den österreichischen Schiffen geschlossen zu halten. Als aber dessen unerachtet zwei derselben im Oktober die

Schiffahrt auf diesen Strom erzwingen wollten, so wurden sie mit Gewalt daran gehindert, indem die Holländer auf sie feuerten und die Schiffe aufbrachten, bald aber sie wieder frei gaben. Nach so einer Gewalthandlung und Beleidigung der österreichischen Flagge schien der Krieg unvermeidlich; Oesterreich rief seinen Gesandten aus dem Haag zurück, die Konferenzen zu Brüssel wurden abgebrochen und von beiden Seiten Kriegsrüstungen mit großem Eifer und Aufwand betrieben.

Sogleich wendete sich Oesterreich sowohl als Holland an die fremden Mächte, jedes, damit es dieselben für sich gewinnen möge. Oesterreich erklärte denselben das Vorhaben, seine Staaten von dem Joch, welches ihnen der Friede von Münster aufgelegt habe, zu befreien, weil dessen, die Schelbe betreffenden Stipulationen bei der dermaligen ganz verschiedenen Lage der öffentlichen Angelegenheiten Europa's ohnehin keine Anwendung mehr finden; und zudem die Sperrung der Schelbe wegen des Nichtvollzugs und der Verletzung bestehender Verträge durch die Holländer schon längst aufgehört habe, für die österreichischen Niederlande eine verbindliche Servitut zu seyn. — Die Generalstaaten aber wiesen ihre Gesandte im Ausland in einer weitläufigen Instruktion (3. November) an, wie sie das auf Verträge gegründete Recht der Republik, und insbesondere das Benehmen gegen Oesters

reich bei den neuesten Vorgängen zu rechtfertigen haben. Oesterreich rechnete, vorzüglich von Rußland, Holland aber von Frankreich auf Beistimmung, und im Fall es nöthig sey, Hülfe zu erhalten. In Petersburg kam die erste Nachricht von den Thätlichkeiten der Holländer gegen die österreichische Flagge am 1/10 Oktober an; der russische Geschäftsträger im Haag hatte mit solcher einen Kurier an seinen Hof geschickt.

Groß, und für die Holländer ungünstig war der Eindruck, den ihr Benehmen in Petersburg erregte; sie hätten sich nicht, äußerte sogleich Oftermann im Gespräch, so eine gewaltthätige Handlung gegen Oesterreich erlauben sollen; sey ihnen so viel an der Sperrung der Schelde gelegen, so hätten sie ja ihre Gerechtsame durch eine Verwahrung sichern können, die Durchfahrt von ein Paar Schiffen würde dann solcher keinen Eintrag gethan haben, und durch Unterhandlungen hätte man sich einverstehen können, was jetzt beinahe unmöglich seyn werde; denn der Kaiser sehe die Thathandlung der Holländer als eine grobe Beleidigung an und werde ihnen nun ungleich härtere Bedingungen auflegen als außerdem geschehen wäre; mit Ungrund rechnen vielleicht die Holländer auf Frankreichs Beistand; dieses habe stets zur Mäßigung gerathen und müsse sich durch Nichtbeachtung seines Rathes gekränkt finden, zudem sey es ja mit Oesterreich allirt.

Bald nach der ersten, aus dem Haag erhaltenen Nachricht überbrachte ein Kurier aus Wien dem Grafen Cobenzl die Bestätigung derselben, die Aufsichten seines Hofes und dessen Entschluß, die erlittene Verletzung durch die Waffen zu rächen; der Kaiser erklärte: er sehe die Handlung der Holländer als eine Kriegserklärung an, habe daher seinem Gesandten in Holland Befehle, das Haag ohne Abschied zu verlassen, gegeben, und lasse achtzig tausend Mann in die Niederlande marschiren. Graf Cobenzl setzte sogleich nicht nur die russischen Minister, sondern auch die fremden Gesandten von dem Inhalte der erhaltenen Depesche in Kenntniß; Graf Obrzy war jedoch davon ausgenommen.

Dieser benahm sich, so lange er von seinem Hof über die Vorgänge keine Instruktion erhielt, ganz passiv, und äußerte sich darüber weder auf eine billigende, noch auf eine mißbilligende Art. In der zweiten Hälfte Novembers kam ihm aber die Weisung zu, dem russischen Kabinet zu erkennen zu geben: „wie sehr das Benehmen des Kaisers gegen „Holland ganz Europa in Staunen setze, da solches „offenbar eine Verletzung des Friedens von Münster „sey; daß dadurch insbesondere die deutschen Fürsten „sehr beunruhigt werden, weil jener Frieden die Un- „abhängigkeit Hollands begründe, und sie sich daher „nicht für sicher halten, daß der Kaiser nicht ebenso

er solches für wohl ausführbar ansah; aber die Kaiserin zeigte Mißfallen an dem unerwarteten Abschluß der Präliminarien; denn sie besorgte, Frankreich könnte sie in Ausführung ihres Lieblingsplans gegen die Pforte, womit sie eben zu beginnen entschlossen war, hindern. Bald wurde sie indessen darüber durch die von Wien erhaltenen Nachrichten beruhiget; denn Fürst Gallizin berichtete ihr, der Kaiser setze seine Rüstungen mit dem größten Eifer fort, und derselbe erwarte, unerachtet des Friedens zwischen England und Frankreich, von dieser Macht keine ernstlichen Hindernisse bei dem Unternehmen gegen die Pforte; Frankreich sey nach des Kaisers Ueberzeugung durch den Krieg so erschöpft, daß es sich auf längere Zeit außer Stand befinde, etwas Entscheidendes zu unternehmen, und die zuverlässig gleich im ersten Feldzug zu erringenden Vortheile werden Oesterreich und Rußland in Stand setzen, es nöthigen Falls nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit andern Mächten, welche ihnen hinderlich seyn wollten, aufzunehmen.

Als England und die bourbon'schen Höfe die geschlossenen Präliminarien den Höfen von Wien und Petersburg mittheilten, wurden diese von beiden bisher im Krieg begriffenen Theilen ersucht, ihre Gesandten in Paris mit den nothwendigen Vollmachten zu versehen, um als Gesandte der vermittelnden Mächte den abzuschließenden Vertrag zu unterfertigen. Ka-

tharine nahm diese Angelegenheit ziemlich gleichgültig auf, sicherte jedoch die nachgesuchte Bevollmächtigung ihrer Gesandten mit der Bemerkung zu: es sey ihr ganz gleichgültig, ob der Friede zu Wien, London oder zu Paris geschlossen werde.

Gegen Obdß verhehlten die Gesandten von England und Frankreich nicht, daß sie diese, wenn gleich mit scheinbare, Vermittlung der Höfe von Petersburg und Wien nicht gerne sähen, Harris besorgte, Rußland werde diese Gelegenheit benutzen, um mit seinem Kaiser eines Oberbillerrechts anzutreten und der Marquis von Terae meinte, sein Hof dürfte bei der Vermittlung der beiden Kaiserhöfe, in dem nämlichen Zeitpunkte, wo sie im Begriffe stehen, die Geschäfte ligstlich gegen eine Macht zu beginnen, an deren Erhaltung Frankreich so viel gelegen sey, leicht in Verlegenheit gerathen.

Wir haben an diesem Ort gesehen, wie England der Aufnahme des Seeloderes anzunehmen, und Frankreich den Frieden mit der Pforte zu erhalten mußte.

Die Unterzeichnung der Definitiv-Friedens-Verträge zwischen den bisher im Krieg begriffenen Mächten, mit Ausnahme von Holland, erfolgte am 3. September. Im Namen der vermittelnden Mächte folgten Graf Mercy-Argenteau für Oesterreich, dann Fürst Variatinsky und Herr von Markoff im Namen Rußlands ihre Unterschriften bei; darauf war auch ihre

Vermittelung beschränkt und sie erhielten von dem Vertrag erst bei dessen Unterzeichnung genaues Kenntniß.

Zwischen Holland und England wurde zwar durch Verwendung des französischen Hofes unterm 20. Jänner ein Waffenstillstand geschlossen, allein der Friede zwischen beiden Mächten fand verschiedene Schwierigkeiten, theils durch die Dazwischentunft Russlands, welches sich Nähe gab, denselben zwischen Holland und England ohne Mitwirkung Frankreichs zu Stande zu bringen, theils durch die Beharrlichkeit, womit die Republik nicht nur die Zurückgabe alles desjenigen, was ihr die Engländer abgenommen hatten, sondern auch eine Entschädigung für den ihrem Handel durch Englands unerwartete Kriegserklärung zugefügten Schaden verlangte. Doch wurden die Präliminarien zwischen England und Holland am 2. September, also einen Tag früher als die Definitiv-Traktate der andern Mächte, unterzeichnet; aber erst am 20. Mai des folgenden Jahres kam zwischen beiden Mächten der Haupttraktat zu Stande. *)

Oesterreich befand sich wegen seiner Niederlande in mancherlei Verdrungen mit Holland, weshalb unerachtet der Bestimmungen des westphälischen

*) Umfassende Aufschlüsse über die Unterhandlungen zwischen sämmtlichen Krieg führenden Mächten findet man in Schöll a. a. O. 3. Bd.

Fluss a. a. O. 7. Bd.

Triebens und der spätern Verträge zwischen beiden Staaten mehrere Irrungen stattfanden, die im Jahre 1781 eine ernste Wendung zu nehmen begannen.

Die erste Veranlassung dazu gab Kaiser Joseph, indem er am 7. November seinen Entschluß erklärte, den größten Theil der Festungen in den Niederlanden schleifen zu lassen, und in Folge dessen die Generalstaaten der vereinigten Niederlande aufforderte, ihre Truppen aus jenen, von denselben als Barriere-Plätze vermög früherer Verträge besetzten Festungen zurückzuziehen.

Diesem Ansinnen setzten die Generalstaaten die bestehenden völkerrechtlichen Traktate *) entgegen; aber ohne Erfolg. „Jeder Vertrag“ — behauptete Jaksen — „dessen Veranlassung und Grundzüge nicht mehr besteht, hört von selbst auf verbindlich zu seyn.“ — Oesterreich, zu jener Zeit im engen Bunde mit Frankreich, hielt solchen für unausschließlich, daher die Barriere-Traktate für zwecklos, und die Grenzfestungen für eine unnütze Last, deren es sich durch deren Schleifung entledigen wollte. Die Folge hat bewiesen, wie sehr sich oft große Politiker in ihren Berechnungen irren können.

Holland, in einen schweren Krieg mit England.

*) Schill a. a. D. 4. Th. S. 59. und die dort angeführten Sammlungen und Quellen.

fen aus nach Ost- und Westindien ungehindert treiben
mögen. Ganz kategorisch wurde aber beigefügt:
dieses Bedingniß werde als letzter Entschluß des
Kaisers den General-Staaten vorgelegt, der Kaiser
zweifle nicht, sie werden sich beeilen, solche als ein
besonderes Merkmal des kaiserlichen Wohlwollens an-
zunehmen; in dieser zuversichtlichen Erwartung sehe
der Kaiser von jetzt an die Schelde als geöffnet
und frei an, und habe daher beschlossen, die Schiff-
fahrt auf derselben herzustellen; sollte der kaiserlichen
Flagge die mindeste Beleidigung zugefügt werden, so
gelte dieses für eine Kriegserklärung.

Dagegen beriefen sich die Holländer (30. August)
auf den Friedensschluß zu Münster, welcher die Sper-
rung der Schelde gegen Holland festsetze, und auf den
Vertrag vom Jahr 1731, geschlossen zu Aufrechthal-
tung der pragmatischen Sanction, in welcher Oester-
reich für immer auf Handel und Schifffahrt seiner
Niederlande nach Ostindien verzichtet habe, beifügend,
sie halten sich an diese völkerrechtlichen Bestimmun-
gen und können keine Zugeständnisse einräumen, wel-
che die Unabhängigkeit, die Sicherheit und den Wohl-
stand der Republik bedrohen würden.

Zugleich ordneten die General-Staaten an, was
sie für nöthig erachteten, um die Schelde wie bisher
den österreichischen Schiffen geschlossen zu halten. Als
aber dessen unerachtet zwei derselben im Oktober die

Schiffahrt auf diesen Strom erzwingen wollten, so wurden sie mit Gewalt daran gehindert, indem die Holländer auf sie feuerten und die Schiffe aufbrachten, bald aber sie wieder frei gaben. Nach so einer Gewalthandlung und Beleidigung der österreichischen Flagge schien der Krieg unvermeidlich; Oesterreich rief seinen Gesandten aus dem Haag zurück, die Konferenzen zu Brüssel wurden abgebrochen und von beiden Seiten Kriegsrüstungen mit großem Eifer und Aufwand betrieben.

Sogleich wendete sich Oesterreich sowohl als Holland an die fremden Mächte, jedes, damit es dieselben für sich gewinnen möge. Oesterreich erklärte denselben das Vorhaben, seine Staaten von dem Joch, welches ihnen der Friede von Münster aufgelegt habe, zu befreien, weil dessen, die Schelde betreffenden Stipulationen bei der dormaligen ganz verschiedenen Lage der öffentlichen Angelegenheiten Europa's ohnehin keine Anwendung mehr finden; und zudem die Sperrung der Schelde wegen des Nichtvollzugs und der Verletzung bestehender Verträge durch die Holländer schon längst aufgehört habe, für die österreichischen Niederlande eine verbindliche Servitut zu seyn. — Die Generalstaaten aber wiesen ihre Gesandte im Ausland in einer weitläufigen Instruktion (3. November) an, wie sie das auf Verträge gegründete Recht der Republik, und insbesondere das Benehmen gegen Oester-

reich bei den neuesten Vorgängen zu rechtfertigen haben. Oesterreich rechnete, vorzüglich von Rußland, Holland aber von Frankreich auf Beistimmung, und im Fall es nöthig sey, Hülfe zu erhalten. In Petersburg kam die erste Nachricht von den Thätlichkeiten der Holländer gegen die österreichische Flagge am 1^{ten} Oktober an; der russische Geschäftsträger im Haag hatte mit solcher einen Kurier an seinen Hof geschickt.

Groß, und für die Holländer ungünstig war der Eindruck, den ihr Benehmen in Petersburg erregte; sie hätten sich nicht, äußerte sogleich Ostermann im Gespräch, so eine gewaltthätige Handlung gegen Oesterreich erlauben sollen; sey ihnen so viel an der Sperrung der Schelde gelegen, so hätten sie ja ihre Gerechtsame durch eine Verwahrung sichern können, die Durchfahrt von ein Paar Schiffen würde dann solcher keinen Eintrag gethan haben, und durch Unterhandlungen hätte man sich einverstehen können, was jetzt beinahe unmöglich seyn werde; denn der Kaiser sehe die Thathandlung der Holländer als eine grobe Beleidigung an und werde ihnen nun ungleich härtere Bedingungen auflegen als außerdem geschehen wäre; mit Ungrund rechnen vielleicht die Holländer auf Frankreichs Beistand; dieses habe stets zur Mäßigung gerathen und müsse sich durch Nichtbeachtung seines Rathes gekränkt finden, zudem sey es ja mit Oesterreich allirt.

Bald nach der ersten, aus dem Haag erhaltenen Nachricht überbrachte ein Kurier aus Wien dem Grafen Cobenzl die Bestätigung derselben, die Aufsichten seines Hofes und dessen Entschluß, die erlittene Verleumdung durch die Waffen zu rächen; der Kaiser erklärte: er sehe die Handlung der Holländer als eine Kriegserklärung an, habe daher seinem Gesandten in Holland Befehle, das Haag ohne Abschied zu verlassen, gegeben, und lasse achtzig tausend Mann in die Niederlande marschiren. Graf Cobenzl setzte sogleich nicht nur die russischen Minister, sondern auch die fremden Gesandten von dem Inhalte der erhaltenen Depesche in Kenntniß; Graf Obrzy war jedoch davon ausgenommen.

Dieser benahm sich, so lange er von seinem Hof über die Vorgänge keine Instruktion erhielt, ganz passiv, und äußerte sich darüber weder auf eine billigende, noch auf eine mißbilligende Art. In der zweiten Hälfte Novembers kam ihm aber die Befehlung zu, dem russischen Kabinet zu erkennen zu geben: „wie sehr das Benehmen des Kaisers gegen „Holland ganz Europa in Staunen setze, da solches „offenbar eine Verletzung des Friedens von Münster „sey; daß dadurch insbesondere die deutschen Fürsten „sehr beunruhigt werden, weil jener Frieden die „abhängigkeit Hollands begründe, und sie sich daher „nicht für sicher halten, daß der Kaiser nicht ebenso

„den Osnabrücker Frieden, die Grundlage der deutschen Freiheit und Verfassung, bei der ersten Veranlassung zu verlegen Willens seyn könnte; der König wünsche daher die Gefinnungen der Kaiserin, seiner großen Mäxten, über diesen wichtigen und folgereichen Gegenstand zu erfahren.“

Der Bizlanzler äußerte sich hierauf gegen den Grafen von Gbrg: „die Kaiserin werde in dieser vertraulichen Eröffnung ein neues Merkmal der fortwährenden Freundschaft des Königs wahrnehmen; er werde nicht säumen, solche seiner Monarchin vorzutragen und dem Grafen die Antwort, wozu er ermächtigt werde, mitzutheilen; inzwischen könne er den Grafen versichern, die Kaiserin, welche die Beibehaltung des Friedens und die Ruhe Europa's wünsche, habe mit großem Leidwesen vernommen, daß die Sache auf's Aeußerste gekommen sey, sie hoffe aber, solche werde sich dessen unerachtet noch beilegen lassen, wozu sie ihrer Seits mit Vergnügen beizutragen bereit sey; die Holländer hätten aber nicht gleich Gewalt brauchen, sondern sich auf die Unterhandlung beschränken sollen; was wohl auch die Meinung des französischen Hofes seyn dürfte.“

Diesem entgegnete Gbrg, aber nur als seine Privatausicht; „da der Kaiser eigenmächtig und ohne die Beistimmung Hollands abzuwarten, dieöffnung der Schelde erklärt und sogar in Vollzug gesetzt habe,

„Habe, so seyen die Holländer zu dem Glauben be-
 „rechtigt worden, er wolle darüber gar keine Unter-
 „handlung zulassen; daher wäre zu wünschen gewesen,
 „der Kaiser hätte den Holländern wenigstens Zeit gelas-
 „sen, um sich zu erklären, und dann würde die der
 „österreichischen Flagge zugesetzte Beleidigung unter-
 „blieben seyn.“ — „Aber wenn man einmal A
 „sagt!“ erwiderte Ostermann! — „Eben dieses A
 „hätte man nicht sagen sollen“ — antwortete Gbrg.
 — „Wenn man es denn doch gesagt hat!“ — schloß
 Ersterer.

Nun ging der Vizekanzler auf die dem Kaiser
 zum Vorwurf gemachte Verletzung des Friedensschlus-
 ses von Münster über und bemerkte, der Kaiser ver-
 lange die Oeffnung der Schelde nur als ein Aequi-
 valent für seine anderen Forderungen an die Republik;
 worauf Gbrg bemerkte: ebendeshwegen wäre es sehr
 wesentlich gewesen, daß der Kaiser, ehe er sich in den
 Besiz eines solchen Aequivalents zu setzen suchte, die
 Holländer gefragt hätte: ob sich dessen Bewilligung
 mit ihrem Interesse vertrüge?

In Bezug auf die Besorgnisse der deutschen Für-
 sten sagte Ostermann: der Friede von Münster mit
 den Holländern habe mit dem Frieden, welcher die
 Grundlage der deutschen Freiheit und Verfassung aus-
 mache, nichts gemein, und es scheine gar nicht, als
 wenn der Kaiser Absichten hege, wodurch sich die

deutschen Fürsten beunruhiget finden könnten. „Wenn
 „übrigens nicht andere Mächte sich in den
 „gegenwärtigen Streit einmischen“ — fügte
 der Vizekanzler nicht ohne Bedeutung bei — „so wird
 „sich derselbe ausgleichen lassen, wahrscheinlich durch
 „Mitwirkung des französischen Hofs, dem sich Hol-
 „land in die Arme geworfen hat.“

„Wohl“ — erwiderte Gbrg — „haben die
 „deutschen Fürsten Ursache beunruhiget zu seyn, wenn
 „ein mächtiger Monarch sich nicht mehr durch einen
 „alten Vertrag gebunden zu seyn erachtet; denn eben
 „so kann er sich auch durch einen andern für nicht
 „gebunden halten. Wenn man also auch zur Zeit
 „annehmen will, Europa sehr ruhig zu, wie der
 „gegen den klaren Inhalt eines völkerrechtlichen, die
 „Unabhängigkeit Hollands sichernden Vertrags vom
 „Kaiser erregte Streit sich ende, was wird dann ge-
 „schehen, wenn der Kaiser nach den nämlichen Grund-
 „sätzen gegen irgend einen deutschen Fürsten zu ver-
 „fahren für gut findet, dessen Erhaltung von keiner
 „besondern Bedeutung und den großen Mächten nicht
 „von der Wichtigkeit scheinen dürfte, um deshalb ei-
 „nen Krieg anzufangen? Ich erlaube mir zu fragen:
 „was wird in einem solchen Falle aus der deutschen
 „Verfassung werden?“ „In dem Fall sind wir ja noch
 „gar nicht“ — endete Graf Nermann — „und
 „tritt solcher ein, dann kommt Zeit, kommt Rath.“

Graf Görtz verlangte eine bestimmte Antwort auf die im Namen des Königs gemachte Eröffnung, und als solche nach mehreren Tagen noch nicht erfolgt, so brachte er sie um so dringender in Erinnerung, als er Nachricht hatte, es sey am 30. November ein Papier an den russischen Gesandten im Haag abgesandt worden, daß folglich die Kaiserin in der Sache bereits ein Urtheil gefaßt haben müsse. „Außer dem „wiederholten Weisungen des Königs“ — sagte Görtz dem Vizkanzler in der Unterredung mit demselben am 3. Dezember, — „habe er noch zwei Beweggründe, „sich eine einstmalige Aeußerung über die Art, wie „der Gegenstand von dem russischen Hof betrachtet „werde, zu erbitten; davon sey der eine, damit der „König dadurch die Ueberzeugung erhalte, seine Eröff- „nung werde als ein Beweis von fortwährenden freund- „schaftlichen und vertrauensvollen Gefinnungen gegen „die Kaiserin aufgenommen und erwidert; der andere „aber sey, damit der König nicht durch das längere „Ausbleiben einer Antwort auf die Vermuthung ge- „setzt, solche dürfte nicht genugsam betrieben wor- „den seyn.“

Obne auf den ersten Beweggrund etwas zu er- „widern, begnügte sich Ostermann dem Grafen von „Görtz das Komplement zu machen, sein Dienstseßer „und seine Thätigkeit werde zu sehr anerkannt, als „daß sein König je so einer Vermuthung Raum geben

vertheilt, legte sich in Oesterreichs Verlangen, vorzuziehen jedoch seine, auf Traktate gegründeten Rechte; die holländischen Garnisonen wurden sonach aus den Warsiener Plätzen zurückgezogen und diese größtentheils zerstört.

Dies schien Preußen nicht gleichgültig zu seyn; denn es behauptete: dadurch werden bestehende Traktate vernichtet und die Bünde zwischen Oesterreich und Holland zerrissen; dieses aber Frankreichs Willkür gegeben; der Kaiser habe keine andere Absicht gehabt als sich der holländischen Garnisonen zu entledigen, und denke nicht daran, alle Festungen, welche sich desegs hielten, zu schließen; welches namentlich bei Wacht der Fall sey. Graf Sörby wurde beauftragt, diese Absicht dem russischen Hof zu eröffnen; dieser aber sollte solche nicht, sondern betrachte die Sache als gleichgültig und durch gütliches Benehmen der Antheiligten bereits abgethan.

Die Falschigkeit, womit Kaiser Joseph seine Absichten mit den Warsiener Plätzen erreicht hatte, ermannte ihn 1783, mit andern Ansprüchen gegen Polnland aufzutreten, die von größerer Wichtigkeit und bedeutenderen Folgen waren. Auf den Grund letzterer nicht zum Vollzug gekommener Verträge von 1664 und 1673 verlangte nun der Kaiser die Schließung einiger holländischen Forts, Berichtigung der Gränze, Zurückgabe einiger Ge-

bietstheile, namentlich von Maffricht, die Bezahlung großer Summen u. d. g. — Diesen Anforderungen setzten die General-Staaten anders entgegen, als: wegen Arreragen für die auf die Zitadelle von Namur verwendeten Summen, für verschiedene, dem Hause Oesterreich dargeliehene und auf Schlesien verpfändete Kapitalien u. d. g.

Darüber fand denn zuerst ein Notenwechsel, und im Mai 1784 ein Zusammentritt beiderseitiger Bevollmächtigten in Brüssel statt. Bald zeigte sich aber, daß Kaiser Joseph bei seinen Forderungen an Holland einen ungleich wichtigern geheimen Endzweck hatte, als solche anfänglich anzudeuten schienen. Dieser war kein anderer, als: die Eröffnung der Schelde, und Freiheit des Handels und der Schifffahrt nach beiden Indien. Denn mit Bedauern hatte der Kaiser auf seiner Reise durch die Niederlande bemerkt, welche Vortheile seine Unterthanen dadurch entbehren mußten, daß jener Fluß für ihren Handel gesperrt war.

Um diesem Uebelstand abzuhelpfen, ließ der Kaiser (23. August) die Erklärung abgeben: er verzichte mit Ausnahme einiger wenig bedeutenden Forderungen auf alle Ansprüche an die Republik, wenn diese die Schelde der Schifffahrt und dem Handel seiner Unterthanen eröffne, welche dann solche von den holländischen Hä-

fen aus nach Ost- und Westindien ungehindert treiben
mögen. Ganz kategorisch wurde aber beigefügt:
dieses Bedingniß werde als letzter Entschluß des
Kaisers den General-Staaten vorgelegt, der Kaiser
zweifle nicht, sie werden sich beeilen, solche als ein
besonderes Merkmal des kaiserlichen Wohlwollens an-
zunehmen; in dieser zuversichtlichen Erwartung sehe
der Kaiser von jetzt an die Schelde als geöffnet
und frei an, und habe daher beschlossen, die Schiff-
fahrt auf derselben herzustellen; sollte der kaiserlichen
Flagge die mindeste Beleidigung zugefügt werden, so
gelte dieses für eine Kriegserklärung.

Dagegen beriefen sich die Holländer (30. August)
auf den Friedensschluß zu Münster, welcher die Sper-
rung der Schelde gegen Holland festsetze, und auf den
Vertrag vom Jahr 1731, geschlossen zu Aufrechterhal-
tung der pragmatischen Sanction, in welcher Oester-
reich für immer auf Handel und Schifffahrt seiner
Niederlande nach Ostindien verzichtet habe, beifügend,
sie halten sich an diese völkerrechtlichen Bestimmun-
gen und können keine Zugeständnisse einräumen, wel-
che die Unabhängigkeit, die Sicherheit und den Wohl-
stand der Republik bedrohen würden.

Zugleich ordneten die General-Staaten an, was
sie für nöthig erachteten, um die Schelde wie bisher
den österreichischen Schiffen geschlossen zu halten. Als
aber dessen unerachtet zwei derselben im Oktober die

Schiffahrt auf diesen Strom erzwingen wollten, so wurden sie mit Gewalt daran gehindert, indem die Holländer auf sie feuerten und die Schiffe aufbrachten, bald aber sie wieder frei gaben. Nach so einer Gewaltthat und Beleidigung der österreichischen Flagge schien der Krieg unvermeidlich; Oesterreich rief seinen Gesandten aus dem Haag zurück, die Konferenzen zu Brüssel wurden abgebrochen und von beiden Seiten Kriegsrüstungen mit großem Eifer und Aufwand betrieben.

Sogleich wendete sich Oesterreich sowohl als Holland an die fremden Mächte, jedes, damit es dieselben für sich gewinnen möge. Oesterreich erklärte denselben das Vorhaben, seine Staaten von dem Joch, welches ihnen der Friede von Münster aufgelegt habe, zu befreien, weil dessen, die Schelde betreffenden Stipulationen bei der dormaligen ganz verschiedenen Lage der öffentlichen Angelegenheiten Europa's ohnehin keine Anwendung mehr finden; und zudem die Sperrung der Schelde wegen des Nichtvollzugs und der Verletzung bestehender Verträge durch die Holländer schon längst aufgehört habe, für die österreichischen Niederlande eine verbindliche Servitut zu seyn. — Die Generalstaaten aber wiesen ihre Gesandte im Ausland in einer weitläufigen Instruktion (3. November) an, wie sie das auf Verträge gegründete Recht der Republik, und insbesondere das Benehmen gegen Oester-

reich bei den neuesten Vorgängen zu rechtfertigen haben. Oesterreich rechnete, vorzüglich von Rußland, Holland aber von Frankreich auf Beistimmung, und im Fall es nöthig sey, Hülfe zu erhalten. In Petersburg kam die erste Nachricht von den Thätlichkeiten der Holländer gegen die österreichische Flagge am 14. Oktober an; der russische Geschäftsträger im Haag hatte mit solcher einen Kurier an seinen Hof geschickt.

Groß, und für die Holländer ungünstig war der Eindruck, den ihr Benehmen in Petersburg erregte; sie hätten sich nicht, äußerte sogleich Oftermann im Gespräch, so eine gewaltthätige Handlung gegen Oesterreich erlauben sollen; sey ihnen so viel an der Sperrung der Schelde gelegen, so hätten sie ja ihre Gerechtsame durch eine Verwahrung sichern können, die Durchfahrt von ein Paar Schiffen würde dann solcher keinen Eintrag gethan haben, und durch Unterhandlungen hätte man sich einverstehen können, was jetzt beinahe unmöglich seyn werde; denn der Kaiser sehe die Thathandlung der Holländer als eine grobe Beleidigung an und werde ihnen nun ungleich härtere Bedingungen auflegen als außerdem geschehen wäre; mit Ungrund rechnen vielleicht die Holländer auf Frankreichs Beistand; dieses habe stets zur Mäßigung gerathen und müsse sich durch Nichtbeachtung seines Rathes gekränkt finden, zudem sey es ja mit Oesterreich allirt.

Bald nach der ersten, aus dem Haag erhaltenen Nachricht überbrachte ein Kurier aus Wien dem Grafen Cobenzl die Bestätigung derselben, die Ansichten seines Hofes und dessen Entschluß, die erlittene Beleidigung durch die Waffen zu rächen; der Kaiser erklärte: er sehe die Handlung der Holländer als eine Kriegserklärung an, habe daher seinem Gesandten in Holland Befehle, das Haag ohne Abschied zu verlassen, gegeben, und lasse achtzig tausend Mann in die Niederlande marschiren. Graf Cobenzl setzte sogleich nicht nur die russischen Minister, sondern auch die fremden Gesandten von dem Inhalte der erhaltenen Depesche in Kenntniß; Graf Oberg war jedoch davon ausgenommen.

Dieser benahm sich, so lange er von seinem Hof über die Vorgänge keine Instruktion erhielt, ganz passiv, und äußerte sich darüber weder auf eine billigende, noch auf eine mißbilligende Art. In der zweiten Hälfte Novembers kam ihm aber die Befehlung zu, dem russischen Kabinet zu erkennen zu geben: „wie sehr das Benehmen des Kaisers gegen „Holland ganz Europa in Staunen setze, da solches „offenbar eine Verletzung des Friedens von Münster „se; daß dadurch insbesondere die deutschen Fürsten „sehr beunruhigt werden, weil jener Frieden die „abhängigkeit Hollands begründe, und sie sich daher „nicht für sicher halten, daß der Kaiser nicht ebenso

„den Osnabrücker Frieden, die Grundlage der deutschen Freiheit und Verfassung, bei der ersten Veranlassung zu verletzen Willens seyn könnte; der König wünsche daher die Gesinnungen der Kaiserin, seiner großen Allürten, über diesen wichtigen und folgereichen Gegenstand zu erfahren.“

Der Vizekanzler äußerte sich hierauf gegen den Grafen von Gbrg: „die Kaiserin werde in dieser vertraulichen Eröffnung ein neues Merkmal der fortwährenden Freundschaft des Königs wahrnehmen; er werde nicht säumen, solche seiner Monarchin vorzutragen und dem Grafen die Antwort, wozu er ermächtigt werde, mitzutheilen; inzwischen könne er den Grafen versichern, die Kaiserin, welche die Beibehaltung des Friedens und die Ruhe Europa's wünsche, habe mit großem Leidwesen vernommen, daß die Sache auf's Aeußerste gekommen sey, sie hoffe aber, solche werde sich dessen unerachtet noch beilegen lassen, wozu sie ihrer Seits mit Vergnügen beizutragen bereit sey; die Holländer hätten aber nicht gleich Gewalt brauchen, sondern sich auf die Unterhandlung beschränken sollen; was wohl auch die Meinung des französischen Hofes seyn dürfte.“

Diesem entgegnete Gbrg, aber nur als seine Privatan sicht: „da der Kaiser eigenmächtig und ohne die Beistimmung Hollands abzuwarten, die Deffnung der Schelde erklärt und sogar in Vollzug gesetzt habe,

„Habe, so seyen die Holländer zu dem Glauben be-
 „rechtiget worden, er wolle darüber gar keine Unter-
 „handlung zulassen; daher wäre zu wünschen gewesen,
 „der Kaiser hätte den Holländern wenigstens Zeit gelaß-
 „sen, um sich zu erklären, und dann würde die der
 „österreichischen Flagge zugesetzte Beleidigung unter-
 „blieben seyn.“ — „Aber wenn man einmal A
 „sagt!“ erwiderte Oftermann! — „Eben dieses A
 „hätte man nicht sagen sollen“ — antwortete Gbrg.
 — „Wenn man es denn doch gesagt hat!“ — schloß
 Ersterer.

Nun ging der Vizekanzler auf die dem Kaiser
 zum Vorwurf gemachte Verletzung des Friedensschlus-
 ses von Münster über und bemerkte, der Kaiser ver-
 lange die Deckung der Schelde nur als ein Aequi-
 valent für seine anderen Forderungen an die Republik;
 worauf Gbrg bemerkte: ebendeshwegen wäre es sehr
 wesentlich gewesen, daß der Kaiser, ehe er sich in den
 Besiz eines solchen Aequivalents zu setzen suchte, die
 Holländer gefragt hätte: ob sich dessen Bewilligung
 mit ihrem Interesse vertrüge?

In Bezug auf die Besorgnisse der deutschen Für-
 sten sagte Oftermann: der Friede von Münster mit
 den Holländern habe mit dem Frieden, welcher die
 Grundlage der deutschen Freiheit und Verfassung aus-
 mache, nichts gemein, und es scheine gar nicht, als
 wenn der Kaiser Absichten hege, wodurch sich die

deutschen Fürsten beunruhiget finden könnten. „Wenn
 „übrigens nicht andere Mächte sich in den
 „gegenwärtigen Streit einmischen“ — folgte
 der Vizekanzler nicht ohne Bedeutung bei — „so wird
 „sich derselbe ausgleichen lassen, wahrscheinlich durch
 „Mitwirkung des französischen Hofs, dem sich Hol-
 „land in die Arme geworfen hat.“

„Wohl“ — erwiderte Gbrg — „haben die
 „deutschen Fürsten Ursache beunruhiget zu seyn, wenn
 „ein mächtiger Monarch sich nicht mehr durch einen
 „alten Vertrag gebunden zu seyn erachtet; denn eben
 „so kann er sich auch durch einen andern für nicht
 „gebunden halten. Wenn man also auch zur Zeit
 „annehmen will, Europa sehe ruhig zu, wie der
 „gegen den klaren Inhalt eines völkerrechtlichen, die
 „Unabhängigkeit Hollands sichernden Vertrags vom
 „Kaiser erregte Streit sich ende, was wird dann ge-
 „schehen, wenn der Kaiser nach den nämlichen Gründe-
 „sätzen gegen irgend einen deutschen Fürsten zu ver-
 „fahren für gut findet, dessen Erhaltung von keiner
 „besondern Bedeutung und den großen Mächten nicht
 „von der Wichtigkeit scheinen dürfte, um deshalb ein
 „nen Krieg anzufangen? Ich erlaube mir zu fragen:
 „was wird in einem solchen Falle aus der deutschen
 „Verfassung werden?“ „In dem Fall sind wir ja noch
 „gar nicht“ — endete Graf Oermann — „und
 „tritt solcher ein, dann kommt Zeit, kommt Rath.“

Graf Obrz verlangte eine bestimmte Antwort auf die im Namen des Königs gemachte Eröffnung, und als solche nach mehreren Tagen noch nicht erfolgt, so brachte er sie um so dringender in Erinnerung, als er Nachricht hatte, es sey am 30. November ein Papier an den russischen Gesandten im Haag abgeschickt worden, daß folglich die Kaiserin in der Sache bereits ein Urtheil gefaßt haben müsse. „Außer den „wiederholten Weisungen des Königs“ — sagte Obrz dem Wizekanzler in der Unterredung mit demselben am 3. Dezember, — „habe er noch zwei Beweggründe, „sich eine einstmalige Aeußerung über die Art, wie „der Gegenstand von dem russischen Hof betrachtet „werde, zu erbitten; davon sey der eine, damit der „König dadurch die Ueberzeugung erhalte, seine Eröff- „nung werde als ein Beweis von fortwährenden freund- „schaftlichen und vertrauensvollen Gesinnungen gegen „die Kaiserin aufgenommen und erwidert; der andere „aber sey, damit der König nicht durch das längere „Ausbleiben einer Antwort auf die Vermuthung ge- „rathe, solche dürfte nicht genugsam betrieben wor- „den seyn.“

Ohne auf den ersten Beweggrund etwas zu er-
widern, begnügte sich Ostermann dem Grafen von
Obrz das Compliment zu machen, sein Dienstleister
und seine Thätigkeit werde zu sehr anerkannt, als
daß sein König je so einer Vermuthung Raum geben

Wunnte. Zugleich aber äußerte sich der Vizekanzler über die Sache selbst auf eine Art, welche bewies, daß er alles Recht dem Kaiser und alles Unrecht Holland zuschreibe. Obz ergriff diesen Anlaß, um die in der vorhergegangenen Unterredung zu Gunsten der Holländer vorgebrachten Gründe zu wiederholen und weiter auszuführen. Oftermann begnügte sich darauf zu äußern: „Holland muß seine Kräfte kennen und wissen, ob es den Kaiser auf die Art, wie es geschah, herausfordern könne!“ — Diesem entgegnete Obz: „er wisse, daß der Graf ein zu rechtlicher und zu kluger Mann sey, um nicht einzugestehen, daß bisher Stärke oder Uebermacht keine Handlung gerechtfertiget haben; unmbglich könne man glauben, daß Holland, welches sich seine Barriere und seine Festungen habe nehmen lassen, welches seit ungefähr zwei Jahren eine Menge Bedrückungen erlitten habe, und nur suche, das zu behalten, was ihm vermöge Traktaten zustehe, als angreifender Theil betrachtet werden könne; ganz Europa sey vielmehr der entgegen gesetzten Meinung.“ — „Ich kenne die Meinung von ganz Europa nicht“ — äußerte sich Graf Oftermann — „aber die meinige ist, so wie ich gesagt habe.“ Dann fügte er bei: „Wier der Abnig Ihr Herr, steht, wie ich glaube, in keinem Bündniß mit Holland?“ — „Nein“ — entgegnete Obz, auf das Verhältniß Rußlands zu Oester-

reich anspielend — „wie ich bereits früher versichert habe, und hiemit wiederhole; dann wäre dieses, so würde der König treu seinen Verpflichtungen und den bestehenden Verträgen. Rußland davon in Kenntniß setzen; übrigens vermag ich nicht zu glauben, daß es eine Macht gebe, welche vermöge ihrer Verbindungen mit Oesterreich verpflichtet seyn könnte, eine so grundlose Sache zu vertheidigen.“

Diese verschiedenen Unterredungen mit dem Kanzler ließen aber die Gesinnungen der Kaiserin keinen Zweifel übrig, und der Umstand, daß man gegenüber von der Absendung eines Furiers keine Erwähnung that, bestätigte den Mangel an Aufrichtigkeit und Offenheit, der seit längerer Zeit am russischen Hof gegen Preußen nicht zu mißkennen war. Zugleich aber überzeugte sich auch der Graf, daß die Gesinnungen der Kaiserin nicht jene der Mehrheit unbefangener und aufgeklärter Staatsmänner sey, sondern daß diese das Verhalten des Kaisers höchlich mißbilligten.

Erst am 27. Nov. (10. Dez.) erhielt Graf von Görtz die verlangte ministerielle Rückäußerung, folgenden Inhalts: „Ihre Majestät die Kaiserin ertheile mit Vergnügen in der geschehenen vertraulichen Eröffnung einen Beweis der fortwährenden freundschaftlichen Gesinnungen des Königs; so wie dieser habe sie mit Bedauern den Vorgang auf der Schelde vernommen;

„und die Erhaltung des Friedens und der Ruhe in
 „Europa wünschend, verlange sie nichts so sehr, als
 „daß ein Krieg zwischen beiden Theilen vermieden wer-
 „den könne; aufrichtig bereit dazu beizutragen, habe
 „sie sich entschlossen, einen Kurier an ihren Gesandten
 „im Haag mit dem Auftrag zu schicken, den General-
 „staaten Vorstellungen zu machen, und sie einzuladen,
 „den Weg der Versöhnung zu betreten, eine gütliche
 „Beilegung herbei zu führen und die Unterhandlungen
 „wieder anzuknüpfen, welche durch die zu große Eile,
 „womit die Republik zu Thätlichkeiten geschritten, un-
 „terbrochen worden seyen, ein Vornehmen, wodurch
 „der Kaiser sich beleidiget und seine Würde verletzt an-
 „sehe; mit dem größten Vergnügen würde die Kaiserin
 „wahrnehmen, wenn dieser Schritt Holland zur Aus-
 „gleichung bewegen könnte und weniger erfolglos wäre
 „als jener, den sie während des letzten Kriegs der
 „Republik mit England versucht habe, und dann
 „schmeichle sie sich, daß dieser Streit im Weg der Güte
 „beigelegt werden könnte, wovon der Gegenstand, näm-
 „lich die Schifffahrt auf der Schelde, nicht von der
 „Wichtigkeit zu seyn scheine, daß man um deswillen
 „einen Krieg wagen sollte.“

Nach dieser ministeriellen Eröffnung, welche Graf
 Warg in Erwartung der weitem Beifung des Königs
 in allgemeinen höflichen Ausdrücken erwiderte, kam
 der Vizekanzler im Gespräch wiederholt auf den Gegen-

stand selbst zurück, und behauptete insbesondere, durch die Schiffahrt auf der Schelde könne nur die Stadt Amsterdam einigen Nachtheil erleiden, was wohl kein Blutvergießen werth sey. Görz bemerkte darauf, nicht nur der Stadt Amsterdam, sondern der ganzen Provinz Seeland Wohlstand sey dabei betroffen; was Ostermann, ihm nicht bekant zu seyn, versicherte. „Wenn nur Holland nicht glaubt“ — fuhr der Bizekanzler fort — „es erhalte die Unterstützung anderer Mächte, und vielmehr sieht, daß es allein dem Kaiser gegenübersteht, so wird es sich schon genöthiger sehen mit diesem übereinkommen.“ — „O ja!“ — erwiderte Görz, in dieser wiederholten Äußerung eine Anspielung auf die Bestimmungen seines Abklags über diesen Gegenstand wahrnehmend — „wenn die Republik sich ganz verlassen sieht, so wird sie allein gegen einen so übermächtigen Feind nicht kämpfen können, und dieser leichtes Spiel haben.“

Die von dem russischen Gesandten im Haag übergebene Note *) ist im Wesentlichen von dem oben angeführten Inhalt, nur in gewählteren Ausdrücken; die

*) Martens's *Grundsätze* merkwürdiger Begebenheiten 1797. Thl. S. 134 setzt das Datum derselben auf den 10. November, was aber auf einem Irrthum beruht, da erst am 30. November die Instruktion von Petersburg an den russischen Gesandten im Haag abging.

Generalstaaten werden durch solche im Namen der Kaiserin eingeladen, so lange es noch Zeit sey, in ihrer Weisheit auf Mittel zu denken, um die so unglücklicher Weise unterbrochenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, dadurch dem Fortschreiten eines Mißverständnisses vorzubeugen, welches in einen offenbaren Krieg auszuarten drohe; die Kaiserin, wird beigelegt, hoffe die Generalstaaten werden dieser, durch die reinsten und achtungswerthesten Beweggründe veranlaßten Einladung den verdienten Grad von Aufmerksamkeit und Rücksicht schenken und einen ihrer Klugheit angemessenen Entschluß fassen.

Es ist nicht zu mißkennen, daß Rußland bei seiner Handlungsweise in dieser Sache zweierlei Motive hatte; erstens: den Krieg zwischen Oesterreich und Holland zu verhindern, weil ein solcher dem Plan der Kaiserin gegen die Pforte hinderlich seyn konnte; zweitens: die Vermittlung des Streites zu erlangen, wodurch die Eitelkeit Katharinen's und das Interesse der russischen Geschäftsleute gleich gewinnen mußten.

Während diese Verhandlungen und Schritte von Seite des Petersburgerhofes statt fanden, wendeten sich die Generalstaaten an Frankreich und erhielten dessen Vermittlung *). Da auch Kaiser Joseph, durch die energische Sprache des französischen Hofes aufmerk-

*) Flassan a. a. O. 7ter Thl. S. 401.

sam gemacht, dieselbe annahm, so wurden zuerst am 20. September 1785 die Präliminar-Artikel zu Paris zu Stande gebracht, der Haupttraktat aber unter Frankreichs Garantie am 10. November in Fontainebleau unterzeichnet *).

Damit endigte sich auf eine für beide Theile erwünschte Art eine Streitigkeit, welche die Ruhe Europa's aufs Neue zu stören drohte. Denn Frankreich, unerachtet seiner Allianz mit Oesterreich, konnte nicht zugeben, daß Holland eine Wunde geschlagen werde, welche für den Wohlstand und die Macht dieser Republik von den nachtheiligsten Folgen seyn, und auch auf die Handelsverhältnisse mit derselben, worüber eben damals Unterhandlungen angeknüpft waren, einwirken mußten, und Preußens Gesinnungen über diesen Gegenstand unterlagen keinem Zweifel. Rußland aber machte ernstliche Anstalten, nöthigen Falls Oesterreich mit den Waffen zu unterstützen, indem es Befehle zu Truppenmärschen und zur Ausrüstung eines Theils seiner Flotte gab. Wäre Frankreichs Vermittlung ohne Erfolg geblieben, und der Krieg zum Ausbruch gekommen, so würde Oesterreich sowohl als Rußland, um ihrer neuen Allianz willen, jedes gegen seinen früheren Allirten in denselben verwickelt worden seyn.

*) Martens a. a. O. 2ter Thl. S. 60.

Zwölfter Abschnitt.

Reise der Kaiserin Katharine im Innern ihres Reichs. — Urlaub und Abberufung des Grafen von Oberg von Petersburg. — Bemerkungen über die Finanzen und die Kriegsmacht Rußlands in der Periode von 1774 bis 1786.

Im Anfange des Sommers 1785 unternahm die Kaiserin eine Reise an den Kanal von Wischni Woslodzok, um die an demselben angeordneten Bauten und Verbesserungen zu besichtigen. Sie verließ Ezsarskoe-Zelo am 3. Junius, und kam am 28. dahin zurück, nachdem sie nicht nur den Hauptzweck ihrer Reise erreicht, sondern auch Moskau auf einige Tage mit ihrer Gegenwart erfreut hatte *).

Die Gesandten von Oesterreich, England und Frankreich erhielten die für ihre Höfe und für ihre

*) Segur a. a. O. Her Bd. S. 338 u. f. gibt eine kurze Beschreibung von dieser Reise.

Personen sehr schmeichelhafte Anzeichnung, von der Kaiserin zu dieser Reise eingeladen zu werden, welche ihnen Gelegenheit verschaffte, sich während derselben im engern Zirkel der Monarchin und in steter ungetrübter Gesellschaft ihrer vertrautesten Umgebung zu seyn.

Es konnte dem Grafen von Gdrg als dem Gesandten desjenigen Hofes, mit welchem seit vielen Jahren eine so enge Verbindung bestanden hatte und dem Anscheine nach noch wirklich bestand, nicht anders als empfindlich fallen, zu dieser Reise nicht eingeladen zu seyn, und wenn er gleich dieses in Petersburg auf keine Art zu erkennen gab, so glaubte er doch dem König seine Empfindung darüber nicht verhehlen zu dürfen. „Entweder“ — drückt er sich in dem Bericht, worin er diese Reise anzeigt, aus — „wird der Gesandte Euer Majestät hier nicht mehr als der Gesandte einer verbündeten Macht angesehen, oder meine Person ist dem hiesigen Hof unangenehm.“

Daß die Gesandten Oesterreichs und Englands von der Kaiserin vor den Gesandten anderer Höfe ausgezeichnet wurden, fand man den bestehenden politischen Verhältnissen ganz angemessen, konnte jedoch auch keinen Grund finden, warum dem Gesandten Preußens nicht das Nämliche widerfuhr. Aber bei dem Gesandten Frankreichs bestanden lediglich keine dergleichen Ver-

hältnisse; die Kaiserin wußte im Gegentheil, wie sehr diese Macht dem Plan gegen die Pforte entgegen sey, und was von ihr in jüngstvergangener Zeit geschehen war, um Spaniens Widerspruch gegen die Absendung einer russischen Eskadre nach dem mittelländischen Meere, und Gennas Weigerung in Ansehung des Hafens von Secchia zu bewirken.

Man konnte daher den Grund der dem Grafen Segur zu Theil gewordenen Auszeichnung nur in seiner Persönlichkeit auffinden. Kaum ein Paar Monate zuvor in Petersburg angekommen, hatte dieser junge Diplomat, der noch nicht lange das Alter von drei Decennien zurückgelegt hatte (er war am 10. Dezember 1753 geboren und trat seinen Gesandtschaftsposten im Anfange 1785 an), durch seine Jugend und angenehme Gestalt, durch das Liebenswürdige seiner Sitten und seines Umganges, und durch seine Bildung für die Gesellschaft sowohl als für die Geschäfte, sich nicht nur eine besondere Achtung bei den russischen Ministern und Günstlingen, so wie auch bei den Gesandten fremder Höfe, sondern auch das besondere Wohlwollen der Kaiserin zu erwerben gewußt. Er ward daher sehr bald mit einer ungleich größern Auszeichnung behandelt, als je einer seiner Vorfahren. Fürst Potemkin insbesondere überhäufte ihn mit Beweisen persönlicher Achtung und besonderer Aufmerksamkeit, suchte ihn in den Gesellschaften auf, behandelte ihn im eigenen Haus und

in den engeren Zirkeln auf die freundschaftlichste und zuborkommendste Art, und bat ihn, für immer einen Platz an seiner Tafel anzunehmen. Der Kaiserin Benehmen gegen den Grafen war von der Art, daß man demselben weniger ein politisches als ein persönliches Motiv unterstellen konnte, und man suchte selbst in der sorgfältiger als ehemals gewählten Toilette der Monarchin Gründe auf, diese Meinung zu rechtfertigen. Man sprach selbst bald davon, was wirklich auch geschah, der Graf werde ein besonderes Appartement in Ezarskoe-Zelo erhalten, wo sich auch, um solches weniger auffallend zu machen, Cobenzl und Zihherbert von Zeit zu Zeit aufhalten würden.

Graf Segür war bei seiner Durchreise durch Berlin von dem König sowohl als von dem Prinzen Heinrich von Preußen mit besonderm Wohlwollen empfangen und behandelt worden, und zeigte gleich bei dem Antritt seiner Mission in Petersburg ein vorzügliches Vertrauen gegen den Grafen von Gbrg, dem er sogar die wesentlichen Punkte der von seinem Hof erhaltenen Instruktionen mittheilte. Die wichtigsten derselben waren: Alles aufzubieten, um einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Rußland zu Stande zu bringen, und England so viel möglich die Vortheile des Handels in der Levante und auf dem schwarzen Meere zu entziehen, um solche Frankreich zuzuwenden. Graf Segür hatte ferner den Auftrag,

sich genaue Kenntniß von den Absichten der Kaiserin gegen die Pforte zu verschaffen, und insbesondere zu erforschen, ob sie noch auf dem Plan der Errichtung eines griechischen Kaiserthums bestehe, oder ob sie denselben aufgegeben habe? Ein für Preußen besonders interessanter Punkt der Instruktion war jener, welcher die Allianz zwischen beiden Kaiserthümern betraf. Der französische Hof verlangte zu wissen: ob diese Allianz noch in ihrer vollen Kraft bestehe, und ob es keine Mittel gebe, Rußland zur Verbindung mit Preußen zurückzubringen, wozu Segur, wenn es nur irgend möglich wäre, nach Kräften beitragen solle. Bald nach seiner Ankunft in Petersburg erhielt er noch den Auftrag, sich genau zu erkundigen: ob Rußland entschlossen sey, den Kaiser in dem vorhabenden Ländertausch mit Bayern cräftlich zu unterstützen oder nicht?

Alle diese Instruktionspunkte zeigten besonders freundschaftliche Gesinnungen des französischen Hofes für den preussischen an, und deswegen begründete sich auch bald zwischen den Gesandten dieser beiden Höfe ein gegenseitiges vertrauliches Benehmen. Daher wendete sich Obrtg nach der Rückkehr der Kaiserin von der Reise sogleich an Segur, um von ihm zu erfahren, ob und was während derselben von Geschäften verhandelt oder gesprochen worden sey? Segur versicherte, es sey davon lediglich nichts vor-

gekommen *), er habe aber bemerken können, daß beide Kaiserhöfe sehr friedliche Gesinnungen hegen, was vorzüglich der erlangten Ueberzeugung von dem guten Einverständniß zwischen Frankreich und Preussen zuzuschreiben sey; daß man daher die Beibehaltung des Friedens noch wenigstens auf ein Jahr hoffen dürfe; daß übrigens die Allianz zwischen Oesterreich und Rußland inniger und fester bestehe als jemals.

Im Anfange des Herbstes benützte Graf von Oberg eine eingetretene Ruhe in den Geschäften, um bei dem König einen Urlaub zur Reise nach Berlin anzusuchen, den er auch sogleich erhielt. Mit Anfang Octobers verließ er Petersburg und kam am 3. November, nach einer Abwesenheit von sechs Jahren und beinahe drei Monaten, bei seiner Familie in Berlin an. So wie er dem König solches gemeldet hatte, wurde er nach Potsdam berufen, wo ihn der König sehr gütlich aufnahm und mehrere Tage bei sich hielt.

*) Wir haben seitdem von Segur a. a. O. 2ter Bd. S. 337 u. f. erfahren, daß er diese Reise und die able Lanne Potemkins über den Beitritt des Königs von England als Kurfürsten von Hannover zum Fürstenthum benützte, um die folgenreichen Einleitungen zum Handelsvertrage zwischen Rußland und Frankreich zu treffen.

Für den Grafen von Gbrg war die Gesandtschaft in Petersburg mit Unannehmlichkeiten aller Art verbunden gewesen. Er fühlte sich bald nach deren Uebernahme nicht an der rechten Stelle. — Denn schon am 2. November 1779 schrieb er dem Prinzen, nachherigen König von Preußen, mit welchem er in einem fortwährenden Briefwechsel stand: „Was meine Persönlichkeit anbetrifft, so schmeichle ich mir zwar, daß ich wahrscheinlich hier an den mir anvertrauten Gesellschaften nichts verderben werde, allein ich schäme mich nicht zu bekennen, daß für das Beste des Staats die Wahl des Königs nicht auf mich hätte fallen sollen. Zu der mir hier übertragenen Stelle hätte eher ein junger Mann von Talent, aber fest, unternehmend und einschmeichelnd, gewählt werden sollen, welcher unter dem Schutz seiner Jahre manchmal einen Schritt hätte wagen können, welchen ein Mann, der wie ich schon im Abnehmen ist und der außer der hiesigen Gesandtschaft noch mit einer ehrenvollen Stelle im Staate bekleidet ist, aus Furcht sich zu compromittiren nicht unternehmen darf. Angefeuert durch den gnädigen Beifall, den E. K. H. der Wahl des Königs zu ertheilen geruhten, und durch das eifrige Verlangen, dem Staate, dessen Dienste ich mich gewidmet habe, nach dem vollen Maaße meiner Kräfte nützlich zu seyn, werde ich Alles aufbieten, um diesen Zweck zu erreichen; ich

wagt

„wage aber zu hoffen, daß Sie, gnädigster Herr?
 „es als einen Beweis meines regen Dienstleifers an-
 „sehen werden, wenn ich, in dem Fall, als sich meine
 „Vermuthung, außer Stande zu seyn, hier nöthige
 „Dienste zu leisten erwahren sollte, den König bitte,
 „meine Stelle durch einen Andern, welcher mehr für
 „solche geeignet ist, ersetzen zu lassen, und daß dann
 „diese meine Bitte mir weder in den Gesinnungen
 „des Königs noch E. K. H. Nachtheil bringe. In-
 „dem ich eine so wichtige Sendung antrat, nahm
 „ich das Beste des Staats zum Zweck und die Wahr-
 „heit zur Grundlage meiner Handlungen; ich würde
 „den erstern verfehlen und die letztere verletzen, wenn
 „ich mich anders benehmen wollte.“

Bald machte Görtz in Petersburg mehrere un-
 angenehme Erfahrungen; er sah sich in der Erwar-
 tung getäuscht, die er nach seiner Instruktion und
 nach seines Königs persönlichen Versicherungen von
 dem Systeme des Petersburgerhofes haben durfte; gleich
 das erste ihm übertragene Geschäft, die Unterhand-
 lung einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen
 und der Pforte, bewies, wie wenig der König von den
 Gesinnungen und Absichten der Kaiserin unterrichtet sey,
 und daß selbst Panin bei diesem Anlasse nicht offen
 gegen ihn handelte; seine eifrigsten Bemühungen, Ruß-
 lands Bündniß mit Preußen zu erneuern und eine
 Allianz zwischen dem Petersburger und Wienerhof

zu verhindern, scheiterten, und während nicht zu verkennen war, daß Kaiser Joseph den geheimen Endzweck seiner Zusammenkunft mit Katharinen erreicht habe, mußte er sich überzeugen, daß des Prinzen von Preussen Reise nach Petersburg nicht von dem gehofften Erfolg gewesen sey. Die Sinnesänderung der Kaiserin gegen den König offenbarte sich auch in ihrem und ihrer Minister Benehmen gegen den preussischen Gesandten, und gab diesem eine gezwungene und unangenehme Stellung. Die Ausgaben in Petersburg waren sehr groß, und mit des Grafen verhältnißmäßig geringer Besoldung konnte er nicht ohne große Opfer auskommen. Dadurch entgingen ihm an einem Hof, wo der größte Luxus herrschte und wo sich der Adel und die Gesandten anderer großen Höfe in dem vielfältig bis zur Verschwendung gesteigerten Aufwand überboten, mancherlei Gelegenheiten sich beliebt und geltend zu machen. Denn so sehr der Graf durch seine gründlichen Kenntnisse, durch seine Geistesbildung, durch die Richtigkeit seiner Ansichten, durch die Klugheit und Feinheit in seinem Betragen sich auszeichnete und allgemeine Achtung erwarb, so fühlte er doch, daß er ungeachtet eines, mit seinem Vermögen unverhältnißmäßigen Aufwandes gegen andere Gesandte, welche durch königliche Tafeln, glänzende Gesellschaften und Feste die Minister und Großen zu unterhalten und zu gewinnen mußten, zurückgesetzt wurde. Von geheimen Aus-

gehen, um irgend einen Schaden zu ersetzen, konnte ohnehin nie eine Rede sein, denn selbst die außerordentlichen Aufrechnungen, wozu der Graf nach seiner Instruktion berechtigt war, unterlagen einer strengen Prüfung und durften ohne des Königs unwillkürliche Genehmigung nicht bezahlt werden. Ziel denn einmal eine etwas stärker aus, als die früheren, so bedurfte es, um eine solche zu rechtfertigen einer besondern Ausführung, und nicht ohne des Königs Billigung zu erregen, konnte man um Erlass des hiesig gelegten Geldes gelangen. So schrieb Friedrich unter einem Antrag seines Kabinetministeriums, eine solche Rechnung zu bezahlen, eigenhändig: il faut donner; mais nous n'avons pas d'argent.

Unverachtet der König dem Grafen von Blücher durchaus die verdiente Gerechtigkeit widerfahren ließ, so mußte dieser doch sehr oft des Königs Mißbilligung mit dem Gang der öffentlichen Angelegenheiten persönlich fühlen, und manche der erhaltenen Depeschen waren für den Grafen eben so schmerzhaft als unverbient. Denn der König ertheilte immer am Tage selbst, wo ihm die Berichte seiner Gesandten vorlagen, seine Entschließung darauf, und ohne sich vorher mit der mit Zintenhein noch Gerabers zu beschauen, und den solche gewöhnlich erst nach der Expedition mitgetheilt wurden. Wenn sich auch der König manchmal mit dem einen oder dem andern über die einge-

lassen Berichte im Gespräche unterbleibt, so fragte er ¹⁷⁸³ ~~er~~ ¹⁷⁸³ ebenso wenig um Rath als er irgend eine Vorstellung anhören wollte. So ward denn gar oft die ¹⁷⁸³ ~~able~~ ¹⁷⁸³ Laune, die eine entweder unerwartete oder unangenehme Nachricht in dem König erregte, in seine Entscheidungen übertragen und das, was eigentlich der Sache galt, schen der Person gelten zu sollen.

¹⁷⁸³ ~~Man~~ ¹⁷⁸³ Mal wollte der König, daß seinen Gesandten ein Geheimniß aus Vorfällen oder Angelegenheiten gemacht werde, die sie entweder wissen sollten oder deren Kenntniß sie doch von einer andern Seite ¹⁷⁸³ ~~der~~ ¹⁷⁸³ notwendig erlangen mußten. So z. B. untersagte ¹⁷⁸³ ~~der~~ ¹⁷⁸³ König dem Grafen Nachricht zu geben, daß der französische Hof ihm seine Erklärung an den russischen wegen dessen Unternehmen gegen die Pforte, im Jahr 1783, mitgetheilt habe, was ¹⁷⁸³ ~~Görz~~ ¹⁷⁸³ durch den Marquis von Verac ungefähr zur nämlichen Zeit ¹⁷⁸³ ~~erfähr~~ ¹⁷⁸³.

¹⁷⁸³ ~~Mit~~ ¹⁷⁸³ den beiden Kabinettsministern Finkenstein und Herzberg, besonders aber mit dem letzteren, stand ¹⁷⁸³ ~~Görz~~ ¹⁷⁸³ in sehr freundschaftlichen und vertraulichen Verhältnissen, und erhielt oft von ihnen durch Privatschreiben Aufschlüsse und Mittheilungen, welche in den amtlichen Depeschen nicht aufgenommen werden durften. So eigenwillig war Friedrich in den letzten Jahren seiner Regierung, ¹⁷⁸³ ~~daß~~ ¹⁷⁸³ sich Herzberg in einem Schreiben an ¹⁷⁸³ ~~Görz~~ ¹⁷⁸³ (24. Januar 1784) äußert: kein

Mensch dürfe ihm irgend einen Vorwurf machen, aus Beirath zu missfallen und selbst die Gefahr nicht scheitern zu machen.

Hertzberg selbst befand sich in einer unangenehmen Lage und war mit dem Benehmen und der Geschäftsbehandlung seines Königs nicht zufrieden. „Ich habe“ — schreibt er am 16. März 1784 — „den lebhaftesten Antheil an dem für Sie unangenehmen Depesche vom 25. d. Mts. genommen. Dieses widerfährt allen, die ich mit Energie und Patriotismus aussprechen, Eigensinn, den unsere hiesigen Politiker die Beharrlichkeit und Uebereilung beilegen. Man sollte hier schlechterdings keine eigene Meinung mehr haben. E. E. würden getrübt seyn, wenn Sie die Antworten lesen könnten, die ich auf Alles erhalte, was ich in der besten Absicht vorschlage und was mir doch öfters einige Tage später befolgt wird.“

In einem, einige Wochen später (25. Jänner 1785) an den Grafen von Wrög. erlassenen Schreiben beruhigt dieser denselben über die Gesinnungen des Königs, indem er ihm sagt: „Sie dürfen überzeugt seyn, daß der König nicht im mindesten in einer ungünstigen Stimmung gegen Sie, sondern im Gegentheil mit Ihren Berichten sehr zufrieden ist, obgleich er selbst nicht äußert, weil die Erkenntlichkeit nur wenig seine Tugend ist.“

nachdem sich allmählich eine Besserung der Verhältnisse gezeigt hatte, konnte die Regierung die Steuern wieder auf den alten Fuß stellen. Die Regierung hatte, gestützt auf die Unterstützung der Bevölkerung, die Steuern wieder auf den alten Fuß stellen können. Die Regierung hatte, gestützt auf die Unterstützung der Bevölkerung, die Steuern wieder auf den alten Fuß stellen können.

Erstlich bei seiner Darstellung legte der Verfasser, den ihm vorliegende Druckchrift über Osnabrück dem preussischen Kabinetsministerium vor. In dem ersten Abschnitt beschrieb er das System und die Grundsätze des russischen Hofes, sowie die Interessen, welche am Abschließen zu dem Abänderung beigetragen haben; hierauf geht er im zweiten Abschnitt zur Darstellung desjenigen Systems über, welches in der That mit sich zu seiner Abänderung von Peterburg wußte, und sowohl gegen Preussen als gegen andere europäische Höfe anzuwenden; im dritten Abschnitt enthält er die Bemerkungen aller diejenigen, welche an der Sache der russischen Regierung theilnehmen, oder auf dieselbe einigen Einfluß haben; der vierte und letzte Abschnitt

[illegible][illegible]

**Staatsbankrott finanzieller Systeme ist jetzt Tatsache
Unter kein verheimlichtes Geheimnis.**

Die jährlichen Einkünfte des Reichs wurden auf 24 Millionen Stabel berechnet. Davon aber flossen 6 Millionen aus den Erträgnissen der Bergwerke von Kothman, der Münze, des Salzes und aus den Steuern der Bauern, welche Privateigenthum des Kaisers waren, in die Privatkasse der Kaiserin, welche die Summe ganz nach Gutdünken verwendete. Es blieben daher für den eigentlichen Staatshaushalt nur noch 18 Millionen übrig, und von diesen mußte die Hälfte

2 wegen Missethats, einmündigkeitslos ständiger Wohnort, nachlassen u. d. g. abweichen, so daß man die wirklich in den Staatskassas vorhandenen Einlagen nur auf 20 Millionen Rubel jährlich berechnen konnte.

Aber so hoch beliefen sich auch die gewöhnlichen Staatsausgaben, wovon die Haupterbräule waren: 1 Million für den Unterhalt des Hofes, 12 Millionen für die Armee, 2 1/2 Millionen für die Marine, 6 Millionen für die neu errichteten Gymnasien, 4 1/2 Millionen für den Senat, das Ministerium der öffentlichen Angelegenheiten, verschiedene andere Dispositionen, die Geistespflege, Kunstgen, Interessen von Volkspopulation u. s. w.

Außerordentliche Ausgaben, als: bei großen Kriegen oder im Fall eines Kriegs, mußten daher entweder durch Notizen im Ausland oder durch Herausgabe des Papiergeldes gedeckt werden. Die ersten hatten keinen besondern Erfolg, und die ganze Staatskassas Ausland im Auslande betrug etwa 10 Millionen. Daher nahm man bei Deckung außerordentlicher Ausgaben vorzüglich zur Vermehrung des Papiergeldes Zuflucht, welche dann auch von Jahr zu Jahr in der Art statt fand, daß durch solche für die Zukunft große Besorgnisse erregt wurden.

Nach einer zuverlässigen Berechnung betrug gegen Ende des Jahres 1784 alles im Umlaufe befindliche

beim Geld in Gold und Silber 24,520,180 Rubel; das Kupfergeld über 40, und das Papiergeld 22 Millionen. Da hievon immer 20 bis 24 Millionen bei den Banken in Petersburg und Moskau hinterlegt seyn mußten, so belief sich daher zu jener Epoche alles im Umlaufe befindliche Geld, in Gold, Silber, Kupfer oder Papier, höchstens auf 145 bis 150 Millionen.

Vom Jahre 1774 an waren die Staatsausgaben ungeheuer erhöht worden, daß solche gegen Ende der Mission des Grafen von Sbrg. um 10,607,724 Rubel mehr betrugen als zuvor. Die Errichtung der neuen Gouvernements allein vermehrte solche um 6 Millionen; das auswärtige Ministerium kostete 300,000, die Armee 500,000 Rubel mehr, als solche im Jahr 1774 gekostet hatten.

Um diese vermehrten Ausgaben zu decken, ergriff man verschiedene neue Maßregeln. Man führte die Kopfsteuer in der Ukraine, und in den von Schweden abgerissenen Provinzen, und in Polen das russische Abgabensystem ein; man vermehrte die Abgaben der Kronhöfen um einen Rubel und wählte nun im Ganzen die Einkünfte um 8 Millionen vermehrt zu haben, fand aber in der Folge, daß man durch diese Maßregeln den Staatsschatz nur um 4 Millionen jährlich bereichert habe.

Von den verschiedenen Maßregeln der Verwaltung:

Abgaben aus deren Vermehrung werden hies jezt 800
auswärtigen-Ministeriums angeführt.

Im Jahr 1779 kostete dasselbe im Ganzen 332,000
Rubel, nämlich: 1. Das eigentliche Ministerium
oder, wie solches damals genannt wurde, das
Reichskollegium der auswärtigen Geschäfte im Ganzen
84,800 Rubel. Davon bezog der Kanzler mit
ohne diese Benennung der dirigirende Minister der aus-
wärtigen Geschäfte, Präsident des Kollegiums, 7,000
Rubel Gehalt und 12,000 Rubel Tafelgelber; der
Vizekanzler 6,000 Rubel Gehalt und 6,000 Rubel Tafel-
gelber; 13 bei dem Ministerium in der geheimen
Expedition angestellte Staats-Kanzler- und Hofräthe an
Befoldungen von 3,000 bis 800 Rubeln zusammen
23,500 Rubel; 1 Oberschreiber und 14 Schreiber aus
der 8ten (Majors) und 9ten Klasse mit einem Gesamts-
gehalt von 10,000 Rubel. Die Befoldungen der Trans-
latoren, Aluacken, Registratoren, Kanzellisten u. s. w.
betrugen 23,000 Rubel. — Außer diesen Summen
kostete noch die Expedition in publicis und das Per-
sonen-Departement 18,163 Rubel. — Das Comptoir
und Archiv in Moskau 8,870 Rubel; verschiedene bei
dem Ministerium nöthigen Individuen (darunter 1 Ober-
offizier, 8 Unteroffiziere und 56 Soldaten, 1 Stabs-
chirurg, 1 Mediziner, Kanzeleidienten, dann Stüberknecht
für die Schaluppen) 3,850 Rubel. Endlich wurden
für Bekleidung der Kanzlei-Matrosen und für Unterhal-

ausg. der Gehälter 12,000 — und der Ausgaben der
 Kuratoren und Kanzleibeamten 50,000 Rubel ungez. zu
 Somit betrug die ganze Ausgabe des eigentlichen Mini-
 sters 157,600 Rubel. 2. Die Gesandtschaft
 Geschäftsträger, Residenten und Konsuln
 im Auslande bezogen 277,983 Rubel an Gehalt;
 für Ergänzung des niedrigen Wechselfurses wurden für
 dieselben 50,000 und für die außerordentlichen Ausgaben
 von 30,000 Rubel in Ansatz gebracht. Im Ganzen
 also 357,983 Rubel. — Im Jahr 1778 waren fol-
 gende russische Gesandte u. s. w. im Auslande be-
 nachrichtigt: In Warschau ein Botschafter mit 20,000
 Rubeln Gehalt und 24,000 Rubeln Taschengeldern, und
 verschiedene demselben beigegebene Räte und Räthe-
 stücke, so daß sich die Ausgaben im Ganzen auf 51,500
 Rubel belaufen. In Wien, Konstantinopel,
 Paris, Madrid, Lissabon, Neapel, Dre-
 den, im Haag, in London, Regensburg,
 Berlin, Kopenhagen und Stockholm be-
 fanden sich Minister zweiten Ranges: jeder dieser Ge-
 sandtschaftsposten mit Ausnahme jenes zu Konstanti-
 nopel, wofür 37,373 Rubel bestimmt waren, kosteten
 von 18,100 bis 10,700 Rubel jährlich. In Ham-
 burg, Genua, Mienau, Danzig, Schweditz
 waren Residenten oder Geschäftsträger und jeder
 dieser Posten kostete von 3,400 bis 4,150 Rubel.
 Für Jorkten und für den Archipelagus bestan-

des Generalkonsuls, und in Plessend, Smyrna, Sinope, in den Dardanellen Konsula, wovon jeder von 4100 bis 1200 Rubel kostete. 3. Die Privatkapellen der Gesandten im Auslande kosteten 17,300 Rubel.

Diese Ausgaben wurden beträchtlich dadurch vermehrt, daß dem zum Botschafter in Wien ernannten Fürsten Goltzin 10,000, dann dem Gesandten zu London 4000, und dem Gesandten zu Paris 2000 Rubel Zulage ertheilt wurden. Daß ein Gesandtschaftsposten in Turin, Florenz und Venedig jeder mit 10,800 R.; in München und Frankfurt mit 10,700 Rubeln geschaffen und ein Geschäftsträger in Genua angestellt wurde. Am unvortheilhaftigsten aber wurden die Konsulate, und zwar bis auf 47 vermehrt, worunter sich 17 Generalkonsulate befanden; die Ausgaben darauf wurden allein auf 160,000 Rubel angeschlagen, und so ergibt sich denn, daß der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten allein von 1779 bis 1786 um 160,800 Rubel vermehrt und im Ganzen auf 702,763 Rubel gesteigert wurde.

Der Tapferkeit und Ausdauer der russischen Armee konnte schon in jener Periode das verdiente Lob nicht versagt werden; sie hatte sich in den verschiedenen, kurz vorhergegangenen Kriegen mit Ruhm bedeckt. Aber ihre innere Organisation und Admini-

stration ließ sehr viel zu wünschen und zu verbessern übrig.

Die Ergänzung der Armee fand durch Aushebung von Rekruten statt; gewöhnlich wurde von 500 Mann einer ausgehoben, in unvorhergesehenen oder dringenden Fällen aber deren mehrere; so während des im Jahr 1774 beendigten Türkentriege einmal von 150 Mann einer, und sogar einmal einer von 100 Mann. Die Regimenter wurden nicht aus besondern Kantonen ergänzt, jedoch in jene der Kavallerie vorzüglich die Bewohner von Klein-Rußland eingereiht; die Seesoldaten nahm man aus den am Meer oder an großen Seen und Flüssen gelegenen Gegenden.

Die größten Mißbräuche fanden bei den Rekrutierungen statt, besonders in den entfernten Provinzen des Reichs, wo die Bewohner der Habsucht untergeordneter Beamten, die, um ihren Erwerb zu sichern solche mit ihren Vorgesetzten theilten, Preis gegeben waren. Immer traf die Aushebung nur diejenigen, die nicht im Stande waren, sich loszulaufen, und auch diese mußten noch zum Gewinn jener Beamten beitragen. Denn, um an den zum Transport bestimmten Summen zum eigenen Vortheil Ersparungen zu machen, wurde an der Verpflegung und am Fuhrlohne so viel als nur immer möglich in Abzug gebracht; die Rekruten erhielten meistens nur die Hälfte

der zum Unterhalt bestimmten Lebensmittel, waren dem größten Elende Preis gegeben und kamen mit Lumpen bedeckt und im beklagenswerthesten Zustand bei den Regimentern an. Eine große Anzahl derselben ging auf dem Transport zu Grunde, und jene, welche Gelegenheit fanden, desertirten; man rechnete, daß aus entfernten Gegenden von 500 Rekruten keine 100 bei den Regimentern, welchen sie einverleibt werden sollten, ankamen.

Jeder Oberste betrachtete sein Regiment als eine Pfründe, aus welcher er so viel Nutzen als nur immer möglich ziehen konnte. Daher war für ihn die Beförderung zum General, wo er keine solche Gelegenheit hatte, ein wahrer Nachtheil. Die Mittel, welche die Obersten anwendeten, um sich zu bereichern, waren sehr zahlreich; sie mußten von Allem Nutzen zu ziehen, am meisten jedoch von dem inkompletten Zustand ihres Regiments, den sie auf alle mögliche Art zu verbergen suchten, damit die Ersparniß davon nicht dem Staate, sondern ihnen zu gut käme. Am meisten geschah dieses bei der Reiterei, von der jedes Regiment seinem Obersten, wenn er die Sache verstand, viertausend Dukaten eintragen konnte; man hat aus dem Mund eines Obersten eines Dragoner-Regiments selbst gehört, daß sein Einkommen jährlich 15 bis 18,000 Rubel betrage. Auch war nie ein Kavallerie-Regiment, weder an Mannschaft noch an

Pferden, vollständig. So wußte man, daß das in Polen liegende Karabinier-Regiment Narva nur 200 Pferde hatte, wovon vielleicht der vierte Theil diensttauglich war; dafür hatte sich auch sein Proprietär ein Vermögen von 180,000 Rubel erworben.

Alle Monate schickte der Oberste eines jeden Kavallerie-Regiments dem Kriegskommissariat ein von dem Magistrat des Orts, wo er in Garnison lag, unterzeichnetes Attestat über den Preis der Fourage ein; diese Attestate wurden immer so ausgestellt, wie der Oberste es wünschte, und so kam es, daß die Regierung die Fourage gewöhnlich nach den Marktpreisen von Petersburg zahlen mußte; z. B. für das Rod und Heu 14 oder 15 Kopeken, indessen solches in den Provinzen höchstens vier Kopeken kostete. Selbst die Regimenter, welche die Linie vom Dnieper bis zur Wolga besetzt hielten und das Heu aus den dortigen Gegenden unentgeltlich bezogen, ließen sich solches bezahlen.

Ein Infanterie-Regiment sollte an dienstthuender Mannschaft aus 1886 Mann bestehen, hatte aber meistens nur 13 — 1400. Man berechnete, daß, wenn eine russische Armee ins Feld rücken sollte, man ein Regiment nur auf 1000 Streitende zählen könne, weil von demselben zwei Kompagnien im Depot bleiben mußten.

Vor allen Waffengattungen zeichnete sich die Ar-

tillerie aus, für welche auch die Nation eine gewisse Vorliebe zeigte.

Jedes Regiment, selbst jede Kompagnie bildete eine Art von Republik, deren Anführer eine Ehre darin suchte, Neuerungen einzuführen, ohne im Stande zu seyn, über den Werth zu urtheilen; daher ein auffallender Unterschied nicht nur zwischen einem Regiment und dem andern, sondern auch unter den verschiedenen Theilen des nämlichen Korps; keine Gleichförmigkeit, keine allgemeinen Grundsätze! man verglich eine russische Armee der damaligen Zeit einer deutschen Reichsarmee. Die Kavallerie war noch in einem ungleich üblern Zustand als die Infanterie, weil die Obersten ihren Nutzen dabei fanden, die Pferde so lange nur immer möglich beizubehalten und die für die Remonte bestimmten Summen sich zuzueignen. Davon machte jedoch das Regiment Großfürst eine ehrenvolle Ausnahme, war sehr gut beritten und besaß sich überhaupt im besten Zustande.

Peter der Große hatte die Verordnung erlassen, daß jene, welche sich dem Militärstande widmen wollten, in ihn als gemeine Soldaten eintreten und nach einander alle Dienstgrade durchlaufen müßten, ehe sie zu höhern Stellen gelangen könnten. Dieses Gesetz bestand auch damals noch und ein russischer Feldmarschall war Soldat, Korporal, Sergeant u. s. w. gewesen. Da aber der Dienst eines Gemeinen oder

Unter-